

22.11.18

REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

DIE REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT,

65249 / 24

Auf Vorschlag des für das Unterrichtswesen zuständigen Ministers,

Nach Beratung,

Beschließt:



Der für das Unterrichtswesen zuständige Minister wird damit beauftragt, dem Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft den Dekretentwurf mit folgendem Wortlaut vorzulegen:

4

DEKRETVORENTWURF ÜBER MASSNAHMEN IM UNTERRICHTSWESEN 2019

INHALTSANGABE

Dieser Vorentwurf eines Dekrets ändert verschiedene Bestimmungen im Bereich des Personals und der Organisation im Unterrichtswesen ab.

Er enthält unter anderem Abänderungen in folgenden Bereichen:

- Harmonisierung der dienstrechtlichen Bestimmungen für das Verwaltungspersonal des Gemeinschaftsunterrichtswesens mit denjenigen der anderen Personalkategorien
- Pädagogischer und paramedizinischer Koordinator für inklusive Schulen
- Abänderung der Bestimmungen über die Werkstattleiter
- Anpassung der dienstrechtlichen Bestimmungen zu den Forschungsbeauftragten und den externen Evaluatoren
- Berücksichtigung von Dienstzeiten als Primarschullehrer für Personalmitglieder mit Kindergärtnerdiplom
- Schaffung einer Schulberatung für Inklusion und Integration
- Stellenkapital
- Finanzielle Unterstützung durch Kaleido



BEGRÜNDUNG

ALLGEMEINE ERLÄUTERUNGEN

Der Aufbau des vorliegenden Dekretvorentwurfs erfolgt nach gewohntem Muster: Jedes Kapitel passt einen bestimmten Regeltext an und dies in chronologischer Reihenfolge.

Um einen besseren und schnelleren Überblick zu erhalten, erfolgt nachstehende Begründung nicht strikt pro Kapitel, sondern pro Themenbereich beziehungsweise pro Maßnahme und beinhaltet gleichzeitig auch den Kommentar zu den einzelnen Artikeln. Die verschiedenen zusammengehörenden Artikel werden aufgezählt.

1. Besoldungsstatut - Textkorrektur (Art. 1)

Inkrafttreten: 1. September 2019

Durch das Sammeldekret 2017 wurde festgelegt, dass bei Personalmitgliedern, die ein Auswahl- oder Beförderungssamt bekleiden, bei der Festlegung des finanziellen Dienstalters nicht nur Dienste anerkannt werden, die im Unterrichtswesen bzw. im öffentlichen Dienst eines EU-Mitgliedsstaates oder in einer VoG/Stiftung geleistet wurden, sondern auch Dienste, die im Privatsektor oder als Selbständiger erbracht wurden. Es wurde in diesem Zusammenhang versäumt festzulegen, dass ebenfalls Dienste, die im öffentlichen Sektor eines Staates, der nicht der Europäischen Union angehört, bei diesen Personen anerkannt werden können. Diese Korrektur wird durch Artikel 1 vorgenommen.

2. Harmonisierung der dienstrechtlichen Bestimmungen für das Verwaltungspersonal des Gemeinschaftsunterrichtswesens mit denjenigen der anderen Personal-kategorien (Art. 3, 4 Nummern 1-3 und 5, Art. 5, 6, 11-15, 17, 18, 19 Nummer 1, 21, 39, 42, 50-56, 57 Nummer 1, 58-69, 72-76, 92, 110, 112, 114, 115, 136-138, 140, 142, 43 Nummer 1, 159, 186, 178 Nummer 1, 188, 189, 192, 205 und 230)

Inkrafttreten: 1. September 2019 mit Ausnahme der Artikel 11-15, 17, 18, 19 Nummer 1 und 21, die am 1. April 2019 in Kraft treten

Im Gemeinschaftsunterrichtswesen unterliegen alle Personalkategorien dem Statut vom 22. März 1969 mit Ausnahme des Verwaltungs- und des Aufsichts-, Fach- und Dienstleistungspersonals, die ihrem eigenen Statut vom 29. August 1966 unterliegen. Im Gegensatz dazu unterliegt das Verwaltungspersonal im subventionierten Unterrichtswesen dem jeweiligen Personalstatut, das auch auf die anderen Personalkategorien anwendbar ist. Das Statut des Verwaltungspersonals des Gemeinschaftsunterrichtswesens von 1966 ist im Rahmen der dienstrechtlichen Anpassungen der letzten Jahre nicht regelmäßig berücksichtigt worden, sodass für das Verwaltungspersonal im Gemeinschaftsunterrichtswesen für einige dienstrechtliche Vorgänge die gesetzliche Grundlage fehlt, zum Beispiel für die Rekrutierung nach Titeln und Verdiensten oder die Bezeichnung auf unbestimmte Dauer. Um diese Diskrepanzen zu bereinigen, wird vorgeschlagen, die dienstrechtlichen Bestimmungen, die das Verwaltungspersonal betreffen, anzupassen und einerseits mit denjenigen der übrigen Personalkategorien im Gemeinschaftsunterrichtswesen und andererseits mit denjenigen des Verwaltungspersonals im subventionierten Unterrichtswesen zu harmonisieren. Dies ist insbesondere vor dem Hintergrund der Einführung des Amtes des Chefsekretärs im Grundschulwesen im letzten Jahr nicht nur sinnvoll, sondern im Gemeinschaftsunterrichtswesen auch erforder-



lich, um dem Verwaltungspersonal eine klare dienstrechtlich gleichwertige Grundlage zu bieten.

Um dieses Ziel zu erreichen wird in erster Linie das Verwaltungspersonal dem Statut für das Personal des Gemeinschaftsunterrichtswesens unterworfen. Darüber hinaus werden auch die Regeltexte zu den diversen Urlaubsformen auf das Verwaltungspersonal anwendbar gemacht. Die bisher für das Verwaltungspersonal geltenden Regeltexte werden größtenteils aufgehoben. Für das letzte verbleibende statutarische Personalmitglied des Aufsichts-, Fach- und Dienstleistungspersonals wird eine Übergangsbestimmung vorgesehen. Wie im subventionierten Unterrichtswesen unterliegt das Aufsichts-, Fach- und Dienstleistungspersonal seit einigen Jahren bereits der allgemeinen Arbeitsgesetzgebung.

In Artikel 3 wird der Titel des Königlichen Erlasses vom 19. Juni 1967 angepasst.

In Artikel 4 Nummern 1-3 und 5 und Artikel 5 wird infolge der Anpassung des Titels Änderungen Königlichen Erlass vom 19. Juni 1967 vorgenommen. Ferner werden in Artikel 1 nur noch die Titel für die Ämter angeführt, die weiterhin in der Kategorie des Verwaltungspersonals bestehen bleiben. Die Formulierung über die Anerkennung von Studiennachweisen und die Ausstellung von Konformitätsbescheinigungen wird durch die angepasste Formulierung ersetzt, die in allen Statuttexten zu finden ist.

Artikel 6 fügt das Verwaltungspersonal in den Titel des Ämtererlasses vom 2. Oktober 1968 ein.

Artikel 11 fügt einen neuen Kapitel für das Verwaltungspersonal in den Ämtererlass vom 2. Oktober 1968 ein.

Artikel 12 fügt die Ämter des Verwaltungspersonals, die auch tatsächlich besetzt werden bzw. besetzt werden könnten, in den Ämtererlass ein. Diese Ämter sind: Kommis, Kommis-Daktylograph, Korrespondent-Buchhalter, Chefsekretär, Verwaltungssekretär, leitender Verwaltungssekretär und Referent. Der Königliche Erlass vom 29. August 1966 über die Ämter der Kategorie des Verwaltungspersonals wird durch Artikel 214 aufgehoben.

In Artikel 13 wird der Titel des Königlichen Erlasses vom 22. März 1969 abgeändert, da dieser Erlass fortan auf alle Personalkategorien im Gemeinschaftsunterrichtswesen anwendbar ist.

In Artikel 14 wird Artikel 1 des Königlichen Erlasses vom 22. März 1969, der die Aufzählung aller Personalkategorien enthält, um die Kategorie des Verwaltungspersonals erweitert.

In Artikel 15 wird präzisiert, dass eine Bezeichnung auf Abweichung im Amt des Lehrer-Mediothekars oder in einem Amt der Kategorie des Verwaltungspersonals spätestens am 31. August des betreffenden Schuljahres endet. Die Bezeichnungen auf Abweichung in allen anderen Ämtern enden spätestens am 30. Juni des betreffenden Schuljahres.

In Artikel 18 wird das Stellenkapital für Anwerbungsämter der Kategorie des Verwaltungspersonals von der Beschränkung des Ernennungsumfangs auf 95% ausgenommen.

In Artikel 19 Nummer 1 und 21 wird präzisiert, dass zur Berechnung des Dienstalters, die geleisteten Dienstage des Verwaltungspersonals nicht mit 1,2 multipliziert werden, weil es sich um eine Bezeichnung über 12 Monate handelt.

In Artikel 17 wird präzisiert, dass die Bezeichnung des Verwaltungspersonals von Amts wegen am 31. August endet.

Artikel 39 passt die Formulierung der Bestimmung aus Artikel 163 an, der zufolge kein Personalmitglied, das die Bedingungen für die Inanspruchnahme einer Ruhestandspension erfüllt, in den nichtaktiven Dienst versetzt werden kann.

In Artikel 42 wird als Übergangsbestimmung festgelegt, dass die verbleibenden definitiv ernannten Mitglieder des Aufsichts-, Fach- und Dienstpersonals ab dem 1. April 2019 denselben Bestimmungen unterliegen, wie die Personalmitglieder der Kategorie des Verwaltungspersonals.

Artikel 50-53 ersetzen im Königlichen Erlass vom 25. Oktober 1971 über das Statut der Religionslehrer die Verweise auf den Königlichen Erlass vom 22. März 1969 und passen diese an dessen neuen Titel an.

Artikel 54 fügt den neuen Titel des Königlichen Erlasses vom 22. März 1969 in den Titel des Königlichen Erlasses vom 20. Dezember 1973 ein.

Artikel 55 streicht den Satz über die Berechnung des Dienstalters während des Praktikums.

Artikel 56 fügt den neuen Titel des Königlichen Erlasses vom 22. März 1969 in den Titel des Königlichen Erlasses vom 15. Januar 1974 ein.

Artikel 57 Nummer 1 nimmt dieselbe Anpassung in Artikel 1 des Königlichen Erlasses vom 15. Januar 1974 vor und legt fest, dass die in Artikel 1 angeführte Jahresurlaubsregelung keine Anwendung auf das Verwaltungspersonal findet.

Artikel 58 fügt einen Artikel 1.1 in den Königlichen Erlass vom 15. Januar 1974 ein, in dem der Jahresurlaub des Verwaltungspersonals festgelegt wird, wie er bisher im Königlichen Erlass vom 8. Dezember 1967 vorgesehen war. Zusätzlich wird präzisiert, dass der Jahresurlaub bei einer Teilzeitbeschäftigung proratisiert wird und dass die Personalmitglieder Anspruch auf die gesetzlichen Feiertage sowie den 15. November haben. Sollten diese Tage auf einen Samstag oder Sonntag fallen, erhalten die Personalmitglieder einen Ausgleichstag, der vom Schulträger auf einen bestimmten Tag festgelegt werden kann.

Artikel 59, 60, 62, 63, 65-69 und 72-74 präzisieren die Artikel des Königlichen Erlasses vom 15. Januar 1974 infolge der Abänderung des Artikels 1 und des Einfügens des Verwaltungspersonals. Die Artikel nehmen sprachliche Änderungen vor, ohne die Urlaubsregelung zu verändern.

Artikel 61 hebt Artikel 12 auf. Dieser beinhaltete den Urlaub zur Ablegung von Prüfungen, die dienstrechtlich erforderlich sind. Alle Personalmitglieder haben gemäß den Bestimmungen aus dem Dekret vom 25. Juni 2007 Anspruch auf Urlaub zur Ablegung von Prüfungen, die dem Unterrichtswesen dienlich sind.

Artikel 75 fügt den neuen Titel des Königlichen Erlasses vom 22. März 1969 in den Titel des Königlichen Erlasses vom 18. Januar 1974 ein.

Artikel 76 ersetzt Artikel 1 und präzisiert, dass die Regeln der Zurdispositionstellung auf alle Personalkategorien anwendbar sind. Bisher waren die Regeln der Zurdispositionstellung

für das Verwaltungspersonal im Königlichen Erlass vom 20. Oktober 1968 festgehalten, der aufgehoben wird.

Artikel 92 fügt den neuen Titel des Königlichen Erlasses vom 22. März 1969 in den Titel des Königlichen Erlasses vom 4. September 1989 ein.

Artikel 110 fügt den Auftrag des Verwaltungspersonals in das Dekret vom 31. August 1998 ein. Es wird ein allgemeiner Auftrag für alle Ämter des Verwaltungspersonals festgelegt. Im Rahmen der Beurteilung kann, je nachdem welches Amt das beurteilte Personalmitglied ausübt, der Schwerpunkt im Rahmen des allgemein definierten Auftrags herausgestellt, beschrieben und bewertet werden.

Artikel 112 und 114 fügen den neuen Titel des Königlichen Erlasses vom 22. März 1969 in das Dekret vom 14. Dezember 1998 ein.

Artikel 115 präzisiert, dass auch im freien subventionierten Unterrichtswesen die Dienstage des Lehrer-Mediothekars, dessen Bezeichnung bis zum 31. August erfolgt, im Rahmen der Dienstalterberechnung nicht mit 1,2 multipliziert werden.

Artikel 136-138 fügen den neuen Titel des Königlichen Erlasses vom 22. März 1969 in das Dekret vom 30. Juni 2003 ein. Die Artikel passen die Liste der Regeltexte über diverse Urlaubsformen an den Titel des Königlichen Erlasses vom 22. März 1969 an und heben die Verweise auf Regeltexte auf, die durch den Artikel 214 aufgehoben werden. Die Liste beinhaltet den Verweis auf alle Urlaubsformen bei denen die besetzte Stelle für offen erklärt wird, wenn die jeweilige Urlaubsform über einen Mindestzeitraum von sechs aufeinanderfolgenden vollständigen Schuljahren in Anspruch genommen wurde.

Artikel 140 und 142 fügen in das Dekret vom 29. März 2004 den neuen Titel des Königlichen Erlasses vom 22. März 1969 ein.

Artikel 143 Nummer 1 präzisiert, dass auch im offiziellen subventionierten Unterrichtswesen die Dienstage des Lehrer-Mediothekars, dessen Bezeichnung bis zum 31. August erfolgt, im Rahmen der Dienstalterberechnung nicht mit 1,2 multipliziert werden.

Artikel 159 fügt in das Dekret vom 6. Juni 2005 den neuen Titel des Königlichen Erlasses vom 22. März 1969 ein.

Artikel 185, 186 Nummer 1, 187 und 188 passen im Dekret vom 26. Juni 2006 in der Liste der Regeltexte über diverse Urlaubsformen zum einen den Titel des Königlichen Erlasses vom 22. März 1969 an und heben die Verweise auf nicht länger bestehende Regeltexte auf. Die Liste dient der Vereinheitlichung der Beantragungsmodalitäten für diverse Urlaubsformen.

Artikel 191 fügt in das Dekret vom 25. Oktober 2010 den neuen Titel des Königlichen Erlasses vom 22. März 1969 ein.

Artikel 205 fügt in das Dekret vom 25. Juni 2012 den neuen Titel des Königlichen Erlasses vom 22. März 1969 ein.

Artikel 229 hebt Regeltexte in Bezug auf das Verwaltungspersonal auf sowie andere Texte, die mittlerweile obsolet sind.

3. Anpassung der Zugangsbedingungen zum Amt des Chefsekretärs und des Direktionssekretärs (Art. 4 Nummer 4, Artikel 28, 29, 122 und 123)

Inkrafttreten: 1. September 2018 mit Ausnahme von Artikel 4 Nummer 4 und Artikel 28, die am Tag der Verabschiedung in Kraft treten

Durch das Sammeldekret 2018 wurden die Zugangsbedingungen zum Amt des Chefsekretärs und zum Amt des Direktionssekretärs neu definiert. So wurde als erforderlicher Befähigungsnachweis für diese Ämter unter anderem das Abschlusszeugnis der Oberstufe des allgemeinbildenden Sekundarunterrichts, ergänzt um fünf Jahre nützliche Berufserfahrung festgelegt. Ein Abitur des technischen Unterrichts hingegen gewährt nur dann Zugang zu diesen Ämtern, wenn es in der Studienrichtung „Sekretariat“ erworben wurde. Nun ist es so, dass sich der technische Unterricht in technischen Übergangsunterricht und technischen Befähigungsunterricht unterteilt. Da der technische Übergangsunterricht zahlreiche Parallelen zum allgemeinbildenden Unterricht aufweist und ein Abitur, das im technischen Übergangsunterricht erworben wird inhaltlich als gleichwertig zu einem Abitur, das im allgemeinbildenden Unterricht erworben wird, betrachtet werden kann, schlägt die Regierung vor, die Gesetzgebung dahingehend anzupassen, dass nicht nur jedes Abitur des allgemeinbildenden Sekundarunterrichts, sondern auch jedes Abitur des technischen Übergangsunterrichts Zugang zum Amt des Chefsekretärs bzw. des Direktionssekretärs gewährt, insofern der Bewerber mindestens fünf Jahre nützliche Berufserfahrung im Sekretariatsbereich nachweisen kann.

Zusätzlich zu dieser Anpassung im Bereich der Befähigungsnachweise werden einige kleine Textkorrekturen betreffend das Statut des Direktionssekretärs vorgenommen. In der Tat wurden durch das Sammeldekret 2018 unter anderem die Diplomvoraussetzungen für das Amt des Direktionssekretärs angepasst und der vorübergehende Ersatz bei Abwesenheit eines Direktionssekretärs geregelt. Es wurde jedoch versäumt, diese beiden Anpassungen im Statut des freien subventionierten Unterrichtswesens vorzunehmen. Durch die Maßnahme sollen die Anpassungen rückwirkend im Dekret vom 14. Dezember 1998 verankert werden. Darüber hinaus wird eine Textkorrektur betreffend den vorübergehenden Ersatz eines Direktionssekretärs im Statut des Gemeinschaftsunterrichtswesens vorgeschlagen.

Artikel 4 Nummer 4 nimmt die Korrektur in Bezug auf den Befähigungsnachweis für das Amt des Chefsekretärs vor.

Artikel 28 nimmt die Korrektur in Bezug auf den Befähigungsnachweis für das Amt des Direktionssekretärs im Statut des Gemeinschaftsunterrichtswesens vor.

Artikel 29 nimmt die Korrektur in Bezug auf den Ersatz im Statut des Gemeinschaftsunterrichtswesens vor.

Artikel 122 und 123 nehmen die Abänderungen in Bezug auf das Statut des freien subventionierten Unterrichtswesens vor.

Das Statut des offiziellen subventionierten Unterrichtswesens bedarf keiner Abänderung.

4. Pädagogischer und paramedizinischer Koordinator für inklusive Schulen (Art. 7 Nummer 2, 8, 29, 31, 40, 41, 57 Nummern 2 und 3, 93, 107, 108, 124, 125, 132, 133, 146, 147 und 190)

Inkrafttreten: 1. September 2019

Das Zentrum für Förderpädagogik organisiert seit einigen Jahren in Zusammenarbeit mit der Gemeinde Büttenbach eine inklusive Schule. In dieser Gemeinsamen Grundschule Büttenbach werden sowohl Regelschulkinder, aber auch Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf gemeinsam unterrichtet. Der Unterricht erfolgt in Form von Team-Teaching. Zusätzlich steht der Schule zur Betreuung und Förderung in Einzeltherapien paramedizinisches Personal zur Verfügung.

Geleitet wird die Gemeinsame Grundschule durch eine Grundschulleiterin, die aus dem Personalstamm des Gemeindeschulwesens stammt. Unterstützt wird sie durch eine pädagogische Koordinatorin (0,75 VZÄ) und durch eine paramedizinische Koordinatorin (0,5 VZÄ), die beide zum Personalstamm des Zentrums für Förderpädagogik gehören.

Um die Funktionen der beiden Koordinatoren dienstrechtlich abzusichern, schlägt die Regierung die Schaffung von zwei neuen Ämtern vor, nämlich das Amt des pädagogischen Koordinators für inklusive Schulen einerseits und das Amt des paramedizinischen Koordinators für inklusive Schulen andererseits. Es handelt sich hierbei um Auswahlämter, wobei das Amt des pädagogischen Koordinators in der Kategorie des Lehrpersonals und das Amt des paramedizinischen Koordinators in der Kategorie des paramedizinischen Personals angesiedelt wird.

Die Aufgaben des pädagogischen bzw. paramedizinischen Koordinators gestalten sich wie folgt:

- Der Auftrag des pädagogischen Koordinators für inklusive Schulen umfasst vor allem folgende Aufgaben:
 - Pädagogische Konzeptentwicklung an inklusiven Schulen in Absprache mit der Schulleitung der Förderschule;
 - Organisation und Begleitung des Unterrichts an inklusiven Schulen;
 - Unterstützung des Schulleiters der Förderschule bei der Führung und Begleitung des Lehr-, Erziehungshilfs- und sozialpsychologischen Personals der Förderschule, das an inklusiven Schulen eingesetzt wird;
 - Organisation von Aufsichten;
 - Organisation und Leitung von Klassenräten und schulischen Standortgesprächen;
 - Organisation und Begleitung von Hospitationen;
 - Koordination des Wechsels von Primarschülern zur Sekundarschule;
 - Teilnahme an Personalversammlungen, pädagogischen Konferenzen und Koordinationsversammlungen;
 - Zusammenarbeit mit den Personalmitgliedern, dem Pädagogischen Rat und den anderen Vertretungsorganen der Schule;
 - Beratung der Schüler und ihrer Erziehungsberechtigten;
 - Zusammenarbeit mit externen Partnern, insbesondere dem Zentrum für die gesunde Entwicklung von Kindern und Jugendlichen;
 - Persönliche ständige Fort- und Weiterbildung;
 - Aufgaben, die zur Verwirklichung des Schulprojekts beitragen.

- Der Auftrag des paramedizinischen Koordinators für inklusive Schulen umfasst vor allem folgende Aufgaben:
 - Koordination der paramedizinischen Fördermaßnahmen an inklusiven Schulen;
 - Paramedizinische Konzeptentwicklung an inklusiven Schulen in Absprache mit der Schulleitung der Förderschule;
 - Organisation und Begleitung der tiergestützten Pädagogik an inklusiven Schulen;
 - Unterstützung des Schulleiters der Förderschule bei der Führung und Begleitung des paramedizinischen Personals der Förderschule, das an inklusiven Schulen eingesetzt wird;
 - Organisation von Aufsichten;
 - Organisation und Leitung von Klassenräten und schulischen Standortgesprächen;
 - Organisation und Begleitung von Hospitationen;
 - Koordination des Wechsels von Primarschülern zur Sekundarschule;
 - Teilnahme an Personalversammlungen, pädagogischen Konferenzen und Koordinationsversammlungen;
 - Zusammenarbeit mit den Personalmitgliedern, dem Pädagogischen Rat und den anderen Vertretungsorganen der Schule;
 - Beratung der Schüler und ihrer Erziehungsberechtigten;
 - Zusammenarbeit mit externen Partnern, insbesondere dem Zentrum für die gesunde Entwicklung von Kindern und Jugendlichen;
 - Persönliche ständige Fort- und Weiterbildung;
 - Aufgaben, die zur Verwirklichung des Schulprojekts beitragen.

Die definierten dienstrechtlichen Bestimmungen für die beiden Ämtern entsprechen den Bestimmungen wie sie bereits für den Koordinator einer Time Out-Einrichtung gelten, d.h.:

- Zugelassen sind Personen, die mindestens über ein Diplom des Hochschulwesens des ersten Grades verfügen und die gründliche Kenntnis der deutschen Sprache aufweisen. Im Rahmen des Bewerbungsverfahrens ist ein Strategie- und Aktionsplan einzureichen. Eine pädagogische bzw. paramedizinische Qualifikation ist von Vorteil. Die Bezeichnung in diesem Amt erfolgt auf unbestimmte Dauer. Eine Ernennung ist möglich, wenn das Personalmitglied mindestens 50 Jahre alt ist, ein Amtsalter von mindestens 5 Jahren aufweist und der letzte Beurteilungsbericht mindestens den Vermerk „ausreichend“ aufweist.
- Die Urlaubsmöglichkeiten für dieses Amt sind eingeschränkt. Folgende Urlaube dürfen in Anspruch genommen werden:
 - Jahresurlaub
 - Gelegenheitsurlaub
 - Außergewöhnlicher Urlaub wegen Fällen höherer Gewalt
 - Mutterschaftsurlaub
 - Urlaub wegen Adoption oder Pflegschaft
 - Urlaub wegen Krankheit oder Gebrechen
 - Vollzeitiger Urlaub wegen eines Sonderauftrags
 - Zudispositionstellung wegen Krankheit oder Gebrechen
 - Vollzeitiger Vorruhestand
 - Halbzeitige Wiederaufnahme nach Krankheit
 - Urlaub aus zwingenden familiären Gründen
 - Dispo aus persönlichen Gründen
 - Vollzeitiger Laufbahnunterbrechung
 - Thematische Laufbahnunterbrechungen (halbzeitig oder vollzeitig)
- Besoldung: das Personalmitglied wird auf Grundlage seines Diploms besoldet. Zusätzlich erhält es eine Zulage (ca. 300 € brutto indexiert/Monat).

- Der Koordinator wird pro Zeitspanne von fünf Jahren durch den Schulleiter bewertet.
- Die Arbeitszeit beläuft sich bei einer vollzeitigen Beschäftigung pro Woche durchschnittlich auf 38 Stunden zu 60 Minuten. Der Durchschnitt wird innerhalb einer Referenzperiode von vier Monaten ermittelt.
- Jahresurlaub: hier gilt dieselbe Regelung wie bei Schulleitern, Unterdirektoren, Middle Managern, ... (d.h. Kürzung der Sommerferien um 13 Arbeitstage).

Artikel 7 Nummer 2 und 8 fügen im Königlichen Erlass vom 2. Oktober 1968 das Auswahlamt des pädagogischen Koordinators für inklusive Schulen und das Auswahlamt des paramedizinischen Koordinators für inklusive Schulen ein.

Die dienstrechtlichen Bestimmungen werden durch die Artikel 29 und 31 im Lehrerstatut des Gemeinschaftsunterrichtswesens verankert. Die Artikel 124 und 125 bzw. Artikel 146 und 147 verankern dieselben Bestimmungen im Lehrerstatut des freien subventionierten Unterrichtswesens bzw. im Lehrerstatut des offiziellen subventionierten Unterrichtswesens.

Artikel 40, 41, 132 und 133 legen eine Abweichung von dem für den pädagogischen bzw. paramedizinischen Koordinator definierten Anwerbungsverfahren fest. Diese Abweichungsbestimmung gewährleistet, dass die beiden Personalmitglieder, die in den Schuljahren 2017-2018 und 2018-2019 pädagogische bzw. paramedizinische Koordinationsaufgaben in einer inklusiven Schule in der Deutschsprachigen Gemeinschaft verrichtet und in diesem Zusammenhang Aufgaben, die durch vorliegendes Kapitel im Grundlagendekret vom 31. August 1998 für den pädagogischen bzw. paramedizinischen Koordinator definiert werden, wahrgenommen haben, zum 1. September 2019 auf unbestimmte Dauer im entsprechenden Amt des pädagogischen bzw. paramedizinischen Koordinators für inklusive Schulen bezeichnet werden. Als Nachweis dient dem Schulträger eine vom Schulleiter ausgestellte Bescheinigung, in der die vom Personalmitglied wahrgenommenen Aufgaben präzisiert werden.

Artikel 57 Nummern 2 und 3 ändert den Königlichen Erlass vom 15. Januar 1974 ab. Dieser Erlass regelt den Jahresurlaub des pädagogischen bzw. paramedizinischen Koordinators.

Die Normen zur Schaffung der beiden Ämter werden durch Artikel 93 im Dekret vom 27. Juni 1990 wie folgt geregelt:

- Pädagogischer Koordinator: Zählt eine Förderschule am letzten Schultag des Monats September des laufenden Schuljahres mindestens 150 Schüler, können 0,75 Stellen im Amt des pädagogischen Koordinators für inklusive Schulen organisiert oder subventioniert werden, wenn die Förderschule gemeinsam mit einer Regelschule eine inklusive Schule organisiert.
- Paramedizinischer Koordinator: Zählt eine Förderschule am letzten Schultag des Monats September des laufenden Schuljahres mindestens 150 Schüler, kann eine halbe Stelle des allgemeinen Stundenkapitals der Förderschule umgewandelt werden in eine halbe Stelle als paramedizinischer Koordinator für inklusive Schulen, wenn die Förderschule gemeinsam mit einer Regelschule eine inklusive Schule organisiert.

Artikel 107 und 108 fügen die Aufgaben des pädagogischen bzw. paramedizinischen Koordinators im Grundlagendekret vom 31. August 1998 ein.

Artikel 190 ändert das Dekret vom 21. April 2008 zur Aufwertung des Lehrerberufs ab, um zu gewährleisten, dass der pädagogische bzw. paramedizinische Koordinator auf Grundlage des Diploms besoldet wird.



5. Abänderung der Bestimmungen über die Werkstattleiter (Art. 7 Nummern 1, 3 und 4, Artikel 23, 27, 94, 97, 117-121, 144 und 145)

Inkrafttreten: 1. September 2019

Die Regierung schlägt einige Änderungen betreffend das Amt des Werkstattleiters vor. Schulen, die technischen und berufsbildenden Unterricht organisieren, haben bei Erreichen bestimmter Normen Anrecht auf eine oder mehrere Stellen im Amt des Werkstattleiters. Organisiert die Schule keinen Oberstufenzyklus, ist die Stelle des Werkstattleiters in der Unterstufe angesiedelt. Organisiert die Schule hingegen wohl einen Oberstufenzyklus, wird auf Grundlage eines Konzertierungsprotokolls aus dem Jahre 1975 die erste Stelle in der Oberstufe und die zweite Stelle in der Unterstufe angesiedelt, wobei der in der Unterstufe angesiedelte Werkstattleiter ein niedrigeres Barema erhält als der in der Oberstufe angesiedelte Werkstattleiter.

Diese Unterscheidung zwischen einem Werkstattleiter der Unterstufe und der Oberstufe ist mittlerweile überholt. In der Deutschsprachigen Gemeinschaft ist das RSI Eupen die einzige Schule, die Anrecht auf zwei Stellen im Amt des Werkstattleiters hat. Die Zuständigkeitsbereiche dieser beiden Werkstattleiter sind jedoch nicht nach Unter- bzw. Oberstufe definiert, sondern vielmehr auf Grundlage der organisierten Studienrichtungen. So ist ein Werkstattleiter für den Industriesektor tätig und ein anderer für den Dienstleistungssektor. Vor diesem Hintergrund schlägt die Regierung vor, die Unterscheidung zwischen Werkstattleiter der Unterstufe einerseits und Werkstattleiter der Oberstufe andererseits in der Gesetzgebung aufzuheben. In diesem Zusammenhang wird ebenfalls vorgeschlagen, dass die Besoldung eines Werkstattleiters künftig auf Grundlage des Baremas erfolgt, das bislang den Werkstattleitern der Oberstufe zugewiesen wurde.

Darüber hinaus wird vorgeschlagen, dass die Stellen im Amt des Werkstattleiters künftig auf mehrere Personen verteilt werden können, wobei die betreffenden Personen in diesem Fall halbezeitig als Werkstattleiter eingestellt werden. Eine Schule, die beispielsweise Anrecht auf zwei Stellen im Amt des Werkstattleiters hat, kann diese unter maximal vier Personalmitgliedern, die jeweils einen halben Stundenplan als Werkstattleiter leisten, verteilen. Dieser Vorschlag lehnt sich an das Modell, das seit einigen Jahren im Bereich des Middle Managements praktiziert wird und sowohl bei den Schulleitungen als auch bei den Personalmitgliedern auf hohe Resonanz stößt. Middle Manager bekleiden ebenfalls keine Vollzeit-, sondern eine Halbezeitstelle. Daneben sind sie weiterhin als Lehrkraft in der jeweiligen Schule tätig. Über diese Anpassung erhofft man sich nicht zuletzt das Amt des Werkstattleiters attraktiver zu gestalten.

Des Weiteren wird in Anlehnung an das Statut der Middle Manager vorgeschlagen, dass die Bezeichnung bzw. Einstellung des Werkstattleiters nicht mehr wie bisher von vornherein auf unbestimmte Dauer erfolgt. Der vom Schulträger im Rahmen des Bewerbungsverfahrens ausgewählte Kandidat wird für die Dauer eines Schuljahres bezeichnet. Bei Vorlage eines Bewertungsberichts des Schulleiters, der mindestens mit dem Vermerk „gut“ schließt, wird die Einstellung nach Ablauf des Schuljahres um ein weiteres Schuljahr verlängert. Liegt nach Ablauf der zweiten Bezeichnung bzw. Einstellung erneut ein Bewertungsbericht des Schulleiters vor, der mindestens mit dem Vermerk „gut“ schließt, erfolgt die dritte Einstellung auf unbestimmte Dauer. Es wird somit eine Art Probezeit für diese Funktion eingeführt. Dies hat den Vorteil, dass zum einen der Schulleiter beobachten kann, ob sich das Personalmitglied grundsätzlich für die Funktion des Werkstattleiters eignet, zum anderen aber auch dem Personalmitglied die Möglichkeit gegeben wird, für sich selbst herauszufinden, ob es sich mit dem Tä-

tigkeitsfeld des Werkstattleiters identifizieren kann, bevor eine unbefristete Bezeichnung erfolgt.

Schließlich werden die auf die Werkstattleiter anwendbaren dienstrechtlichen Bestimmungen in Bezug auf die Wochenarbeitszeit ergänzt. Es wird festgehalten, dass ein Werkstattleiter bei Vollzeitbeschäftigung durchschnittlich 38 Stunden zu 60 Minuten leistet. Der Durchschnitt wird innerhalb einer Referenzperiode von vier Monaten ermittelt.

Artikel 7 Nummern 1, 3 und 4 passt den Königlichen Erlass vom 2. Oktober 1968 an und schafft das Amt des Werkstattleiters auf Ebene des Sekundarschulwesens.

Die Artikel 23 bis 27 nehmen die dienstrechtlichen Anpassungen betreffend die Bezeichnung, die Besoldung und die Wochenarbeitszeit der Werkstattleiter im Lehrerstatut des Gemeinschaftsunterrichtswesens vor.

Artikel 97 ändert den Erlass der Exekutive vom 13. Januar 1993 ab und sieht vor, dass die Stellen im Amt des Werkstattleiters in technischen und beruflichen Sekundarschulen auf mehrere Personen verteilt werden können. Macht ein Schulleiter von dieser Möglichkeit Gebrauch, werden die betreffenden Personen halbezeitig im Amt des Werkstattleiters beschäftigt. Artikel 94 nimmt dieselbe Änderung für das Fördersekundarschulwesen im Dekret vom 27. Juni 1990 vor.

Die Artikel 117 bis 121 nehmen die dienstrechtlichen Anpassungen betreffend die Bezeichnung, die Besoldung und die Wochenarbeitszeit der Werkstattleiter im Lehrerstatut des freien subventionierten Unterrichtswesens vor.

Die Artikel 144 und 145 nehmen die dienstrechtlichen Anpassungen im Lehrerstatut des offiziellen subventionierten Unterrichtswesens vor.

6. Anpassung der dienstrechtlichen Bestimmungen zu den Forschungsbeauftragten und den externen Evaluatoren (Art. 7 Nummer 5 und 6, Artikel 98, 157, 166 und 169-185)

Inkrafttreten: 1. September 2019

An der Autonomen Hochschule besteht neben den reinen Dozentenämtern unter anderem das Amt des Forschungsbeauftragten und das Amt des externen Evaluators. Beide Ämter sind derzeit genau wie das Amt des Dozenten als Anwerbungsamt in der Kategorie des Lehrpersonals angesiedelt. Die Tatsache, dass es sich hierbei allerdings um Anwerbungsämter handelt, führt dazu, dass bei der Personalanwerbung die notwendige Flexibilität fehlt, um Personalmitglieder einstellen zu können, die aufgrund ihrer Erfahrung oder ihrer besonderen Eignung den Anforderungen, die mit dem Amt des Forschungsbeauftragten bzw. externen Evaluators einhergehen, gerecht werden können.

Infolgedessen schlägt die Regierung vor, das Amt des Forschungsbeauftragten und das Amt des externen Evaluators als Auswahlamt zu definieren, weil nur so die notwendige flexible Rekrutierung auf Grundlage einer umfassenden Stellenprofilbeschreibung gewährleistet ist. Als Auswahlamt können diese Ämter unter Berücksichtigung der gesetzlich bereits definierten Mindestanforderungen (d.h. eines Hochschulabschlusses des zweiten Grades im Falle des Forschungsbeauftragten bzw. eines Hochschulabschlusses des ersten Grades ergänzt um eine Berufserfahrung von mindestens 10 Jahren im Grund- oder Sekundarschulwesen im Fal-

le des externen Evaluators) anhand eines Bewerbungs- und Auswahlverfahrens besetzt werden, in dessen Rahmen vom Verwaltungsrat sowohl das Diplom und die Erfahrung als auch die Motivation und die Persönlichkeit geprüft werden und die geeigneten Bewerber klassiert werden.

Die Forschungsbeauftragten bzw. externen Evaluatoren werden nicht wie bisher befristet, sondern direkt auf unbestimmte Dauer bezeichnet. Der Forschungsbeauftragte bzw. externe Evaluator werden pro Zeitspanne von fünf Jahren mindestens einmal vom Direktor bewertet. Sie verfassen im Voraus einen Bericht, in dem sie eine Bilanz ihrer Tätigkeit der letzten Jahre ziehen und Vorschläge zur weiteren Entwicklung der Hochschule formulieren. Dieser Bericht bildet die Grundlage des Gesprächs. Eine Ernennung in eine offene Stelle ist bei einem Altersalter von fünf Jahren und unter Vorlage eines Bewertungsberichts, der mindestens den Vermerk „gut“ aufweist, möglich. Der Schulträger schreibt die offenen Stellen aus und klassiert die Bewerber nach einem Auswahlverfahren. Er stützt sich bei seiner Auswahl unter anderem auf ein oder mehrere Bewerbungsgespräche, die Berufserfahrung, das Eignungsprofil und den Beurteilungsbericht. Eine Mindeststundenanzahl wird nur für die Ersternennung festgelegt. Die Besoldung der Forschungsbeauftragten bzw. externen Evaluatoren erfolgt nach den bislang gültigen Bestimmungen.

In Artikel 7 Nummern 5 und 6 wird im Königlichen Erlass vom 2. Oktober 1968 das Amt des Forschungsbeauftragten und das Amt des externen Evaluators als Auswahlamt in der Kategorie des Lehrpersonals definiert.

In Artikel 98 wird festgelegt, dass der Forschungsbeauftragte bzw. der externe Evaluator eine Laufbahnunterbrechung im Umfang von einem Fünftel oder einem Viertel seines Beschäftigungsumfangs in Anspruch nehmen kann.

In Artikel 157 wird festgelegt, dass der Forschungsbeauftragte bzw. der externe Evaluator Anspruch auf eine Fahrtkostenentschädigung erhält, wenn er Fahrten zwischen einzelnen Einrichtungen während seines Arbeitstages mit Ausnahme des Arbeitsweges tätigt.

Die Artikel 166 und 169-183 nehmen die erforderlichen Anpassungen im Dekret vom 27. Juni 2005 zur Schaffung einer autonomen Hochschule vor. In diesem Zusammenhang wird ein Kapitel über besondere Bestimmungen für das Amt des Forschungsbeauftragten und das Amt des externen Evaluators im Statut der AHS eingefügt. Dieses Kapitel enthält u.a. die Bestimmungen über die Zulassungsbedingungen zum Amt, das Bewerbungsverfahren, die Bezeichnungsprozedur, die Bezeichnungsdauer und -beendigung, die Ernennungsbedingungen, das Ernennungsverfahren, den vorübergehenden Ersatz, die Bewertung und Einspruchsmöglichkeit sowie die Besoldung.

Artikel 184 und 185 fügen Übergangsbestimmungen in das Dekret vom 27. Juni 2005 ein zur Übernahme der Personalmitglieder, die die Zulassungsbedingungen für das Amt des Forschungsbeauftragten bzw. externen Evaluators erfüllen und dieses Amt bereits in den Schuljahren 2017-2018 und 2018-2019 im Rahmen eines befristeten Vertrags bekleidet haben. Diese Personalmitglieder werden zum 1. September 2019 auf unbestimmte Dauer in dem jeweiligen Amt bezeichnet. Ebenfalls wird die Beibehaltung der Regelung in Bezug auf das Gehalt für externe Evaluatoren, die vor 1. September 2014 eingestellt worden sind, festgelegt.

7. Berücksichtigung von Dienstzeiten als Primarschullehrer für Personalmitglieder mit Kindergärtnerdiplom (Art. 19 Nummer 2 und 143 Nummer 2)

Inkrafttreten: 1. Januar 2020

Aufgrund des akuten Mangels an Primarschullehrern werden in den letzten Jahren vermehrt Kindergärtner im Primarschulwesen eingesetzt. Da ein Kindergärtner jedoch nicht den erforderlichen Befähigungsnachweis für das Amt des Primarschullehrers besitzt, sammeln diese Personalmitglieder während dieser Zeit keine Dienstage, was sich dienstrechtlich wiederum nachteilig für sie bei späteren Anwerbungsverfahren auswirkt. In der Tat werden nämlich sowohl im Gemeinschaftsunterrichtswesen als auch im offiziellen subventionierten Unterrichtswesen im Rahmen des Anwerbungsverfahrens alle Bewerber gemäß ihrer Titel und Verdienste klassiert. Zur Erstellung dieser Klassierung werden unter anderem Punkte für das Dienstalter vergeben, das bei einem Kindergärtner, der im Primarschulwesen tätig war, niedriger ausfällt, als bei einem Kindergärtner, der im Kindergarten tätig war. Diese Situation führt mittlerweile dazu, dass Kindergärtner ganz bewusst Stellen im Primarschulwesen, die ihnen auf Grund des Lehrermangels angeboten werden, ablehnen, was letztendlich das Problem des Lehrermangels nur verschärft.

Um in dieser Situation Abhilfe zu schaffen und Inhaber eines Kindergärtnerdiploms, die zeitweise im Primarschulwesen aushelfen, nicht zu benachteiligen, schlägt die Regierung vor, dass die Dienstzeiten im Amt des Primarschullehrers berücksichtigt werden dürfen beim Vergleich der Titel und Verdienste im Rahmen des Anwerbungsverfahrens und der damit verbundenen Erstellung der für das Amt des Kindergärtners erforderlichen Klassierung. Die Dienstzeiten werden wohlgemerkt nicht berücksichtigt zur Ermittlung der 720 Dienstage, die erforderlich sind, um im Amt des Kindergärtners in den Vorrang zu gelangen oder ernannt werden zu können. Auch in Zukunft kann ein Kindergärtner nur dann im Amt des Kindergärtners unbefristet bezeichnet oder ernannt werden, wenn mindestens 720 Dienstage im Amt des Kindergärtners erbracht wurden. Der Kindergärtner erwirbt darüber hinaus keine Rechte für das Amt des Primarschullehrers. Eine Einstellung bleibt in diesem Amt auch weiterhin nur im Falle von Lehrermangel möglich.

Artikel 19 Nummer 2 nimmt die Anpassung im Lehrerstatut des Gemeinschaftsunterrichtswesens vor.

Artikel 143 Nummer 2 nimmt die Anpassung im Lehrerstatut des offiziellen subventionierten Unterrichtswesens vor.

8. Präzisierung der Urlaubsbestimmungen für Personalmitglieder in Auswahl- und Beförderungsamtern (Art. 22, 37, 116, 128, 148, 151, 167, 168, 212 Nummer 2 und 229)

Inkrafttreten: 1. September 2019

Die Regierung schlägt eine Textpräzisierung betreffend die Urlaubsmöglichkeiten für Personalmitglieder, die ein Auswahl- oder Beförderungsamt bekleiden, vor.

Den Personalmitgliedern, die eine Führungsposition im Rahmen eines Auswahl- oder Beförderungsamts bekleiden, stehen seit der Reform dieser Ämter in den meisten Fällen keine Formen der Teilzeitarbeit zur Verfügung. Einzige Ausnahme bilden die thematischen Formen der Laufbahnunterbrechung und der Urlaub wegen verringerter Dienstleistungen wegen

Krankheit oder Gebrechen. Begründet ist dies durch die Tatsache, dass eine korrekte Ausführung des betreffenden Amtes nur gewährleistet werden kann, wenn das Personalmitglied das Amt im Rahmen des vorgesehenen Stenumfangs ausübt.

Momentan sieht die Gesetzgebung in diesem Bereich allerdings vor, dass dem Personalmitglied ein Urlaub wegen eines Auftrags im Interesse des Unterrichtswesens gewährt werden kann. Da die derzeitige Formulierung den Eindruck erwecken könnte, dass die Inanspruchnahme eines teilzeitigen Sonderauftrags möglich ist, wird die Gesetzgebung dahingehend präzisiert, dass den betroffenen Personen lediglich ein vollzeitiger Urlaub wegen eines Auftrags im Interesse des Unterrichtswesens gewährt werden kann.

Artikel 22 und 37 nehmen die Anpassungen im Königlichen Erlass vom 22. März 1969 vor (Dienstrecht des Gemeinschaftsunterrichtswesens) für das Amt des Schulleiters, des Fachbereichsleiters einer Fördersekundarschule, des Middle Managers einer Regelsekundarschule, des Koordinators eines Zentrums für Teilzeitunterricht, des Unterdirektors/Provisors, des Werkstattleiters, des Koordinators einer Time Out-Einrichtung, des pädagogischen Koordinators für inklusive Schulen und des paramedizinischen Koordinators für inklusive Schulen.

Artikel 116 und 128 nehmen die Anpassungen im Dekret vom 14. Dezember 1998 vor (Dienstrecht des freien subventionierten Unterrichtswesens) für das Amt des Schulleiters, des Fachbereichsleiters einer Fördersekundarschule, des Middle Managers einer Regelsekundarschule, des Koordinators eines Zentrums für Teilzeitunterricht, des Unterdirektors/Provisors, des Werkstattleiters, des Koordinators einer Time Out-Einrichtung, des pädagogischen Koordinators für inklusive Schulen und des paramedizinischen Koordinators für inklusive Schulen.

Artikel 148 und 151 nehmen die Anpassungen im Dekret vom 29. März 2004 vor (Dienstrecht des offiziellen subventionierten Unterrichtswesens) für das Amt des Schulleiters und das Amt des Leiters einer Kunstakademie.

Artikel 167 und 168 nehmen die Anpassungen im Dekret vom 27. Juni 2005 zur Schaffung einer Autonomen Hochschule vor für das Amt des Direktors und des Fachbereichsleiters.

Artikel 212 Nummer 2 nimmt die Anpassungen im Dekret vom 25. Juni 2012 über die Schulinspektion und die Schulentwicklungsberatung vor für das Amt des Leiters der Schulinspektion und Schulentwicklungsberatung, des Schulinspektors und des Schulentwicklungsberaters.

Artikel 229 nimmt die Anpassungen im Dekret vom 31. März 2014 über das Zentrum für die gesunde Entwicklung von Kindern und Jugendlichen vor für das Amt des Direktors, des Koordinators und des Zweigstellenleiters.

9. Verwalter (Art. 33-36, 38 Nummer 2, 126-128, 130 Nummer 2, 149-151 und 153 Nummer 2)

Inkrafttreten: 1. September 2019

Das derzeit gültige Verfahren hinsichtlich der Auswahl von Kandidaten für das Amt des Verwalters bedarf aus mehreren Gründen einer dringenden Modernisierung:

1. Momentan sieht das Dienstrecht des Gemeinschaftsunterrichtswesens keine zeitweilige Bezeichnung, sondern lediglich eine definitive Ernennung in diesem Beförde-

rungsamt vor. Ein Personalmitglied, das das Amt des Verwalters bekleiden möchte, muss folglich seine Ursprungsernennung kündigen. Es besteht nicht die Möglichkeit dieses Amt im Rahmen eines Urlaubs zwecks Ausübung eines anderen Amtes zu bekleiden.

2. Die Zugangsvoraussetzungen für dieses Beförderungsamt sind recht einschränkend. Das Amt des Verwalters ist nur Personalmitgliedern zugänglich, die im Gemeinschaftsunterrichtswesen im Amt des Aufseher-Erziehers, des Sekretär-Bibliothekars, des Direktionssekretärs oder des Erzieher-Verwalters definitiv ernannt sind. Im Gegensatz zu anderen Auswahl- und Beförderungsämtern, die vor einigen Jahren reformiert wurden, können also weder externe Personen, noch Personen, die in anderen Ämtern eingestellt sind, dieses Amt bekleiden.
3. Das Dienstrecht des Gemeinschaftsunterrichtswesens sieht vor, dass die Kandidaten eine Prüfung vor einem Beförderungsausschuss ablegen müssen. In diesem Rahmen wird jedoch vorrangig statutarisches Fachwissen abgefragt. Die Motivation, die Sozialkompetenzen oder auch die Berufserfahrung des Kandidaten finden hingegen kaum bis gar keine Berücksichtigung bei der Auswahl.

Es wird daher vorgeschlagen, das für Verwalter gültige Auswahlverfahren zu flexibilisieren und sich an das Verfahren anzulehnen, das bei der Anwerbung von Schulleitern gilt.

Der Vorschlag sieht vor, dass der Kandidat in punkto Diplom mindestens über ein Diplom des Hochschulwesens des ersten Grades verfügen und die deutsche und französische Sprache gründlich beherrschen muss. Zugelassen sind sowohl im Unterrichtswesen tätige Personalmitglieder als auch externe Personen. Der Schulträger entscheidet, welcher Bewerber das Amt bekleiden soll. Er setzt zu diesem Zweck eine unabhängige Kommission ein. Die Kommission stützt sich bei ihrer Auswahl unter anderem auf den vom Bewerber eingereichten Strategie- und Aktionsplan, seine Qualifikation im sozialen oder humanwissenschaftlichen Bereich, auf ein Bewerbungsgespräch sowie auf die Berufserfahrung, insbesondere im förderpädagogischen Bereich und im Bereich der Teamführung. Die Bezeichnung bzw. Einstellung erfolgt auf unbestimmte Dauer. Eine Ernennung ist ab dem Alter von 50 Jahren möglich, wenn das Personalmitglied ein Amtsalter von mindestens 5 Jahren aufweist und der letzte Beurteilungsbericht mindestens mit dem Vermerk „ausreichend“ schließt.

Artikel 33-36 und 38 Nummer 2 nehmen diese Abänderungen im Lehrerstatut des Gemeinschaftsunterrichtswesens vor.

Artikel 126-128 und 130 Nummer 2 nehmen diese Abänderungen im Statut des freien subventionierten Unterrichtswesens vor.

Artikel 149-151 und 153 Nummer 2 nehmen diese Abänderungen im Statut des offiziellen subventionierten Unterrichtswesens vor.

10. Besoldung eines Direktors einer Fördersekundarschule (Art. 38 Nummer 1, 130 Nummer 1 und 153 Nummer 1)

Inkrafttreten: 1. September 2019

Die Regierung schlägt vor, die Besoldung des Direktors einer Fördersekundarschule aufzuwerten. In der Tat sind die Aufgabenbereiche und Herausforderungen, die das Zentrum für Förderpädagogik bewältigen muss, in den vergangenen Jahren stetig gewachsen. So ist das Zentrum für Förderpädagogik beispielsweise um ein Kompetenzzentrum und eine Time-out-

Einrichtung erweitert worden. Darüber hinaus organisiert das Zentrum für Förderpädagogik seit einiger Zeit gemeinsam mit einer Regelschule eine inklusive Schule. Dies alles ist mit einer bedeutenden Mehrarbeit und gestiegenen Verantwortung für den Direktor der Einrichtung verbunden.

Momentan wird der Direktor einer Fördersekundarschule auf Grundlage der Gehaltstabelle 270/I mit einem finanziellen Dienstalter von 19 Jahren oder mit seinem tatsächlichen finanziellen Dienstalter besoldet, wenn dieses mehr als 19 Jahre beträgt. Zuzüglich zu diesem Gehalt bezieht er eine monatliche Prämie von 428,48 € brutto (nicht indexiert). Es wird vorgeschlagen den Betrag dieser Prämie auf 800 € brutto (nicht indexiert) zu erhöhen.

Artikel 38 Nummer 1 nimmt die Anpassung für den Leiter einer Fördersekundarschule im Lehrerstatut des Gemeinschaftsunterrichtswesens vor.

Artikel 130 Nummer 1 nimmt die Anpassung für den Leiter einer Fördersekundarschule im Lehrerstatut des freien subventionierten Unterrichtswesens vor.

Artikel 153 Nummer 1 nimmt die Anpassung für den Leiter einer Fördersekundarschule im Lehrerstatut des offiziellen subventionierten Unterrichtswesens vor.

11. Anpassung Berufserfahrung Förderpädagoge in der Regelgrundschule und förderpädagogischer Koordinator (Art. 43 Nummer 1 und 46)

Inkrafttreten: 1. September 2018

Der erforderliche Befähigungsnachweis für das Amt des Förderpädagogen in der Regelgrundschule umfasst mehrere Komponenten. So muss ein Bewerber, wenn er nicht Inhaber eines Masterdiploms in Heil-, Ortho- oder Förderpädagogik ist, über ein Diplom als Primarschullehrer verfügen, eine Zusatzausbildung im Umfang von 15 ECTS im Bereich der Förderpädagogik absolviert haben und zwei Jahre Berufserfahrung als Primarschullehrer nachweisen. Die Berufserfahrung wird verlangt, weil es sich um eine beratende Funktion handelt, die nur anhand eines Mindestmaßes an Berufserfahrung ausgeübt werden sollte und nicht von Neueinsteigern im Lehrerberuf.

Es hat sich herausgestellt, dass auch Bewerber mit Berufserfahrung in anderen Bereichen des Bildungswesens als im Primarbereich durchaus für die Funktion in Frage kommen und Interesse zeigen.

Aus diesem Grund wird vorgeschlagen, die Bedingung der Berufserfahrung auf ein Amt in der Kategorie des Lehr- und Direktionspersonals zu erweitern. Die übrigen Bedingungen bleiben wohlgemerkt unverändert. Vor dem Hintergrund dass seit Einführung der Stellen für Förderpädagogen nur etwas mehr als die Hälfte der Stellen besetzt wurden und einige Träger sogar bisher nie einen Förderpädagogen beschäftigen konnten, bietet diese Anpassung den Trägern die Chance, Personalmitglieder für das Amt des Förderpädagogen zu gewinnen, die zum Teil langjährige Berufserfahrung aufweisen. Aus diesem Grund wird auch vorgeschlagen, die Bestimmung rückwirkend zum 1. September 2018 einzuführen, um diese Personalmitglieder dienstrechtlich abzusichern.

Des Weiteren war bisher nicht präzisiert worden, wie die zwei Jahre Berufserfahrung zu berechnen sind. Es wird daher vorgeschlagen, zwei Schuljahre Berufserfahrung in einem Amt der Kategorie des Lehr- und Direktionspersonals zu verlangen, wobei zur Ermittlung dieser

Zeitspanne teilzeitige Dienste verhältnismäßig zu einer Vollzeitbeschäftigung zu berücksichtigen sind. Diese Berechnungsweise wurde bereits bei anderen Ämtern festgelegt, für die Berufserfahrung von Nöten ist, beispielsweise für das Amt des Chefsekretärs.

Um eine einheitliche Regelung für alle Ämter zu verankern, für die eine Berufserfahrung als Bedingung für den Zugang zum Amt festgelegt wird, wird das Erfordernis der Berufserfahrung im Titel für das Amt des förderpädagogischen Koordinators im Förderschulwesen – das Pendant zum Förderpädagogen in der Regelschule – ebenfalls angepasst.

Artikel 43 Nummer 1 nimmt diese Abänderung für das Amt des Förderpädagogen im Regelgrundschulwesen vor.

Artikel 46 nimmt diese Abänderung für das Amt des förderpädagogischen Koordinators im Förderschulwesen vor.

12. Lehrer für Sprachlernklassen und Sprachlernkurse (43 Nummern 2 und 3 und 44)

Inkrafttreten: 1. September 2019

Durch diese Maßnahme werden zwei Anpassungen betreffend die erforderlichen Befähigungsnachweise für Lehrer für Sprachlernklassen oder Sprachlernkurse bzw. Lehrer für Sprachlernklassen vorgeschlagen.

Die derzeitige Titelgesetzgebung sieht vor, dass ein Personalmitglied den erforderlichen Titel für diese Ämter nachweist, wenn es im Besitz nachfolgender Diplome ist:

- A) Diplom eines Primarschullehrers ODER
Master oder Bachelor in Germanistik (Grundrichtung Deutsch) ergänzt um eine Lehrbefähigung von mindestens 30 ECTS-Punkten (*Agrégation* oder CAP+). Geht es um die Vermittlung der französischen Sprache, muss ein Master oder Bachelor in Romanistik (Grundrichtung Französisch) vorliegen;
- B) Nachweis über das erfolgreiche Bestehen einer mindestens 10 ECTS-Punkte umfassenden Zusatzausbildung in „Deutsch als Zweitsprache“, wenn die deutsche Sprache betroffen ist, oder in „Französisch als Zweitsprache (*Français langue seconde*)“, falls es um die Vermittlung der französischen Sprache geht;
- C) ein Zertifikat, aus dem hervorgeht, dass das Personalmitglied der Kompetenzstufe C1 des Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmens für Sprachen in der betreffenden Sprache genügt, ODER
ein in der betreffenden Sprache ausgestelltes Abschlusszeugnis der Oberstufe des Sekundarunterrichts.

Die Regierung schlägt vor, die unter Buchstabe C) angeführten sprachlichen Bestimmungen dahingehend anzupassen, dass nicht nur das Abitur, sondern auch ein Diplom des Vollzeithochschulwesens kurzer oder langer Studiendauer oder ein Universitätsdiplom, das in der betreffenden Sprache ausgestellt ist, als sprachlicher Nachweis gilt.

Es wird ebenfalls vorgeschlagen, dass ein Personalmitglied, das den Titel eines Lehrbefähigten für die Unterstufe des Sekundarschulwesens (AESI) trägt, der unter Buchstabe A) angeführten Bedingung des Besitzes einer Lehrbefähigung genügt.

Artikel 43 Nummern 2 und 3 und 44 nehmen die Abänderungen im Königlichen Erlass vom 22. April 1969 vor.

13. Primarschullehrer im Sekundarschulwesen (Art. 48 und 49)

Inkrafttreten: 1. September 2019

Die Titelgesetzgebung wurde vor einigen Jahren dahingehend angepasst, dass das Diplom des Primarschullehrers als erforderlicher Titel gilt für das Erteilen allgemeinbildender Kurse im berufsbildenden Unterricht in der Unterstufe des Regelsekundarschulwesens oder in der Unterstufe der Fördersekundarschule sowie für das Erteilen allgemeinbildender oder technischer Kurse im Teilzeitunterricht. In Erwartung einer grundlegenden Reform der Titelgesetzgebung wurde die Gültigkeit dieser Maßnahme bis 31. August 2019 definiert. Da die Abänderung der Gesetzgebung über die Befähigungsnachweise allerdings noch aussteht, schlägt die Regierung vor, die Maßnahme vorübergehend bis 31. August 2024 zu verlängern.

Artikel 48 und 49 nehmen die Anpassungen im Königlichen Erlass vom 22. April 1969 vor.

14. Vereinheitlichung der Kündigungsmodalitäten bei bestimmten Urlaubsformen (Art. 64, 70, 71, 77, 82 und 85)

Inkrafttreten: 1. September 2019

Es wird vorgeschlagen die Kündigungsmodalitäten verschiedener Urlaubsformen zu harmonisieren. Betroffen von der Anpassung sind der Urlaub wegen verringerter Dienstleistungen aus sozialen und familienbedingten Gründen, der Urlaub wegen verringerter Dienstleistungen aus persönlichen Gründen und die Zurdispositionstellung aus persönlichen Gründen.

Derzeit gilt im Rahmen der hierüber angeführten Urlaube wegen verringerter Dienstleistungen, dass das Personalmitglied unter Berücksichtigung einer Kündigungsfrist von mindestens einem Monat die Beurlaubung vorzeitig kündigen und sein Amt wieder aufnehmen kann. Die Kündigung ist nicht ausführlich zu begründen. Eine Verkürzung dieser Kündigungsfrist ist möglich, wenn die reibungslose Funktionsweise des Dienstes nicht beeinträchtigt wird. Eine Disposition aus persönlichen Gründen kann jederzeit durch das Personalmitglied vorzeitig gekündigt werden. Fristen sind in diesem Fall nicht vorgeschrieben.

Die bisherige Regelung birgt den Nachteil, dass ein Personalmitglied, dem eine dieser Beurlaubungen für einen längeren Zeitraum gewährt wurde, gegebenenfalls vorzeitig zurückkehrt und das ersetzende Personalmitglied unerwartet seine Stelle verliert, ohne dass der Schulträger bzw. Schulleiter die Möglichkeit hat, sein Veto einzulegen. Vor diesem Hintergrund wird vorgeschlagen, die bisherige Regelung anzupassen und derjenigen anzugleichen wie sie im Rahmen einer Laufbahnunterbrechung oder eines Urlaubs wegen verringerter Dienstleistungen für ein Personalmitglied, das zwei Kinder unter 14 Jahren zu Lasten hat oder mindestens 50 Jahre alt ist, gilt.

Die vorgeschlagene Regelung sieht vor, dass es einem Personalmitglied, dem ein Urlaub wegen verringerter Dienstleistungen aus sozialen und familienbedingten Gründen, ein Urlaub wegen verringerter Dienstleistungen aus persönlichen Gründen oder eine Zurdispositionstellung aus persönlichen Gründen gewährt wurde, in Zukunft gestattet werden kann, diese Beurlaubung nur aus außergewöhnlichen Gründen und unter Berücksichtigung einer Kündigungsfrist von mindestens einem Monat vorzeitig zu beenden und sein vorheriges Amt wieder aufzunehmen. Die Kündigungsfrist kann weniger als einen Monat betragen, wenn das Einverständnis des Schulleiters vorliegt und die reibungslose Funktionsweise des Dienstes hierdurch nicht beeinträchtigt wird. Der begründete Antrag auf vorzeitige Kündigung der Beurlaubung ist schriftlich über den Schulleiter an den für das Unterrichtswesen zuständigen Minister zu richten, der darüber befindet, ob der Kündigung stattgegeben wird oder nicht. Eine Wiederaufnahme des Amtes nach dem 1. Mai des laufenden Schuljahres ist nicht gestattet.

Artikel 64 passt die Bestimmungen über den Urlaub wegen verringerter Dienstleistungen aus sozialen und familienbedingten Gründen im Königlichen Erlass vom 15. Januar 1974, der auf das Direktions-, Lehr-, Erziehungshilfs-, paramedizinische und sozialpsychologische Personal des Gemeinschaftsunterrichtswesens Anwendung findet, an.

Artikel 70 und 71 passen die Bestimmungen über den Urlaub wegen verringerter Dienstleistungen aus persönlichen Gründen im Königlichen Erlass vom 15. Januar 1974, der auf das Direktions-, Lehr-, Erziehungshilfs-, paramedizinische und sozialpsychologische Personal des Gemeinschaftsunterrichtswesens Anwendung findet, an.

Artikel 77 passt die Bestimmungen über die Zurdispositionstellung aus persönlichen Gründen im Königlichen Erlass vom 18. Januar 1974, der auf das Direktions-, Lehr-, Erziehungshilfs-, paramedizinische und sozialpsychologische Personal des Gemeinschaftsunterrichtswesens Anwendung findet, an.

Artikel 82 passt die Bestimmungen über die Zurdispositionstellung aus persönlichen Gründen im Königlichen Erlass vom 8. Juli 1976, der auf die Religionslehrer des Gemeinschaftsunterrichtswesens Anwendung findet, an.

Artikel 85 passt die Bestimmungen über den Urlaub wegen verringerter Dienstleistungen aus sozialen und familienbedingten Gründen und über den Urlaub wegen verringerter Dienstleistungen aus persönlichen Gründen im Königlichen Erlass Nr. 94 vom 28. September 1982 bezüglich der Urlaube für verringerte Dienstleistungen aus sozialen und familienbedingten Gründen oder aus persönlichen Gründen, der auf die subventionierten Personalmitglieder Anwendung findet, an.

15. Gehaltstabellen für Schulinspektoren, Schulentwicklungsberater und Religionsinspektoren (Art. 78 und 79)

Inkrafttreten: 1. September 2019

Um das Amt des Schulinspektors und Schulentwicklungsberaters für Personalmitglieder, die über ein Masterdiplom verfügen, attraktiver zu gestalten, schlägt die Regierung eine Anpassung der Gehaltstabellen vor. Die Besoldung von Schulinspektoren und Schulentwicklungsberatern, die über ein Masterdiplom verfügen, erfolgt derzeit auf Grundlage der Gehaltstabelle 471. Das momentane Problem bei der Besoldung dieser Personen liegt in der Tatsache, dass Personalmitglieder, die Inhaber eines Masterdiploms und als pädagogische Sonderbeauftragte im Ministerium tätig sind, bis zu einem finanziellen Dienstalter von ein-

schließlich 24 Jahren ein höheres Gehalt beziehen als Mitglieder der Schulinspektion, die Inhaber eines Masterdiploms sind, was einige Personalmitglieder, die als Sonderbeauftragte im Ministerium tätig sind, davon abhält, sich auf die Stelle des Schulinspektors oder Schulentwicklungsberaters zu bewerben.

Um das Ungleichgewicht zu beheben, wird vorgeschlagen, den Schulinspektoren und Schulentwicklungsberatern, die Inhaber eines Masterdiploms sind, in Zukunft eine neue Gehaltstabelle (471/I) zuzuweisen. Die Werte dieser Gehaltstabelle entsprechen bis zum Erreichen von einschließlich 24 Dienstjahren den Werten jener Gehaltstabelle, auf deren Grundlage pädagogische Sonderbeauftragte der Stufe I im Ministerium besoldet werden. Ab dem 25. Dienstjahr gilt der bisherige Maximumwert der Gehaltstabelle 471.

Gleichzeitig werden bei der Gehaltstabelle des Leiters der Schulinspektion und der Schulentwicklungsberatung (475) die Werte bis zum Erreichen von einschließlich 24 Dienstjahren angehoben, damit der bisherige Unterschied von 2.251,70 € brutto/Jahr zur neuen Gehaltstabelle der Schulinspektoren und Schulentwicklungsberater mit Masterdiplom gewahrt bleibt.

Da die Inspektoren für Religion im Primar-, Sekundar- und nichtuniversitären Hochschulwesen, die Inhaber eines Masterdiploms sind, nach derselben Gehaltstabelle besoldet werden, wird die gleiche Anpassung auch hier vorgenommen.

Artikel 78 und 79 nehmen die Anpassungen im Königlichen Erlass vom 27. Juni 1974 vor.

16. Sprachengesetzgebung (Art. 149)

Inkrafttreten: 1. September 2019

a) Nachweis der Französischkenntnisse (Art. 155 Nummern 4-5)

Die Sprachengesetzgebung im Unterrichtswesen sieht vor, dass die ausreichende Kenntnis der französischen Sprache u.a. nachgewiesen wird durch ein im Rahmen des DELF-DALF-Programms erworbenes Zertifikat, aus dem hervorgeht, dass das Personalmitglied mindestens der Kompetenzstufe B1 des Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmens für Sprachen genügt, unter der Bedingung, dass, was die Kompetenzstufe B1 betrifft, das Personalmitglied mindestens 60% in jedem Prüfungsteil erreicht hat.

Daraus folgt, dass der Besitz eines B2-, C1- oder C2-Zertifikats als Nachweis der ausreichenden Beherrschung der betreffenden Sprache gilt. Da dadurch aber nicht sichergestellt ist, dass das Personalmitglied eine ausreichende Kenntnis in allen vier geprüften Teilbereichen aufweist, schlägt die Regierung vor, den Artikel dahingehend zu ergänzen, dass das Personalmitglied, was die Kompetenzstufen B2, C1 oder C2 betrifft, in jedem Prüfungsteil mindestens 50 % erreicht haben muss.

Artikel 155 Nummern 4-5 nehmen diese Abänderung im Dekret vom 19. April 2004 über die Vermittlung und den Gebrauch der Sprachen im Unterrichtswesen vor.

b) Nachweis der Deutschkenntnisse (Art. 155 Nummern 1-3 und 7-9)

Es wird vorgeschlagen, als Sprachennachweise die deutsche Sprache betreffend künftig auch Goethe-Zertifikate zu berücksichtigen, dies vor dem Hintergrund, dass die Goethe-Zertifikate international anerkannt sind und ähnlich wie die DELF/DALF-Zertifikate im Bereich der französischen Sprache ebenfalls auf Grundlage des Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmens für Sprachen verliehen werden.

Derzeit erfolgt der Nachweis der gründlichen Kenntnisse der deutschen Sprache entweder über ein in deutscher Sprache ausgestelltes Abitur- oder Hochschul- bzw. Universitätsdiplom oder über eine Bescheinigung des Sprachenprüfungsausschusses der Deutschsprachigen Gemeinschaft, aus dem hervorgeht, dass das Personalmitglied die deutsche Sprache gründlich beherrscht. In Analogie zu den Nachweisen betreffend die französische Sprache wird vorgeschlagen, als Nachweis der gründlichen Beherrschung der deutschen Sprache künftig auch ein Goethe-Zertifikat anzuerkennen, aus dem hervorgeht, dass das Personalmitglied mindestens der Kompetenzstufe B2 des Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmens für Sprachen genügt, unter der Bedingung, dass,

- was die Kompetenzstufe B2 betrifft, das Personalmitglied in der betreffenden Prüfung mindestens 60% in jedem Prüfungsteil erreicht hat,
- was die Kompetenzstufen C1 oder C2 betrifft, das Personalmitglied in der betreffenden Prüfung mindestens 50% in jedem Prüfungsteil erreicht hat.

Betreffend die ausreichende Kenntnis der deutschen Sprache wird vorgeschlagen künftig ein Goethe-Zertifikat anzuerkennen, aus dem hervorgeht, dass das Personalmitglied mindestens der Kompetenzstufe B1 des Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmens für Sprachen genügt, unter der Bedingung, dass,

- was die Kompetenzstufe B1 betrifft, das Personalmitglied in der betreffenden Prüfung mindestens 60% in jedem Prüfungsteil erreicht hat,
- was die Kompetenzstufen B2, C1 oder C2 betrifft, das Personalmitglied in der betreffenden Prüfung mindestens 50% in jedem Prüfungsteil erreicht hat.

Betreffend die elementare Kenntnis der deutschen Sprache wird vorgeschlagen, künftig ein Goethe-Zertifikat anzuerkennen, aus dem hervorgeht, dass das Personalmitglied mindestens der Kompetenzstufe A2 des Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmens für Sprachen genügt.

Artikel 155 Nummern 1-3 und 7-9 nehmen diese Abänderung im Dekret vom 19. April 2004 über die Vermittlung und den Gebrauch der Sprachen im Unterrichtswesen vor.

17. Anpassung des Gelegenheitsurlaubs (Art. 160)

Inkrafttreten: 1. September 2019

Wenn der Ehepartner, der Lebensgefährte oder ein verwandtes oder verschwägertes Familienmitglied 1. Grades des Personalmitglieds oder dessen Lebensgefährten stirbt, hat das Personalmitglied Anrecht auf einen Gelegenheitsurlaub in Höhe von vier Arbeitstagen. Die Urlaubstage sind in der Woche, in der der Todesfall eintritt, oder in der darauffolgenden Woche in Anspruch zu nehmen. Es kommt allerdings hin und wieder vor, dass die Beerdigung der verstorbenen Person erst nach diesem Zeitraum erfolgt und das Personalmitglied den Gelegenheitsurlaub an diesem Tag folglich nicht mehr in Anspruch nehmen kann.

Um zu gewährleisten, dass Personalmitglieder in solchen Fällen dennoch von dem vorgesehenen Gelegenheitsurlaub profitieren können, wird vorgeschlagen, die Gesetzgebung dahingehend anzupassen, dass die vier Urlaubstage ab der Woche, in der der Todesfall eintritt, bis zum letzten Tag der Woche, in der die Beerdigung stattfindet, in Anspruch genommen werden können.

Artikel 160 nimmt die Anpassungen im Dekret vom 6. Juni 2005 vor.

18. Schaffung einer Schulberatung für Inklusion und Integration (Art. 2, 10, 16, 20, 32, 78, 79, 95, 103, 113, 131, 135, 141, 154, 156, 161, 194-211, 212 Nummer 1 und 3-7 und Artikel 213-216)

Inkrafttreten: 1. September 2019

Unbeschadet der Aufgaben des Zentrums für Förderpädagogik wird eine Schulberatung für Inklusion und Integration im Unterrichtswesen geschaffen. Diese wird verankert im Dekret über die Schulinspektion und die Schulentwicklungsberatung (SISEB), das künftig dann ein Dekret über die Schulinspektion, die Schulentwicklungsberatung und die Schulberatung für Inklusion und Integration ist.

Die Schulberatung für Inklusion und Integration wird geleitet vom Leiter der Schulinspektion und Schulentwicklungsberatung.

In der Schulberatung für Inklusion und Integration wird eine Stelle im Amt des Referenten für Inklusion und Integration geschaffen. Hierbei handelt es sich um ein Beförderungsamt in der Kategorie des Inspektionspersonals.

Der Referent würde in enger Kooperation mit dem Zentrum für die gesunde Entwicklung von Kindern und Jugendlichen, dem Jugendhilfedienst, dem Jugendgerichtsdienst sowie weiteren oft im therapeutischen Bereich angesiedelten Einrichtungen arbeiten.

Wenn der Referent dem Berufsgeheimnis unterliegt, erleichtert dies den fallbezogenen Austausch von Daten, diesbezügliche Case Managements, die gemeinsame fallbezogene Zusammenarbeit. Auch müsste die Weiterleitung der personenbezogenen Daten von Kaleido an den Referenten und seinem Vorgesetzten zwecks Erstellung von Bedarfsanalysen ermöglicht werden.

Die zu schaffende Schulberatung für Inklusion und Integration grenzt sich von den Aufgaben des Zentrums für Förderpädagogik (ZFP) ab. Die am ZFP beschäftigten Personen beraten in erster Linie die Personalmitglieder der Grund- und Sekundarschulen: es handelt sich hierbei um Förderpädagogen, den förderpädagogischen Koordinator, die Schul- und Lernbegleiter sowie die förderpädagogischen Berater des Kompetenzzentrums.

Der Referent, der seine Aufgaben im Bereich der Schulberatung für Inklusion und Integration wahrnimmt, arbeitet komplementär in 2. Linie. Somit ist gewährleistet, dass der Referent für Inklusion und Integration erst eingreift, wenn die Beratung der ersten Linie nicht den gewünschten Erfolg gebracht hat.

Artikel 2 passt den Verweis im Schulpakt auf das Dekret vom 25. Juni 2012 an.

Artikel 10 fügt das Amt des Referenten in den Ämtererlass vom 2. Oktober 1968 ein und passt das Amt des Leiters an die neue Terminologie an.

Artikel 16 passt den Verweis auf das Dekret vom 25. Juni 2012 im Artikel über die Beurteilung von zeitweiligen Personalmitgliedern im Gemeinschaftsunterrichtswesen an.

Artikel 20 passt den Verweis auf das Dekret vom 25. Juni 2012 im Artikel über die Bewertung von definitiv ernannten Personalmitgliedern im Gemeinschaftsunterrichtswesen an.

Artikel 32 passt die Zusammensetzung des Beförderungsausschusses im Gemeinschaftsunterrichtswesen an die neue Terminologie an.

Artikel 78 Nummern 2-5 und 79 passen den Baremenerlass vom 17. Juni 1974 an die neue Terminologie an und legt die Baremen fest. Die Besoldung des Referenten erfolgt analog zur Besoldung der Schulinspektoren und Schulentwicklungsberater. Zudem wird ein neues Barema für Schulinspektoren und Schulentwicklungsberater, die Inhaber eines Masterdiploms sind, geschaffen. Siehe hierzu Nummer 15 der Begründung.

Artikel 95 passt den Verweis auf das Dekret vom 25. Juni 2012 im Dekret über die Aus- und Weiterbildung im Mittelstand und in kleinen und mittleren Unternehmen an.

Artikel 103 passt den Verweis auf das Dekret vom 25. Juni 2012 im Grundlagendekret an.

Artikel 113 passt den Verweis auf das Dekret vom 25. Juni 2012 im Artikel über die Beurteilung von zeitweiligen Personalmitgliedern im freien subventionierten Unterrichtswesen an.

Artikel 131 passt den Verweis auf das Dekret vom 25. Juni 2012 im Artikel über die Bewertung von definitiv eingestellten Personalmitgliedern im freien subventionierten Unterrichtswesen an die neue Terminologie an.

Artikel 135 passt den Verweis auf das Dekret vom 25. Juni 2012 im Regelgrundschuldekret an.

Artikel 141 passt den Verweis auf das Dekret vom 25. Juni 2012 im Artikel über die Beurteilung von zeitweiligen Personalmitgliedern im offiziellen subventionierten Unterrichtswesen an.

Artikel 154 passt den Verweis auf das Dekret vom 25. Juni 2012 im Artikel über die Bewertung von definitiv ernannten Personalmitgliedern im offiziellen subventionierten Unterrichtswesen an.

Artikel 156 passt den Verweis auf das Dekret vom 25. Juni 2012 im Sprachendekret an.

Artikel 161 passt den Verweis auf das Dekret vom 25. Juni 2012 im Dekret über die autonome Hochschule an.

Artikel 194 ändert die Überschrift des Dekrets vom 25. Juni 2012 über die Schulinspektion und die Schulentwicklungsberatung und fügt die Schulberatung für Inklusion und Integration ein.

Artikel 195 fügt die Schulberatung für Inklusion und Integration in den Artikel über die Einsetzung der Schulinspektion und der Schulentwicklungsberatung ein.

Artikel 196 fügt die Schulberatung für Inklusion und Integration in den Artikel über die Anzahl Stellen in der Schulinspektion und der Schulentwicklungsberatung ein und schafft

eine Stelle für den Referenten für Inklusion und Integration, im Folgenden Referent genannt. Der Leiter der Schulinspektion und der Schulentwicklungsberatung wird der Leiter der Schulinspektion, der Schulentwicklungsberatung und der Schulberatung für die Inklusion und Integration, im Folgenden Leiter, genannt.

Artikel 197 passt die Überschrift von Kapitel 2 Abschnitt 1 in Bezug auf den Leiter und dessen Aufgaben an die neue Terminologie an.

Artikel 198 passt den Artikel über die Leitung und die damit verbunden Aufgaben an die neue Terminologie an. Der Referent untersteht dem Leiter.

Artikel 199 fügt einen Abschnitt 5 über die Aufgaben der Schulberatung für Inklusion und Integration in das Kapitel 2 des Dekrets ein.

Artikel 200 fügt einen Artikel 15.1 ein und legt die Aufgaben der Schulberatung für Inklusion und Integration fest.

Artikel 201 fügt einen Artikel 15.2 ein und legt fest, dass die Aufgaben der Schulberatung für Inklusion und Integration auch auf andere pädagogische Einrichtungen ausgedehnt werden können.

Artikel 202 fügt einen Artikel 15.3 ein und legt die Hilfsmittel zur Umsetzung der Aufgaben des Referenten fest (Begutachtung der Dokumente, Befragung der Schüler usw.).

Artikel 203 fügt einen Abschnitt 6 über das Berufsgeheimnis in das Kapitel 2 des Dekrets ein.

Artikel 204 fügt einen Artikel 15.4 ein, der das Berufsgeheimnis für die Schulinspektoren und die Referenten sowie deren Leiter einführt, das so geregelt wird wie beim Zentrum für die gesunde Entwicklung von Kindern und Jugendlichen. Die Schulinspektoren und der Referent arbeiten in enger Kooperation mit der Time Out-Einrichtung, dem Zentrum für die gesunde Entwicklung von Kindern und Jugendlichen, dem Jugendhilfedienst, dem Jugendgerichtsdienst sowie weiteren Institutionen des therapeutischen Bereichs zusammen. Wenn auch der Referent sowie die Schulinspektoren dem Berufsgeheimnis unterlegen, ist der fallbezogene Austausch, das Case Management und die gemeinsame fallbezogene Zusammenarbeit gewährleistet. Es muss ermöglicht werden, dass die Schulinspektoren und die Referenten sowie deren Leiter Daten von Schulen und Kaleido erhalten und bearbeiten können, um beispielsweise Analysen, insbesondere zu Einzelfällen, zu erstellen.

Daten wären beispielsweise personenbezogene Daten (wie Geburtsdatum, Schule, Schulklasse, Abteilung, schulische Laufbahn, Art der festgestellten Beeinträchtigungen wie Teilleistungsstörungen oder Lernbeeinträchtigungen von in- oder ausländischen Experten, Anzahl erhaltener Integrationsstunden, Förderplan), Daten zur Anzahl Integrationsprojekte auf Ebene des ostbelgischen Unterrichtswesens usw.

Sowohl Einzelfallanalysen als auch geografische Bedarfsanalysen sollen ermöglicht werden.

Artikel 205 passt den Artikel zur Anwendung des Dienstrechts an die neue Terminologie an.

Der Referent unterliegt demselben Dienstrecht wie die Schulinspektoren und Schulentwicklungsberater, d.h.:

- Die Bezeichnung in diesem Amt erfolgt auf unbestimmte Dauer. Eine Ernennung ist möglich, wenn das Personalmitglied mind. 50 Jahre alt ist, ein Amtsalter von

mindestens fünf Jahren aufweist und der letzte Beurteilungsbericht mind. den Vermerk „gut“ aufweist.

- Der Referent wird pro Zeitspanne von fünf Jahren mindestens einmal durch den Leiter beurteilt.
- Die Urlaubsmöglichkeiten für dieses Amt sind eingeschränkt. Folgende Urlaube dürfen in Anspruch genommen werden:
 - Jahresurlaub
 - Gelegenheitsurlaub
 - Außergewöhnlicher Urlaub wegen Fällen höherer Gewalt
 - Mutterschaftsurlaub
 - Urlaub wegen Adoption oder Pflegschaft
 - Urlaub wegen Krankheit oder Gebrechen
 - Urlaub wegen eines Sonderauftrags
 - Zurdispositionstellung wegen Krankheit oder Gebrechen
 - Vollzeitiger Vorruhestand
 - Halbzeitige Wiederaufnahme nach Krankheit
 - Urlaub aus zwingenden familiären Gründen
 - Dispo aus persönlichen Gründen
 - Vollzeitige Laufbahnunterbrechung
 - Thematische Laufbahnunterbrechungen (halbzeitig oder vollzeitig)
 - Urlaub wegen verringerter Dienstleistungen ab 50 oder 2 Kinder unter 14 Jahren zu Lasten
 - Urlaub wegen verringerter Dienstleistungen aus sozialen und familienbedingten Gründen
 - Urlaub wegen verringerter Dienstleistungen aus persönlichen Gründen
- Der Jahresurlaub beträgt 26 Urlaubstage pro Jahr. Ab dem 45. Lebensjahr werden zusätzliche Urlaubstage gewährt.

Artikel 206 passt den Artikel über die Zulassungsbedingungen an die neue Terminologie an und legt die Zulassungsbedingungen für das Amt des Referenten fest.

Der Referent ist im Besitz einer der folgenden Studiennachweise und verfügt über eine nützliche Berufserfahrung von fünf Jahren:

1. Lizenz oder Master in Förderpädagogik
2. Lizenz oder Master in Heilpädagogik
3. Lizenz oder Master in Orthopädagogik
4. Lizenz oder Master in Pädagogik (Schwerpunkt Förderpädagogik)
5. Lizenz oder Master in Psychopädagogik (Schwerpunkt Förderpädagogik)
6. Lizenz oder Master in Psychologie (Schwerpunkt Förderpädagogik)

Artikel 207 passt den Artikel über den Aufruf und die Bewerbung an die neue Terminologie an.

Artikel 208 passt den Artikel über die Bezeichnung an die neue Terminologie an.

Artikel 209 passt den Artikel über die Bezeichnungsdauer, Beendigung und Ernennung an die neue Terminologie an.

Artikel 210 passt den Artikel über die Beurteilung vor der Ernennung an die neue Terminologie an.

Artikel 211 passt den Artikel über die Wochenarbeitszeit an die neue Terminologie an.

Artikel 212 Nummer 1 und 3-7 passt den Artikel über die Urlaube und Zurdispositionsstellungen an die neue Terminologie an.

Artikel 213 passt den Artikel über den Jahresurlaub an die neue Terminologie an.

Artikel 214 passt den Artikel über den Bewertungsbericht an die neue Terminologie an.

Artikel 215 legt eine Übergangsregel fest. In Abweichung zum dekretal definierten Anwerbungsverfahren für den Referenten, wird vorgesehen, dass das Personalmitglied, das die Zulassungsbedingungen erfüllt und in den fünf vorhergehenden Schuljahren die Aufgaben oder Aufgabenbereiche des Referenten für Inklusion und Integration im Rahmen eines von dem für das Unterrichtswesen zuständigen Ministers erteilten Auftrags im Interesse des Unterrichtswesens wahrgenommen hat, zum 1. September 2019 auf unbestimmte Dauer im Amt des Referenten für Inklusion und Integration bezeichnet wird.

Artikel 216 legt fest, dass der Leiter der Schulinspektion und der Schulentwicklungsberatung in das Amt des Leiters der Schulinspektion, der Schulentwicklungsberatung und der Schulberatung für Inklusion und Integration überführt wird.

19. Schulpflichtkontrolle (Art. 86)

Inkrafttreten: 1. September 2019

Den Erziehungsberechtigten der schulpflichtigen Minderjährigen steht es frei, die Schule oder die Ausbildungseinrichtung zu wählen, in der ihr Kind beschult wird. Die Schulpflicht wird auch durch den Besuch einer Schule oder einer Ausbildungseinrichtung außerhalb der Deutschsprachigen Gemeinschaft – beispielsweise in der Französischen Gemeinschaft, Flämischen Gemeinschaft oder im Ausland – erfüllt. In diesem Fall hat die Schulinspektion keinerlei Information über die Beschulung der auf unserem Sprachgebiet wohnhaften schulpflichtigen Minderjährigen.

Die Regierung schlägt vor, dass die Erziehungsberechtigten in diesem Fall eine Bescheinigung einreichen, aus der hervorgeht, dass der schulpflichtige Minderjährige in einer Schule oder Ausbildungseinrichtung außerhalb der Deutschsprachigen Gemeinschaft eingeschrieben ist.

Das jährliche verpflichtende Einreichen einer aktuellen Einschreibebestätigung seitens der Erziehungsberechtigten ermöglicht eine globale Übersicht der schulpflichtigen Minderjährigen, die nicht beschult werden, und folglich ein schnelleres Eingreifen seitens der Schulinspektion.

Das Einreichen der Bescheinigung entfällt, wenn der schulpflichtige Minderjährige in einer Schule oder Ausbildungseinrichtung in einer Gebietskörperschaft eingeschrieben, mit der eine Vereinbarung über den Datenaustausch in Bezug auf die Schulpflichtkontrolle besteht.

Ein Schüler mit Wohnsitz in der Deutschsprachigen Gemeinschaft besucht z. B. eine Schule in der Französischen Gemeinschaft. Im Rahmen der Schulpflichtkontrolle erhält die Schulinspektion eine Übersicht von Seiten der Französischen Gemeinschaft der Schüler, die ihren Wohnsitz in der Deutschsprachigen Gemeinschaft haben und eine Schule in der Französischen Gemeinschaft besuchen. Somit kann die Schulpflichtkontrolle durchgeführt werden und die Erziehungsberechtigten müssen nicht jährlich eine neue Bescheinigung einreichen.

Artikel 86 nimmt diese Abänderung im Gesetz über die Schulpflicht vor.

20. Hochbegabtenförderung im Regelsekundarschulwesen (Art. 87-89)

Inkrafttreten: 1. September 2019

Im Dekret über Maßnahmen im Unterrichtswesen und in der Ausbildung 2018 vom 18. Juni 2018 ist die Hochbegabtenförderung im Regelsekundarschulwesen geregelt worden. An diesem Text wird eine überwiegend technische Korrektur der Definition von Hochbegabung vorgeschlagen, die auf eine flexiblere und praktikablere Handhabung dieser Regelung abzielt.

Durch die Artikel 87 und 88 wird die Definition des Begriffs „Hochbegabung“ flexibler gestaltet. Die Begabungsbereiche bleiben relevant, da sie im Intelligenzprofil, das Teil des Gutachtens sein muss, aufgeführt werden. Als hochbegabt im Sinne des vorliegenden Dekretes gilt künftig der Schüler, der einen Intelligenzquotienten von mindestens 125 erreicht.

Artikel 89 sieht das Intelligenzprofil als Teil des Gutachtens vor, das die Stärken und Schwächen des Einzelnen in den getesteten Kategorien aufzeigt. Neben dem Überspringen eines kompletten Studienjahres ist auch eine Teilakzeleration möglich.

21. Streichung der Bedingung des Wohnsitzes in der DG für Mitglieder des IAWM-VWR (Art. 96)

Inkrafttreten: 1. Juni 2019

Mit dieser Bestimmung wird die Wohnsitzklausel für die Mitglieder des Verwaltungsrates des Instituts für Aus- und Weiterbildung im Mittelstand und in kleinen und mittleren Unternehmen aufgehoben. Diese Bestimmung ist nicht mehr zeitgemäß.

22. Pädagogischer Konferenztag (Art. 99)

Inkrafttreten: 1. September 2019

Bisher musste ein vierter pädagogischer Konferenztag durch die Regierung einberufen werden und dieser war ausschließlich im Rahmen eines zusätzlichen stufen-, schul- und/oder trägerübergreifenden Konferenztages für das Unterrichtswesen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft zu einem von ihr festgelegten Thema und für eine oder mehrere von ihr bestimmte Personalkategorien möglich.

In der Praxis waren dies des Öfteren Großveranstaltungen, deren Effizienz und Nachhaltigkeit nicht gewährleistet war.

Die Regierung schlägt daher vor, den Schulen die Möglichkeit einzuräumen, einen vierten schulinternen Konferenztag zu einem für die Entwicklung des Unterrichtswesens in der Deutschsprachigen Gemeinschaft relevanten und aktuellen Thema durchzuführen.

Um dies zu gewährleisten legt die Regierung das Thema fest und genehmigt den entsprechenden Antrag auf Grundlage eines Gutachtens der Schulinspektion.

Artikel 99 nimmt diese Abänderung im Dekret über die pädagogischen Konferenztage vor.

23. Prüfungsdauer im Regelsekundarschulwesen (Art. 106)

Inkrafttreten: 1. September 2019

Die Dauer der Prüfungen im Sekundarschulwesen ist durch das Grundlagendekret auf 8 Werktage für die Unterstufe und 12 Werktage für die Oberstufe festgelegt.

Gewisse Sekundarschulen räumen ihren Schülern jedoch freie Tage zwischen den Prüfungen ein, die als unterrichtsfreie Tage gelten. Gemäß Artikel 58 des Grundlagendekrets beträgt die Anzahl unterrichtsfreier Tage jedoch höchstens zwei Tage pro Schuljahr. Die genaue Anzahl unterrichtsfreier Tage wird von der Regierung per Erlass geregelt.

Im Laufe der vergangenen Schuljahre ist aufgefallen, dass manche Regelsekundarschulen sich aufgrund der zusätzlichen freien Tage während der Prüfungszeit zwar an die Anzahl Werktage zum Abhalten der Prüfungen halten, jedoch nicht an die festgelegte Anzahl unterrichtsfreier Tage halten, wodurch die Prüfungsdauer erheblich verlängert wird. Dies entspricht nicht dem Willen des Dekretgebers.

Die Regierung schlägt vor, die Dauer der Prüfungszeit durch den Zusatz „aufeinanderfolgend“ zu präzisieren, sodass keine unterrichtsfreien Tage während der Prüfungszeit mehr möglich sind. Dadurch beginnen die Prüfungen später und den Schülern stehen mehr Unterrichtstage und somit mehr Möglichkeiten zur Prüfungsvorbereitung in der Klasse zur Verfügung.

Artikel 106 legt die Dauer der Prüfungen im Sekundarschulwesen auf 8 aufeinanderfolgende Werktage für die Unterstufe und 12 aufeinanderfolgende Werktage für die Oberstufe fest.

24. Dauer der Primarschulzeit (Art. 134)

Inkrafttreten: 1. September 2019

Insgesamt belegen alle bisher veröffentlichten Studien, dass das Doppelte eines Jahres aus pädagogischer Sicht keine Vorteile für den Schüler bringt. Allerdings kann es in Einzelfällen trotzdem notwendig sein, etwa dann z.B. wenn es dem Schüler an Reife fehlt. Deshalb sollte der Klassenrat in der Primarschule die Möglichkeit haben, diese Entscheidung, wenn pädagogisch ausreichend begründet, einmal während der Primarschulzeit zu fällen.

Des Weiteren kann am Ende der Primarschulzeit auf Wunsch der Eltern und mit begründetem positiven Gutachten von Kaleido, die Primarschulzeit um ein Jahr, also auf acht Jahre verlängert werden. Dies macht vor allen Dingen dann Sinn, wenn der Schüler sich durch das Wiederholen einer Klasse positiv entwickelt hat und er durch die Verlängerung der Primarschulzeit gegebenenfalls noch das Abschlusszeugnis der Primarschule erlangen kann oder noch nicht die notwendige Reife hat, um die Sekundarschule zu besuchen.

Der derzeitige Dekrettext gibt oft Anlass zu einer pädagogisch nicht vertretbaren Interpretation, wonach Schüler zum Beispiel mehrmals eine Klasse wiederholen könnten (z.B. 3 Mal

das vierte Schuljahr) oder zwei Mal hintereinander (z.B. zweites und drittes Schuljahr)

Auch macht es keinen Sinn wie im Regelgrundschuldekret vermerkt, von Stufe zu sprechen, weil in vielen Primarschulen kein Stufensystem genutzt wird. Außerdem sollte die Entscheidung des Klassenrates für alle Primarschulen verbindlich sein und nicht nur mit Schulen mit dem gleichen Stufensystem.

Daher schlägt die Regierung vor, den Artikel 12 des Regelgrundschuldekrets dahingehend zu präzisieren.

Artikel 134 ändert den Artikel 12 des Regelgrundschuldekrets ab und präzisiert, dass ein Schüler einmal ein Studienjahr wiederholen und am Ende der Primarschulzeit ein achttes Jahr in der Primarschule verbringen kann. Zudem wird festgelegt, dass der Beschluss, ein Jahr zu wiederholen, für alle Schulen - unabhängig von ihrer Struktur - verbindlich ist.

25. Stellenkapital (Artikel 9, 47, 83, 84, 90, 91, 100, 101, 102 und 109)

Inkrafttreten: 1. Juli 2019

Aufgrund des anhaltenden Schülerrückgangs und der zusätzlich in das Sekundarschulwesen investierten BVA-Stunden, werden über Artikel 3ter des Programmdekrets vom 20. Mai 1997 keine strukturellen Einsparungen im Lehrerstundenkapital des Vollzeitsekundarunterrichts des Typs I erzielt. Daher schlägt die Regierung vor, Artikel 3ter aufzuheben. Die Berechnung erfolgt künftig wieder auf Basis der Artikel 3 und 3bis des Programmdekrets 1997. (Artikel 101)

Im Zuge der BVA-Reform werden strukturell notwendige Stellen ins reguläre Stundenkapital der Schulen überführt und somit im Sinne der Planungssicherheit für die Schulen dekretal abgesichert. (Artikel 100 Nummern 1 und 2)

Aktuell werden in den technischen und beruflichen Fachrichtungen die gleichen Koeffizienten für die 2. und 3. Stufe angewendet. Da insbesondere Schüler der technischen und beruflichen Fachrichtungen der Gruppe B während der 2. Stufe in die betriebliche Ausbildung wechseln, sind die Rahmenbedingungen in der 2. und 3. Stufe anders gelagert. Daher wird der Koeffizient, der ab dem 21. Schüler gilt von 3,3 auf 3,6 erhöht. (Artikel 100 Nummer 3)

Der 3. berufsbildende Unterricht „Berufsvorbereitungsjahr“ wurde eingerichtet, um Schülern, die die differenzierte Stufe zum Teil ohne Erfolg abgeschlossen haben die Möglichkeit zu geben, allgemeinbildende Kompetenzen zu erlangen und die Berufswahl durch gezielte Praktika und Fachkurse zu erleichtern. Daher wird das Lehrerstundenkapital im berufsbildenden Unterricht der Gruppe B der zweiten Stufe erhöht, indem die Koeffizienten denen angeglichen werden, die in der 2. Stufe des technischen Übergangsunterrichts oder des technischen Befähigungsunterrichts der Gruppe B gelten. (Artikel 100 Nummer 4)

Aktuell werden Planstellen im Amt des Erzieher-Aufsehers bei jeder angefangenen Tranche von 80 Schülern organisiert oder subventioniert, bis der Schwellenwert von 160 Schülern erreicht ist. Ab 160 Schülern wird bei jeder angefangenen Tranche von 120 Schülern eine weitere Stelle im Amt des Erzieher-Aufsehers organisiert oder subventioniert, wobei bei 400 Schülern entweder ein Direktionssekretär oder ein Erzieher-Aufseher subventioniert oder organisiert wird.

Die Praxis und insbesondere die in den vergangenen Jahren genehmigten BVA-Stunden zeigen, dass die Schulen einen Teil der zusätzlichen Stunden für Erzieher-Aufseher einsetzen.

Im Zuge der BVA-Reform werden strukturell notwendige Stellen ins reguläre Stundenkapital der Schulen überführt und somit im Sinne der Planungssicherheit für die Schulen dekretal abgesichert.

Dementsprechend wird das zur Verfügung stehende Stundenkapital strukturell aufgestockt, damit die Schulträger mindestens einen Aufseher-Erzieher mit den Aufgaben beauftragen kann, die das Gesetz vom 4. August 1996 über das Wohlbefinden am Arbeitsplatz so wie abgeändert jedem Arbeitgeber auferlegt.

In Erwägung des aktuellen Lehrermangels und unter Berücksichtigung, dass für die Erfüllung der im Gesetz vom 4. August 1996 über das Wohlbefinden am Arbeitsplatz definierten Aufgaben keine Lehrbefähigung erforderlich ist, sollen künftig Personen im Amt des Aufsehers-Erziehers mit den Aufgaben rund um den internen Dienst der Gefahrenverhütung beauftragt werden.

Daher wird vorgeschlagen, dass den Schulen bei jeder angefangenen Tranche von 80 Schülern eine Planstelle im Amt des Erzieher-Aufsehers zur Verfügung gestellt wird, bis der Schwellenwert von 400 Schülern erreicht wird. Dabei soll beibehalten werden, dass die Planstelle des Direktionssekretärs, die ab 400 Schülern organisiert bzw. subventioniert wird, alternativ für einen Erzieher-Aufseher eingesetzt werden kann.

Da die Betreuung der Schulmediotheken nicht mehr von Personal im Amt des Sekretär-Bibliothekars sondern von Lehrer-Mediothekaren wahrgenommen wird, wird beim Schwellenwert von 520 Schülern die Wortfolge Sekretär-Bibliothekar gestrichen. Die Schulen sollen allerdings die Möglichkeit erhalten, eine Erzieher-Aufseher-Stelle umzuwandeln in eine Stelle im Amt eines Lehrer-Mediothekars. (Artikel 84 Nummer 1 und 2)

Es wird festgelegt, dass das gemäß dem Königlichen Erlass vom 15. April 1977 ermittelte Stellenkapital den Schulen ab dem 1. September für das laufende Schuljahr zur Verfügung steht. (Artikel 83)

Aufgrund des stetig wachsenden Bedarfs an psychosozialer Betreuung und Unterstützung der Schüler insbesondere im technisch-berufsbildenden Unterricht schlägt die Regierung vor, den betreffenden Schulen schulpsychologische Berater zur Verfügung zu stellen, die eng mit dem Zentrum für die gesunde Entwicklung von Kindern und Jugendlichen zusammenarbeiten. (Artikel 9, 47 und 109)

Es wird daher vorgeschlagen, dass in einer Sekundarschule, die technischen und berufsbildenden Unterricht organisiert, zum 1. September 2019 die Stelle eines schulpsychologischen Beraters organisiert oder subventioniert wird, wenn mindestens 70 % der regulären Schüler im technischen und/oder berufsbildenden Unterricht eingeschrieben sind. Konkret bedeutet dies, dass am Robert-Schuman-Institut und am Technischen Institut St. Vith künftig eine Stelle als schulpsychologischer Berater organisiert werden kann. (Artikel 84 Nummer 3)

Das Stundenkapital für Internatsaufseher wird gemäß Königlichem Erlass Nr. 456 vom 10. September 1986 bezüglich der Rationalisierung und Programmierung der Internate des vom Staat organisierten oder subventionierten Unterrichtswesens geregelt. Artikel 14 legt einen Schlüssel für die Internatsaufseher des Gemeinschaftsunterrichtswesens fest.

Die Internatsaufseher im subventionierten Unterrichtswesen wurden bisher über BVA-Stellen finanziert. Im Zuge der BVA-Reform werden strukturell notwendige Stellen ins reguläre Stundenkapital der Schulen überführt und somit im Sinne der Planungssicherheit für die Schulen dekretal abgesichert.

Daher wird Artikel 14 des Königlichen Erlasses Nr. 456 vom 10. September 1986 bezüglich der Rationalisierung und Programmierung der Internate des vom Staat organisierten oder subventionierten Unterrichtswesens abgeändert.

Der in §1 aufgeführte Schlüssel wird dahingehend abgeändert, dass er künftig für alle Internate gilt, die an Regelgrund- oder Regelsekundarschulen angegliedert sind. Für die erste Tranche von 21 Internatsschülern wird nach wie vor ein Internatsaufseher subventioniert oder organisiert. Für jede weitere Tranche von 21 Internatsschülern wird eine weitere Halbschulzeitstelle zur Verfügung gestellt. (Artikel 90 und 91)

Im Zuge des Dekrets vom 26. Juni 2017 zur Beschulung von erstankommenden Schülern und mit dem Dekret vom 18. Juni 2018 über Maßnahmen im Unterrichtswesen und in der Ausbildung 2018 wurde das Dekret vom 17. Dezember 2001 aufgehoben und das Stundenkapital für erstankommende Schüler neu geregelt. Die Aufzählung 15 kann daher ersatzlos aufgehoben werden. (Artikel 100 Nummer 5)

Stichtag für die Berechnung des Lehrerstundenkapitals ist der letzte Schultag des Monats Januar des vorigen Schuljahres. Um bedeutenden Schülerzuwächsen bzw. -rückgängen Rechnung zu tragen, wird eine Neuberechnung des Lehrerstundenkapitals am letzten Schultag des Monats September vorgeschlagen. Daher wird der Artikel 3 §3, der vom Schuljahr 2003-2004 bis 2006-2007 Anwendung fand, wieder in Kraft gesetzt. (Artikel 102)

26. Unterrichtsformen in den Förderschulen (Art. 104)

Inkrafttreten: 1. September 2019

Regelsekundarschulen können ein erstes Anpassungsjahr anbieten. Dabei handelt es sich um das erste Jahr des berufsbildenden Sekundarunterrichts, das den Schülerinnen und Schülern offen steht, die kein Grundschulabschlusszeugnis vorweisen können.

Die Verwendung des Worts „Anpassung“ im Zusammenhang mit den möglichen Unterrichtsformen im Förderschulwesen ist verwirrend, da es nichts mit dem ersten Anpassungsjahr im Regelsekundarschulwesen zu tun hat. Daher wird vorgeschlagen in diesem Fall, „Anpassung“ durch „Abteilung“ zu ersetzen. Es handelt sich bei dieser Änderung somit um eine Korrektur.

Artikel 104 legt fest, dass in Artikel 22.1 des Grundlagendekrets statt von „Fördersekundarunterricht der sozialen Anpassung“ bzw. „Fördersekundarunterricht der beruflichen und sozialen Anpassung“ die Rede von „Fördersekundarunterricht der sozialen Abteilung“ bzw. „Fördersekundarunterricht der beruflichen und sozialen Abteilung“ ist.

27. Einführung von zwei zusätzlichen unterrichtsfreien halben Tagen zur Organisation des Klassenrats in den Regelsekundarschulen (Art. 105)

Inkrafttreten: 1. September 2019

Der GUV-Leitfaden sieht die Möglichkeit vor, dass Sekundarschulen an zwei halben Tagen pro Schuljahr keinen Unterricht erteilen zwecks Abhaltung der Klassenräte. Mit der dekretalen Einführung von zwei zusätzlichen halben unterrichtsfreien Tagen in das Grundlagendekret wird eine legale Basis für diese Möglichkeit geschaffen, die zudem für alle Schulnetze gilt.

Die Sekundarschulen sind dazu verpflichtet, alle Schüler, die den unterrichtsfreien halben Tag dennoch in der Schule verbringen, zu betreuen.

28. Gastreferenten im Teilzeit-Kunstunterricht (Art. 191)

Inkrafttreten: 1. September 2019

Die Erfahrung der vergangenen Schuljahre hat gezeigt, dass der dekretal festgelegte Prozentsatz für die Einstellung von Gastreferenten im Teilzeit-Kunstunterricht im Umfang von 5% des gewährten Stundenkapitals nicht ausreichend ist. Die Regierung schlägt daher vor, diesen Prozentsatz auf 10% anzuheben.

Artikel 191 nimmt diese Abänderung im Dekret vom 23. März 2009 über den Teilzeit-Kunstunterricht vor.

29. Umfang der Fachdidaktik-Kurse im Rahmen des CAP+ (Art. 193)

Inkrafttreten: 1. September 2019

Aufgrund eines Kooperationsvertrages zwischen der RWTH Aachen, der Autonomen Hochschule in der Deutschsprachigen Gemeinschaft und der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft können Personen, die an der Autonomen Hochschule die Lehrbefähigung erwerben, Fachdidaktik-Kurse an der RWTH Aachen besuchen.

Der alte Vertrag ist zum 30. September 2017 ausgelaufen. Der neue Vertrag sieht bedingt durch Änderungen der Curricula an der RWTH Aachen eine Änderungen in Bezug auf die Kreditpunkte der Fachdidaktik-Kurse vor.

Der alte Vertrag sah vor, dass die Fachdidaktik-Kurse einen Umfang von 6 ECTS-Punkten haben sollten. Bedingt durch Änderungen des Lehrerausbildungsgesetzes in Nordrhein-Westfalen haben die an der RWTH Aachen angebotenen Kurse nun einen Umfang von 4 bis 7 ECTS-Punkten.

Daher schlägt die Regierung eine Anpassung der Studienpunkte in der Tabelle zur Festlegung der wesentlichen Elemente der Ausbildung zur Erlangung einer Lehrbefähigung im Dekret vom 25. Oktober 2010 vor.

Artikel 193 nimmt diese Abänderung im Anhang 3 „Festlegung der wesentlichen Elemente der Ausbildung zur Erlangung einer Lehrbefähigung“ im Dekret vom 25. Oktober 2010 vor und ersetzt die Studienpunkte in Bezug auf die fachliche Didaktik sowie das Total der Studienpunkte.

30. Finanzielle Unterstützung durch Kaleido (Art. 222-228)

Inkrafttreten: 1. September 2018

Seit vielen Jahren unterstützt Kaleido (bzw. die Vorgängereinrichtung „Dienst für Kind und Familie (DKF)“) erfolgreich bedürftige Schwangere und junge Mütter und Väter, die sich in einer prekären Lebenssituation befinden. Grundziel ist die Sicherstellung einer möglichst reibungslos verlaufenden Schwangerschaft und einer Geburt in einem positiven Rahmen. So wird z.B. vermieden, dass der regelmäßige Besuch eines Gynäkologen wegen einer finanziellen Notlage ausfällt.

Die Regierung schlägt vor, dieses Grundprinzip – Beratung und finanzielle Unterstützung von bedürftigen Familien – auf zwei weitere wichtige Bereiche auszudehnen: notwendige diagnostische Abklärungen einerseits und die Behandlung von ansteckenden Krankheiten andererseits.

Diese Formen der Unterstützung entsprechen der Zielsetzung der UN-Kinderrechtskonvention und Artikel 3.1 Nummer 4 des Dekretes vom 31. März 2014 über die gesunde Entwicklung von Kindern und Jugendlichen.

Damit ein Kind oder ein Jugendlicher möglichst optimal gefördert werden kann, sind mitunter diagnostische Abklärungen notwendig. In vielen Fällen erfolgen diese Abklärungen durch oder auf Empfehlung von Kaleido. So ist das Zentrum für die gesunde Entwicklung von Kindern und Jugendlichen u.a. zuständig für die Feststellung des sonderpädagogischen Förderbedarfs oder das Erstellen eines Gutachtens bei einem Antrag auf Notenschutz. Die notwendigen diagnostischen Abklärungen erfordern mitunter den Einsatz von (mehreren) Fachärzten (z.B. Neurologen) oder anderweitigen Fachspezialisten. Dies ist für die betroffenen Familien mit teils erheblichen Kosten verbunden, was wiederum für finanziell bedürftige Familien ein großes Problem darstellt. Im Sinne der Chancengerechtigkeit und der allgemeinen Teilhabe an Schule und Gesellschaft muss vermieden werden, dass eine umfassende diagnostische Abklärung wegen finanzieller Nöte nicht erfolgt. Aus diesem Grund soll Kaleido künftig die Möglichkeit erhalten, finanziell bedürftige Familien in diesem Bereich zu unterstützen. Die Qualitätssicherung wird dadurch gewährleistet, dass die Maßnahme von Kaleido empfohlen und genehmigt wird. Die Regierung geht davon aus, dass die Kosten für diese Art der Unterstützung um ein Vielfaches unter denen liegen, die durch aus finanzieller Not nicht erfolgte diagnostische Untersuchungen verursacht würden.

Dasselbe Prinzip soll künftig für die Behandlung von ansteckenden Krankheiten (z.B. Krätze) gelten. Die hierbei anfallenden Kosten sind mitunter sehr hoch und können schnell 1.000 EUR oder mehr erreichen. Verständlicherweise ist das für manche Familien eine kaum oder nicht tragbare finanzielle Belastung. Wenn dadurch wiederum die Behandlung nicht oder nur unzureichend erfolgt, besteht die große Gefahr, dass die Krankheit sich ausweitet und andere Kinder und Familien angesteckt werden. Zwecks Schutzes der Gesundheit des Einzelnen und der Öffentlichkeit insgesamt muss dies auf jeden Fall vermieden werden. Bei dieser Intervention wird Kaleido die Familien sehr eng begleiten, damit die mitunter sehr aufwändige Behandlung möglichst erfolgreich verläuft.

Die vorerwähnten Unterstützungsmaßnahmen werden an Genehmigungskriterien und eventuell Auflagen gebunden, die von Kaleido festgelegt werden. Im Tätigkeitsbericht erfolgt eine detaillierte, anonymisierte Berichterstattung.

Artikel 222-225 legen die drei Bereiche, in denen Kaleido finanzielle Unterstützungen gewähren kann, fest:

1. Schwangerschaft, Geburt,
2. diagnostische Abklärung,
3. ansteckende Krankheiten.

Artikel 226 legt fest, dass die finanzielle Unterstützung an Einhaltung bestimmter Auflagen gebunden wird, damit sie möglichst den erhofften Erfolg zeigt.

Artikel 227 legt fest, dass die Gewährung einer finanziellen Unterstützung anhand von Kriterien erfolgt, die Kaleido festlegt.

Artikel 228 verpflichtet das Zentrum, im jährlichen Tätigkeitsbericht über den Einsatz der entsprechenden Haushaltsmittel zu berichten.

31. Dozent für praktische Unterweisung im pädagogischen Bereich (Art. 45)

Inkrafttreten: 1. April 2019

Es wird vorgeschlagen die Zugangsbedingungen zum Amt des Dozenten für praktische Unterweisung im pädagogischen Bereich anzupassen. Derzeit ist dieses an der Autonomen Hochschule im Fachbereich Bildungswissenschaften existierende Amt nur Personen zugänglich, die über ein Primarschul- oder Kindergärtnerdiplom verfügen und seit mindestens 10 Jahren als Primarschullehrer oder Kindergärtner definitiv ernannt sind. Diese Formulierung ist recht einschränkend, da sie alle zeitweiligen Personalmitglieder von vornherein ausschließt. Um den Kreis möglicher Anwärter für dieses Amt zu erweitern, wird vorgeschlagen, diese Titelbedingung dahingehend zu flexibilisieren, dass das Primarschul- oder Kindergärtnerdiplom zu ergänzen ist um eine Berufserfahrung von mindestens zehn Jahren als Kindergärtner oder Primarschullehrer, wobei teilzeitige Dienste verhältnismäßig zu einer Vollzeitbeschäftigung angerechnet werden.

32. Einführung eines neuen Studiengangs im Bereich Public and Business Administration (Art. 162-165)

Inkrafttreten: 1. September 2019

Bereits seit mehreren Jahren trägt die Regierung sich mit dem Gedanken, ein passgenaues Studienangebot ins Leben zu rufen, um auf einen besonderen Fachkräftebedarf in den Betrieben und öffentlichen Verwaltungen der Deutschsprachigen Gemeinschaft zu reagieren. Hier wurde insbesondere der Wunsch nach einer qualifizierten polyvalenten Verwaltungsassistentin geäußert, mit Kompetenzen in den Bereichen Buchhaltung, Personalführung, Informatik, Marketing, Projektmanagement, Verfassungsrecht sowie Fremdsprachen. Diesem Aspekt soll insbesondere ein Fremdsprachenpraktikum Rechnung tragen.

Mit diesem neuen Studienangebot kann also nicht einem Bedarf der Betriebe entsprochen werden und somit der Wirtschaftsstandort Ostbelgien nachhaltig gestärkt werden, sondern auch das komplette Studienangebot im Bereich Finanz- und Verwaltungswissenschaften (wieder) aufgenommen werden.

Dies wird gewährleistet, indem ein erstes gemeinsames Ausbildungsjahr für Buchhalter, Bankkaufleute, Versicherungsmakler und Bachelor in Public and Business Administration eingerichtet wird, ein zweites gemeinsames Jahr für Bankkaufleute, Versicherungsmakler und Bachelor in Public and Business Administration und lediglich im dritten Jahr erfolgt eine einzelne Zuweisung nach Studienbereich: Public and Business Administration, Bank und Versicherungen, Buchhaltung.

Das Konzept des dualen Studiums hat sich insbesondere im Bereich Buchhaltung bewährt und bestens etabliert; alle Absolventen erhalten in unmittelbarem Anschluss an ihr Studium einen Arbeitsvertrag.

Die Maßnahme der Anpassung des Dekrets zur Schaffung einer Autonomen Hochschule vom 27. Juni 2005 ist deshalb notwendig, um die Arbeiten am neuen Studienprogramm weiter voran zu treiben: Studieninhalte müssen definiert, Stundenpläne und Kursbeschreibungen

geschrieben, Dozenten gesucht, das neue Angebot publik gemacht und beworben werden, um neue Ausbildungsplätze zu generieren.

33. Kaleido - Impfungen“ und „ansteckende Krankheiten (Art. 158, 217-221)

Inkrafttreten: 1. September 2019

Im Dekret vom 31. März 2014 über das Zentrum für die gesunde Entwicklung von Kindern und Jugendlichen wird der allgemeine Zuständigkeitsbereich von Kaleido gemäß Artikel 1.1 Absatz 2 auf alle Kinder und Jugendliche sowie auf alle schwangere Frauen, ungeachtet ihres Alters, festgelegt. Darüber hinaus sieht Artikel 3.2 vor, dass das Zentrum ein Hauptaugenmerk auf die Kontinuität von Präventionsangeboten während der Lebensspanne von etwa minus neun Monaten bis etwa 20 Jahre legt.

Bei den gesundheitlichen Themenbereichen „Impfungen“ und „ansteckende Krankheiten“ ist derzeit jedoch die Zuständigkeitsabgrenzung mit den Aufgaben des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft nicht eindeutig geregelt.

Für den Bereich „Impfungen“ wurde in Artikel 3.20 des Kaleido-Dekrets nicht festgehalten, dass Kaleido für Säuglinge und Kleinkinder (d. h. Kinder, die das Kindergartenalter noch nicht erreicht haben) zuständig ist. Das Dekret sieht derzeit lediglich vor, dass das Zentrum im Rahmen der Schulgesundheit für die Impfung der Kinder zuständig ist. Dies betrifft die Alterssparte von 3-20 Jahren.

Der ehemalige Dienst für Kind und Familie, der im Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft angesiedelt war, wurde 2014 in das Zentrum integriert, gemeinsam mit den PMS- und Gesundheitszentren sowie der Schulzahnpflege. In dieser Kontinuität impft Kaleido auch weiterhin die Kinder von 0-3 Jahren im Rahmen der Vorsorgeuntersuchungen, ohne dass dies ausdrücklich im Dekret vorgesehen ist.

Dies gilt es nun in Artikel 3.20 ausdrücklich zu präzisieren, insbesondere aus folgenden Gründen:

- Bestätigung der Zuständigkeit von Kaleido im Bereich Impfungen bei Kindern im Alter von 0-3 Jahre, da der Dienst diese Aufgaben bereits seit 2014 im Rahmen der Vorsorgeuntersuchungen durchführt;

- Gewährleistung einer einheitlichen Vorgehensweise in allen Bereichen und kohärent zum allgemeinen Aufgabenspektrum von Kaleido für Kinder von 0-20 Jahren.

Für den Bereich „ansteckende Krankheiten“ sieht Artikel 3.22 Absatz 3 des Dekrets aktuell nicht vor, dass Kaleido für die Kinder von 0-3 Jahren verantwortlich ist. Zur Zeit leistet der Fachbereich Gesundheit und Senioren des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft in Zusammenarbeit mit den Hygieneinspektoren der „Agence pour une Vie de Qualité“ (AViQ) der Wallonischen Region die Koordinierung der Maßnahmen bei ansteckenden Krankheiten:

- bei Kindern unter 3 Jahren und in der Kinderbetreuung;
- bei Kindern und Jugendlichen, die in Belgien wohnen und im Ausland eingeschult sind;
- bei Kindern von 3-20 Jahren, die außerhalb des Schulbereichs entdeckt werden, wie beispielsweise im kulturellen, sportlichen und Freizeitbereich.

Für die Kinder im Alter von 3-18 Jahren, die in der Deutschsprachigen Gemeinschaft beschult werden, ist hingegen Kaleido der Ansprechpartner. Die Beraterinnen von Kaleido sind

allerdings durch ihre Hausbesuche bei jungen Familien mit Säuglingen und Kleinkindern von 0-3 Jahren und durch die Vorsorgeuntersuchungen bei diesen Kindern direkt in den Familien präsent.

Da die Zuständigkeit für die Zielgruppe 0-20 Jahre somit zwischen dem Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft und Kaleido aufgeteilt ist, führt dies zu Verwirrung bei den Eltern und Organisationen. Die meisten Familien haben zudem Kinder in den verschiedenen Altersgruppen (Säuglinge und/oder Kleinkinder unter 3 Jahren sowie eingeschulte Kinder), sodass eine allgemeine Begleitung durch einen einzigen Dienst kohärenter und effizienter wäre. Dabei soll der verantwortliche Arzt von Kaleido nicht die Aufgaben des Arzt-Hygieneinspektors ersetzen, sondern in Absprache mit diesem für die Koordinierung der Umsetzungsmaßnahmen vornehmen.

Es wird daher vorgeschlagen, das Dekret vom 31. März 2014 über das Zentrum für die gesunde Entwicklung von Kindern und Jugendlichen entsprechend anzupassen. Der Klarheit halber sollte ebenfalls ein Verweis in das Dekret vom 1. Juni 2004 zur Gesundheitsförderung und zur medizinischen Prävention eingefügt werden.

Der Minister für Bildung
und wissenschaftliche Forschung

H. MOLLERS

A handwritten signature in black ink, consisting of a stylized 'A' followed by a long, sweeping horizontal stroke.

DEKRETVORENTWURF

Dekretvorentwurf über Maßnahmen im Unterrichtswesen 2019

KAPITEL 1 - ABÄNDERUNG DES KÖNIGLICHEN ERLASSES VOM 15. APRIL 1958 ÜBER DAS BESOLDUNGSSTATUT DES LEHR- UND WISSENSCHAFTLICHEN SOWIE DES IHM GLEICHGESTELLTEN PERSONALS DES MINISTERIUMS DES UNTERRICHTSWESENS

Art. 1 - In Artikel 17 §4.1 Absatz 1 des Königlichen Erlasses vom 15. April 1958 über das Besoldungsstatut des Lehr- und wissenschaftlichen sowie des ihm gleichgestellten Personals des Ministeriums des Unterrichtswesens, eingefügt durch das Dekret vom 26. Juni 2017, wird folgender Satz eingefügt:

„Ebenfalls berücksichtigt werden effektive Dienste, die im öffentlichen Sektor eines Staates erbracht wurden, der nicht der Europäischen Union angehört.“

KAPITEL 2- ABÄNDERUNG DES GESETZES VOM 29. MAI 1959 ZUR ABÄNDERUNG GEWISSE BESTIMMUNGEN DER UNTERRICHTSGESETZGEBUNG

Art. 2 - In Artikel 24 §2 Absatz 2 Nummer 3 des Gesetzes vom 29. Mai 1959 zur Abänderung gewisser Bestimmungen der Unterrichtsgesetzgebung, ersetzt durch das Dekret vom 25. Juni 2012, wird die Wortfolge „und die Schulentwicklungsberatung“ durch die Wortfolge „, die Schulentwicklungsberatung und die Schulberatung für Inklusion und Integration“ ersetzt.

KAPITEL 3 - ABÄNDERUNG DES KÖNIGLICHEN ERLASSES VOM 19. JUNI 1967 ZUR FESTLEGUNG DER ERFORDERLICHEN BEFÄHIGUNGSNACHWEISE DER KANDIDATEN FÜR ANWERBUNGSÄMTER DES VERWALTUNGS-, UNTERHALTS-, FACH UND DIENSTLEISTUNGSPERSONALS DER STAATLICHEN EINRICHTUNGEN FÜR VOR-, PRIMAR-, FÖRDER-, MITTEL-, TECHNISCHEN, KUNST- UND NORMALSCHULUNTERRICHT

Art. 3 - In der Überschrift des Königlichen Erlasses vom 19. Juni 1967 zur Festlegung der erforderlichen Befähigungsnachweise der Kandidaten für Anwerbungsämter des Verwaltungs-, Unterhalt-, Fach- und Dienstleistungspersonals der staatlichen Einrichtungen für Vor-, Primar-, Förder-, Mittel-, technischen, Kunst- und Normalschulunterricht, abgeändert durch das Dekret vom 11. Mai 2009, wird die Wortfolge „Kandidaten für Anwerbungsämter“ durch das Wort „Mitglieder“ ersetzt.

Art. 4 - Artikel 1 desselben Königlichen Erlasses, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 18. Juni 2018, wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 einleitender Satz wird die Wortfolge „candidats aux fonctions de recrutement que peuvent exercer les“ gestrichen.
2. Absatz 1 Nummern 1 und 3 werden aufgehoben.
3. In Absatz 1 Nummer 2 wird die Wortfolge „ou de commis-sténodactylographe“ gestrichen.
4. In Absatz 1 Nummer 2bis Buchstabe c), ersetzt durch das Dekret vom 18. Juni 2018, wird die Wortfolge „des allgemeinbildenden Sekundarunterrichts“ durch die Wortfolge „des allgemeinbildenden Sekundarunterrichts oder des technischen Übergangsunterrichts“ ersetzt.

5. Absatz 2, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 4. Juni 1998 abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 6. Dezember 2007, wird wie folgt ersetzt:
„Die in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union verliehenen Studiennachweise werden als erforderliche Befähigungsnachweise angesehen, wenn ihnen eine durch die Regierung ausgestellte Konformitätsbescheinigung oder Anerkennung beigelegt ist“.

Art. 5 – Artikel 2 desselben Königlichen Erlasses wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 einleitender Satz wird die Wortfolge „candidats aux fonctions de recrutement que peuvent exercer les“ gestrichen.
2. Absatz 2, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 4. Juni 1998 und abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 6. Dezember 2007, wird wie folgt ersetzt:
„Die in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union verliehenen Studiennachweise werden als erforderliche Befähigungsnachweise angesehen, wenn ihnen eine durch die Regierung ausgestellte Konformitätsbescheinigung oder Anerkennung beigelegt ist“.

KAPITEL 4 - ABÄNDERUNG DES KÖNIGLICHEN ERLASSES VOM 2. OKTOBER 1968 ZUR FESTLEGUNG UND EINTEILUNG DER ÄMTER DER MITGLIEDER DES DIREKTIONS- UND LEHRPERSONALS, DES ERZIEHUNGSHILFSPERSONALS, DES PARAMEDIZINISCHEN UND SOZIALPSYCHOLOGISCHEN PERSONALS DER STAATLICHEN EINRICHTUNGEN FÜR VOR-, PRIMAR-, FÖRDER-, MITTEL-, TECHNISCHEN, KUNST- UND NORMALSCHULUNTERRICHT UND DER ÄMTER DER PERSONALMITGLIEDER DES INSPEKTIONSDIENSTES BEAUFTRAGT MIT DER AUFSICHT DIESER EINRICHTUNGEN

Art. 6 - In der Überschrift des Königlichen Erlasses vom 2. Oktober 1968 zur Festlegung und Einteilung der Ämter der Mitglieder des Direktions- und Lehrpersonals, des Erziehungshilfspersonals, des paramedizinischen und sozialpsychologischen Personals der staatlichen Einrichtungen für Vor-, Primar-, Förder-, Mittel-, technischen, Kunst- und Normalschulunterricht und der Ämter der Personalmitglieder des Inspektionsdienstes beauftragt mit der Aufsicht dieser Einrichtungen, abgeändert durch das Dekret vom 11. Mai 2009, wird nach der Wortfolge „sozialpsychologischen Personals“ die Wortfolge „sowie des Verwaltungspersonals“ eingefügt.

Art. 7 - Artikel 6 desselben Königlichen Erlasses, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 18. Juni 2018, wird wie folgt abgeändert:

1. Buchstabe C) Buchstabe b) Nummer 13 wird aufgehoben;
2. In Buchstabe C) Buchstabe b) wird folgende Nummer 14ter eingefügt:
„14ter. Pädagogischer Koordinator für inklusive Schulen“
3. Buchstabe D) Buchstabe b) Nummer 13 wird aufgehoben.
4. In Buchstabe Dbis) Buchstabe b) Nummer 3 wird der Punkt durch ein Semikolon ersetzt und folgende Nummer 4 eingefügt:
„4. Werkstattleiter.“
5. In Buchstabe E) Buchstabe a) werden die Nummern 10ter und 10quinquies aufgehoben;
6. In Buchstabe E) Buchstabe b) werden folgende Nummern 16 und 17, aufgehoben durch das Dekret vom 27. Juni 2005, wie folgt wieder eingefügt:
„16. Forschungsbeauftragter
17. Externer Evaluator“

Art. 8 - Artikel 8 Buchstabe b) desselben Königlichen Erlasses wird wie folgt abgeändert:

1. In Nummer 8 wird der Punkt am Ende des Satzes durch ein Semikolon ersetzt;
2. Folgende Nummer 9 wird eingefügt:
„9. Paramedizinischer Koordinator für inklusive Schulen.“

Art. 9 - Artikel 9.1 Buchstabe a) Nummer 3 desselben Königlichen Erlasses, eingefügt durch das Dekret vom 24. Juni 2013 und aufgehoben durch das Dekret vom 31. März 2014, wird wie folgt wieder eingefügt:

„3. schulpsychologischer Berater.“

Art. 10 - Artikel 10 Absatz 1 desselben Königlichen Erlasses, abgeändert durch die Dekrete vom 25. Juni 2012 und vom 24. Juni 2013, wird wie folgt abgeändert:

1. Nummer 1 wird wie folgt ersetzt:

„1. Leiter der Schulinspektion, der Schulentwicklungsberatung und der Schulberatung für Inklusion und Integration;“

2. Folgende Nummer 2quinquies wird eingefügt:

„2quinquies. Referent für Inklusion und Integration;“

Art. 11 - In denselben Königlichen Erlass, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 25. Juni 2018, wird folgendes Kapitel III.1, das den Artikel 10.1 umfasst, eingefügt:

„Kapitel III.1 – Ämter des Verwaltungspersonals“

Art. 12 - In das Kapitel III.1 desselben Königlichen Erlasses wird folgender Artikel 10.1 eingefügt:

„Art. 10.1 – Die Ämter, die die Mitglieder des Verwaltungspersonals bekleiden können, werden wie folgt festgelegt:

a) Anwerbungsämter

1. Kommis;
2. Kommis-Daktylograph;
3. Korrespondent-Buchhalter;
4. Chefsekretär;
5. Verwaltungssekretär;
6. Referent;
7. Netzwerktechniker;

b) Auswahlämter

8. Leitender Verwaltungssekretär.“

KAPITEL 5 - ABÄNDERUNG DES KÖNIGLICHEN ERLASSES VOM 22. MÄRZ 1969 ZUR FESTLEGUNG DES STATUTS DER MITGLIEDER DES DIREKTIONS- UND LEHRPERSONALS, DES ERZIEHUNGSHILFSPERSONALS, DES PARAMEDIZINISCHEN UND SOZIALPSYCHOLOGISCHEN PERSONALS DER STAATLICHEN EINRICHTUNGEN FÜR VOR-, PRIMAR-, FÖRDER-, MITTEL-, TECHNISCHEN, KUNST- UND NORMALSCHULUNTERRICHT UND DER VON DIESEN EINRICHTUNGEN ABHÄNGENDEN INTERNATE SOWIE DER PERSONALMITGLIEDER DES MIT DER AUFSICHT ÜBER DIESE EINRICHTUNGEN BEAUFTRAGTEN INSPEKTIONSDIENSTES

Art. 13 - In der Überschrift des Königlichen Erlasses vom 22. März 1969 zur Festlegung des Statuts der Mitglieder des Direktions- und Lehrpersonals, des Erziehungshilfspersonals, des paramedizinischen und sozialpsychologischen Personals der staatlichen Einrichtungen für Vor-, Primar-, Förder-, Mittel-, technischen, Kunst- und Normalschulunterricht und der von diesen Einrichtungen abhängenden Internate sowie der Personalmitglieder des mit der Aufsicht über diese Einrichtungen beauftragten Inspektionsdienstes, abgeändert durch das Dekret vom 11. Mai 2009, wird die Wortfolge „Mitglieder des Direktions- und Lehrpersonals, des Erziehungshilfspersonals, des paramedizinischen und sozialpsychologischen Personals der staatlichen Einrichtungen für Vor-, Primar-, Förder-, Mittel-, technischen, Kunst- und Normalschulunterricht und der von diesen Einrichtungen abhängenden Internate sowie der Perso-

nalmitglieder des mit der Aufsicht über diese Einrichtungen beauftragten Inspektionsdienstes“ durch die Wortfolge „Personalmitglieder des Gemeinschaftsunterrichtswesens“ ersetzt.

Art. 14 – In Artikel 1 Absatz 1 desselben Königlichen Erlasses, ersetzt durch den Erlass der Regierung vom 2. März 1995 und abgeändert durch das Dekret vom 11. Mai 2009, wird die Wortfolge „sozialpsychologischen Personals“ durch die Wortfolge „sozialpsychologischen Personals sowie des Verwaltungspersonals“ ersetzt.

Art. 15 – In Artikel 19 §2 desselben Königlichen Erlasses, ersetzt durch das Dekret vom 26. Juni 2006, wird folgender Absatz 3 eingefügt:

„In Abweichung von Absatz 2 endet die Bezeichnung im Amt des Lehrer-Mediothekars oder in einem Amt der Kategorie des Verwaltungspersonals spätestens am 31. August des Jahres, in dem die Bezeichnung erfolgt.“

Art. 16 – In Artikel 24 §1.1 Absatz 3 desselben Königlichen Erlasses, eingefügt durch das Dekret 25. Juni 2012, wird die Wortfolge „die Schulinspektion und die Schulentwicklungsberatung“ durch die Wortfolge „die Schulinspektion, die Schulentwicklungsberatung und die Schulberatung für Inklusion und Integration“ ersetzt.

Art. 17 – In Artikel 25 Absatz 1 Nummer 4 desselben Königlichen Erlasses, ersetzt durch das Dekret vom 26. Juni 2006 und abgeändert durch das Dekret vom 25. Mai 2009, wird die Wortfolge „Lehrer-Mediothekars“ durch die Wortfolge „Lehrer-Mediothekars und der Mitglieder des Verwaltungspersonals“ ersetzt.

Art. 18 – In Artikel 38 Absatz 2 desselben Königlichen Erlasses, ersetzt durch das Dekret vom 26. Juni 2006 und abgeändert durch das Dekret vom 25. Juni 2007, wird folgender Satz eingefügt:

„Dies gilt nicht für die Anwerbungsämter in der Kategorie des Verwaltungspersonals.“

Art. 19 – Artikel 40 desselben Königlichen Erlasses, ersetzt durch das Dekret vom 26. Juni 2006 und zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 23. Juni 2008, wird wie folgt abgeändert:

1. In Nummer 2 wird die Wortfolge „mit 1,2 multipliziert“ durch die Wortfolge „mit 1,2 multipliziert, außer für die Berechnung des Dienstalters des Verwaltungspersonals und des Lehrer-Mediothekars“ ersetzt.
2. Folgender Absatz 2 wird eingefügt:
„Unbeschadet von Absatz 1 werden für die Anwendung von Artikel 20 bei einem Personalmitglied, das Inhaber eines Kindergärtnerdiploms ist, ebenfalls die bis zum 30. April im Amt des Primarschullehrers im Unterrichtswesen der Deutschsprachigen Gemeinschaft geleisteten Dienste berücksichtigt. Die Berechnung erfolgt gemäß den in Absatz 1 definierten Modalitäten.“

Art. 20 – In Artikel 66 §1.1 Absatz 2 desselben Königlichen Erlasses, eingefügt durch das Dekret 25. Juni 2012, wird die Wortfolge „die Schulinspektion und die Schulentwicklungsberatung“ durch die Wortfolge „die Schulinspektion, die Schulentwicklungsberatung und die Schulberatung für Inklusion und Integration“ ersetzt.

Art. 21 – In Artikel 85 Buchstabe a) desselben Königlichen Erlasses, ersetzt durch das Dekret vom 26. Juni 2006 und abgeändert durch das Dekret vom 23. Juni 2008, wird die Wortfolge „mit 1,2 multipliziert“ ersetzt durch die Wortfolge „mit 1,2 multipliziert, außer für die Berechnung des Dienstalters des Verwaltungspersonals und des Lehrer-Mediothekars“ ersetzt.

Art. 22 - In Artikel 91octies §1 Absatz 2 Nummer 1 Buchstabe g) desselben Königlichen Erlasses, eingefügt durch das Dekret vom 11. Mai 2009, wird das Wort „Urlaub“ durch die Wortfolge „vollzeitiger Urlaub“ ersetzt.

Art. 23 - In der Überschrift von Kapitel VIIsepties desselben Königlichen Erlasses, eingefügt durch das Dekret vom 20. Juni 2016, wird die Wortfolge „der Unter- und Oberstufe“ aufgehoben.

Art. 24 - Artikel 91triciester desselben Königlichen Erlasses, eingefügt durch das Dekret vom 20. Juni 2016, wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 wird die Wortfolge „der Unter- oder Oberstufe des Sekundarschulwesens, nachstehend als Werkstattleiter bezeichnet,“ gestrichen.
2. In Absatz 2 wird das Wort „91septies“ durch das Wort „91septies §§2 und 3“ und das Wort „91terdecies“ durch die Wortfolge „91terdecies und 91tricies“ ersetzt.

Art. 25 - In Artikel 91triciesquinquies Absatz 2 desselben Königlichen Erlasses, eingefügt durch das Dekret vom 20. Juni 2016, wird das Wort „sollen“ durch die Wortfolge „sollen, sowie den Stellenumfang“ ersetzt.

Art. 26 - In Artikel 91triciessexies desselben Königlichen Erlasses, eingefügt durch das Dekret vom 20. Juni 2016, wird folgender Absatz 3 eingefügt:

„Die Bezeichnung des Bewerbers erfolgt für die Dauer eines Schuljahres. Bei Vorlage eines Bewertungsberichtes des Schulleiters, der mindestens mit dem Vermerk „gut“ schließt, wird die Bezeichnung nach Ablauf des Schuljahres um ein weiteres Schuljahr verlängert. Liegt nach Ablauf der zweiten Bezeichnung erneut ein Bewertungsbericht des Schulleiters vor, der mindestens mit dem Vermerk „gut“ schließt, erfolgt die dritte Bezeichnung auf unbestimmte Dauer. Der Schulleiter verfasst für den Werkstattleiter pro Schuljahr mindestens einen Bewertungsbericht gemäß Artikel 91undecies, solange der Werkstattleiter auf bestimmte Dauer bezeichnet ist.“

Art. 27 - Artikel 91triciessepties §1 desselben Königlichen Erlasses, eingefügt durch das Dekret vom 18. Juni 2018, wird wie folgt ersetzt:

„§1 Während der Ausübung des Amtes als Werkstattleiter erhält das Personalmitglied ein Gehalt auf Grundlage der in der Anlage des Königlichen Erlasses vom 27. Juni 1974 zur Festlegung der Dienstpostentabelle, die ab dem 1. April 1972 für die Mitglieder des Direktions- und Lehrpersonals, des Erziehungshilfspersonals, paramedizinischen sowie des sozialpsychologischen Personals der staatlichen Unterrichtseinrichtungen, für die Personalmitglieder des mit der Inspektion dieser Einrichtungen beauftragten Inspektionsdienstes und für die Personalmitglieder des Inspektionsdienstes der Fernkurse und des subventionierten Primarunterrichtswesens gelten, und zur Festlegung der Besoldungstabellen für das Personal der staatlichen Psycho-Medizinisch-Sozialen Zentren angeführten Gehaltstabelle 231.“

Art. 28 - In Artikel 91quadragies Absatz 3 Buchstabe b) desselben Königlichen Erlasses, eingefügt durch das Dekret vom 18. Juni 2018, wird die Wortfolge „des allgemeinbildenden Sekundarunterrichts“ durch die Wortfolge „des allgemeinbildenden Sekundarunterrichts oder des technischen Übergangsunterrichts“ ersetzt.

Art. 29 - In Artikel 91quadragiester §1 Absatz 1 desselben Königlichen Erlasses, eingefügt durch das Dekret vom 18. Juni 2018, wird das Wort „erfüllt“ durch die Wortfolge „und die in Artikel 91quadragies Absatz 3 angeführten Bedingungen erfüllt“ ersetzt.

Art. 30 - In denselben Königlichen Erlass, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 18. Juni 2018, wird folgendes Kapitel VIIdecies, das den Artikel 91quadragiesquinqies umfasst, eingefügt:

„Kapitel VIIdecies – Besondere Bestimmungen für pädagogische Koordinatoren für inklusive Schulen und paramedizinische Koordinatoren für inklusive Schulen“

Art. 31 – In das Kapitel VIIdecies desselben Königlichen Erlasses wird folgender Artikel 91quadragiesquinqies eingefügt:

„Art. 91quadragiesquinqies – Prinzip

In Abweichung von Kapitel VII finden die Artikel 91quater bis 91nonies, 91duodecies, 91terdecies, 91duodevicies, 91tricies und 91triciessemel Anwendung auf das Amt des pädagogischen Koordinators für inklusive Schulen und das Amt des paramedizinischen Koordinators für inklusive Schulen. Unter der in Artikel 91sexies angeführten pädagogischen Qualifikation ist im Falle des paramedizinischen Koordinators für inklusive Schulen eine paramedizinische Qualifikation zu verstehen.“

Art. 32 – In Artikel 114 Absatz 1 Nummer 3 desselben Königlichen Erlasses, ersetzt durch das Dekret vom 23. Juni 2008 und abgeändert durch das Dekret vom 25. Juni 2012, wird die Wortfolge „Schulinspektion und Schulentwicklungsberatung“ durch die Wortfolge „Schulinspektion, Schulentwicklungsberatung und Schulberatung für Inklusion und Integration“ ersetzt.

Art. 33 – In der Überschrift von Kapitel VIII Abschnitt 6 desselben Königlichen Erlasses, eingefügt durch das Dekret vom 25. Juni 2007 und abgeändert durch das Dekret vom 28. Juni 2010, wird die Wortfolge „oder Verwalter“ eingefügt.

Art. 34 – In Artikel 121bis desselben Königlichen Erlasses, eingefügt durch das Dekret vom 25. Juni 2007 und ersetzt durch das Dekret vom 28. Juni 2010, wird nach dem Wort „Übungsgrundschulleiters“ die Wortfolge „oder das Amt des Verwalters“ eingefügt.

Art. 35 – Artikel 121ter Absatz 1 desselben Königlichen Erlasses, eingefügt durch das Dekret vom 25. Juni 2007, wird wie folgt abgeändert:

1. Nummer 2 Buchstabe a), ersetzt durch das Dekret vom 11. Mai 2009 und abgeändert durch das Dekret vom 20. Juni 2016, wird wie folgt ersetzt:

„a) für das Amt des Studienpräfekten, des Direktors einer Regelsekundarschule, des Direktors einer Fördersekundarschule oder des Verwalters mindestens über ein Diplom des Hochschulwesens des ersten Grades verfügt;“

2. Nummer 2 Buchstabe b), ersetzt durch das Dekret vom 11. Mai 2009, wird aufgehoben.

Art. 36 – In Artikel 121quinqies Absatz 3 desselben Königlichen Erlasses, eingefügt durch das Dekret vom 25. Juni 2007, wird folgender Satz eingefügt:

„Die Qualifikation im sozialen oder humanwissenschaftlichen Bereich und die Berufserfahrung, insbesondere im förderpädagogischen Bereich und im Bereich der Teamführung, bilden Auswahlkriterien bei der Bezeichnung in das Amt des Verwalters.“

Art. 37 – In Artikel 121septies §1 Absatz 2 Nummer 1 Buchstabe h) desselben Königlichen Erlasses, eingefügt durch das Dekret vom 11. Mai 2009, wird das Wort „Urlaub“ durch die Wortfolge „vollzeitiger Urlaub“ ersetzt.

Art. 38 – Artikel 121nonies §1 desselben Königlichen Erlasses, eingefügt durch das Dekret vom 25. Juni 2007 und zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 18. Juni 2018, wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 2 wird die Zahl „428,48“ durch die Zahl „800“ ersetzt.
2. Folgender Absatz 5 wird eingefügt:
„Während der Ausübung seines Amtes erhält der Verwalter ein Gehalt auf Grundlage der in Artikel 2 Kapitel G desselben Königlichen Erlasses vom 27. Juni 1974 angeführten Gehaltstabelle 167.“

Art. 39 – Artikel 163 desselben Königlichen Erlasses, ersetzt durch den Erlass der Exekutive vom 17. Juli 1991, wird wie folgt ersetzt:

„Art. 163 – Kein Personalmitglied darf in den nichtaktiven Dienst versetzt werden oder in dieser dienstrechtlichen Stellung bleiben, wenn es die zur Beanspruchung einer Ruhestandspension erforderlichen Bedingungen erfüllt.“

Art. 40 – In das Kapitel XIbis desselben Königlichen Erlasses, eingefügt durch das Dekret vom 25. Mai 2009 und zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 18. Juni 2018, wird folgender Artikel 169septiesdecies eingefügt:

„Art. 169septiesdecies – In Abweichung von Artikel 91quinquies und 91sexies bezeichnet der Schulträger zum 1. September 2019 das Personalmitglied auf unbestimmte Dauer im Amt des pädagogischen Koordinators für inklusive Schulen, das in den Schuljahren 2017-2019 pädagogische Koordinationsaufgaben in einer inklusiven Schule in der Deutschsprachigen Gemeinschaft verrichtet und die in Artikel 96.3 des Dekrets vom 31. August 1998 über den Auftrag an die Schulträger und das Schulpersonal sowie über die allgemeinen pädagogischen und organisatorischen Bestimmungen für die Regel- und Förderschulen angeführten Aufgaben wahrgenommen hat. Als Nachweis dient dem Schulträger eine vom Schulleiter ausgestellte Bescheinigung, in der die vom Personalmitglied wahrgenommenen Aufgaben präzisiert werden.“

Art. 41 – In dasselbe Kapitel wird folgender Artikel 169octiesdecies eingefügt:

„Art. 169octiesdecies – In Abweichung von Artikel 91quinquies und 91sexies bezeichnet der Schulträger zum 1. September 2019 das Personalmitglied auf unbestimmte Dauer im Amt des paramedizinischen Koordinators für inklusive Schulen, das in den Schuljahren 2017-2019 paramedizinische Koordinationsaufgaben in einer inklusiven Schule in der Deutschsprachigen Gemeinschaft verrichtet und die in Artikel 98.1 §4 des Dekrets vom 31. August 1998 über den Auftrag an die Schulträger und das Schulpersonal sowie über die allgemeinen pädagogischen und organisatorischen Bestimmungen für die Regel- und Förderschulen angeführten Aufgaben wahrgenommen hat. Als Nachweis dient dem Schulträger eine vom Schulleiter ausgestellte Bescheinigung, in der die vom Personalmitglied wahrgenommenen Aufgaben präzisiert werden.“

Art. 42 – In dasselbe Kapitel wird folgender Artikel 169noviesdecies eingefügt:

„Art. 169noviesdecies – Die Personalmitglieder des Aufsichts-, Fach- und Dienstpersonals der von der Deutschsprachigen Gemeinschaft organisierten Unterrichtseinrichtungen, die am 30. März 2019, definitiv ernannt sind, unterliegen ab dem 1. April 2019 bis zu ihrem endgültigen Ausscheiden aus dem Amt denselben Bestimmungen wie die Mitglieder des Verwaltungspersonals der von der Deutschsprachigen Gemeinschaft organisierten Unterrichtseinrichtungen.“

KAPITEL 6 - ABÄNDERUNG DES KÖNIGLICHEN ERLASSES VOM 22. APRIL 1969 ZUR FESTLEGUNG DER ERFORDERLICHEN BEFÄHIGUNGSNACHWEISE DER MITGLIEDER DES DIREKTIONS- UND LEHRPERSONALS, DES ERZIEHUNGSHILFSPERSONALS, DES PARAMEDIZINISCHEN UND SOZIALPSYCHOLOGISCHEN PERSONALS DER EINRICHTUNGEN DES STAATLICHEN VOR-, PRIMAR-, FÖRDER- UND MITTELSCHULWESENS, DES TECHNISCHEN UNTERRICHTS, DES KUNSTUNTERRICHTS UND DES NORMALSCHULWESENS UND DER VON DIESEN EINRICHTUNGEN ABHÄNGENDEN INTERNATE

Art. 43 – Artikel 7 des Königlichen Erlasses vom 22. April 1969 zur Festlegung der erforderlichen Befähigungsnachweise der Mitglieder des Direktions- und Lehrpersonals, des Erziehungshilfspersonals, des paramedizinischen und sozialpsychologischen Personals der Einrichtungen des staatlichen Vor-, Primar-, Förder- und Mittelschulwesens, des technischen Unterrichts, des Kunstunterrichts und des Normalschulwesens und der von diesen Einrichtungen abhängenden Internate, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 26. Juni 2017, wird wie folgt abgeändert:

1. In Nummer 8 Buchstabe a) wird die Wortfolge „zwei Jahre Berufserfahrung als Primarschullehrer“ durch die Wortfolge „zwei Schuljahre Berufserfahrung in einem Amt der Kategorie des Lehr- und Direktionspersonals, wobei teilzeitige Dienste verhältnismäßig zu einer Vollzeitbeschäftigung angerechnet werden,“ ersetzt.
2. In Nummer 9.1.5 wird folgende Wortfolge eingefügt:
„wobei die Bedingung als erfüllt gilt, wenn das Personalmitglied den Titel eines Lehrbefähigten für die Unterstufe des Sekundarschulwesens besitzt,“
3. In Nummer 9.3 wird das Wort „Sekundarunterrichts“ durch die Wortfolge „Sekundarunterrichts, Abschlussdiploms des Vollzeit-Hochschulwesens kurzer oder langer Studiendauer oder Universitätsdiploms“ ersetzt.

Art. 44 - Artikel 9quater desselben Königlichen Erlasses, eingefügt durch das Dekret vom 26. Juni 2017, wird wie folgt abgeändert:

1. In Nummer 1 Buchstabe e) wird folgende Wortfolge eingefügt:
„wobei die Bedingung als erfüllt gilt, wenn das Personalmitglied den Titel eines Lehrbefähigten für die Unterstufe des Sekundarschulwesens besitzt,“
2. In Nummer 3 wird das Wort „Sekundarunterrichts“ durch die Wortfolge „Sekundarunterrichts, Abschlussdiploms des Vollzeit-Hochschulwesens kurzer oder langer Studiendauer oder Universitätsdiploms“ ersetzt.

Art. 45 - In Artikel 10 Nummer 18bis desselben Königlichen Erlasses, eingefügt durch das Dekret vom 27. Juni 2005, wird die Wortfolge „und seit mindestens zehn Jahren definitiv im betreffenden Amt ernannt sein“ durch die Wortfolge „ergänzt um eine Berufserfahrung von mindestens zehn Jahren als Kindergärtner oder Primarschullehrer, wobei teilzeitige Dienste verhältnismäßig zu einer Vollzeitbeschäftigung angerechnet werden“ ersetzt.

Art. 46 - In Artikel 14 Nummer 9.1.3 desselben Königlichen Erlasses, eingefügt durch das Dekret vom 26. Juni 2017, wird die Wortfolge „; zur Ermittlung der beiden Jahre werden Kalender- und/oder Schuljahre berücksichtigt, in denen das Personalmitglied mindestens halbjährig in der jeweiligen Einrichtung beschäftigt war“ durch die Wortfolge „, wobei teilzeitige Dienste verhältnismäßig zu einer Vollzeitbeschäftigung angerechnet werden“ ersetzt.

Art. 47 - Artikel 15.1 Nummer 3 desselben Königlichen Erlasses, eingefügt durch das Dekret vom 24. Juni 2013 und aufgehoben durch das Dekret vom 31. März 2014, wird wie folgt wieder eingefügt:

- „3. Schulpsychologischer Berater:
- a) Graduat/Bachelor oder Lizenz/Master in Psychopädagogik;
 - b) Graduat/Bachelor oder Lizenz/Master in Psychologie;

- c) Graduat/Bachelor oder Lizenz/Master in Sozialpädagogik;
- d) Graduat/Bachelor oder Lizenz/Master in Familien- und Sexualwissenschaften;
- e) Graduat/Bachelor oder Lizenz/Master in Erziehungswissenschaften;
- f) Graduat/Bachelor oder Lizenz/Master in Kriminologie.

Als erforderlicher Befähigungsnachweis gilt ebenfalls jedes Diplom, das nach erfolgreichem Abschluss einer Ausbildung des Hochschulwesens des ersten oder zweiten Grades ausgestellt wurde, deren Hauptkurse mit dem Amt des schulpsychologischen Beraters im Zusammenhang stehen. Die Regierung entscheidet in diesem Fall auf der Grundlage eines Gutachtens der Schulinspektion, ob das Diplom zur Ausübung des Amtes befähigt.“

Art. 48 - In Artikel 17.1 desselben Königlichen Erlasses, eingefügt durch das Dekret vom 5. Mai 2014 und abgeändert durch das Dekret vom 26. Juni 2017, wird die Zahl „2019“ durch die Zahl „2024“ ersetzt.

Art. 49 - In Artikel 17.2 desselben Königlichen Erlasses, eingefügt durch das Dekret vom 29. Juni 2015 und abgeändert durch das Dekret vom 26. Juni 2017, wird die Zahl „2019“ durch die Zahl „2024“ ersetzt.

KAPITEL 7 - ABÄNDERUNG DES KÖNIGLICHEN ERLASSES VOM 25. OKTOBER 1971 ZUR FESTLEGUNG DES STATUTS DER PRIMARSCHULLEHRER, LEHRER UND INSPEKTOREN FÜR KATHOLISCHE, PROTESTANTISCHE, ISRAELITISCHE, ORTHODOXE, ISLAMISCHE UND ANGLIKANISCHE RELIGION IN DEN LEHRANSTALTEN DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFTEN

Art. 50 - In Artikel 2 des Königlichen Erlasses vom 25. Oktober 1971 zur Festlegung des Statuts der Primarschullehrer, Lehrer und Inspektoren für katholische, protestantische, israelitische, orthodoxe, islamische und anglikanische Religion in den Lehranstalten der Deutschsprachigen Gemeinschaften, abgeändert durch das Dekret vom 11. Mai 2009, wird die Wortfolge „der Mitglieder des Direktions- und Lehrpersonals, des Erziehungshilfspersonals, des paramedizinischen und sozialpsychologischen Personals der staatlichen Einrichtungen für Vor-, Primar-, Förder-, Mittel-, technischen, Kunst- und Normalschulunterricht und der von diesen Einrichtungen abhängenden Internate sowie der Personalmitglieder des mit der Aufsicht über diese Einrichtungen beauftragten Inspektionsdienstes“ durch die Wortfolge „der Personalmitglieder des Gemeinschaftsunterrichtswesens“ ersetzt.

Art. 51 - In Artikel 7bis §3 desselben Königlichen Erlasses, eingefügt durch das Dekret vom 21. April 2008 und abgeändert durch das Dekret vom 11. Mai 2009, wird die Wortfolge „der Mitglieder des Direktions- und Lehrpersonals, des Erziehungshilfspersonals, des paramedizinischen und sozialpsychologischen Personals der staatlichen Einrichtungen für Vor-, Primar-, Förder-, Mittel-, technischen, Kunst- und Normalschulunterricht und der von diesen Einrichtungen abhängenden Internate sowie der Personalmitglieder des mit der Aufsicht über diese Einrichtungen beauftragten Inspektionsdienstes“ durch die Wortfolge „der Personalmitglieder des Gemeinschaftsunterrichtswesens“ ersetzt.

Art. 52 - In Artikel 32 desselben Königlichen Erlasses, ersetzt durch das Dekret vom 26. Juni 2006 und zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 11. Mai 2009, wird die Wortfolge „der Mitglieder des Direktions- und Lehrpersonals, des Erziehungshilfspersonals, des paramedizinischen und sozialpsychologischen Personals der staatlichen Einrichtungen für Vor-, Primar-, Förder-, Mittel-, technischen, Kunst- und Normalschulunterricht und der von diesen Einrichtungen abhängenden Internate sowie der Personalmitglieder des mit der Aufsicht über diese Einrichtungen beauftragten Inspektionsdienstes“ durch die Wortfolge „der Personalmitglieder des Gemeinschaftsunterrichtswesens“ ersetzt.

Art. 53 – In Artikel 48 desselben Königlichen Erlasses, ersetzt durch das Dekret vom 23. Juni 2008 und abgeändert durch das Dekret vom 11. Mai 2009, wird die Wortfolge „der Mitglieder des Direktions- und Lehrpersonals, des Erziehungshilfspersonals, des paramedizinischen und sozialpsychologischen Personals der staatlichen Einrichtungen für Vor-, Primar-, Förder-, Mittel-, technischen, Kunst- und Normalschulunterricht und der von diesen Einrichtungen abhängenden Internate sowie der Personalmitglieder des mit der Aufsicht über diese Einrichtungen beauftragten Inspektionsdienstes“ durch die Wortfolge „der Personalmitglieder des Gemeinschaftsunterrichtswesens“ ersetzt.

KAPITEL 8 - ABÄNDERUNG DES KÖNIGLICHEN ERLASSES VOM 20. DEZEMBER 1973, ERGANGEN IN ANWENDUNG VON ARTIKEL 161 DES KÖNIGLICHEN ERLASSES VOM 22. MÄRZ 1969 ZUR FESTLEGUNG DES STATUTS DER MITGLIEDER DES DIREKTIONS- UND LEHRPERSONALS, DES ERZIEHUNGSHILFSPERSONALS, DES PARAMEDIZINISCHEN UND SOZIALPSYCHOLOGISCHEN PERSONALS DER STAATLICHEN EINRICHTUNGEN FÜR VOR-, PRIMAR-, FÖRDER-, MITTEL-, TECHNISCHEN, KUNST- UND NORMALSCHULUNTERRICHT UND DER VON DIESEN EINRICHTUNGEN ABHÄNGENDEN INTERNATE SOWIE DER PERSONALMITGLIEDER DES MIT DER AUFSICHT ÜBER DIESE EINRICHTUNGEN BEAUFTRAGTEN INSPEKTIONSDIENSTES

Art. 54 – In der Überschrift des Königlichen Erlasses vom 20. Dezember 1973, ergangen in Anwendung von Artikel 161 des Königlichen Erlasses vom 22. März 1969 zur Festlegung des Statuts der Mitglieder des Direktions- und Lehrpersonals, des Erziehungshilfspersonals, des paramedizinischen und sozialpsychologischen Personals der staatlichen Einrichtungen für Vor-, Primar-, Förder-, Mittel-, technischen, Kunst- und Normalschulunterricht und der von diesen Einrichtungen abhängenden Internate sowie der Personalmitglieder des mit der Aufsicht über diese Einrichtungen beauftragten Inspektionsdienstes, abgeändert durch das Dekret vom 11. Mai 2009, wird die Wortfolge „der Mitglieder des Direktions- und Lehrpersonals, des Erziehungshilfspersonals, des paramedizinischen und sozialpsychologischen Personals der staatlichen Einrichtungen für Vor-, Primar-, Förder-, Mittel-, technischen, Kunst- und Normalschulunterricht und der von diesen Einrichtungen abhängenden Internate sowie der Personalmitglieder des mit der Aufsicht über diese Einrichtungen beauftragten Inspektionsdienstes“ durch die Wortfolge „der Personalmitglieder des Gemeinschaftsunterrichtswesens“ ersetzt.

Art. 55 – Artikel 3 Satz 2 desselben Königlichen Erlasses wird aufgehoben.

KAPITEL 9 - ABÄNDERUNG DES KÖNIGLICHEN ERLASSES VOM 15. JANUAR 1974 ERGANGEN IN ANWENDUNG VON ARTIKEL 160 DES KÖNIGLICHEN ERLASSES VOM 22. MÄRZ 1969 ZUR FESTLEGUNG DES STATUTS DER MITGLIEDER DES DIREKTIONS- UND LEHRPERSONALS, DES ERZIEHUNGSHILFSPERSONALS, DES PARAMEDIZINISCHEN UND SOZIALPSYCHOLOGISCHEN PERSONALS DER STAATLICHEN EINRICHTUNGEN FÜR VOR-, PRIMAR-, FÖRDER-, MITTEL-, TECHNISCHEN, KUNST- UND NORMALUNTERRICHT, DES PERSONALS DER VON DIESEN EINRICHTUNGEN ABHÄNGENDEN INTERNATE UND DER PERSONALMITGLIEDER DES MIT DER AUFSICHT ÜBER DIESE EINRICHTUNGEN BEAUFTRAGTEN INSPEKTIONSDIENSTES

Art. 56 – In der Überschrift des Königlichen Erlasses vom 15. Januar 1974 ergangen in Anwendung von Artikel 160 des Königlichen Erlasses vom 22. März 1969 zur Festlegung des Statuts der Mitglieder des Direktions- und Lehrpersonals, des Erziehungshilfspersonals, des paramedizinischen und sozialpsychologischen Personals der staatlichen Einrichtungen für

Vor-, Primar-, Förder-, Mittel-, technischen, Kunst- und Normalschulunterricht und der von diesen Einrichtungen abhängenden Internate sowie der Personalmitglieder des mit der Aufsicht über diese Einrichtungen beauftragten Inspektionsdienste, abgeändert durch das Dekret vom 11. Mai 2009, wird die Wortfolge „der Mitglieder des Direktions- und Lehrpersonals, des Erziehungshilfspersonals, des paramedizinischen und sozialpsychologischen Personals der staatlichen Einrichtungen für Vor-, Primar-, Förder-, Mittel-, technischen, Kunst- und Normalschulunterricht und der von diesen Einrichtungen abhängenden Internate sowie der Personalmitglieder des mit der Aufsicht über diese Einrichtungen beauftragten Inspektionsdienste“ durch die Wortfolge „der Personalmitglieder des Gemeinschaftsunterrichtswesens“ ersetzt.

Art. 57 – Artikel 1 desselben Königlichen Erlasses, ersetzt durch den Erlass der Exekutive vom 1. März 1993 und zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 18. Juni 2018, wird wie folgt abgeändert:

1. Der einleitende Satz wird wie folgt ersetzt:

„Auf die Personalmitglieder, mit Ausnahme der Mitglieder des Verwaltungspersonals, die im aktiven Dienst sind und dem Königlichen Erlass vom 22. März 1969 zur Festlegung des Statuts der Personalmitglieder des Gemeinschaftsunterrichtswesens unterliegen, findet folgende Jahresurlaubsregelung Anwendung:“

2. In Nummer 1, ersetzt durch das Dekret vom 6. Juni 2005 und zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 18. Juni 2018, wird im einleitenden Satz die Wortfolge „Koordinatoren einer Time Out-Einrichtung“ durch die Wortfolge „Koordinatoren einer Time Out-Einrichtung, pädagogischen Koordinatoren für inklusive Schulen, paramedizinischen Koordinatoren für inklusive Schulen“ ersetzt.

3. In Nummer 2, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 18. Juni 2018, wird die Wortfolge „Koordinatoren einer Time Out-Einrichtung“ durch die Wortfolge „Koordinatoren einer Time Out-Einrichtung, pädagogischen Koordinatoren für inklusive Schulen, paramedizinischen Koordinatoren für inklusive Schulen“ ersetzt.

Art. 58 – In das Kapitel I desselben Königlichen Erlasses, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 18. Juni 2018, wird folgender Artikel 1.1 eingefügt:

„Art. 1.1 – §1 – Die Mitglieder des Verwaltungspersonals haben Anrecht auf einen Jahresurlaub, Samstage nicht einbegriffen, der wie folgt festgelegt ist:

1. für die Personalmitglieder unter fünfundvierzig Jahren: 30 Werktage
2. für die Personalmitglieder zwischen fünfundvierzig und fünfzig Jahren: 31 Werktage
3. ab fünfzig Jahre: 32 Werktage

Ab dem Schuljahr, in dem das Personalmitglied sein 60. Lebensjahr erreicht, erhält es einen weiteren Urlaubstag pro zusätzliches Lebensjahr. Ausschlaggebend bei der Ermittlung der Anzahl Urlaubstage ist das Lebensjahr, welches das Personalmitglied in dem betreffenden Schuljahr erreicht.

§2 – Jede Periode Dienstativität gibt Anrecht auf Jahresurlaub.

Der Jahresurlaub wird in folgenden Fällen verhältnismäßig gekürzt:

1. wenn ein Personalmitglied im Laufe des Schuljahres seinen Dienst antritt oder ihn verlässt,
2. für die Abwesenheit aus persönlichen Gründen,
3. für die Zeit der Laufbahnunterbrechung,
4. bei Verringerung der Arbeitszeit,
5. bei einer der unbezahlten Urlaubs- und Abwesenheitsmöglichkeiten,
6. für die Zeit, in der sich das Personalmitglied im nichtaktiven Dienst befindet.

Bei der Berechnung der Anzahl Urlaubstage wird bei Dezimalstellen aufgerundet auf den nächst höheren halben Tag.

Die verhältnismäßige Berechnung ist nicht anwendbar auf die unter §1 Absatz 2 angeführten zusätzlichen Urlaubstage ab dem 60. Lebensjahr.

Falls das Personalmitglied seinen Jahresurlaub aus dienstlichen Gründen vor seinem endgültigen Ausscheiden aus dem Dienst nicht beanspruchen konnte, erhält es für die entgangenen Urlaubstage eine Ausgleichsentschädigung im Verhältnis zum letzten Gehalt.

§3 – Der Jahresurlaub wird während mindestens vier Wochen in den Sommerferien in Anspruch genommen. Die verbleibenden Urlaubstage werden den Mitgliedern des Verwaltungspersonals auf ihren Antrag hin von einem Personalmitglied der Unterrichtseinrichtung, das sich in einem Beförderungsamte befindet, genehmigt.

§4 – Zusätzlich haben die Personalmitglieder Anspruch auf Urlaub an allen gesetzlichen Feiertagen und am 15. November.

Fällt ein gesetzlicher Feiertag oder der 15. November auf einen Samstag oder einen Sonntag haben die Personalmitglieder Anrecht auf einen Ausgleichstag. Der Schulträger kann den Ausgleichstag auf einen bestimmten Tag festlegen."

Art. 59 – Artikel 9 desselben Königlichen Erlasses, abgeändert durch den Königlichen Erlass vom 13. Januar 1988, wird wie folgt abgeändert:

1. Der einleitende Satz wird wie folgt ersetzt:
„Die Regierung kann den Personalmitgliedern, die definitiv ernannt oder auf unbestimmte Dauer bezeichnet sind, folgende Urlaube gewähren:"
2. Absatz 3 wird wie folgt ersetzt:
„In Abweichung von Absatz 1 kann die in Absatz 1 Buchstabe a) angeführte Urlaubsform auch zeitweiligen Personalmitgliedern gewährt werden."

Art. 60 – In Artikel 10 einleitender Satz desselben Königlichen Erlasses, abgeändert durch den Königlichen Erlass vom 13. Januar 1988, wird wie folgt ersetzt:

„Die Regierung kann den Personalmitgliedern, die definitiv ernannt oder auf unbestimmte Dauer bezeichnet sind, folgende Urlaube gewähren:"

Art. 61 – Artikel 12 desselben Königlichen Erlasses wird aufgehoben.

Art. 62 – Artikel 13 Absatz 3 desselben Königlichen Erlasses wird wie folgt ersetzt:

„In Abweichung von Absatz 1 kann der Urlaub zwecks Weiterbildung nicht von Mitgliedern des Verwaltungspersonals und von Personalmitgliedern, die auf bestimmte Dauer bezeichnet sind, in Anspruch genommen werden."

Art. 63 – In Artikel 23 Absatz 1 desselben Königlichen Erlasses, abgeändert durch den Königlichen Erlass vom 13. Januar 1988 und durch das Dekret vom 21. April 2008, wird die Wortfolge „Ein in Artikel 1 erwähntes" durch die Wortfolge „Ein definitiv ernanntes oder auf unbestimmte Dauer bezeichnetes" ersetzt.

Art. 64 - Artikel 26 desselben Königlichen Erlasses, abgeändert durch das Dekret vom 24. Juni 2013, wird wie folgt ersetzt:

„Art. 26 – Aus außergewöhnlichen Gründen und unter Berücksichtigung einer Kündigungsfrist von mindestens einem Monat kann dem Personalmitglied, das seine Arbeitszeit

verringert hat, gestattet werden, seinen Urlaub vorzeitig zu beenden und sein vorheriges Amt wieder aufzunehmen.

In Abweichung von Absatz 1 kann die Kündigungsfrist weniger als einen Monat betragen, wenn das Einverständnis des Schulleiters vorliegt und die reibungslose Funktionsweise des Dienstes hierdurch nicht beeinträchtigt wird.

Der begründete Antrag auf vorzeitige Kündigung des Urlaubs ist schriftlich über den Schulleiter an die Regierung zu richten.

Eine Wiederaufnahme des Amtes nach dem 1. Mai des laufenden Schuljahres ist nicht gestattet."

Art. 65 – In Artikel 27 Absatz 1 einleitender Satz desselben Königlichen Erlasses wird die Wortfolge „Les membres du personnel visés à l'article 1er“ durch die Wortfolge „Definitiv ernannte oder auf unbestimmte Dauer bezeichnete Personalmitglieder“ ersetzt.

Art. 66 – In Artikel 28 Absatz 1 desselben Königlichen Erlasses wird die Wortfolge „Les membres du personnel visés à l'article 1er“ durch die Wortfolge „Definitiv ernannte oder auf unbestimmte Dauer bezeichnete Personalmitglieder“ ersetzt.

Art. 67 – In Artikel 29 Absatz 1 desselben Königlichen Erlasses wird die Wortfolge „Les membres du personnel visés à l'article 1er“ ersetzt durch die Wortfolge „Definitiv ernannte oder auf unbestimmte Dauer bezeichnete Personalmitglieder“ ersetzt.

Art. 68 – In Artikel 29bis Absatz 1 desselben Königlichen Erlasses, eingefügt durch den Königlichen Erlass vom 30. März 1981, wird die Wortfolge „Les agents visés à l'art. 1er“ durch die Wortfolge „Definitiv ernannte oder auf unbestimmte Dauer bezeichnete Personalmitglieder, mit Ausnahme der Mitglieder des Verwaltungspersonals,“ ersetzt.

Art. 69 – In Artikel 30 Absatz 1 desselben Königlichen Erlasses, abgeändert durch das Dekret vom 21. April 2008, wird die Wortfolge „Ein in Artikel 1 erwähntes Personalmitglied“ durch die Wortfolge „Ein definitiv ernanntes oder auf unbestimmte Dauer bezeichnetes Personalmitglied“ ersetzt.

Art. 70 – Artikel 31 Absatz 2 desselben Königlichen Erlasses, abgeändert durch das Dekret vom 24. Juni 2013, wird aufgehoben.

Art. 71 – In Kapitel IX desselben Königlichen Erlasses, eingefügt durch den Königlichen Erlass Nummer 69 vom 20. Juli 1982 und zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 24. Juni 2013, wird folgender Artikel 32ter eingefügt:

„Art. 32ter – Aus außergewöhnlichen Gründen und unter Berücksichtigung einer Kündigungsfrist von mindestens einem Monat kann dem Personalmitglied, das seine Arbeitszeit verringert hat, gestattet werden, seinen Urlaub vorzeitig zu beenden und sein vorheriges Amt wieder aufzunehmen.

In Abweichung von Absatz 1 kann die Kündigungsfrist weniger als einen Monat betragen, wenn das Einverständnis des Schulleiters vorliegt und die reibungslose Funktionsweise des Dienstes hierdurch nicht beeinträchtigt wird.

Der begründete Antrag auf vorzeitige Kündigung des Urlaubs ist schriftlich über den Schulleiter an die Regierung zu richten.

Eine Wiederaufnahme des Amtes nach dem 1. Mai des laufenden Schuljahres ist nicht gestattet.“

Art. 72 - Artikel 33 Absatz 1 desselben Königlichen Erlasses, eingefügt durch den Königlichen Erlass vom 27. März 1985 und ersetzt durch den Erlass der Exekutive vom 30. Juni 1993, wird die Wortfolge „Die in Artikel 1 erwähnten Personalmitglieder“ durch die Wortfolge „Definitiv ernannte oder auf unbestimmte Dauer bezeichnete Personalmitglieder, mit Ausnahme der Mitglieder des Verwaltungspersonals,“ ersetzt.

Art. 73 - In Artikel 39 desselben Königlichen Erlasses, eingefügt durch den Königlichen Erlass vom 27. März 1985, wird die Wortfolge „membre du personnel, visés à l'article 1er,“ durch die Wortfolge „definitiv ernannte oder auf unbestimmte Dauer bezeichnete Personalmitglieder, mit Ausnahme der Mitglieder des Verwaltungspersonals,“ ersetzt.

Art. 74 - In Artikel 40 desselben Königlichen Erlasses, eingefügt durch den Königlichen Erlass vom 27. März 1985, wird die Wortfolge „membres du personnel visés à l'article 1er“ durch die Wortfolge „definitiv ernannte oder auf unbestimmte Dauer bezeichnete Personalmitglieder, mit Ausnahme der Mitglieder des Verwaltungspersonals,“ ersetzt.

KAPITEL 10 - ABÄNDERUNG DES KÖNIGLICHEN ERLASSES VOM 18. JANUAR 1974 ERGANGEN IN ANWENDUNG VON ARTIKEL 164 DES KÖNIGLICHEN ERLASSES VOM 22. MÄRZ 1969 ZUR FESTLEGUNG DES STATUTS DER MITGLIEDER DES DIREKTIONS- UND LEHRPERSONALS, DES ERZIEHUNGSHILFSPERSONALS, DES PARAMEDIZINISCHEN UND SOZIALPSYCHOLOGISCHEN PERSONALS DER STAATLICHEN EINRICHTUNGEN FÜR VOR-, PRIMAR-, FÖRDER-, MITTEL-, TECHNISCHEN, KUNST- UND NORMALUNTERRICHT, DES PERSONALS DER VON DIESEN EINRICHTUNGEN ABHÄNGENDEN INTERNATE UND DER PERSONALMITGLIEDER DES MIT DER AUFSICHT ÜBER DIESE EINRICHTUNGEN BEAUFTRAGTEN INSPEKTIONSDIENSTES

Art. 75 - In der Überschrift des Königlichen Erlasses vom 18. Januar 1974 ergangen in Anwendung von Artikel 164 des Königlichen Erlasses vom 22. März 1969 zur Festlegung des Statuts der Mitglieder des Direktions- und Lehrpersonals, des Erziehungshilfspersonals, des paramedizinischen und sozialpsychologischen Personals der staatlichen Einrichtungen für Vor-, Primar-, Förder-, Mittel-, technischen, Kunst- und Normalschulunterricht und der von diesen Einrichtungen abhängenden Internate sowie der Personalmitglieder des mit der Aufsicht über diese Einrichtungen beauftragten Inspektionsdienstes, abgeändert durch das Dekret vom 11. Mai 2009, wird die Wortfolge „der Mitglieder des Direktions- und Lehrpersonals, des Erziehungshilfspersonals, des paramedizinischen und sozialpsychologischen Personals der staatlichen Einrichtungen für Vor-, Primar-, Förder-, Mittel-, technischen, Kunst- und Normalschulunterricht und der von diesen Einrichtungen abhängenden Internate sowie der Personalmitglieder des mit der Aufsicht über diese Einrichtungen beauftragten Inspektionsdienstes“ durch die Wortfolge „der Personalmitglieder des Gemeinschaftsunterrichtswesens“ ersetzt.

Art. 76 - Artikel 1 desselben Königlichen Erlasses, abgeändert durch das Dekret vom 11. Mai 2009, wird wie folgt ersetzt:

„Artikel 1 - Die definitiven Personalmitglieder, die dem Königlichen Erlass vom 22. März 1969 zur Festlegung des Statuts der Personalmitglieder des Gemeinschaftsunterrichtswesens unterliegen, können wegen Stellenmangels zur Disposition gestellt werden, wenn die von ihnen besetzte Stelle nicht mehr organisiert wird.“



Art. 77 – In Kapitel V desselben Königlichen Erlasses, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 24. Juni 2013, wird folgender Artikel 14ter eingefügt:

„Art. 14ter – Aus außergewöhnlichen Gründen und unter Berücksichtigung einer Kündigungsfrist von mindestens einem Monat kann dem Personalmitglied, das aus persönlichen Gründen zur Disposition gestellt wurde, gestattet werden, die Zurdispositionstellung vorzeitig zu beenden und sein vorheriges Amt wieder aufzunehmen.

In Abweichung von Absatz 1 kann die Kündigungsfrist weniger als einen Monat betragen, wenn das Einverständnis des Schulleiters vorliegt und die reibungslose Funktionsweise des Dienstes hierdurch nicht beeinträchtigt wird.

Der begründete Antrag auf vorzeitige Kündigung der Zurdispositionstellung ist schriftlich über den Schulleiter die an Regierung zu richten.

Eine Wiederaufnahme des Amtes nach dem 1. Mai des laufenden Schuljahres ist nicht gestattet.“

KAPITEL 11 - ABÄNDERUNG DES KÖNIGLICHEN ERLASSES VOM 27. JUNI 1974 ZUR FESTLEGUNG DER DIENSTPOSTENTABELLEN, DIE AB DEM 1. APRIL 1972 FÜR DIE MITGLIEDER DES DIREKTIONS- UND LEHRPERSONALS, DES ERZIEHUNGSHILFSPERSONALS, DES PARAMEDIZINISCHEN UND SOZIALPSYCHOLOGISCHEN PERSONALS DER STAATLICHEN UNTERRICHTSEINRICHTUNGEN, FÜR DIE PERSONALMITGLIEDER DES MIT DER INSPEKTION DIESER EINRICHTUNGEN BEAUFTRAGTEN INSPEKTIONSDIENSTES, FÜR DIE PERSONALMITGLIEDER DES INSPEKTIONSDIENSTES DER FERNKURSE UND DES SUBVENTIONIERTEN PRIMARUNTERRICHTSWESENS GELTEN UND ZUR FESTLEGUNG DER BESOLDUNGSTABELLEN FÜR DAS PERSONAL DER STAATLICHEN PSYCHO-MEDIZINISCH-SOZIALEN ZENTREN

Art. 78 – Artikel 2 Kapitel I Buchstabe B) des Königlichen Erlasses vom 27. Juni 1974 zur Festlegung der Dienstpostentabellen, die ab dem 1. April 1972 für die Mitglieder des Direktions- und Lehrpersonals, des Erziehungshilfspersonals, des paramedizinischen und sozialpsychologischen Personals der staatlichen Unterrichtseinrichtungen, für die Personalmitglieder des mit der Inspektion dieser Einrichtungen beauftragten Inspektionsdienstes, für die Personalmitglieder des Inspektionsdienstes der Fernkurse und des subventionierten Primarunterrichtswesens gelten und zur Festlegung der Besoldungstabellen für das Personal der staatlichen Psycho-Medizinisch-Sozialen Zentren wird wie folgt abgeändert:

1. für den Inspektor für Religion im Primarschulwesen, der mindestens über ein Diplom des Hochschulwesens zweiten Grades verfügt, wird die Gehaltstabelle „471“ durch die Gehaltstabelle „471/I“ ersetzt;
2. für den Inspektor für Religion im Sekundarschulwesen und im nichtuniversitären Hochschulwesen, der mindestens über ein Diplom des Hochschulwesens zweiten Grades verfügt, wird die Gehaltstabelle „471“ durch die Gehaltstabelle „471/I“ ersetzt;
3. für den Schulinspektor, der mindestens über ein Diplom des Hochschulwesens zweiten Grades verfügt, wird die Gehaltstabelle „471“ durch die Gehaltstabelle „471/I“ ersetzt;
4. für den Schulentwicklungsberater, der mindestens über ein Diplom des Hochschulwesens zweiten Grades verfügt, wird die Gehaltstabelle „471“ durch die Gehaltstabelle „471/I“ ersetzt;
5. folgende Zeile wird eingefügt:
„Referent für Inklusion und Integration471/I“

Art. 79 – Die Anlage desselben Königlichen Erlasses wird wie folgt abgeändert:

1. die Gehaltstabelle 475 wird wie folgt ersetzt:

„475

33.172,71 – 46.929,01

03 (1) x 721,91

03 (2) x 1.443,83

07 (2) x 928,18

01 (2) x 761,82“

2. in der Tabelle der Jahresklasse (24 Jahre) wird folgende Gehaltstabelle wird eingefügt:

„471/I

30.921,01 – 44.677,31

03 (1) x 721,91

03 (2) x 1.443,83

07 (2) x 928,18

01 (2) x 761,82“

KAPITEL 12 - ABÄNDERUNG DES KÖNIGLICHEN ERLASSES VOM 8. JULI 1976 ERGANGEN IN ANWENDUNG VON ARTIKEL 45 DES KÖNIGLICHEN ERLASSES VOM 25. OKTOBER 1971 ZUR FESTLEGUNG DES STATUTS DER PRIMARSCHULLEHRER, LEHRER UND INSPEKTOREN FÜR KATHOLISCHE UND PROTESTANTISCHE RELIGION IN DEN STAATLICHEN LEHRANSTALTEN FÜR PRIMAR-, SONDER-, MITTEL-, TECHNISCHEN, KUNST- UND NORMALSCHUL-UNTERRICHT

Art. 80 - In der Überschrift des Königlichen Erlasses vom 8. Juli 1976 ergangen in Anwendung von Artikel 45 des Königlichen Erlasses vom 25. Oktober 1971 zur Festlegung des Statuts der Primarschullehrer, Lehrer und Inspektoren für katholische und protestantische Religion in den staatlichen Lehranstalten für Primar-, Sonder-, Mittel-, technischen, Kunst- und Normalschulunterricht wird die Wortfolge „für katholische und protestantische Religion in den staatlichen Lehranstalten für Primar-, Sonder-, Mittel-, technischen, Kunst- und Normalschulunterricht“ durch die Wortfolge „für die katholische, protestantische, israelitische, orthodoxe, islamische und anglikanische Religion in den Lehranstalten der Deutschsprachigen Gemeinschaft“ ersetzt.

Art. 81 – Artikel 1 desselben Königlichen Erlasses, abgeändert durch das Dekret vom 21. April 2008, wird wie folgt ersetzt:

„Artikel 1 – Die definitiv ernannten und die auf unbestimmte Dauer zeitweilig bezeichneten Personalmitglieder, die dem Königlichen Erlass vom 25. Oktober 1971 zur Festlegung des Statuts der Primarschullehrer, Lehrer und Inspektoren für die katholische, protestantische, israelitische, orthodoxe, islamische und anglikanische Religion in den Lehranstalten der Deutschsprachigen Gemeinschaft unterliegen, können zur Disposition wegen Stellenentzug im Interesse des Dienstes gestellt werden.“

Art. 82 – In Kapitel IV des Königlichen Erlasses vom 8. Juli 1976 ergangen in Anwendung von Artikel 45 des Königlichen Erlasses vom 25. Oktober 1971 zur Festlegung des Statuts der Primarschullehrer, Lehrer und Inspektoren für katholische, protestantische, israelitische, orthodoxe, islamische und anglikanische Religion in den Lehranstalten der Deutschsprachigen Gemeinschaft, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 24. Juni 2013, wird folgender Artikel 11ter eingefügt:

„Art. 11ter – Aus außergewöhnlichen Gründen und unter Berücksichtigung einer Kündigungsfrist von mindestens einem Monat kann dem Personalmitglied, das aus persönlichen Gründen zur Disposition gestellt wurde, gestattet werden, die Zurdispositionstellung vorzeitig zu beenden und sein vorheriges Amt wieder aufzunehmen.“

In Abweichung von Absatz 1 kann die Kündigungsfrist weniger als einen Monat betragen, wenn das Einverständnis des Schulleiters vorliegt und die reibungslose Funktionsweise des Dienstes hierdurch nicht beeinträchtigt wird.

Der begründete Antrag auf vorzeitige Kündigung der Zurdispositionstellung ist schriftlich über den Schulleiter an die Regierung zu richten.

Eine Wiederaufnahme des Amtes nach dem 1. Mai des laufenden Schuljahres ist nicht gestattet.“

KAPITEL 13 - ABÄNDERUNG DES KÖNIGLICHEN ERLASSES VOM 15. APRIL 1977 ZUR FESTLEGUNG DER VORSCHRIFTEN UND BEDINGUNGEN FÜR DIE BERECHNUNG DER ANZAHL PLANSTELLEN IN BESTIMMTEN ÄMTERN DES ERZIEHUNGSHILFS-, SOZIALPSYCHOLOGISCHEN UND VERWALTUNGSPERSONALS DES SEKUNDAR- UND HOCHSCHULUNTERRICHTSWESENS MIT AUSNAHME DER UNIVERSITÄTEN

Art. 83 – In Artikel 2 des Königlichen Erlasses vom 15. April 1977 zur Festlegung der Vorschriften und Bedingungen für die Berechnung der Anzahl Planstellen in bestimmten Ämtern des Erziehungshilfs-, sozialpsychologischen und Verwaltungspersonals des Sekundar- und Hochschulunterrichtswesens mit Ausnahme der Universitäten, abgeändert durch den Königlichen Erlass Nr. 61 vom 20. Juli 1982, wird folgender Absatz 2 eingefügt:

„Das gemäß dem vorliegenden Erlass ermittelte Stellenkapital steht den Schulen ab dem 1. September für das laufende Schuljahr zur Verfügung.“

Art. 84 - Artikel 3 desselben Königlichen Erlasses, ersetzt durch das Dekret vom 29. Juni 1998 und zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 18. Juni 2018, wird wie folgt abgeändert:

1. In §1 Absatz 1 werden das Wort „Kommis-Daktylograph“ durch die Wortfolge „Kommis-Daktylograph und 1 Erzieher Aufseher“, die Zahl „280“ durch die Zahl „320“, die Wortfolge „1 Direktionssekretär oder 1 Erzieher-Aufseher“ durch die Wortfolge „1 Direktionssekretär und 1 Erzieher-Aufseher“ ersetzt und die Wortfolge „1 Sekretär-Bibliothekar oder“ gestrichen.
2. Absatz 2 wird zu Absatz 5.
3. In §1 werden folgende Absätze 2, 3 und 4 eingefügt:
„Die Stelle im Amt des Direktionssekretärs kann umgewandelt und im Amt des Erziehers-Aufsehers organisiert oder subventioniert werden.

Eine Stelle im Amt des Erziehers-Aufsehers kann umgewandelt und im Amt des Lehrers-Mediothekars organisiert oder subventioniert werden.

Im Rahmen des in Absatz 1 angeführten zur Verfügung stehenden Stellenkapitals beauftragt jeder Schulträger einer Vollzeitsekundarschule mindestens ein Personalmitglied gleich welcher Kategorie, das die im Gesetz vom 4. August 1996 über das Wohlbefinden der Arbeitnehmer bei der Ausführung ihrer Arbeit vorgeschriebenen Weiterbildungen absolviert hat, mit den im Gesetz definierten Aufgaben.“

4. §1.1, eingefügt durch das Dekret vom 24. Juni 2013 und aufgehoben durch das Dekret vom 31. März 2014, wird wie folgt wieder eingefügt:
„§1.1 – In einer Sekundarschule, die technischen und berufsbildenden Unterricht organisiert, wird eine Stelle als schulpсихологischer Berater organisiert oder subventioniert, wenn mindestens 70% der regulären Schüler dieser Unterrichtseinrichtung im technischen oder berufsbildenden Unterricht eingeschrieben sind.“

KAPITEL 14 - ABÄNDERUNG DES KÖNIGLICHEN ERLASSES NR. 94 VOM 28. SEPTEMBER 1982 BEZÜGLICH DER URLAUBE FÜR VERRINGERTE DIENSTLEISTUNGEN AUS SOZIALEN UND FAMILIENBEDINGTEN GRÜNDEN ODER AUS PERSÖNLICHEN GRÜNDEN

Art. 85 - Artikel 5 des Königlichen Erlasses Nr. 94 vom 28. September 1982 bezüglich der Urlaube für verringerte Dienstleistungen aus sozialen und familienbedingten Gründen oder aus persönlichen Gründen wird wie folgt ersetzt:

„Art. 5 - In den subventionierten Unterrichtseinrichtungen und Psycho-Medizinisch-Sozialen Zentren kann dem Personalmitglied, das seine Arbeitszeit verringert hat, aus außergewöhnlichen Gründen und unter Berücksichtigung einer Kündigungsfrist von mindestens einem Monat gestattet werden, seinen Urlaub vorzeitig zu beenden und sein vorheriges Amt wieder aufzunehmen.

In Abweichung von Absatz 1 kann die Kündigungsfrist weniger als einen Monat betragen, wenn das Einverständnis des Schulträgers vorliegt und die reibungslose Funktionsweise des Dienstes hierdurch nicht beeinträchtigt wird.

Der begründete Antrag auf vorzeitige Kündigung des Urlaubs ist schriftlich über den Schulträger an die Regierung zu richten.

Eine Wiederaufnahme des Amtes nach dem 1. Mai des laufenden Schuljahres ist nicht gestattet.“

KAPITEL 15 - ABÄNDERUNG DES GESETZES VOM 29. JUNI 1983 ÜBER DIE SCHULPFLICHT

Art. 86 - Artikel 3 §2 des Gesetzes vom 29. Juni 1983 über die Schulpflicht, aufgehoben durch das Dekret vom 31. August 1998 wird wie folgt wieder eingefügt:

„§2 - Ist der schulpflichtige Minderjährige in einer Schule oder einer Ausbildungseinrichtung eingeschrieben, die sich außerhalb des deutschen Sprachgebiets befindet, reichen die Erziehungsberechtigten jedes Schuljahr bis zum 1. Oktober eine von der Schule oder der Ausbildungseinrichtung ausgestellte Einschreibebestätigung bei der Schulinspektion ein. Erfolgt die Einschreibung des schulpflichtigen Minderjährigen nach dem 1. Oktober, wird die Einschreibebestätigung innerhalb von 14 Tagen bei der Schulinspektion eingereicht.

Das Einreichen der in Absatz 1 angeführten Bestätigung entfällt, wenn der schulpflichtige Minderjährige in einer Schule oder Ausbildungseinrichtung in einer Gebietskörperschaft eingeschrieben ist, mit der eine Vereinbarung über den Datenaustausch in Bezug auf die Schulpflichtkontrolle besteht. Die Regierung erstellt die Liste dieser Gebietskörperschaften.

Vorliegender § findet Anwendung unbeschadet des Artikels 93.59 des Dekrets vom 31. August 1998 über den Auftrag an die Schulträger und das Schulpersonal sowie über die allgemeinen pädagogischen und organisatorischen Bestimmungen für die Regel- und Förderschulen und der Artikel 8-12 der koordinierten Gesetze vom 20. August 1957 über das Primarschulwesen.“



KAPITEL 16 – ABÄNDERUNG DES KÖNIGLICHEN ERLASSES VOM 29. JUNI 1984 ÜBER DIE ORGANISATION DES SEKUNDARSCHULWESENS

Art. 87 – Artikel 61.1 Absatz 2 des Königlichen Erlasses vom 29. Juni 1984 über die Organisation des Sekundarschulwesens, eingefügt durch das Dekret vom 18. Juni 2018, wird wie folgt abgeändert:„

1. Nummer 1 wird wie folgt ersetzt:
„1. Hochbegabte Schüler: die Schüler, die einen Intelligenzquotienten von mindestens 125 aufweisen;“.
2. Nummer 2 wird wie folgt ersetzt:
„2. Intelligenzprofil: individuelles Profil, das die Stärken und Schwächen des Einzelnen in den getesteten Teilgebieten offenlegt. Diese können sich beispielsweise auf Bereiche wie Sprachverständnis, visuell-räumliches Denken, Arbeitsgedächtnis, Verarbeitungsgeschwindigkeit und logisches Schlussfolgern beziehen.“

Art. 88 – Artikel 61.4 desselben Königlichen Erlasses, eingefügt durch das Dekret vom 18. Juni 2018, wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 2 Nummer 2 wird die Wortfolge „130 in mindestens drei Begabungsbereichen“ durch die Zahl „125“ ersetzt.
2. Absatz 3 Nummer 4 wird wie folgt ersetzt:
„4. das Intelligenzprofil,“
3. Absatz 3 Nummer 6 wird wie folgt ersetzt:
„6. Empfehlungen zur Potentialentwicklung, falls der Schüler einen Intelligenzquotienten von mindestens 125 aufweist,“

Art. 89 – In Artikel 61.6 §2 Absatz 1 Nummer 1 desselben Königlichen Erlasses, eingefügt durch das Dekret vom 18. Juni 2018, wird folgende Wortfolge „ob er in einem oder mehreren Fächern am Unterricht eines höheren Studienjahres teilnimmt und“ eingefügt.

KAPITEL 17 – ABÄNDERUNG DES KÖNIGLICHEN ERLASSES NR. 456 VOM 10. SEPTEMBER 1986 BEZÜGLICH DER RATIONALISIERUNG UND PROGRAMMIERUNG DER INTERNATE DES VOM STAAT ORGANISIERTEN ODER SUBVENTIONIERTEN UNTERRICHTSWESENS

Art. 90 – In Artikel 3 §1 Nummer 1 des Königlichen Erlasses Nr. 456 vom 10. September 1986 bezüglich der Rationalisierung und Programmierung der Internate des vom Staat organisierten oder subventionierten Unterrichtswesens wird die Wortfolge „ou bien être organisé comme internat autonome par une personne physique ou morale qui en assume toute la responsabilité, ou bien » gestrichen.

Art. 91 – Artikel 14 §1 desselben Königlichen Erlasses, ersetzt durch das Dekret vom 30. Juni 2003, wird wie folgt ersetzt:

„§1 - Die Anzahl Stellen als Internatsaufseher in Internaten, die an Regelgrund- oder Regelsekundarschulen angegliedert sind, wird wie folgt festgelegt:

1. von 1 bis 21 Internatsschüler: 1 Internatsaufseher,
2. für jede weitere angefangene Gruppe von 21 Internatsschülern jeweils 0,5 Vollzeitäquivalenz Internatsaufseher.“

KAPITEL 18 - ABÄNDERUNG DES KÖNIGLICHEN ERLASSES VOM 4. SEPTEMBER 1989 BETREFFEND DEN URLAUB WEGEN VERKÜRZTER ARBEITSZEIT, DER DEN PERSONALMITGLIEDERN IM STAATLICHEN UNTERRICHTSWESEN UND IN DEN STAATLICHEN PSYCHOMEDIZINISCH-SOZIALEN ZENTREN GEWÄHRT WIRD, WENN SIE DAS ALTER VON FÜNFZIG JAHREN ERREICHT HABEN ODER MINDESTENS ZWEI KINDER HABEN, DIE NICHT ÄLTER ALS VIERZEHN JAHRE SIND, UND BETREFFEND DIE ZURDISPOSITIONSTELLUNG AUS PERSÖNLICHEN GRÜNDEN VOR DER VERSETZUNG IN DEN RUHESTAND

Art. 92 – Artikel 1 Nummer 1 des Königlichen Erlasses vom 4. September 1989 betreffend den Urlaub wegen verkürzter Arbeitszeit, der den Personalmitgliedern im staatlichen Unterrichtswesen und in den staatlichen psycho-medizinisch-sozialen Zentren gewährt wird, wenn sie das Alter von fünfzig Jahren erreicht haben oder mindestens zwei Kinder haben, die nicht älter als vierzehn Jahre sind, und betreffend die Zurdispositionstellung aus persönlichen Gründen vor der Versetzung in den Ruhestand, abgeändert durch das Dekret vom 11. Mai 2009, wird wie folgt ersetzt:

„1. auf die Personalmitglieder, auf die sich der Königliche Erlass vom 22. März 1969 zur Festlegung des Statuts der Personalmitglieder des Gemeinschaftsunterrichtswesens bezieht;“

KAPITEL 19 - ABÄNDERUNG DES DEKRETS VOM 27. JUNI 1990 ZUR BESTIMMUNG DER WEISE, WIE DIE DIENSTPOSTEN FÜR DAS PERSONAL IM FÖRDERSCHULWESEN FESTGELEGT WERDEN

Art. 93 – In Kapitel I Abschnitt 1 des Dekrets vom 27. Juni 1990 zur Bestimmung der Weise, wie die Dienstposten für das Personal im Förderschulwesen festgelegt werden, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 18. Juni 2018, wird folgender Artikel 5sexies eingefügt:

„Art. 5sexies – In einer Förderschule, die am letzten Schultag des Monats September des laufenden Schuljahres mindestens 150 Schüler zählt, können 0,75 Stellen im Amt des pädagogischen Koordinators für inklusive Schulen organisiert oder subventioniert werden, wenn die Förderschule gemeinsam mit einer Regelschule eine inklusive Schule organisiert.“

Eine Förderschule, die am letzten Schultag des Monats September des laufenden Schuljahres mindestens 150 Schüler zählt, kann eine halbe Stelle des gemäß Artikel 5ter gewährten Stundenkapitals umwandeln in eine halbe Stelle als paramedizinischer Koordinator für inklusive Schulen, wenn die Förderschule gemeinsam mit einer Regelschule eine inklusive Schule organisiert.

Unter einer inklusiven Schule versteht man eine Schule, die in Kooperation zwischen einer Regelschule und einer Förderschule organisiert wird und in der Kinder mit und ohne sonderpädagogischen Förderbedarf im Klassenverbund, in Kleingruppen oder in Einzelbetreuung beschult werden mit der Unterstützung von nicht unterrichtendem Personal der Förderschule wie beispielsweise paramedizinisches Personal und Krankenpfleger.“

Art. 94 – In Artikel 25 desselben Dekrets, ersetzt durch das Dekret vom 25. Mai 1999 und abgeändert durch das Dekret vom 11. Mai 2009, wird folgender Absatz 2 eingefügt:

„Die Stelle im Amt des Werkstattleiters kann auf zwei Personalmitglieder verteilt werden. In diesem Fall leisten die betreffenden Personalmitglieder die Hälfte eines vollen Stundenplans im Amt des Werkstattleiters.“

KAPITEL 20 – ABÄNDERUNG DES DEKRETS VOM 16. DEZEMBER 1991 ÜBER DIE AUS- UND WEITERBILDUNG IM MITTELSTAND UND IN KLEINEN UND MITTLEREN UNTERNEHMEN

Art. 95 – In Artikel 7 §6 Absatz 4 Nummer 1 des Dekrets vom 16. Dezember 1991 über die Aus- und Weiterbildung im Mittelstand und in kleinen und mittleren Unternehmen desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 25. Mai 2009 und ersetzt durch das Dekret vom 25. Juni 2012, wird die Wortfolge „Schulinspektion und die Schulentwicklungsberatung“ durch die Wortfolge „Schulinspektion, die Schulentwicklungsberatung und die Schulberatung für Inklusion und Integration“ ersetzt.

Art. 96 – In Artikel 17 § 3 desselben Dekrets wird die Wortfolge „ihren Wohnsitz im Gebiet deutscher Sprache haben und“ gestrichen.

KAPITEL 21 – ABÄNDERUNG DES ERLASSES DER EXEKUTIVE VOM 13. JANUAR 1993 ZUR FESTLEGUNG DER BEDINGUNGEN, DIE FÜR DIE SCHAFFUNG UND DIE BEIBEHALTUNG DER STELLEN EINES WERKSTATTL EITERS UND EINES WERKSTATTARBEITSL EITERS IN DEN EINRICHTUNGEN FÜR TECHNISCHE N UND BERUFLICHEN SEKUNDARUNTERRICHT ZU ERFÜLLEN SIND

Art. 97 – In Artikel 1 des Erlasses der Exekutive vom 13. Januar 1993 zur Festlegung der Bedingungen, die für die Schaffung und die Beibehaltung der Stellen eines Werkstattleiters und eines Werkstattarbeitsleiters in den Einrichtungen für technischen und beruflichen Sekundarunterricht zu erfüllen sind, wird folgender §4 eingefügt:

„§4 – Die gemäß §§1 bis 3 ermittelten Anzahl Stellen im Amt des Werkstattleiters können auf mehrere Personalmitglieder verteilt werden. In diesem Fall leisten die betreffenden Personalmitglieder die Hälfte eines vollen Stundenplans im Amt des Werkstattleiters.“

KAPITEL 22 – ABÄNDERUNG DES ERLASSES DER REGIERUNG VOM 9. NOVEMBER 1994 BEZÜGLICH DER LAUFBAHNUNTERBRECHUNG IM UNTERRICHTSWESEN UND IN DEN PSYCHO-MEDIZINISCH-SOZIALEN ZENTREN

Art. 98 – In Artikel 3bis §2 Absatz 2 des Erlasses der Regierung vom 9. November 1994 bezüglich der Laufbahnunterbrechung im Unterrichtswesen und in den psycho-medizinisch-sozialen Zentren, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 30. August 2001 und abgeändert durch die Dekrete vom 24. Juni 2013 und vom 20. Juni 2016, wird das Wort „-sekundarschule“ durch die Wortfolge „-sekundarschule, das Amt des Forschungsbeauftragten oder das Amt des externen Evaluators“ ersetzt.

KAPITEL 23 – ABÄNDERUNG DES DEKRETS VOM 25. JUNI 1996 ÜBER DIE DURCHFÜHRUNG PÄDAGOGISCHER KONFERENZTAGE

Art. 99 – Artikel 3 Absatz 2 des Dekrets vom 25. Juni 1996 über die Durchführung pädagogischer Konferenztage, eingefügt durch das Dekret vom 28. Juni 2010, wird das Wort „durchführen“ durch das Wort „gewähren“ ersetzt und folgender Satz eingefügt: „Dazu reicht der Schulleiter einen begründeten Antrag mindestens zwei Monate vor der geplanten Durchführung des pädagogischen Konferenztags bei der Schulinspektion ein. Die Regierung entscheidet auf Grundlage eines Gutachtens der Schulinspektion über die Gewährung des vierten pädagogischen Konferenztages.“

KAPITEL 24 - ABÄNDERUNG DES PROGRAMMDEKRETS 1997 VOM 20. MAI 1997

Art. 100 – Artikel 3 §2 des Programmdekrets 1997 vom 20. Mai 1997, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 17. Dezember 2001, wird wie folgt abgeändert:

1. In Nummer 1 Buchstabe a) wird die Zahl „20“ durch die Zahl „21“ ersetzt.
2. In Nummer 1 Buchstabe b) wird die Zahl „0,4“ durch die Zahl „0,6“ ersetzt.
3. In Nummer 7 wird die Zahl „3,3“ durch die Zahl „3,6“ ersetzt.
4. In Nummer 11 werden die Zahl „4,1“ durch die Zahl „4,2“ und die Zahl „3,3“ durch die Zahl „3,6“ ersetzt.
5. Nummer 15, eingefügt durch das Dekret vom 17. Dezember 2001, wird aufgehoben.

Art. 101 – Artikel 3ter desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 30. Juni 2003 und ersetzt durch das Dekret vom 25. Juni 2007, wird aufgehoben.

Art. 102 – In Artikel 31 desselben Dekrets wird zwischen Absatz 2 und Absatz 3, der zu Absatz 4 wird, folgender Absatz 3 eingefügt:

„In Abweichung von Absatz 2 tritt Artikel 3 Absatz 3 am 1. Juli 2019 in Kraft.“

KAPITEL 25 - ABÄNDERUNG DES DEKRETS VOM 31. AUGUST 1998 ÜBER DEN AUFTRAG AN DIE SCHULTRÄGER UND DAS SCHULPERSONAL SOWIE ÜBER DIE ALLGEMEINEN PÄDAGOGISCHEN UND ORGANISATORISCHEN BESTIMMUNGEN FÜR DIE REGEL- UND FÖRDERSCHULEN

Art. 103 – In Artikel 4 Nummer 24 des Dekrets vom 31. August 1998 über den Auftrag an die Schulträger und das Schulpersonal sowie über die allgemeinen pädagogischen und organisatorischen Bestimmungen für die Regel- und Förderschulen, ersetzt durch das Dekret vom 25. Juni 2012, wird die Wortfolge „die Schulinspektion und die Schulentwicklungsberatung“ durch die Wortfolge „die Schulinspektion, die Schulentwicklungsberatung und die Schulberatung für Inklusion und Integration“ ersetzt.

Art. 104 – In Artikel 22.1 §4 Nummer 1 und 2 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 11. Mai 2009, wird jeweils das Wort „Anpassung“ durch das Wort „Abteilung“ ersetzt.

Art. 105 – In Artikel 58 Absatz 1 desselben Dekrets, abgeändert durch das Dekret vom 5. Mai, wird folgender Satz eingefügt:

„Die Sekundarschulen verfügen zudem über zwei halbe unterrichtsfreie Tage pro Schuljahr zur Abhaltung der Klassenräte. Die Schulen gewährleisten eine Betreuung der Schüler, die diese beiden halben unterrichtsfreien Tage in der Schule verbringen.“

Art. 106 – In Artikel 59 §2 Absatz 2 desselben Dekrets, abgeändert durch das Dekret vom 26. Juni 2006, wird die Wortfolge „8 Werktag“ durch die Wortfolge „8 aufeinanderfolgende Werktag“ und die Wortfolge „12 Werktag“ durch die Wortfolge „12 aufeinanderfolgende Werktag“ ersetzt.

Art. 107 – In Kapitel IX desselben Dekrets, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 18. Juni 2018, wird folgender Artikel 96.3 eingefügt:

„Art. 96.3 – Pädagogischer Koordinator für inklusive Schulen

Der Auftrag des pädagogischen Koordinators für inklusive Schulen umfasst vor allem folgende Aufgaben:

1. Pädagogische Konzeptentwicklung an inklusiven Schulen in Absprache mit der Schulleitung der Förderschule;
2. Organisation und Begleitung des Unterrichts an inklusiven Schulen;
3. Unterstützung des Schulleiters der Förderschule bei der Führung und Begleitung des Lehr-, Erziehungshilfs- und sozialpsychologischen Personals der Förderschule, das an inklusiven Schulen eingesetzt wird;
4. Organisation von Aufsichten;
5. Organisation und Leitung von Klassenräten und schulischen Standortgesprächen;
6. Organisation und Begleitung von Hospitationen;
7. Koordination des Wechsels von Primarschülern zur Sekundarschule;
8. Teilnahme an Personalversammlungen, pädagogischen Konferenzen und Koordinationsversammlungen;
9. Zusammenarbeit mit den Personalmitgliedern, dem Pädagogischen Rat und den anderen Vertretungsorganen der Schule;
10. Beratung der Schüler und ihrer Erziehungsberechtigten;
11. Zusammenarbeit mit externen Partnern, insbesondere dem Zentrum für die gesunde Entwicklung von Kindern und Jugendlichen;
12. Persönliche ständige Fort- und Weiterbildung;
13. Aufgaben, die zur Verwirklichung des Schulprojekts beitragen.“

Art. 108 - In Artikel 98.1 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 11. Mai 2009, wird folgender §4 eingefügt:

„§4 - Der Auftrag des paramedizinischen Koordinators für inklusive Schulen umfasst vor allem folgende Aufgaben:

1. Koordination der paramedizinischen Fördermaßnahmen an inklusiven Schulen;
2. Paramedizinische Konzeptentwicklung an inklusiven Schulen in Absprache mit der Schulleitung der Förderschule;
3. Organisation und Begleitung der tiergestützten Pädagogik an inklusiven Schulen;
4. Unterstützung des Schulleiters der Förderschule bei der Führung und Begleitung des paramedizinischen Personals der Förderschule, das an inklusiven Schulen eingesetzt wird;
5. Organisation von Aufsichten;
6. Organisation und Leitung von Klassenräten und schulischen Standortgesprächen;
7. Organisation und Begleitung von Hospitationen;
8. Koordination des Wechsels von Primarschülern zur Sekundarschule;
9. Teilnahme an Personalversammlungen, pädagogischen Konferenzen und Koordinationsversammlungen;
10. Zusammenarbeit mit den Personalmitgliedern, dem Pädagogischen Rat und den anderen Vertretungsorganen der Schule;
11. Beratung der Schüler und ihrer Erziehungsberechtigten;
12. Zusammenarbeit mit externen Partnern, insbesondere dem Zentrum für die gesunde Entwicklung von Kindern und Jugendlichen;
13. Persönliche ständige Fort- und Weiterbildung;
14. Aufgaben, die zur Verwirklichung des Schulprojekts beitragen.“

Art. 109 - In Artikel 98.2 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 11. Mai 2009, wird folgender §3 eingefügt:

„§3 - Der Auftrag des schulpsychologischen Beraters umfasst vor allem folgende Aufgaben:

1. Psychosoziale und psychopädagogische Beratung, Unterstützung und Betreuung von Schülern mit Verhaltensauffälligkeiten sowie Gefühls- und Verhaltensstörungen;
2. Beratung und Mediation in Krisensituationen;

3. Beratung und Unterstützung von Personalmitgliedern in der Bewältigung schwieriger Erziehungssituationen;
4. den Erziehungsauftrag, das heißt die regelmäßige und persönliche Begleitung und Betreuung des Schülers, die Entwicklung und Förderung seiner sozialen und personalen Kompetenzen durch die Ausbildung seines Verantwortungsbewusstseins;
5. Planung, Koordination, Durchführung und Evaluation präventiver Maßnahmen und Interventionen in Gruppen und Klassen;
6. die regelmäßige Teilnahme an Weiterbildungen;
7. die Teilnahme an pädagogischen Konferenzen;
8. die Teilnahme an Personalversammlungen, Versammlungen des Klassenrates und Koordinationsversammlungen;
9. die Organisation von Elternkontakten, die Teilnahme an Elternsprechstunden sowie die Zusammenarbeit mit den Erziehungsberechtigten;
10. die Mitwirkung an der internen und externen Evaluation der Schule sowie die Mitwirkung an Konzeptarbeit;
11. die Zusammenarbeit mit dem Zentrum für die gesunde Entwicklung von Kinder und Jugendlichen sowie mit anderen Begleitdiensten, insbesondere auch im Bereich der beruflichen Integration;
12. die Aufgaben, die zur Verwirklichung des Schulprojekts beitragen.“

Art. 110 – In das Kapitel IX desselben Dekrets, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 18. Juni 2018, wird folgender Artikel 98.3 eingefügt:

„Art. 98.3 – *Verwaltungspersonal*

Der Auftrag der Mitglieder des Verwaltungspersonals umfasst vor allem folgende Aufgaben:

1. administrative, logistische und technische Unterstützung der Schulleitung;
2. Organisation und Durchführung von Sekretariats- und Verwaltungsaufgaben;
3. Organisation und Pflege des Rechnungswesens;
4. Planung, Organisation und Assistenz im Rahmen von Versammlungen und Konferenzen;
5. Teilnahme an Personalversammlungen;
6. Persönliche Fort- und Weiterbildung;
7. Aufgaben, die dazu beitragen das Schulprojekt zu verwirklichen.“

KAPITEL 26 - ABÄNDERUNG DES DEKRETS VOM 14. DEZEMBER 1998 ZUR FESTLEGUNG DES STATUTS DER SUBVENTIONIERTEN PERSONALMITGLIEDER DES FREIEN SUBVENTIONIERTEN UNTERRICHTSWESENS UND DES FREIEN SUBVENTIONIERTEN PSYCHOMEDIZINISCH-SOZIALEN ZENTRUMS

Art. 111 – In Artikel 1 §1 Nummer 1 des Dekrets vom 14. Dezember 1998 zur Festlegung des Statuts der subventionierten Personalmitglieder des freien subventionierten Unterrichtswesens und des freien subventionierten psycho-medizinisch-sozialen Zentrums, abgeändert durch das Dekret vom 23. März 2009, wird das Wort „sowie“ durch die Wortfolge „und der von diesen Einrichtungen abhängenden Internate [sowie der freien subventionierten Unterrichtseinrichtungen“ ersetzt.

Art. 112 – In Artikel 33 Absatz 2 Nummer 1 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 16. Juli 2012, wird die Wortfolge „der Mitglieder des Direktions- und Lehrpersonals, des Erziehungshilfspersonals, des paramedizinischen und sozialpsychologischen Personals der staatlichen Einrichtungen für Vor-, Primar-, Förder-, Mittel-, technischen, Kunst- und Normal-schulunterricht und der von diesen Einrichtungen abhängenden Internate sowie der Perso-

nalmitglieder des mit der Aufsicht über diese Einrichtungen beauftragten Inspektionsdienstes“ durch die Wortfolge „der Personalmitglieder des Gemeinschaftsunterrichtswesens“ ersetzt.

Art. 113 – In Artikel 39bis §1.1 Absatz 4 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret 25. Juni 2012, wird die Wortfolge „die Schulinspektion und die Schulentwicklungsberatung“ durch die Wortfolge „die Schulinspektion, die Schulentwicklungsberatung und die Schulberatung für Inklusion und Integration“ ersetzt.

Art. 114 – In Artikel 49 §1 Absatz 2 Nummer 1 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 20. Juni 2016, wird die Wortfolge „der Mitglieder des Direktions- und Lehrpersonals, des Erziehungshilfspersonals, des paramedizinischen und sozialpsychologischen Personals der staatlichen Einrichtungen für Vor-, Primar-, Förder-, Mittel-, technischen, Kunst- und Normalschulunterricht und der von diesen Einrichtungen abhängenden Internate sowie der Personalmitglieder des mit der Aufsicht über diese Einrichtungen beauftragten Inspektionsdienstes“ durch die Wortfolge „der Personalmitglieder des Gemeinschaftsunterrichtswesens“ ersetzt.

Art. 115 – In Artikel 55 §1 Nummer 2 desselben Dekrets, ersetzt durch das Dekret vom 27. Juni 2011, wird die Wortfolge „sowie des Verwaltungspersonals“ durch die Wortfolge „, des Lehrer-Mediothekars sowie des Verwaltungspersonals“ ersetzt.

Art. 116 – In Artikel 62.7 §1 Absatz 2 Nummer 1 Buchstabe g) desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 11. Mai 2009, wird das Wort „Urlaub“ durch die Wortfolge „vollzeitiger Urlaub“ ersetzt.

Art. 117 – In der Überschrift von Kapitel IVsepties desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 20. Juni 2016, wird die Wortfolge „der Unter- und Oberstufe“ aufgehoben.

Art. 118 – Artikel 62.31 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 20. Juni 2016, wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 wird die Wortfolge „der Unter- oder Oberstufe des Sekundarschulwesens, nachstehend als Werkstattleiter bezeichnet,“ gestrichen;
2. In Absatz 2 wird die Zahl „62.6“ durch die Zahl „62.6 §§2 und 3“ und die Zahl „62.12“ durch die Wortfolge „62.12 und 62.28“ ersetzt.

Art. 119 – In Artikel 62.33 Absatz 2 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 20. Juni 2016, wird das Wort „sollen“ durch die Wortfolge „sollen, sowie den Stellenumfang“ ersetzt.

Art. 120 – In Artikel 62.34 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 20. Juni 2016, wird folgender Absatz 3 eingefügt:

„Die Einstellung des Bewerbers erfolgt für die Dauer eines Schuljahres. Bei Vorlage eines Bewertungsberichtes des Schulleiters, der mindestens mit dem Vermerk „gut“ schließt, wird die Einstellung nach Ablauf des Schuljahres um ein weiteres Schuljahr verlängert. Liegt nach Ablauf der zweiten Einstellung erneut ein Bewertungsbericht des Schulleiters vor, der mindestens mit dem Vermerk „gut“ schließt, erfolgt die dritte Bezeichnung auf unbestimmte Dauer. Der Schulleiter verfasst für den Werkstattleiter pro Schuljahr mindestens einen Bewertungsbericht gemäß Artikel 62.10, solange der Werkstattleiter auf bestimmte Dauer eingestellt ist.“

Art. 121 – Artikel 62.35 §1 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 18. Juni 2018, wird wie folgt ersetzt:

„§1 - Während der Ausübung des Amtes als Werkstattleiter erhält das Personalmitglied ein Gehalt auf Grundlage der in der Anlage des Königlichen Erlasses vom 27. Juni 1974 zur Festlegung der Dienstpostentabelle, die ab dem 1. April 1972 für die Mitglieder des Direktions- und Lehrpersonals, des Erziehungshilfspersonals und des paramedizinischen sowie des sozialpsychologischen Personals der staatlichen Unterrichtseinrichtungen, für die Personalmitglieder des mit der Inspektion dieser Einrichtungen beauftragten Inspektionsdienstes, für die Personalmitglieder des Inspektionsdienstes der Fernkurse und des subventionierten Primarunterrichtswesens gelten und zur Festlegung der Besoldungstabellen für das Personal der staatlichen Psycho-Medizinisch-Sozialen Zentren angeführten Gehaltstabelle 231.“

Art. 122 - In Artikel 62.38 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 18. Juni 2018, wird folgender Absatz 3 eingefügt:

„Zur Anwendung von Absatz 1 und 2 gilt die in Artikel 62.3 Nummer 2 angeführte Bedingung ebenfalls als erfüllt, wenn das Personalmitglied im Besitz eines der nachfolgenden Studiennachweise ist:

- a) das Abschlusszeugnis der Oberstufe des Sekundarschulwesens in der Studienrichtung Sekretariat, ergänzt um fünf Jahre nützliche Berufserfahrung, die im Rahmen einer beruflichen Tätigkeit erbracht wurde, die in Zusammenhang mit dem Amt des Direktionssekretärs steht, wobei teilzeitige Dienste verhältnismäßig zu einer Vollzeitbeschäftigung angerechnet werden;
- b) das Abschlusszeugnis der Oberstufe des allgemeinbildenden Sekundarunterrichts oder des technischen Übergangsunterrichts, ergänzt um fünf Jahre nützliche Berufserfahrung, die im Rahmen einer beruflichen Tätigkeit erbracht wurde, die im Zusammenhang mit dem Amt des Direktionssekretärs steht, wobei teilzeitige Dienste verhältnismäßig zu einer Vollzeitbeschäftigung angerechnet werden;
- c) jedes Diplom, das nach erfolgreichem Abschluss einer Ausbildung der Oberstufe des technischen oder berufsbildenden Sekundarunterrichts ausgestellt wurde und deren Hauptkurse mit dem Amt des Direktionssekretärs in Zusammenhang stehen, ergänzt um fünf Jahre nützliche Berufserfahrung, die im Rahmen einer beruflichen Tätigkeit erbracht wurde, die im Zusammenhang mit dem Amt des Direktionssekretärs steht, wobei teilzeitige Dienste verhältnismäßig zu einer Vollzeitbeschäftigung angerechnet werden. Die Regierung entscheidet in diesem Fall auf Grundlage eines Gutachtens der Schulinspektion, ob das Diplom zur Ausübung des Amtes befähigt.“

Art. 123 - Artikel 62.41 §1 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 18. Juni 2018, wird wie folgt abgeändert:

1. das Wort „abwesend“ wird durch die Wortfolge „vollzeitig abwesend“ und das Wort „erfüllt“ wird durch die Wortfolge „und die in Artikel 62.38 Absatz 3 angeführten Bedingungen erfüllt“ ersetzt;
2. folgender Absatz 2 wird eingefügt:
„Wenn der Direktionssekretär aufgrund einer Urlaubsform vorübergehend zeitweise abwesend ist, kann der Schulträger ihn durch eine Person ersetzen, die die in Artikel 62.3 angeführten Bedingungen, mit Ausnahme von Nummer 3, und die in Artikel 62.38 Absatz 3 angeführten Bedingungen erfüllt.“

Art. 124 - In Titel I desselben Dekrets, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 18. Juni 2018, wird folgendes Kapitel IVdecies, das den Artikel 62.43 umfasst, eingefügt:

„Kapitel IVdecies – BESONDERE BESTIMMUNGEN FÜR PÄDAGOGISCHE KOORDINATOREN FÜR INKLUSIVE SCHULEN UND PARAMEDIZINISCHE KOORDINATOREN FÜR INKLUSIVE SCHULEN“

Art. 125 – In das Kapitel IVdecies desselben Dekrets wird folgender Artikel 62.43 eingefügt:

„Art. 62.43 – Prinzip

In Abweichung von Kapitel IV finden die Artikel 62.3 bis 62.8, 62.11, 62.12, 62.17, 62.28 und 62.29 Anwendung auf das Amt des pädagogischen Koordinators für inklusive Schulen und das Amt des paramedizinischen Koordinators für inklusive Schulen. Unter der in Artikel 62.5 angeführten pädagogischen Qualifikation ist im Falle des paramedizinischen Koordinators für inklusive Schulen eine paramedizinische Qualifikation zu verstehen.“

Art. 126 – In der Überschrift von Titel I Kapitel Vbis desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 25. Juni 2007 und ersetzt durch das Dekret vom 28. Juni 2010, wird die Wortfolge „oder Verwalter“ eingefügt.

Art. 127 – In Artikel 69.1 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 25. Juni 2007 und ersetzt durch das Dekret vom 28. Juni 2010, wird nach dem Wort „Übungsgrundschulleiters“ die Wortfolge „oder das Amt des Verwalters“ eingefügt.

Art. 128 – Artikel 69.2 Absatz 1 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 25. Juni 2007, wird wie folgt abgeändert:

1. Nummer 2 Buchstabe a), ersetzt durch das Dekret vom 11. Mai 2009 und abgeändert durch das Dekret vom 20. Juni 2016, wird wie folgt ersetzt:

„a) für das Amt des Studienpräfekten, des Direktors einer Regelsekundarschule, des Direktors einer Fördersekundarschule oder des Verwalters mindestens über ein Diplom des Hochschulwesens des ersten Grades verfügt;“

2. Nummer 2 Buchstabe b), ersetzt durch das Dekret vom 11. Mai 2009, wird aufgehoben.

Art. 129 – In Artikel 69.6 §1 Absatz 2 Nummer 1 Buchstabe h) desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 11. Mai 2009, wird das Wort „Urlaub“ durch die Wortfolge „vollzeitiger Urlaub“ ersetzt.

Art. 130 – Artikel 69.8 §1 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 11. Mai 2009 und zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 18. Juni 2018, wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 2 wird die Zahl „428,48“ durch die Zahl „800“ ersetzt.

2. Folgender Absatz 5 wird eingefügt:

„Während der Ausübung seines Amtes erhält der Verwalter ein Gehalt auf Grundlage der in Artikel 2 Kapitel G desselben Königlichen Erlasses vom 27. Juni 1974 angeführten Gehaltstabelle 167.“

Art. 131– In Artikel 69.14 §1.1 Absatz 2 einleitender Satz desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 25. Juni 2012, wird die Wortfolge „die Schulinspektion und die Schulentwicklungsberatung“ durch die Wortfolge „die Schulinspektion, die Schulentwicklungsberatung und die Schulberatung für Inklusion und Integration“ ersetzt.

Art. 132 – In Titel IV desselben Dekrets, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 18. Juni 2018, wird folgender Artikel 119.17 eingefügt:

„Art. 119.17 – In Abweichung von Artikel 62.4 und 62.5 bezeichnet der Schulträger zum 1. September 2019 das Personalmitglied auf unbestimmte Dauer im Amt des pädagogischen Koordinators für inklusive Schulen, das in den Schuljahren 2017-2019 pädagogische Koordinationsaufgaben in einer inklusiven Schule in der Deutschsprachigen Gemeinschaft verrichtet und die in Artikel 96.3 des Dekrets vom 31. August 1998 über den Auftrag an die Schulträger und das Schulpersonal sowie über die allgemeinen pädagogischen und organisatorischen Bestimmungen für die Regel- und Förderschulen angeführten Aufgaben wahrgenom-

men hat. Als Nachweis dient dem Schulträger eine vom Schulleiter ausgestellte Bescheinigung, in der die vom Personalmitglied wahrgenommenen Aufgaben präzisiert werden."

Art. 133 – In denselben Titel wird folgender Artikel 119.18 eingefügt:

„Art. 119.18 - In Abweichung von Artikel 62.4 und 62.5 bezeichnet der Schulträger zum 1. September 2019 das Personalmitglied auf unbestimmte Dauer im Amt des paramedizinischen Koordinators für inklusive Schulen, das in den Schuljahren 2017-2019 paramedizinische Koordinationsaufgaben in einer inklusiven Schule in der Deutschsprachigen Gemeinschaft verrichtet und die in Artikel 98.1 §4 des Dekrets vom 31. August 1998 über den Auftrag an die Schulträger und das Schulpersonal sowie über die allgemeinen pädagogischen und organisatorischen Bestimmungen für die Regel- und Förderschulen angeführten Aufgaben wahrgenommen hat. Als Nachweis dient dem Schulträger eine vom Schulleiter ausgestellte Bescheinigung, in der die vom Personalmitglied wahrgenommenen Aufgaben präzisiert werden.“

KAPITEL 27 – ABÄNDERUNG DES DEKRETS VOM 26. APRIL 1999 ÜBER DAS REGELGRUNDSCHULWESEN

Art. 134 - Artikel 12 des Dekrets vom 26. April 1999 über das Regelgrundschulwesen wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 wird die Wortfolge „ein zusätzliches Jahr in einer Stufe verbleibt“ durch die Wortfolge „ein Studienjahr wiederholt“ ersetzt und die Wortfolge „mit derselben Stufenstruktur“ gestrichen.
2. In Absatz 2 wird nach dem Wort „Kind“ die Wortfolge „am Ende der Primarschulzeit“ eingefügt.

Art. 135 – In Artikel 23 Nummer 11 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 24. März 2003 und ersetzt durch das Dekret vom 25. Juni 2012, wird die Wortfolge „die Schulinspektion und die Schulentwicklungsberatung“ durch die Wortfolge „die Schulinspektion, die Schulentwicklungsberatung und die Schulberatung für Inklusion und Integration“ ersetzt.

KAPITEL 28 – ABÄNDERUNG DES DEKRETS VOM 30. JUNI 2003 ÜBER DRINGENDE MASSNAHMEN IM UNTERRICHTSWESEN 2003

Art. 136 – Artikel 2 §1 Absatz 2 des Dekrets vom 30. Juni 2003 über dringende Maßnahmen im Unterrichtswesen 2003, abgeändert durch das Dekret vom 18. Juni 2018, wird wie folgt abgeändert:

1. In Nummer 1 Buchstabe a), Nummer 2 Buchstabe b), Nummer 3 Buchstabe b), Nummer 4 Buchstabe a) und Nummer 6 Buchstabe b) wird jeweils die Wortfolge „der Mitglieder des Direktions- und Lehrpersonals, des Erziehungshilfspersonals, des paramedizinischen Personals der staatlichen Einrichtungen für Vor-, Primar-, Sonder-, Mittel-, technischen, Kunst- und Normalschulunterricht und der von diesen Einrichtungen abhängenden Internate sowie der Personalmitglieder des mit der Aufsicht über diese Einrichtungen beauftragten Inspektionsdienstes“ durch die Wortfolge „der Personalmitglieder des Gemeinschaftsunterrichtswesens“ ersetzt.
2. Nummer 2 Buchstabe a) und Nummer 3 Buchstabe a) werden aufgehoben.

Art. 137 - Artikel 11.1 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 16. Juli 2012 und abgeändert durch das Dekret vom 29. Juni 2015, wird wie folgt abgeändert:

1. Nummer 1 wird aufgehoben.

2. In Nummer 2 wird die Wortfolge „der Mitglieder des Direktions- und Lehrpersonals, des Erziehungshilfspersonals, des paramedizinischen und sozialpsychologischen Personals der staatlichen Einrichtungen für Vor-, Primar-, Förder-, Mittel-, technischen, Kunst- und Normalschulunterricht und der von diesen Einrichtungen abhängenden Internate sowie der Personalmitglieder des mit der Aufsicht über diese Einrichtungen beauftragten Inspektionsdienstes“ durch die Wortfolge „der Personalmitglieder des Gemeinschaftsunterrichtswesens“ ersetzt.

Art. 138 - In Artikel 11.17 §1 Absatz 2 Buchstabe b) desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 16. Juli 2012, wird die Wortfolge „der Mitglieder des Direktions- und Lehrpersonals, des Erziehungshilfspersonals, des paramedizinischen und sozialpsychologischen Personals der staatlichen Einrichtungen für Vor-, Primar-, Förder-, Mittel-, technischen, Kunst- und Normalschulunterricht und der von diesen Einrichtungen abhängenden Internate sowie der Personalmitglieder des mit der Aufsicht über diese Einrichtungen beauftragten Inspektionsdienstes“ durch die Wortfolge „der Personalmitglieder des Gemeinschaftsunterrichtswesens“ ersetzt.

KAPITEL 29 - ABÄNDERUNG DES DEKRETS VOM 29. MÄRZ 2004 ZUR FESTLEGUNG DES STATUTS DER SUBVENTIONIERTEN PERSONALMITGLIEDER DES OFFIZIELLEN SUBVENTIONIERTEN UNTERRICHTSWESENS UND DER OFFIZIELLEN SUBVENTIONIERTEN PSYCHOMEDIZINISCH-SOZIALEN ZENTREN

Art. 139 - In Artikel 1 Absatz Nummer 1 des Dekrets vom 29. März 2004 zur Festlegung des Statuts der subventionierten Personalmitglieder des offiziellen subventionierten Unterrichtswesens und der offiziellen subventionierten psycho-medizinisch-sozialen Zentren, abgeändert durch das Dekret vom 23. März 2009, wird das Wort „sowie“ durch die Wortfolge „und der von diesen Einrichtungen abhängenden Internate sowie der offiziellen subventionierten Unterrichtseinrichtungen“ ersetzt.

Art. 140 - In Artikel 20 §1 Absatz 2 Nummer 1 desselben Dekrets eingefügt durch das Dekret vom 20. Juni 2016, wird die Wortfolge „der Mitglieder des Direktions- und Lehrpersonals, des Erziehungshilfspersonals, des paramedizinischen und sozialpsychologischen Personals der staatlichen Einrichtungen für Vor-, Primar-, Förder-, Mittel-, technischen, Kunst- und Normalschulunterricht und der von diesen Einrichtungen abhängenden Internate sowie der Personalmitglieder des mit der Aufsicht über diese Einrichtungen beauftragten Inspektionsdienstes“ durch die Wortfolge „der Personalmitglieder des Gemeinschaftsunterrichtswesens“ ersetzt.

Art. 141 - In Artikel 28 §1.1 Absatz 4 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 25. Juni 2012, wird die Wortfolge „die Schulinspektion und die Schulentwicklungsberatung“ durch die Wortfolge „die Schulinspektion, die Schulentwicklungsberatung und die Schulberatung für Inklusion und Integration“ ersetzt.

Art. 142 - In Artikel 37 Absatz 2 Nummer 1 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 16. Juli 2012, wird die Wortfolge „der Mitglieder des Direktions- und Lehrpersonals, des Erziehungshilfspersonals, des paramedizinischen Personals der staatlichen Einrichtungen für Vor-, Primar-, Förder-, Mittel-, technischen, Kunst- und Normalschulunterricht und der von diesen Einrichtungen abhängenden Internate sowie der Personalmitglieder des mit der Aufsicht über diese Einrichtungen beauftragten Inspektionsdienstes“ durch die Wortfolge „der Personalmitglieder des Gemeinschaftsunterrichtswesens“ ersetzt.

Art. 143 - In Artikel 48 §1 desselben Dekrets, wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 Nummer 2, ersetzt durch das Dekret vom 27. Juni 2011, wird die Wortfolge „ sowie des Verwaltungspersonals“ durch die Wortfolge „, des Lehrer-Mediothekars sowie des Verwaltungspersonals“ ersetzt.
2. Folgender Absatz 3 wird eingefügt:
„Unbeschadet von Absatz 1 und 2 werden für die Anwendung von Artikel 23 bei einem Personalmitglied, das Inhaber eines Kindergärtnerdiploms ist, ebenfalls die bis zum 30. April im Amt des Primarschullehrers geleisteten Dienste berücksichtigt. Die Berechnung erfolgt gemäß den in den vorhergehenden Absätzen definierten Modalitäten.“

Art. 144 - In der Überschrift von Kapitel IVocties desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 20. Juni 2016, wird die Wortfolge „der Unter- und Oberstufe“ aufgehoben.

Art. 145 - In Artikel 56.17 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 20. Juni 2016, wird die Wortfolge „der Unter- oder Oberstufe“ gestrichen.

Art. 146 - In dasselbe Dekret, abgeändert durch das Dekret vom 18. Juni 2018, wird folgendes Kapitel IVundecies, das den Artikel 56.20 umfasst, eingefügt:

„Kapitel IVundecies – BESONDERE BESTIMMUNGEN FÜR PÄDAGOGISCHE KOORDINATOREN FÜR INKLUSIVE SCHULEN UND PARAMEDIZINISCHE KOORDINATOREN FÜR INKLUSIVE SCHULEN“

Art. 147 - In das Kapitel IVundecies desselben Dekrets wird folgender Artikel 56.20 eingefügt:

„Art. 56.20 – In Abweichung von Kapitel IV werden das Amt des pädagogischen Koordinators für inklusive Schulen und das Amt des paramedizinischen Koordinators für inklusive Schulen anhand einer Bezeichnung auf unbestimmte Dauer und anhand einer definitiven Ernennung nach Maßgabe der im freien subventionierten Unterrichtswesen geltenden Bestimmungen vergeben.“

Art. 148 - In Artikel 64.6 §1 Absatz 2 Nummer 1 Buchstabe h) desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 27. Juni 2011, wird das Wort „Urlaub“ durch die Wortfolge „vollzeitiger Urlaub“ ersetzt.

Art. 149 - In der Überschrift von Kapitel Vter desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 11. Mai 2009 und abgeändert durch das Dekret vom 28. Juni 2010, wird die Wortfolge „oder Verwalter“ eingefügt.

Art. 150 - In Artikel 64.12 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 11. Mai 2009 und ersetzt durch das Dekret vom 28. Juni 2010, wird nach dem Wort „Übungsgrundschulleiters“ die Wortfolge „oder das Amt des Verwalters“ eingefügt.

Art. 151 - Artikel 64.13 Absatz 1 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 28. Juni 2010, wird wie folgt abgeändert:

1. Nummer 2 Buchstabe a), abgeändert durch das Dekret vom 20. Juni 2016, wird wie folgt ersetzt:

„a) für das Amt des Studienpräfekten, des Direktors einer Regelsekundarschule, des Direktors einer Fördersekundarschule oder des Verwalters mindestens über ein Diplom des Hochschulwesens des ersten Grades verfügt;“

2. Nummer 2 Buchstabe b) wird aufgehoben.

Art. 152 - In Artikel 64.17 §1 Absatz 2 Nummer 1 Buchstabe h) desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 28. Juni 2010, wird das Wort „Urlaub“ durch die Wortfolge „vollzeitiger Urlaub“ ersetzt.

Art. 153 - Artikel 64.19 §1 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 28. Juni 2010 und zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 18. Juni 2018, wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 2 wird die Zahl „428,48“ durch die Zahl „800“ ersetzt.
2. Folgender Absatz 5 wird eingefügt:
„Während der Ausübung seines Amtes erhält der Verwalter ein Gehalt auf Grundlage der in Artikel 2 Kapitel G desselben Königlichen Erlasses vom 27. Juni 1974 angeführten Gehaltstabelle 167.“

Art. 154 – In Artikel 65 §1.1 Absatz 2 einleitender Satz desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 25. Juni 2012, wird die Wortfolge „die Schulinspektion und die Schulentwicklungsberatung“ durch die Wortfolge „die Schulinspektion, die Schulentwicklungsberatung und die Schulberatung für Inklusion und Integration“ ersetzt.

KAPITEL 30 – ABÄNDERUNG DES DEKRETS VOM 19. APRIL 2004 ÜBER DIE VERMITTLUNG UND DEN GEBRAUCH DER SPRACHEN IM UNTERRICHTSWESEN

Art. 155 - Artikel 26 des Dekrets vom 19. April 2004 über die Vermittlung und den Gebrauch der Sprachen im Unterrichtswesen, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 24. Juni 2013, wird wie folgt abgeändert:

1. §1 Nummer 4 wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:
„4. die deutsche Sprache betreffend:
4.1. eine Bescheinigung des in Titel VII erwähnten Prüfungsausschusses, aus der hervorgeht, dass das Personalmitglied diese Sprache gründlich beherrscht, oder
4.2. ein Goethe-Zertifikat, aus dem hervorgeht, dass das Personalmitglied mindestens der Kompetenzstufe B2 des Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmens für Sprachen genügt, unter der Bedingung, dass,
a) was die Kompetenzstufe B2 betrifft, das Personalmitglied in der betreffenden Prüfung mindestens 60% in jedem Prüfungsteil erreicht hat,
b) was die Kompetenzstufen C1 oder C2 betrifft, das Personalmitglied in der betreffenden Prüfung mindestens 50% in jedem Prüfungsteil erreicht hat.“
2. In §1 wird folgende Nummer 6 eingefügt:
„6. die niederländische Sprache betreffend: eine Bescheinigung des in Titel VII erwähnten Prüfungsausschusses, aus der hervorgeht, dass das Personalmitglied diese Sprache gründlich beherrscht.“
3. §2 Nummer 5 wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:
„5. die deutsche Sprache betreffend:
5.1. eine Bescheinigung des in Titel VII erwähnten Prüfungsausschusses, aus der hervorgeht, dass das Personalmitglied diese Sprache ausreichend beherrscht, oder
5.2. ein Goethe-Zertifikat, aus dem hervorgeht, dass das Personalmitglied mindestens der Kompetenzstufe B1 des Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmens für Sprachen genügt, unter der Bedingung, dass,
a) was die Kompetenzstufe B1 betrifft, das Personalmitglied in der betreffenden Prüfung mindestens 60% in jedem Prüfungsteil erreicht hat,
b) was die Kompetenzstufen B2, C1 oder C2 betrifft, das Personalmitglied in der betreffenden Prüfung mindestens 50% in jedem Prüfungsteil erreicht hat.“
4. §2 Nummer 6 Spiegelstrich 1 wird zu Nummer 6.1 und die Wortfolge „unter der Bedingung, dass, was die Kompetenzstufe B1 betrifft, das Personalmitglied mindestens 60% in jedem Prüfungsteil erreicht hat“ wird wie folgt ersetzt: „unter der Bedingung, dass,
6.1.1. was die Kompetenzstufe B1 betrifft, das Personalmitglied mindestens 60% in jedem Prüfungsteil erreicht hat;“

6.1.2. was die Kompetenzstufen B2, C1 oder C2 betrifft, das Personalmitglied mindestens 50% in jedem Prüfungsteil erreicht hat, oder"

5. §2 Nummer 6 Spiegelstrich 2 wird zu Nummer 6.2.

6. §2 Nummer 6 Spiegelstrich 3 wird zu Nummer 6.3.

7. In §2 wird folgende Nummer 7 eingefügt:

„7. die niederländische Sprache betreffend: eine Bescheinigung des in Titel VII erwähnten Prüfungsausschusses, aus der hervorgeht, dass das Personalmitglied diese Sprache ausreichend beherrscht.“

8. §3 Nummer 1 wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

„1. die deutsche Sprache betreffend:

1.1. eine Bescheinigung des in Titel VII erwähnten Prüfungsausschusses, aus der hervorgeht, dass das Personalmitglied diese Sprache elementar beherrscht, oder

1.2. ein Goethe-Zertifikat, aus dem hervorgeht, dass das Personalmitglied mindestens der Kompetenzstufe A2 des Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmens für Sprachen genügt.

9. In §3 wird folgende Nummer 3 eingefügt:

„3. die niederländische Sprache betreffend: eine Bescheinigung des in Titel VII erwähnten Prüfungsausschusses, aus der hervorgeht, dass das Personalmitglied diese Sprache elementar beherrscht.“

Art. 156 - In Artikel 28 §1 Absatz 2 desselben Dekrets, abgeändert durch das Dekret vom 24. Juni 2013, wird die Wortfolge „und Schulentwicklungsberatung“ durch die Wortfolge „oder der Schulentwicklungsberatung oder Schulberatung für Inklusion und Integration“ ersetzt.

KAPITEL 31 - ABÄNDERUNG DES DEKRETS VOM 17. MAI 2004 ÜBER MASSNAHMEN IM UNTERRICHTSWESEN, IN DER AUSBILDUNG UND IM BEREICH DER INFRASTRUKTUR 2004

Art. 157 - In Artikel 20 Absatz 3 des Dekrets vom 17. Mai 2004 über Maßnahmen im Unterrichtswesen, in der Ausbildung und im Bereich der Infrastruktur 2004, eingefügt durch das Dekret vom 20. Juni 2016, wird das Wort „-sekundarschule“ durch die Wortfolge „-sekundarschule, das Amt des Forschungsbeauftragten und das Amt des externen Evaluators“ ersetzt.

KAPITEL 32 - ABÄNDERUNG DES DEKRETS VOM 1. JUNI 2004 ZUR GESUNDHEITSFÖRDERUNG UND ZUR MEDIZINISCHEN PRÄVENTION

Art. 158 - In Artikel 10.3 des Dekrets vom 1. Juni 2004 zur Gesundheitsförderung und zur medizinischen Prävention, eingefügt durch das Dekret vom 20. Februar 2017, wird nach dem Wort „Ärzten“ die Wortfolge „ggf. mit dem in den Artikeln 3.22 bis 3.23.1 des Dekrets vom 31. März 2014 über das Zentrum für die gesunde Entwicklung von Kindern und Jugendlichen erwähnten verantwortlichen Arzt“ eingefügt.

KAPITEL 33 - ABÄNDERUNG DES DEKRETS VOM 6. JUNI 2005 ÜBER MASSNAHMEN IM UNTERRICHTSWESEN 2005

Art. 159 - In Artikel 18 des Dekrets vom 6. Juni 2005 über Maßnahmen im Unterrichtswesen 2005 wird die Wortfolge „der Mitglieder des Direktions- und Lehrpersonals, des Erziehungshilfspersonals, des paramedizinischen Personals der staatlichen Einrichtungen für Vor-, Primar-, Sonder-, Mittel-, technischen, Kunst- und Normalschulunterricht und der von diesen Einrichtungen abhängenden Internate sowie der Personalmitglieder des mit der Aufsicht

über diese Einrichtungen beauftragten Inspektionsdienstes“ durch die Wortfolge „der Personalmitglieder des Gemeinschaftsunterrichtswesens“ ersetzt.

Art. 160 – In Artikel 23 Absatz 1 Nummer 5 Buchstabe b) desselben Dekrets wird wie folgt ersetzt:

„b) Zeitpunkt: ab der Woche, in der der Todesfalls eintritt, bis zum letzten Tag der Woche, in der die Beerdigung stattfindet“ ersetzt.

KAPITEL 34 - ABÄNDERUNG DES DEKRETS VOM 27. JUNI 2005 ZUR SCHAFFUNG EINER AUTONOMEN HOCHSCHULE

Art. 161 – In Artikel 1.3 Nummer 12.1 des Dekrets vom 27. Juni 2005 zur Schaffung einer autonomen Hochschule, eingefügt durch das Dekret vom 25. Juni 2012, wird die Wortfolge „die Schulinspektion und die Schulentwicklungsberatung“ durch die Wortfolge „die Schulinspektion, die Schulentwicklungsberatung und die Schulberatung für Inklusion und Integration“ ersetzt.

Art. 162 – In Artikel 2.6 Absatz 4 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret 24. Oktober 2011, wird die Wortfolge „und Versicherungen“ durch die Wortfolge „, , Versicherungen und Public and Business Administration“ ersetzt und nach der Wortfolge „Studienbereich: Versicherungen“ die Wortfolge „, , bzw. mit dem Diplom eines Bachelors in Finanz- und Verwaltungswissenschaften Studienbereich: Public and Business Administration“ eingefügt.

Art. 163 – In den Titel II Untertitel 3 Kapitel 2 desselben Dekrets, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 20. Juni 2016, wird folgender Artikel 2.8.4 eingefügt.

„Art. 2.8.4 – Kompetenzen im Studienbereich Public and Business Administration

§1 – Die Erstausbildung wird in einer Weise organisiert, die es dem Studenten ermöglicht, mindestens nachfolgende Kompetenzen zu entwickeln:

1. Zahlen und Daten erfassen, aufbereiten und interpretieren;
2. Buchhaltungsdienstleitungen fachgerecht aufbereiten und ggf. durchführen;
3. Strategien zur Organisation und Unternehmensführung anwenden;
4. Projekte planen, durchführen und auswerten;
5. Programme zur Textverarbeitung und Tabellenkalkulation fachgerecht einsetzen; Informations- und Kommunikationstechnologien nutzen;
6. Die rechtlichen Grundlagen im täglichen Arbeitsumfeld berücksichtigen;
7. Grundlegende Personalführungskompetenzen entwickeln;
8. Selbstlernkompetenzen entwickeln und so am Prozess des lebenslangen Lernens aktiv teilnehmen.

§2 – Die zur Erlangung dieser Kompetenzen notwendigen Ausbildungsaktivitäten fußen im Rahmen der Erstausbildung mindestens auf nachfolgenden Bildungsbereichen:

1. Buchhaltung;
2. Finanzmathematik;
3. Recht;
4. Statistik;
5. Steuerwesen;
6. Informatik;
7. Organisation und Unternehmensführung;
8. Betriebs- und Arbeitspädagogik;

9. Sprachen."

Art. 164 – Artikel 3.2.1 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 24. Oktober 2011, wird wie folgt abgeändert:

1. In der Überschrift wird die Wortfolge „und Versicherungen“ durch die Wortfolge „, Versicherungen und Public and Business Administration“ ersetzt
2. Im einleitenden Satz wird die Wortfolge „und Versicherungen“ durch die Wortfolge „, Versicherungen und Public and Business Administration“ ersetzt

Art. 165 – Artikel 3.18 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 24. Oktober 2011, wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 wird die Wortfolge „und Versicherungen“ durch die Wortfolge „, Versicherungen und Public and Business Administration“ ersetzt
2. In Absatz 2 wird die Wortfolge „und 2.8.3“ durch die Wortfolge „, 2.8.3 und 2.8.4“ ersetzt.

Art. 166 – In Artikel 5.13 desselben Dekrets wird das Wort „können“ durch die Wortfolge „sowie der in Artikel 5.105 angeführten Ämter können“ ersetzt.

Art. 167 - In Artikel 5.92 Nummer 1 Buchstabe h) desselben Dekrets, ersetzt durch das Dekret vom 27. Juni 2011, wird das Wort „Urlaub“ durch die Wortfolge „vollzeitiger Urlaub“ ersetzt.

Art. 168 - In Artikel 5.98 Absatz 3 Nummer 1 Buchstabe h) desselben Dekrets, ersetzt durch das Dekret vom 27. Juni 2011, wird das Wort „Urlaub“ durch die Wortfolge „vollzeitiger Urlaub“ ersetzt.

Art. 169 – Die Überschrift von Titel V Untertitel 18 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 25. Oktober 2010, wird wie folgt ersetzt:

„Untertitel 18 – Besondere Bestimmungen für das Amt des Forschungsbeauftragten und das Amt des externen Evaluators“.

Art. 170 – Artikel 5.105 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 25. Oktober 2010 und abgeändert durch das Dekret vom 29. Juni 2015, wird wie folgt ersetzt:

„Art. 5.105 – Prinzip

Vorliegender Untertitel findet Anwendung auf folgende Ämter:

1. das Amt des Forschungsbeauftragten;
2. das Amt des externen Evaluators.“

Art. 171 - In Titel V Untertitel 18 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 25. Oktober 2010, wird folgender Artikel 5.105.1 eingefügt:

„Art. 5.105.1 – Zulassungsbedingungen

Eine Person darf eines der in Artikel 5.105 angeführten Ämter bekleiden, wenn sie:

1. die in Artikel 5.15 §1 Absatz 1 angeführten Bedingungen, mit Ausnahme von Nummer 5, erfüllt;
2. Inhaber des dem Amt entsprechenden in Artikel 10 Nummer 18quater oder 18sexies des Königlichen Erlasses vom 22. April 1969 zur Festlegung der erforderlichen Befähigungsnachweise der Mitglieder des Direktions- und Lehrpersonals, des Erziehungshilfspersonals, des paramedizinischen und sozialpsychologischen Personals der Einrichtungen des staatlichen Vor-, Primar-, Förder- und Mittelschulwesens, des technischen Unterrichts, des Kunstunterrichts und des Normalschulwesens und der von die-

sen Einrichtungen abhängenden Internate festgelegten erforderlichen Befähigungsnachweises ist;

3. im letzten Beurteilungs- bzw. Bewertungsbericht mindestens den Vermerk „gut“ erhalten hat, insofern eine solche Bewertungsstruktur existiert;
4. ihre Bewerbung in der Form und der Frist eingereicht hat, die im Aufruf an die Bewerber festgelegt sind.“

Art. 172 – In denselben Untertitel wird folgender Artikel 5.105.2 eingefügt:

„Art. 5.105.2 – Aufruf und Bewerbung

Der Bewerbungsauf Ruf für die in Artikel 5.105 angeführten Ämter wird vom Verwaltungsrat in der Presse, per Aushang in der Schule sowie in jeder angemessenen Form veröffentlicht.

Der Aufruf enthält das erforderliche Profil des zu besetzenden Amtes.

Die Bewerbung wird mittels eines Einschreibens eingereicht. Der Bewerber fügt mindestens eine Kopie der erforderlichen Diplome, den in Artikel 596 Absatz 2 des Strafprozessgesetzbuches angeführten Auszug aus dem Strafregister, der nicht älter als sechs Monate ist, einen Lebenslauf und ein Motivationsschreiben bei.“

Art. 173 – In denselben Untertitel wird folgender Artikel 5.105.3 eingefügt:

„Art. 5.105.3 – Bezeichnung

Der Verwaltungsrat entscheidet, welcher Bewerber bezeichnet wird.

Er stützt sich unter anderem auf das Motivationsschreiben des Bewerbers, ein oder mehrere Bewerbungsgespräche sowie auf die Berufserfahrung und das Eignungsprofil.“

Art. 174 – In denselben Untertitel wird folgender Artikel 5.105.4 eingefügt:

„Art. 5.105.4 – Bezeichnungsdauer und Beendigung

§1 – Die Dauer der Bezeichnung ist unbestimmt.

§2 – Die Bezeichnung endet in folgenden Fällen:

1. im Falle einer vorsorglichen vorübergehenden Amtsenthebung von mehr als sechs Monaten;
2. im Falle einer Zurdispositionstellung durch Stellenentzug im Interesse des Dienstes von mehr als sechs Monaten;
3. im Falle der Verhängung folgender Disziplinarstrafen:
 - a) einer vorübergehenden Amtsenthebung aus disziplinarischen Gründen,
 - b) einer Versetzung in den nicht aktiven Dienst aus disziplinarischen Gründen,
 - c) einer Entlassung wegen eines schwerwiegenden Fehlers;
4. im Falle des freiwilligen Ausscheidens aus dem Dienst, falls es sich um ein definitiv ernanntes Personalmitglied handelt;
5. im Falle der freiwilligen Beendigung der Bezeichnung;
6. im Falle einer einseitigen Aufkündigung durch den Verwaltungsrat;
7. im Falle eines Bewertungsberichts mit dem Vermerk „ungenügend“.

Der Verwaltungsrat kann im Falle eines Urlaubs oder einer Zurdispositionstellung wegen Krankheit oder Gebrechen für einen ununterbrochen Zeitraum von mehr als sechs Monaten die Bezeichnung beenden.

In den in Absatz 1 Nummern 4 und 5 vorgesehenen Fällen haben der Forschungsbeauftragte bzw. der externe Evaluator eine Kündigungsfrist von 60 Tagen zu beachten.

In dem in Absatz 1 Nummer 6 angeführten Fall beträgt die Dauer der Kündigungsfrist drei Monate, wenn das Amtsalter des Forschungsbeauftragten bzw. des externen Evaluators bis zu fünf Jahre beträgt; für jede weitere angefangene Zeitspanne von fünf Jahren wird die Dauer um weitere drei Monate erhöht.

Die in den Absätzen 3 und 4 angeführte Kündigungsfrist kann im Einvernehmen mit dem Verwaltungsrat verkürzt werden. Die Kündigung erfolgt per Einschreiben mit Angabe der Dauer und dem Beginn der Kündigungsfrist. Das Einschreiben wird am dritten Werktag nach dem Versanddatum wirksam."

Art. 175 – In denselben Untertitel wird folgender Artikel 5.105.5 eingefügt:
„Artikel 5.105.5 – Ernennungsbedingungen

Ein Forschungsbeauftragter oder externer Evaluator wird definitiv ernannt, wenn:

1. er die in Artikel 5.105.1 angeführten Bedingungen erfüllt;
2. er ein Amtsalter von mindestens fünf Jahren aufweist, das gemäß Artikel 5.38 berechnet wird;
3. sein letzter Bewertungsbericht mindestens mit dem Vermerk „gut“ schließt.“

Art. 176 – In denselben Untertitel wird folgender Artikel 5.105.6 eingefügt:
„Art. 5.105.6 – Aufruf und Bewerbung für die Ernennung

Der Schulträger legt fest, welche der definitiv offenen Stellen zur Ernennung freigegeben werden.

Der Schulträger erlässt in der zweiten Hälfte des Monats Februar eines jeden Jahres einen Aufruf an die Bewerber für eine definitive Ernennung. Der Aufruf wird in der Schule per Aushang und in jeder anderen Form, die er für geeignet hält, veröffentlicht. Der Aufruf wird der Regierung zur Information zugestellt.

Der Aufruf enthält eine Liste der Stellen, die am 1. Oktober voraussichtlich offen sein werden und die zur Ernennung freigegeben worden sind. Er enthält Angaben über die Art und den Umfang der zu vergebenden Stellen, die von den Bewerbern zu erfüllenden Bedingungen sowie die Form und die Frist für die Einreichung der Bewerbungen.“

Art. 177 – In denselben Untertitel wird folgender Artikel 5.105.7 eingefügt:
„Art. 5.105.7 – Ernennung

Die definitiven Ernennungen erfolgen am 1. Oktober in den in Artikel 5.105.6 Absatz 3 angeführten Stellen, die zu diesem Zeitpunkt noch offen sind.

Die Mindeststundenanzahl bei einer Ersternennung in einem Amt beträgt ein Viertel der erforderlichen Stundenanzahl bei einer Vollzeitbeschäftigung.

Eine definitive Ernennung erfolgt in ganzen Stunden.

Zur Ernennung eines Bewerbers stützt sich der Schulträger bei der Auswahl u.a. auf ein oder mehrere Bewerbungsgespräche, die Berufserfahrung, das Eignungsprofil und den Bewertungsbericht.“

Art. 178 – In denselben Untertitel wird folgender Artikel 5.105.8 eingefügt:
„Art. 5.105.8 – Dienstrecht

Während der Ausübung seines Amtes unterliegt der Forschungsbeauftragte bzw. der externe Evaluator dem vorliegenden Dienstrecht mit Ausnahme der Artikel 5.17-5.38 und 5.77.“

Art. 179 – In denselben Untertitel wird folgender Artikel 5.105.9 eingefügt:
„Art. 5.105.9 – Vorübergehender Ersatz

§1 – Wenn der Forschungsbeauftragte oder der externe Evaluator aus dem Amt scheidet oder er aufgrund einer ihm gewährten Urlaubsform oder Zurdispositionstellung vorübergehend abwesend ist, kann der Verwaltungsrat ihn bis zum Ende des darauffolgenden Schuljahres durch eine andere Person ersetzen, die die in Artikel 5.105.1 angeführten Bedingungen, mit Ausnahme von Nummer 3, erfüllt.

§2 – Während des Zeitraumes des vorübergehenden Ersatzes gelten für das ersetzende Personalmitglied die Artikel 5.105.8 und 5.105.11 bis 5.105.13.

Art. 180 – In denselben Untertitel wird folgender Artikel 5.105.10 eingefügt:
„Art. 5.105.10 – Bewertungsbericht und Einspruchsmöglichkeit

§1 – Der Direktor verfasst für die Forschungsbeauftragten und externen Evaluatoren pro Zeitspanne von fünf Schuljahren mindestens einen Bewertungsbericht. Er nimmt hierzu ein Bewertungsgespräch vor.

Der Forschungsbeauftragte bzw. der externe Evaluator kann eine Bewertung schriftlich beim Direktor beantragen. Der Zeitpunkt der Beantragung berücksichtigt die Einhaltung der in Artikel 5.39 §3 Absatz 1 Satz 1 angeführten Frist.

§2 – Der Forschungsbeauftragte bzw. der externe Evaluator verfasst im Voraus einen Bericht, in dem er eine Bilanz seiner Tätigkeit der letzten Jahre zieht und in dem er Vorschläge zur weiteren Entwicklung der Hochschule formuliert. Dieser Bericht bildet die Grundlage des Bewertungsgesprächs.

Der Bewertungsbericht schließt mit einem der folgenden Vermerke: „sehr gut“, „gut“, „ausreichend“, „mangelhaft“ oder „ungenügend“.

§3 – Das in Artikel 5.39 §§3 und 4 angeführte Verfahren findet Anwendung.“

Art. 181 – In denselben Untertitel wird folgender Artikel 5.105.11 eingefügt:
„Art. 5.105.11 – Gehalt und Prämie

§1 – Während der Ausübung des Amtes erhält der Forschungsbeauftragte ein Gehalt in Anwendung der Titel II-II.2 des Dekrets vom 21. April 2008 zur Aufwertung des Lehrerberufs.

Während der Ausübung des Amtes erhält der externe Evaluator ein Gehalt auf der Grundlage nachfolgender Gehaltstabellen, angeführt in der Anlage des Königlichen Erlasses vom 27. Juni 1974 zur Festlegung der Dienstpostentabellen, die ab dem 1. April 1972 für die Mitglieder des Direktions- und Lehrpersonals, des Erziehungshilfspersonals und des paramedizinischen sowie sozialpsychologischen Personals der staatlichen Unterrichtseinrichtungen, für die Personalmitglieder des mit der Inspektion dieser Einrichtungen beauftragten Inspek-

tionsdienstes, für die Personalmitglieder des Inspektionsdienstes der Fernkurse und des subventionierten Primarunterrichtswesens gelten und zur Festlegung der Besoldungstabellen für das Personal der staatlichen Psycho-Medizinisch-Sozialen Zentren:

1. Externer Evaluator, der mindestens über ein Diplom des Hochschulwesens zweiten Grades verfügt: 471;
2. Externer Evaluator, der nicht mindestens über ein Diplom des Hochschulwesens zweiten Grades verfügt: 270.

§2 – Übt ein Personalmitglied, das in dem von der Deutschsprachigen Gemeinschaft organisierten oder subventionierten Unterrichtswesen in einem anderen Amt auf unbestimmte Dauer bezeichnet oder definitiv ernannt ist, das Amt des externen Evaluators aus, bezieht es in Abweichung von §1 Absatz 2 bzw. 3 weiterhin sein Gehalt und erhält ausgleichend monatlich eine Prämie, die folgendermaßen ermittelt wird:

$P = X - M$,

P = die Prämie,

X = das in §1 Absatz 2 bzw. 3 angeführte Gehalt

M = das Bruttomonatsgehalt des Personalmitglieds.

Die Auszahlung der Prämie erfolgt gleichzeitig mit der Auszahlung des Monatsgehalts und unter denselben Bedingungen.

Bei einem Urlaub wegen Krankheit oder Gebrechen, während eines Mutterschaftsurlaubs und während der in den Artikeln 42 bis 43bis des Gesetzes über die Arbeit vom 16. März 1971 angeführten Abwesenheiten im Rahmen einer Geburt wird die Prämie weitergezahlt, insofern der externe Evaluator nicht von der Krankenkasse entschädigt wird.

§3 – Übt eine Person, die nicht in dem von der Deutschsprachigen Gemeinschaft organisierten oder subventionierten Unterrichtswesen in einem anderen Amt auf unbestimmte Dauer bezeichnet oder definitiv ernannt ist, das Amt des externen Evaluators aus, bezieht sie Urlaubsgeld und eine Jahresendprämie gemäß den im Unterrichtswesen gültigen Bestimmungen, wobei als Berechnungsgrundlage der in §1 Absatz 2 bzw. 3 angeführte Betrag gilt.

§4 – Der in Anwendung von §1 bis §3 ermittelte Betrag ist gemäß dem Gesetz vom 1. März 1977 zur Einführung einer Regelung zur Koppelung gewisser Ausgaben im öffentlichen Sektor an den Verbraucherpreisindex des Königreichs, abgeändert durch die Königlichen Erlasse Nr. 178 vom 30. Dezember 1982 und vom 24. Dezember 1993 und die Gesetze vom 2. Januar 2001 und 19. Juli 2001 an die Schwankungen des Verbraucherpreisindexes gebunden.“

Art. 182 – In denselben Untertitel wird folgender Artikel 5.105.12 eingefügt:
„Art. 5.105.12 – Rückkehr

Nach Beendigung der Bezeichnung bekleidet das Personalmitglied, insofern es sich um ein definitiv ernanntes Personalmitglied der Hochschule handelt, erneut sein vorheriges Amt, ausgenommen in den in Artikel 5.105.4 §2 Nummer 3 c) sowie Nummer 4 angeführten Fällen.“

Art. 183 – In denselben Untertitel wird folgender Artikel 5.105.13 eingefügt:
„Art. 5.105.13 – Berücksichtigung der Dienste

Die Dienste des Personalmitglieds während der Ausübung eines der in Artikel 5.105 angeführten Ämter werden berücksichtigt hinsichtlich der Festlegung des Dienstalters, des Amtsalters und des finanziellen Dienstalters.“

Art. 184 - In Titel IX desselben Dekrets, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 18. Juni 2018, wird folgender Artikel 9.11octies eingefügt:

„Art. 9.11octies - In Abweichung von Artikel 5.105.1 bis 5.105.3 bezeichnet der Schulträger zum 1. September 2019 die Personalmitglieder als Forschungsbeauftragte bzw. externe Evaluatoren, die die in Artikel 5.105.1 Nummer 1 und 2 angeführten Zulassungsbedingungen erfüllen und das entsprechende Amt bereits in den Schuljahren 2017-2018 und 2018-2019 für jeweils 15 Wochen ausgeübt haben.

Art. 185 - In denselben Titel wird folgender Artikel 9.11novies eingefügt:

„Art. 9.11novies - In Abweichung von Artikel 5.105.11 §1 Absatz 2 erhält ein externer Evaluator, der vor dem 1. September 2014 in diesem Amt eingestellt wurde, ein Gehalt auf der Grundlage der in der Anlage des in Absatz 2 angeführten Königlichen Erlasses vom 27. Juni 1974 angeführten Gehaltstabelle 475.“

KAPITEL 35 - ABÄNDERUNG DES DEKRETES VOM 26. JUNI 2006 ÜBER MASSNAHMEN IM UNTERRICHTSWESEN 2006

Art. 186 - Artikel 113 Absatz 2 des Dekrets vom 26. Juni 2006 über Maßnahmen im Unterrichtswesen 2006, abgeändert durch das Dekret vom 11. Mai 2009, wird wie folgt abgeändert:

1. In Nummer 1 Buchstabe b), Nummer 2 Buchstabe b), Nummer 4 Buchstabe b), Nummer 5 Buchstabe b), Nummer 8 Buchstabe b), Nummer 9 Buchstabe a), Nummer 10 Buchstabe a), Nummer 11 Buchstabe b) und Nummer 12 Buchstabe a) wird die Wortfolge „der Mitglieder des Direktions- und Lehrpersonals, des Erziehungshilfspersonals, des paramedizinischen Personals der staatlichen Einrichtungen für Vor-, Primar-, Förder-, Mittel-, technischen, Kunst- und Normalschulunterricht und der von diesen Einrichtungen abhängenden Internate sowie der Personalmitglieder des mit der Aufsicht über diese Einrichtungen beauftragten Inspektionsdienstes“ durch die Wortfolge „der Personalmitglieder des Gemeinschaftsunterrichtswesens“ ersetzt.
2. Nummer 1 Buchstabe a), Nummer 2 Buchstabe a), Nummer 4 Buchstabe a), Nummer 5 Buchstabe a), Nummer 8 Buchstabe a) und Nummer 11 Buchstabe a) werden aufgehoben.

Art. 187 - In Artikel 114 Absatz 2 desselben Dekretes wird wie folgt abgeändert:

1. Nummer 1 wird aufgehoben.
2. In Nummer 2 wird die Wortfolge „der Mitglieder des Direktions- und Lehrpersonals, des Erziehungshilfspersonals, des paramedizinischen Personals der staatlichen Einrichtungen für Vor-, Primar-, Förder-, Mittel-, technischen, Kunst- und Normalschulunterricht und der von diesen Einrichtungen abhängenden Internate sowie der Personalmitglieder des mit der Aufsicht über diese Einrichtungen beauftragten Inspektionsdienstes“ durch die Wortfolge „der Personalmitglieder des Gemeinschaftsunterrichtswesens“ ersetzt.

Art. 188 - Artikel 115 desselben Dekrets, abgeändert durch das Dekret vom 11. Mai 2009, wird aufgehoben.

Art. 189 - Artikel 115.1 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 5. Mai 2014, wird aufgehoben.

KAPITEL 36 - ABÄNDERUNG DES DEKRETS VOM 21. APRIL 2008 ZUR AUFWERTUNG DES LEHRERBERUFS

Art. 190 – Artikel 103 des Dekrets vom 21. April 2008 zur Aufwertung des Lehrerberufs, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 18. Juni 2018, wird wie folgt abgeändert:

1. In Nummer 8 wird der Punkt am Ende des Satzes durch ein Semikolon ersetzt;
2. Folgende Nummern 9 und 10 werden eingefügt:
„9. die im Auswahlamt des pädagogischen Koordinators für inklusive Schulen beschäftigten Personalmitglieder;
10. die im Auswahlamt des paramedizinischen Koordinators für inklusive Schulen beschäftigten Personalmitglieder.“

KAPITEL 37 – ABÄNDERUNG DES DEKRETS VOM 23. MÄRZ 2009 ZUR ORGANISATION DES TEILZEIT-KUNSTUNTERRICHTS

Art. 191 – In Artikel 70 des Dekrets vom 23. März 2009 zur Organisation des Teilzeit-Kunstunterrichts wird die Wortfolge „5 %“ durch die Wortfolge „10 %“ ersetzt.

KAPITEL 38 - ABÄNDERUNG DES DEKRETS VOM 25. OKTOBER 2010 ÜBER PÄDAGOGISCHE UND ADMINISTRATIVE NEUERUNGEN IM UNTERRICHTSWESEN

Art. 192 – In Artikel 1 §1 Nummer 1 des Dekrets vom 25. Oktober 2010 über pädagogische und administrative Neuerungen im Unterrichtswesen wird die Wortfolge „der Mitglieder des Direktions- und Lehrpersonals, des Erziehungshilfspersonals, des paramedizinischen Personals der staatlichen Einrichtungen für Vor-, Primar-, Förder-, Mittel-, technischen, Kunst- und Normalschulunterricht und der von diesen Einrichtungen abhängenden Internate sowie der Personalmitglieder des mit der Aufsicht über diese Einrichtungen beauftragten Inspektionsdienstes“ durch die Wortfolge „der Personalmitglieder des Gemeinschaftsunterrichtswesens“ ersetzt.

Art. 193 – Anhang 3 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. In der Zeile „Fachliche Didaktik“ Spalte „Studienpunkte“ wird die Zahl „6“ durch die Wortfolge „4 bis 7“ ersetzt.
2. In der Zeile „Total“ Spalte „Studienpunkte“ wird die Zahl „30“ durch die Wortfolge „28 bis 31“ ersetzt.

KAPITEL 39 – ABÄNDERUNG DES DEKRETS VOM 25. JUNI 2012 ÜBER DIE SCHULINSPEKTION UND DIE SCHULENTWICKLUNGSBERATUNG

Art. 194 – In der Überschrift des Dekrets vom 25. Juni 2012 über die Schulinspektion und die Schulentwicklungsberatung wird die Wortfolge „und die Schulentwicklungsberatung“ durch die Wortfolge „, die Schulentwicklungsberatung und die Schulberatung für Inklusion und Integration“ ersetzt.

Art. 195 – In Artikel 3 desselben Dekrets wird die Wortfolge „und Schulentwicklungsberatung“ durch die Wortfolge „, Schulentwicklungsberatung und Schulberatung für Inklusion und Integration“ ersetzt.

Art. 196 – Artikel 4 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 wird die Wortfolge „und der Schulentwicklungsberatung“ durch die Wortfolge „ , der Schulentwicklungsberatung und der Schulberatung für Inklusion und Integration, im Folgenden Leiter genannt,“ ersetzt.
2. Folgender Absatz 4 wird eingefügt:
„Es wird eine Vollzeitstelle für den Referenten für Inklusion und Integration, im Folgenden Referent genannt, geschaffen.“

Art. 197 – In der Überschrift von Kapitel 2 Abschnitt 1 desselben Dekrets wird die Wortfolge „und Schulentwicklungsberatung“ durch die Wortfolge „ , Schulentwicklungsberatung und Schulberatung für Inklusion und Integration“ ersetzt.

Art. 198 – Artikel 5 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 wird die Wortfolge „Leiter der Schulinspektion und Schulentwicklungsberatung“ durch das Wort „Leiter“ und die Wortfolge „und der Schulentwicklungsberater“ durch die Wortfolge „ , der Schulentwicklungsberater und des Referenten“ ersetzt.
2. In Absatz 2 wird die Wortfolge „Leiter der Schulinspektion und Schulentwicklungsberatung“ durch das Wort „Leiter“ ersetzt und nach der Wortfolge „der Schulentwicklungsberater“ die Wortfolge „sowie des Referenten“ eingefügt.
3. In Absatz 3 wird die Wortfolge „Leiter der Schulinspektion und Schulentwicklungsberatung“ durch das Wort „Leiter“ ersetzt und die Wortfolge „und der Schulentwicklungsberater“ durch die Wortfolge „ , der Schulentwicklungsberater und des Referenten“ ersetzt.

Art. 199 – In das Kapitel 2 desselben Dekrets wird folgender Abschnitt 5, der die Artikel 15.1-15.4 umfasst, eingefügt:

„Abschnitt 5 – Schulberatung für Inklusion und Integration“

Art. 200 – In das Kapitel 2 Abschnitt 5 desselben Dekrets wird folgender Artikel 15.1 eingefügt:

„Art. 15.1 – Aufgaben

Die Schulberatung für Inklusion und Integration befasst sich mit der Qualitätssicherung und -entwicklung der Förderpädagogik im Unterrichtswesen und nimmt auf Anfrage des Schulleiters oder des Schulträgers, was das von der Deutschsprachigen Gemeinschaft organisierte, subventionierte und anerkannte Grund- und Sekundarschulwesen sowie die Schulische Weiterbildung betrifft, folgende Aufgaben wahr:

1. Sie erstellt Gutachten für die Regierung im Bereich der Förderpädagogik, insbesondere zu beantragten Maßnahmen im Bereich der Integration und Inklusion.
2. Sie erstellt, bearbeitet und evaluiert förderpädagogischer Konzepte und Projekte in Zusammenarbeit mit Schulträgern, Schulen sowie anderen betroffenen Einrichtungen.
3. Sie erstellt pädagogische Gutachten.
4. Sie berät in Fragen der Förderpädagogik.
5. Sie unterstützt die Integration und Inklusion von Schülern im Unterrichtswesen durch ein Case Management bei komplexer Fallproblematik.
6. Sie unterstützt die Schulentwicklungsberatung bei der Wahrnehmung von Aufgaben im Bereich der inklusiven Schulentwicklung.
7. Sie unterstützt die Schulinspektion bei der Wahrnehmung von Aufgaben im Bereich der förderpädagogischen Mediation.“

Art. 201 – In denselben Abschnitt wird folgender Artikel 15.2 eingefügt:

„Art. 15.2 – Ausdehnung

Auf Weisung der Regierung berät sie andere pädagogische Einrichtungen mit deren Einverständnis.“

Art. 202 – In denselben Abschnitt wird folgender Artikel 15.3 eingefügt:

„Art. 15.3 - Umsetzung der Aufgaben

Für die in Artikel 15.1 angeführten Aufgaben hat der Referent das Recht:

1. dem Unterricht nach Rücksprache mit dem Schulleiter oder in seiner Abwesenheit mit seinem Stellvertreter beizuwohnen und einen breiten Dialog mit den Mitgliedern der Schulgemeinschaft zu führen;

2. Einsicht zu nehmen in alle Dokumente, die für die Erfüllung der Aufgaben relevant, sachdienlich und zweckmäßig sind.“

Art. 203 – In dasselbe Kapitel wird folgender Abschnitt 6 eingefügt:

„Abschnitt 6 – Berufsgeheimnis“

Art. 204 – In dasselbe Kapitel Abschnitt 6 wird folgender Artikel 15.4 eingefügt:

„Art. 15.4 – Berufsgeheimnis

Der Leiter, die Schulinspektoren und der Referent sind im Rahmen der Ausführung ihrer Tätigkeit an das Berufsgeheimnis gebunden. Die Artikel 4.1.1 und 4.1.2 des Dekrets vom 31. März 2014 über das Zentrum für die gesunde Entwicklung von Kindern und Jugendlichen finden Anwendung, wobei unter „Beschäftigten des Zentrums“ der Leiter, die Schulinspektoren und der Referent zu verstehen sind.“

Art. 205 – In Artikel 16 desselben Dekrets wird die Wortfolge „Leiter der Schulinspektion und Schulentwicklungsberatung, alle Schulinspektoren und Schulentwicklungsberater“ durch die Wortfolge „Leiter, die Schulinspektoren, die Schulentwicklungsberater und den Referenten“, die Wortfolge „Leiters der Schulinspektion und Schulentwicklungsberatung, der Schulinspektoren und Schulentwicklungsberater“ durch die Wortfolge „Leiters, der Schulinspektoren, der Schulentwicklungsberater und des Referenten“ und die Wortfolge „der Mitglieder des Direktions- und Lehrpersonals, des Erziehungshilfspersonals, des paramedizinischen Personals der staatlichen Einrichtungen für Vor-, Primar-, Förder-, Mittel-, technischen, Kunst- und Normalschulunterricht und der von diesen Einrichtungen abhängenden Internate sowie der Personalmitglieder des mit der Aufsicht über diese Einrichtungen beauftragten Inspektionsdienstes“ durch die Wortfolge „der Personalmitglieder des Gemeinschaftsunterrichtswesens“ ersetzt.

Art. 206 – Artikel 17 Absatz 1, abgeändert durch das Dekret vom 24. Juni 2013, desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. Im einleitenden Satz wird die Wortfolge „Leiters der Schulinspektion und Schulentwicklungsberatung“ durch die Wortfolge „Leiters“ ersetzt und nach der Wortfolge „des Schulentwicklungsberaters aus dem Sekundarschul-, Hochschul- oder Universitätswesen“ wird die Wortfolge „oder des Referenten“ eingefügt.

2. Nummer 2 wird wie folgt ersetzt:

„2. mindestens über ein Diplom des Hochschulwesens des ersten Grades verfügt,

a) mit Ausnahme des Leiters, der mindestens über ein Diplom des Hochschulwesens des zweiten Grades verfügt;

b) mit Ausnahme des Referenten, der Inhaber eines Studiennachweises ist, der in Artikel 14 Nummer 8 des Königlichen Erlasses vom 22. April 1969 zur Festlegung der erforderlichen Befähigungsnachweise der Mitglieder des Direktions- und Lehrpersonals, des Erziehungshilfspersonals, des paramedizinischen und des sozialpsychologischen Personals der Einrich-

tungen des staatlichen Vor-, Primar-, Förder- und Mittelschulwesens, des technischen Unterrichts, des Kunstunterrichts und des Normalschulwesens und der von diesen Einrichtungen abhängenden Internate, mit Ausnahme des Buchstaben g), angeführt ist;"

3. In Nummer 3 Buchstabe a), b) und c) wird jeweils folgender Satz eingefügt:

„teilzeitige Dienste werden verhältnismäßig zu einer Vollzeitbeschäftigung anerkannt,"

4. In Nummer 3 wird folgender Buchstabe d) eingefügt:

„d) für das Amt des Referenten: eine nützliche Berufserfahrung von mindestens fünf Jahren im Bereich der Förderpädagogik hat; teilzeitige Dienste werden verhältnismäßig zu einer Vollzeitbeschäftigung anerkannt;"

Art. 207 – Artikel 18 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 wird die Wortfolge „Leiters der Schulinspektion und Schulentwicklungsberatung“ durch das Wort „Leiters“ ersetzt, das Wort „sowie“ durch ein Komma ersetzt, und vor der Wortfolge „wird in der Presse“ die Wortfolge „sowie des Referenten“ eingefügt.
2. In Absatz 4 wird die Wortfolge „Leiters der Schulinspektion und Schulentwicklungsberatung“ durch das Wort „Leiters“ ersetzt.

Art. 208 – In Artikel 19 §1 desselben Dekrets wird die Wortfolge „Leiters der Schulinspektion und Schulentwicklungsberatung, des Schulinspektors sowie des Schulentwicklungsberaters“ durch die Wortfolge „Leiters, des Schulinspektors, des Schulentwicklungsberaters und des Referenten“ ersetzt.

Art. 209 – Artikel 20 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. In §1 wird die Wortfolge „Leiters der Schulinspektion und Schulentwicklungsberatung“ durch die Wortfolge „Leiters“ ersetzt und nach der Wortfolge „des Schulentwicklungsberaters aus dem Sekundarschul-, Hochschul- oder Universitätswesen“ wird die Wortfolge „oder des Referenten“ eingefügt.
2. In §2 Absatz 3 wird die Wortfolge „Leiter der Schulinspektion und der Schulentwicklungsberatung, der Schulinspektor sowie der Schulentwicklungsberater“ durch die Wortfolge „Leiter, der Schulinspektor, der Schulentwicklungsberater oder der Referent“ ersetzt.
3. In §2 Absatz 4 wird die Wortfolge „Leiters der Schulinspektion und der Schulentwicklungsberatung, des Schulinspektors oder des Schulentwicklungsberaters“ durch die Wortfolge „Leiters, des Schulinspektors, des Schulentwicklungsberaters oder des Referenten“ ersetzt.
4. In §3 Absatz 1 wird die Wortfolge „Leiters der Schulinspektion und der Schulentwicklungsberatung“ durch das Wort „Leiters“ ersetzt.
5. In §4 wird die Wortfolge „Ein Leiter der Schulinspektion und der Schulentwicklungsberatung, ein Schulinspektor oder ein Schulentwicklungsberater“ durch die Wortfolge „Ein Leiter, ein Schulinspektor, ein Schulentwicklungsberater oder ein Referent“ ersetzt.

Art. 210 – Artikel 21 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 wird die Wortfolge „Leiter der Schulinspektion und der Schulentwicklungsberatung“ durch das Wort „Leiter“ ersetzt.
2. In Absatz 2 wird die Wortfolge „der Schulinspektor als auch der Schulentwicklungsberater“ durch die Wortfolge „der Schulinspektor, der Schulentwicklungsberater und der Referent“ und die Wortfolge „Leiter der Schulinspektion und der Schulentwicklungsberatung“ durch das Wort „Leiter“ ersetzt.

Art. 211 – In Artikel 21.1 Absatz 1 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 24. Juni 2013, wird die Wortfolge „Leiter der Schulinspektion und der Schulentwicklungsbera-

tung, die Schulinspektoren und die Schulentwicklungsberater“ durch die Wortfolge „Leiter, die Schulinspektoren, die Schulentwicklungsberater und der Referent“ ersetzt.

Art. 212 – Artikel 22 desselben Dekrets, abgeändert durch das Dekret vom 24. Juni 2013, wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 wird die Wortfolge „Schulinspektoren und die Schulentwicklungsberater“ durch die Wortfolge „Schulinspektoren, die Schulentwicklungsberater und der Referent“ ersetzt.
2. In Absatz 1 Nummer 8 wird das Wort „Urlaub“ durch die Wortfolge „vollzeitiger Urlaub“ ersetzt.
3. In Absatz 2 wird die Wortfolge „Leiter der Schulinspektion und der Schulentwicklungsberatung“ durch das Wort „Leiter“ ersetzt.
4. In Absatz 3 wird die Wortfolge „Leiter der Schulinspektion und der Schulentwicklungsberatung“ durch das Wort „Leiter“ ersetzt.
5. In Absatz 4 wird die Wortfolge „Schulinspektoren und die Schulentwicklungsberater“ durch die Wortfolge „Schulinspektoren, die Schulentwicklungsberater und der Referent“ ersetzt.
6. In Absatz 5 wird die Wortfolge „Leiter der Schulinspektion und der Schulentwicklungsberatung“ durch das Wort „Leiter“ ersetzt.
7. In Absatz 7, eingefügt durch das Dekret vom 20. Juni 2016, wird die Wortfolge „Leiter der Schulinspektion und der Schulentwicklungsberatung, Schulinspektor oder Schulentwicklungsberater“ durch die Wortfolge „Leiter, Schulinspektor, Schulentwicklungsberater oder Referenten“ ersetzt.

Art. 213 – Artikel 23 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. In §1 Absatz 1 wird die Wortfolge „Leiter der Schulinspektion und der Schulentwicklungsberatung, die Schulinspektoren und die Schulentwicklungsberater“ durch die Wortfolge „Leiter, die Schulinspektoren, die Schulentwicklungsberater und der Referent“ ersetzt.
2. In §1 Absatz 2 wird die Wortfolge „Schulinspektoren und der Schulentwicklungsberater“ durch die Wortfolge „Schulinspektoren, der Schulentwicklungsberater und des Referenten“, die Wortfolge „Leiter der Schulinspektion und der Schulentwicklungsberatung“ durch das Wort „Leiter“ und die Wortfolge „Leiters der Schulinspektion und der Schulentwicklungsberatung“ durch die Wortfolge „Leiters“ ersetzt.
3. §2 Absatz 2 wird die Wortfolge „Leiter der Schulinspektion und der Schulentwicklungsberatung, die Schulinspektoren und die Schulentwicklungsberater“ durch die Wortfolge „Leiter, die Schulinspektoren, die Schulentwicklungsberater und der Referent“ ersetzt.
4. §3 wird die Wortfolge „Leiter der Schulinspektion und der Schulentwicklungsberatung“ durch das Wort „Leiter“ ersetzt.

Art. 214 – Artikel 24 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. In §1 Absatz 1 wird die Wortfolge „Leiter der Schulinspektion und der Schulentwicklungsberatung“ durch das Wort „Leiter“ ersetzt und nach dem Wort „Schulentwicklungsberater“ die Wortfolge „oder einen Referenten“ eingefügt.
2. In §1 Absatz 2 wird nach dem Wort „Schulentwicklungsberater“ die Wortfolge „oder der Referenten“ eingefügt und die Wortfolge „Leiter der Schulinspektion und der Schulentwicklungsberatung“ durch das Wort „Leiter“ ersetzt.
3. In §2 Absatz 1 wird nach dem Wort „Schulentwicklungsberater“ die Wortfolge „oder der Referent“ eingefügt.
4. In §3 Absatz 1 wird die Wortfolge „Leiter der Schulinspektion und der Schulentwicklungsberatung“ durch das Wort „Leiter“ ersetzt, wird nach der Wortfolge „dem Schulinspektor“ die Wortfolge „oder dem Referenten“ eingefügt und wird jeweils nach der

Wortfolge „der Schulentwicklungsberater“ die Wortfolge „oder der Referent“ eingefügt.

5. In §3 Absatz 2 wird nach der Wortfolge „der Schulentwicklungsberater“ die Wortfolge „oder der Referent“ eingefügt und wird die Wortfolge „Leiters der Schulinspektion und der Schulentwicklungsberatung“ durch das Wort „Leiters“ ersetzt.
6. In §3 Absatz 3 wird die Wortfolge „Leiter der Schulinspektion und der Schulentwicklungsberatung“ durch das Wort „Leiter“ ersetzt.
7. In §3 Absatz 4 wird nach der Wortfolge „der Schulentwicklungsberater“ die Wortfolge „oder der Referent“ eingefügt.
8. In §3 Absatz 5 wird nach der Wortfolge „der Schulentwicklungsberater“ die Wortfolge „oder der Referent“ eingefügt.
9. In §4 Absatz 1 wird nach der Wortfolge „der Schulentwicklungsberater“ die Wortfolge „oder der Referent“ eingefügt und wird die Wortfolge „Leiter der Schulinspektion und der Schulentwicklungsberatung“ durch das Wort „Leiter“ ersetzt.
10. In §4 Absatz 2 wird nach der Wortfolge „der Schulentwicklungsberater“ die Wortfolge „oder der Referent“ eingefügt.
11. In §4 Absatz 3 wird jeweils die Wortfolge „Leiter der Schulinspektion und der Schulentwicklungsberatung“ durch das Wort „Leiter“ ersetzt.
12. In §5 wird die Wortfolge „Leiter der Schulinspektion und der Schulentwicklungsberatung“ durch das Wort „Leiter“ ersetzt.

Art. 215 - In Kapitel 5 desselben Dekrets wird folgender Artikel 67.1 eingefügt:

„Art. 67.1 - In Abweichung von Artikel 18, 19 und 20 bezeichnet die Regierung zum 1. September 2019 die Person auf unbestimmte Dauer im Amt des Referenten für Inklusion und Integration, die die in Artikel 17 angeführten Zulassungsbedingungen mit Ausnahme von Absatz 1 Nummer 5 erfüllt und in den fünf vorhergehenden Schuljahren die in Artikel 15.1 angeführten Aufgaben im Rahmen eines Auftrags im Interesse des Unterrichtswesens wahrgenommen hat.“

Art. 216 - In Kapitel 5 desselben Dekrets wird folgender Artikel 67.2 eingefügt:

„Art. 67.2 - Das Personalmitglied, das am 31. August 2019 im Amt des Leiters der Schulinspektion und der Schulentwicklungsberatung definitiv ernannt ist, gilt ab dem 1. September 2019 im Amt des Leiters der Schulinspektion, der Schulentwicklungsberatung und der Schulberatung für Inklusion und Integration als definitiv ernannt.“

KAPITEL 40 - ABÄNDERUNG DES DEKRETS VOM 31. MÄRZ 2014 ÜBER DAS ZENTRUM FÜR DIE GESUNDE ENTWICKLUNG VON KINDERN UND JUGENDLICHEN

Art. 217 - In Artikel 3.10 des Dekrets vom 31. März 2014 über das Zentrum für die gesunde Entwicklung von Kindern und Jugendlichen wird die Wortfolge „Abschnitt 5“ durch die Wortfolge „der Abschnitte 4 und 5“ ersetzt.

Art. 218 - Artikel 3.20 §1 Absatz 1 desselben Dekrets wird wie folgt ersetzt:

„Das Zentrum bietet Impfungen an:

1. für alle Säuglinge und Kleinkinder im Rahmen der in Artikel 3.3 Nummer 2 erwähnten Vorsorgeuntersuchungen;
2. für alle Kinder und Jugendlichen, die als Schüler im Regel- oder Förderschulwesen eingeschrieben sind, im Rahmen der in Abschnitt 3 erwähnten schulischen Untersuchung.“

Art. 219 - In der Überschrift von Artikel 3.22 desselben Dekrets wird die Wortfolge „im schulischen Umfeld“ eingefügt.

Art. 220 – In Artikel 3.22 desselben Dekrets wird die Wortfolge „in vorliegendem Abschnitt“ durch die Wortfolge „in Artikel 3.22“ ersetzt.

Art. 221 – In den Titel 3 Untertitel 3 Kapitel 1 Abschnitt 5 desselben Dekrets wird folgender Artikel 3.23.1 eingefügt:

„Art. 3.23.1 – *Ansteckende Krankheiten außerhalb des schulischen Umfelds*

Für alle Kinder und Jugendlichen bis zum Alter von 20 Jahren nimmt der verantwortliche Arzt des Zentrums in Absprache mit dem behandelnden Arzt die Koordinierung der Umsetzungsmaßnahmen wahr, die der in Artikel 10.2 §3 des Dekrets vom 1. Juni 2004 zur Gesundheitsförderung und zur medizinischen Prävention erwähnte Arzt-Hygieneinspektor zur Vermeidung der Verbreitung von ansteckenden Krankheiten auch außerhalb des schulischen Umfelds angeordnet hat.“

Art. 222 – Die Überschrift von Titel 3 Untertitel 3 Kapitel 3 desselben Dekrets wird wie folgt ersetzt:

„KAPITEL 3 – BERATUNG UND UNTERSTÜTZUNG VON SCHWANGEREN UND FINANZIELL BEDÜRFTIGEN FAMILIEN“

Art. 223 – Artikel 3.27 desselben Dekrets wird wie folgt ersetzt:

„Art. 3.27 – *Beratung und Unterstützung von Schwangeren*

Die Schwangerenberatung richtet sich an Frauen und Paare. Sie umfasst eine medizinische, soziale und psychologische Beratung und Unterstützung.

Die Beratung orientiert sich am Bedarf der Frauen und Familien.

Die im Haushalt hierfür vorgesehenen finanziellen Mittel werden vom Zentrum genutzt, um bedürftigen Schwangeren, Müttern und Vätern, die im deutschen Sprachgebiet wohnen oder bereits vom Zentrum begleitet wurden, direkte Hilfe, rückzahlbare oder nicht rückzahlbare Zuschüsse zu gewähren.“

Art. 224 – In den Titel 3 Untertitel 3 Kapitel 3 wird folgender Artikel 3.28 eingefügt:

„Art. 3.28 – *Finanzielle Unterstützung bei diagnostischen Abklärungen*

Im Rahmen von diagnostischen Abklärungen, die auf Empfehlung des Zentrums erfolgen und wegen fehlender Fachexpertise oder Ressourcenengpässen nicht von Personalmitgliedern des Zentrums vorgenommen werden können, werden im Rahmen der hierfür vorgesehenen Haushaltsmittel finanziell bedürftige Familien unterstützt. Das Zentrum übernimmt ganz oder teilweise die Kosten, die bei den vorerwähnten diagnostischen Abklärungen anfallen.“

Art. 225 – In dasselbe Kapitel wird folgender Artikel 3.29 eingefügt:

„Art. 3.29 – *Finanzielle Unterstützung bei ansteckenden Krankheiten*

Im Rahmen der hierfür vorgesehenen Haushaltsmittel unterstützt das Zentrum finanziell bedürftige Familien bei der Behandlung von ansteckenden Krankheiten. Das Zentrum übernimmt ganz oder teilweise die Kosten, die in diesem Rahmen für Medikamente und Arztbesuche anfallen.“

Art. 226 – In dasselbe Kapitel wird folgender Artikel 3.30 eingefügt:

„Art. 3.30 – *Auflagen*

Das Zentrum kann die Übernahme der in den Artikeln 3.27-3.29 angeführten Kosten oder Hilfen an Auflagen binden.“

Art. 227 – In dasselbe Kapitel wird folgender Artikel 3.31 eingefügt:

„Art. 3.31 – Kriterien

Das Zentrum legt für die in den Artikeln 3.27 bis 3.29 angeführten Unterstützungsmaßnahmen Genehmigungskriterien fest.“

Art. 228 – In dasselbe Kapitel wird folgender Artikel 3.32 eingefügt:

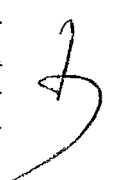
„Art. 3.32 – Berichterstattung

Das Zentrum berichtet in dem in Artikel 12 des Sonderdekrets angeführten Tätigkeitsbericht über die gemäß vorliegendem Kapitel erfolgte Beratung und finanzielle Unterstützung; die Anonymität der Betroffenen wird gewahrt.“

Art. 229 - In Artikel 6.84 §2 Absatz 1 Nummer 7 desselben Dekrets wird das Wort „Urlaub“ durch die Wortfolge „vollzeitiger Urlaub“ ersetzt.

KAPITEL 41 – SCHLUSSBESTIMMUNGEN

Art.230 - Werden aufgehoben:

1. der Königliche Erlass vom 29. August 1966 zur Festlegung des Statuts der Mitglieder des Verwaltungs-, Aufsichts-, Fach- und Dienstleistungspersonals der staatlichen Einrichtungen für Vor-, Primar-, Förder-, Mittel-, technischen, Kunst- und Normalunterricht, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 24. Juni 2013;
 2. der Königliche Erlass vom 29. August 1966 zur Festlegung und Einteilung der Ämter der Mitglieder des Verwaltungspersonals der staatlichen Einrichtungen für Vor-, Primar-, Förder-, Mittel-, technischen, Kunst- und Normalschulunterricht, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 18. Juni 2018;
 3. der Ministerielle Erlass vom 24. Oktober 1966 zur Festlegung des Musters des abschließenden Praktikumsberichts der Mitglieder des Verwaltungs-, Aufsichts-, Fach- und Dienstleistungspersonals der staatlichen Einrichtungen für Vor-, Primar-, Förder-, Mittel-, technischen, Kunst- und Normalunterricht;;
 4. der Königliche Erlass vom 28. Februar 1967 zur Festlegung der administrativen Stellungen des Verwaltungspersonals und des Aufsichts-, Fach- und Dienstpersonals der staatlichen Anstalten für Vor-, Primar-, Förder-, Mittel-, technischen, Kunst- und Normalschulunterricht, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 11. Mai 2009;
 5. der Ministerielle Erlass vom 12. April 1967 zur Festlegung des Musters des Beurteilungsberichtes und der individuellen Karte der Mitglieder des Verwaltungs-, Aufsichts-, Fach- und Dienstleistungspersonals der staatlichen Einrichtungen für Vor-, Primar-, Förder-, Mittel-, technischen, Kunst- und Normalunterricht;
 6. der Königliche Erlass vom 21. September 1967 in Anwendung von Artikel 4 des Königlichen Erlasses vom 28. Februar 1967 zur Festlegung der administrativen Stellungen des Verwaltungspersonals und des Aufsichts-, Fach- und Dienstpersonals der staatlichen Anstalten für Vor-, Primar-, Förder-, Mittel-, technischen, Kunst- und Normalschulunterricht, abgeändert durch den Königlichen Erlass vom 25. November 1976;
 7. der Königliche Erlass vom 8. Dezember 1967 in Anwendung von Artikel 3 des Königlichen Erlasses vom 28. Februar 1967 zur Festlegung der administrativen Stellungen des Verwaltungspersonals und des Aufsichts-, Fach- und Dienstpersonals der staatlichen Anstalten für Vor-, Primar-, Sonder-, Mittel-, technischen, Kunst- und Normalschulunterricht, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 24. Juni 2013;
- 

8. der Königliche Erlass vom 21. Oktober 1968 in Anwendung von Artikel 7 des Königlichen Erlasses vom 28. Februar 1967 zur Festlegung der administrativen Stellungen des Verwaltungspersonals und des Aufsichts-, Fach- und Dienstpersonals der staatlichen Anstalten für Vor-, Primar-, Sonder-, Mittel-, technischen, Kunst- und Normal-schulunterricht, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 24. Juni 2013;
9. der Ministerielle Erlass vom 29. November 1968 in Anwendung von Artikel 46 des Königlichen Erlasses vom 29. August 1966 zur Festlegung des Statuts der Mitglieder des Verwaltungs-, Aufsichts-, Fach- und Dienstleistungspersonals der staatlichen Einrichtungen für Vor-, Primar-, Sonder-, Mittel-, technischen, Kunst- und Normalunterricht;
10. der Ministerielle Erlass vom 29. November 1968 in Anwendung von Artikel 52 des Königlichen Erlasses vom 29. August 1966 zur Festlegung des Statuts der Mitglieder des Verwaltungs-, Aufsichts-, Fach- und Dienstleistungspersonals der staatlichen Einrichtungen für Vor-, Primar-, Sonder-, Mittel-, technischen, Kunst- und Normalunterricht;
11. der Königliche Erlass vom 28. Februar 1969 in Anwendung von Artikel 14 des Königlichen Erlasses vom 29. August 1966 zur Festlegung des Statuts der Mitglieder des Verwaltungs-, Aufsichts-, Fach- und Dienstleistungspersonals der staatlichen Einrichtungen für Vor-, Primar-, Sonder-, Mittel-, technischen, Kunst- und Normalunterricht
12. der Königliche Erlass vom 22. April 1969 zur Festlegung der körperlichen Eignung der Mitglieder des Direktions- und Lehrpersonals, des Erziehungshilfspersonals, des paramedizinischen Personals der staatlichen Anstalten für Vor-, Primar-, Sonder-, Mittel-, technischen, Kunst- und Normal-schulunterricht und der von diesen Anstalten abhängenden Internate;
13. der Königliche Erlass vom 31. Juli 1969 zur Festlegung der erforderlichen Titel für die Ernennung als Inspektor oder Inspektorin für technische Kurse und Kurse für Berufspraxis;
14. der Königliche Erlass vom 31. Juli 1969 zur Festlegung der Anwerbungsämter und Auswahlämter, welche die Personalmitglieder des staatlichen Unterrichtswesens bekleiden müssen, um in ein Beförderungsamt der Kategorie Direktions- und Lehrpersonal ernannt zu werden, abgeändert durch die Erlasse der Regierung vom 1. September 1993 und vom 31. August 2000;
15. der Königliche Erlass vom 22. September 1969 zur Festlegung der Ämter, welche die Personalmitglieder des staatlichen Unterrichtswesens bekleiden müssen, um im Amt des Generalinspektors ernannt zu werden;
16. der Königliche Erlass vom 30. September 1969 zur Festlegung des Musters des Berichts über die Art zu dienen der zeitweiligen Personalmitglieder, vorgesehen in Artikel 30 des Königlichen Erlasses vom 22. März 1969 zur Festlegung des Statuts der Mitglieder des Direktions- und Lehrpersonals, des Erziehungshilfspersonals, des paramedizinischen Personals der staatlichen Anstalten für Vor-, Primar-, Sonder-, Mittel-, technischen, Kunst- und Normal-schulunterricht und der von diesen Anstalten abhängenden Internate sowie der Personalmitglieder des mit der Aufsicht über diese Anstalten beauftragten Inspektionsdienstes;
17. der Königliche Erlass vom 30. September 1969 zur Festlegung des Musters des Berichts über die Art zu dienen der Praktikanten, vorgesehen in Artikel 48 des Königlichen Erlasses vom 22. März 1969 zur Festlegung des Statuts der Mitglieder des Direktions- und Lehrpersonals, des Erziehungshilfspersonals, des paramedizinischen Personals der staatlichen Anstalten für Vor-, Primar-, Sonder-, Mittel-, technischen, Kunst- und Normal-schulunterricht und der von diesen Anstalten abhängenden Internate sowie der Personalmitglieder des mit der Aufsicht über diese Anstalten beauftragten Inspektionsdienstes;
18. der Königliche Erlass vom 30. September 1969 Festlegung des Musters des Beurteilungsberichtes und der individuellen Karte, vorgesehen in Artikel 77 des Königlichen Erlasses vom 22. März 1969 zur Festlegung des Statuts der Mitglieder des Direktions- und Lehrpersonals, des Erziehungshilfspersonals, des paramedizinischen Perso-

- nals der staatlichen Anstalten für Vor-, Primar-, Sonder-, Mittel-, technischen, Kunst- und Normalschulunterricht und der von diesen Anstalten abhängenden Inter-nate sowie der Personalmitglieder des mit der Aufsicht über diese Anstalten beauf-tragten Inspektionsdienstes;
19. der Ministerielle Erlass vom 30. Oktober 1971 in Anwendung von Artikel 54 des Kö-niglichen Erlasses vom 29. August 1966 zur Festlegung des Statuts der Mitglieder des Verwaltungspersonals der staatlichen Einrichtungen für Vor-, Primar-, Sonder-, Mit-tel-, technischen, Kunst- und Normalunterricht;
 20. der Ministerielle Erlass vom 22. März 1974 zur Festlegung des Musters des Berichts über die Art zu dienen der zeitweiligen Primarschullehrer oder Lehrer für Religion, vorgesehen in Artikel 8 des Königlichen Erlasses vom 25. Oktober 1971 zur Festle-gung des Statuts der Primarschullehrer, Lehrer und Inspektoren für katholische und protestantische Religion in den staatlichen Lehranstalten für Primar-, Sonder-, Mittel-, technischen, Kunst- und Normalschulunterricht;
 21. der Ministerielle Erlass vom 22. März 1974 zur Festlegung des Musters des Berichts über die Art zu dienen der Primarschullehrer oder Lehrer für Religion im Praktikum, vorgesehen in Artikel 21 des Königlichen Erlasses vom 25. Oktober 1971 zur Festle-gung des Statuts der Primarschullehrer, Lehrer und Inspektoren für katholische und protestantische Religion in den staatlichen Lehranstalten für Primar-, Sonder-, Mittel-, technischen, Kunst- und Normalschulunterricht;
 22. der Ministerielle Erlass vom 22. März 1974 zur Festlegung des Musters des Beurtei-lungsberichtes und der individuellen Karte, vorgesehen in Artikel 29 des Königlichen Erlasses vom 25. Oktober 1971 zur Festlegung des Statuts der Primarschullehrer, Lehrer und Inspektoren für katholische und protestantische Religion in den staatli-chen Lehranstalten für Primar-, Sonder-, Mittel-, technischen, Kunst- und Normal-schulunterricht;
 23. der Königliche Erlass vom 20. Dezember 1976 bezüglich der Abwesenheiten längerer Dauer aus familienbedingten Gründen;
 24. der Ministerielle Erlass vom 23. Mai 1977 zur Festlegung des Musters des Inspektions-berichtes betreffend die zeitweiligen Primarschullehrer oder Lehrer für katholische und protestantische Religion, vorgesehen in Artikel 7 des Königlichen Erlasses vom 25. Oktober 1971 zur Festlegung des Statuts der Primarschullehrer, Lehrer und Inspekto-ren für katholische und protestantische Religion in den staatlichen Lehranstalten für Primar-, Sonder-, Mittel-, technischen, Kunst- und Normalschulunterricht;
 25. der Ministerielle Erlass vom 23. Mai 1977 zur Festlegung des Musters des Inspektions-berichtes betreffend die Primarschullehrer oder Lehrer für katholische und protes-tantische Religion im Praktikum, vorgesehen in Artikel 17 des Königlichen Erlasses vom 25. Oktober 1971 zur Festlegung des Statuts der Primarschullehrer, Lehrer und Inspektoren für katholische und protestantische Religion in den staatlichen Lehran-stalten für Primar-, Sonder-, Mittel-, technischen, Kunst- und Normalschulunterricht;
 26. der Ministerielle Erlass vom 23. Mai 1977 zur Festlegung des Musters des Inspektions-berichtes betreffend die definitiven Primarschullehrer oder Lehrer für katholische und protestantische Religion, vorgesehen in Artikel 30 des Königlichen Erlasses vom 25. Oktober 1971 zur Festlegung des Statuts der Primarschullehrer, Lehrer und Inspekto-ren für katholische und protestantische Religion in den staatlichen Lehranstalten für Primar-, Sonder-, Mittel-, technischen, Kunst- und Normalschulunterricht;
 27. der Erlass der Exekutive der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 13. März 1991 über den Elternurlaub und den Urlaub aus zwingenden familiären Gründen zugunsten bestimmter zeitweiliger Personalmitglieder der Lehranstalten der Gemeinschaft, ab-geändert durch den Erlass der Regierung vom 25. Mai 1995 und das Dekret vom 6. Juni 2005;

28. der Erlass der Exekutive der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 21. August 1991 zur Festlegung des Musters des Inspektionsberichtes betreffend die zeitweiligen Personalmitglieder des Gemeinschaftsunterrichtswesens;
29. der Erlass der Exekutive der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 21. August 1991 zur Festlegung des Musters des Inspektionsberichtes betreffend die Praktikanten des Gemeinschaftsunterrichtswesens;
30. der Erlass der Exekutive der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 23. Oktober 1991 zur Festlegung des Musters des Inspektionsberichtes betreffend die definitiv ernannten Personalmitglieder des Gemeinschaftsunterrichtswesens;
31. der Erlass der Exekutive der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 29. Januar 1992 zur Festlegung des Musters des Beurteilungsberichtes und des Personalbogens, die vorgesehen sind in Artikel 75 des Königlichen Erlasses vom 22. März 1969 zur Festlegung des Statuts der Mitglieder des Direktions- und Lehrpersonals, des Erziehungshilfspersonals, des paramedizinischen Personals der staatlichen Einrichtungen für Vor-, Primar-, Sonder-, Mittel-, technischen, Kunst- und Normalschulunterricht und der von diesen Einrichtungen abhängenden Internate sowie der Personalmitglieder des mit der Aufsicht über diese Einrichtungen beauftragten Inspektionsdienstes.

Art. 231 – Vorliegendes Dekret tritt am 1. September 2019 in Kraft mit Ausnahme

1. der Artikel 28, 29, 43 Nummer 1, 45, 117 und 119, die mit Wirkung vom 1. September 2018 in Kraft treten;
2. der Artikel 4 Nummer 4 und 28, die am Tag der Verabschiedung des Dekrets in Kraft treten;
3. der Artikel 11-15, 17, 18, 19 Nummer 1 und 21, die am 1. April 2019 in Kraft treten;
4. des Artikels 93, der am 1. Juni 2019 in Kraft treten;
5. der Artikel 9, 46, 80, 81, 87, 88, 97, 98 und 99, die am 1. Juli 2019 in Kraft treten.
6. der Artikel 19 Nummer 2 und 137 Nummer 2, die am 1. Januar 2020 in Kraft treten;

Eupen, den

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Der Ministerpräsident

O. PAASCH

Der Minister für Bildung
und wissenschaftliche Forschung

H. MOLLERS

22/11/2018

GOUVERNEMENT DE LA COMMUNAUTÉ GERMANOPHONE

Le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Sur la proposition du Ministre compétent en matière d'Enseignement;

Après délibération,

Arrête :

Le Ministre compétent en matière d'Enseignement est chargé de soumettre au Parlement de la Communauté germanophone le projet de décret dont la teneur suit :

Avant-projet de décret portant des mesures en matière d'enseignement – 2019

Contenu

Le présent avant-projet de décret modifie diverses dispositions en matière de personnel et d'organisation dans l'enseignement.

Il contient entre autres des modifications dans les domaines suivants :

- harmonisation des dispositions statutaires pour le personnel administratif de l'enseignement communautaire avec celles des autres catégories de personnel;
- coordinateur pédagogique et paramédical dans des écoles inclusives;
- modification des dispositions concernant les chefs d'atelier;
- adaptation des dispositions statutaires relatives aux chargés de recherche et évaluateurs externes;
- prise en compte des services prestés en tant qu'instituteur primaire pour les membres du personnel porteurs d'un diplôme d'instituteur maternel;
- création d'une guidance pour l'inclusion et l'intégration;
- capital emplois;
- soutien financier par Kaleido.

EXPOSE DES MOTIFS

EXPLICATIONS GÉNÉRALES

Le présent avant-projet de décret est construit selon le schéma habituel : chaque chapitre adapte un texte réglementaire particulier, et ce, dans l'ordre chronologique.

Afin d'avoir rapidement une meilleure vue d'ensemble, cet exposé des motifs ne suit pas strictement l'ordre des chapitres, mais s'articule autour d'un thème ou d'une mesure et contient en même temps le commentaire des différents articles. Les articles connexes sont énumérés.

1. Statut pécuniaire – Correction de texte (article 1^{er})

Entrée en vigueur : 1^{er} septembre 2019

Le « Sammeldekret 2017 » (décret global) a établi que, pour les membres du personnel occupant une fonction de sélection ou de promotion, ne sont pas seulement reconnus – lors de la fixation de l'ancienneté pécuniaire – les services prestés dans l'enseignement ou dans la fonction publique, selon le cas, d'un État membre de l'UE ou dans une asbl/fondation, mais aussi ceux prestés dans le secteur privé ou en tant qu'indépendant. Dans ce contexte, il a été omis de définir que peuvent également être reconnus pour ces personnes des services prestés dans la fonction publique d'un État qui n'appartient pas à l'Union européenne. Cette correction est apportée par l'article 1^{er}.

2. Harmonisation des dispositions statutaires pour le personnel administratif de l'enseignement communautaire avec celles des autres catégories de personnel (articles 3, 4, 1^o à 3^o et 5^o, articles 5, 6, 11 à 15, 17, 18, 19, 1^o, 21, 39, 42, 50 à 56, 57, 1^o, 58 à 69, 72 à 76, 92, 110, 112, 114, 115, 136 à 138, 140, 142, 43, 1^o, 159, 186, 178, 1^o, 188, 189, 192, 205 et 230)

Entrée en vigueur : 1^{er} septembre 2019, à l'exception des articles 11 à 15, 17, 18, 19, 1^o, et 21, qui entrent en vigueur le 1^{er} avril 2019.

Dans l'enseignement communautaire, toutes les catégories de personnel sont soumises au statut du 22 mars 1969, à l'exception du personnel administratif et du personnel de maîtrise, gens de métier et de service, soumis à leur propre statut du 29 août 1966. En revanche, le personnel administratif de l'enseignement subventionné est soumis au statut du personnel qui est également applicable aux autres catégories de personnel. Le statut du personnel administratif de l'enseignement communautaire, datant de 1966, n'a pas été régulièrement pris en considération lors des adaptations statutaires opérées ces dernières années, de sorte que, pour le personnel administratif de l'enseignement communautaire, la base légale manque pour certains processus statutaires, par exemple pour le recrutement opéré sur la base des titres et mérites ou la désignation à durée indéterminée. Afin d'éliminer ces disparités, il est proposé d'adapter les dispositions statutaires concernant le personnel administratif et de les harmoniser avec celles des autres catégories de personnel dans l'enseignement communautaire, d'une part, et avec celles du personnel administratif de l'enseignement subventionné, d'autre part. C'est non seulement judicieux dans le contexte de la mise en place, l'an dernier, de la fonction de secrétaire en chef dans l'enseignement fondamental, mais également nécessaire, dans l'enseignement communautaire, afin d'offrir une base statutaire claire équivalente au personnel administratif.

Pour atteindre cet objectif, le personnel administratif est d'abord soumis au statut du personnel de l'enseignement communautaire. En outre, les textes réglementaires relatifs aux divers types de congé sont rendus applicables au personnel administratif. Les textes réglementaires jusqu'à présent applicables au personnel administratif sont en grande partie abrogés. Une disposition transitoire est prévue pour le dernier membre du personnel statutaire relevant de la catégorie du personnel de maîtrise, gens de métier et de service. Comme dans l'enseignement subventionné, le personnel de maîtrise, gens de métier et de service est soumis depuis quelques années déjà à la législation générale du travail.

L'article 3 adapte l'intitulé de l'arrêté royal du 19 juin 1967.

L'article 4, 1^o à 3 et 5^o, et l'article 5 apportent des modifications à l'arrêté royal du 19 juin 1967 à la suite de l'adaptation de son intitulé. En outre, l'article 1^{er} ne mentionne plus les titres que pour les fonctions qui subsistent dans la catégorie du personnel administratif. La formulation concernant la reconnaissance des certificats d'études et la délivrance des certificats de conformité est remplacée par la formulation adaptée, telle qu'elle figure dans tous les statuts.

L'article 6 insère le personnel administratif dans l'intitulé de l'arrêté du 2 octobre 1968 relatif aux fonctions.

L'article 11 insère un nouveau chapitre pour le personnel administratif dans ledit arrêté du 2 octobre 1968.

L'article 12 insère, dans cet arrêté, les fonctions du personnel administratif qui sont effectivement occupées ou pourraient l'être. Ces fonctions sont les suivantes : commis, commis-dactylographe, correspondant-comptable, secrétaire en chef, secrétaire administratif, secrétaire administratif en chef et adjoint. L'arrêté royal du 29 août 1966 concernant les fonctions de la catégorie du personnel administratif est abrogé par l'article 214.

L'article 13 modifie l'intitulé de l'arrêté royal du 22 mars 1969 étant donné que cet arrêté est désormais applicable à toutes les catégories de personnel de l'enseignement communautaire.

L'article 14 élargit au personnel administratif l'article 1^{er} de l'arrêté royal du 22 mars 1969 énumérant toutes les catégories de personnel.

L'article 15 précise qu'une désignation sur dérogation dans la fonction de professeur-médiathécaire ou dans une fonction de la catégorie du personnel administratif prend fin au plus tard le 31 août de l'année scolaire concernée. Les désignations sur dérogation dans toutes les autres fonctions se terminent au plus tard le 30 juin de l'année scolaire concernée.

À l'article 18, le capital emplois pour les fonctions de recrutement dans la catégorie du personnel administratif est exclu de la limitation à 95 % du volume des nominations.

Les articles 19, 1^o, et 21 précisent que, pour le calcul de l'ancienneté, les jours de service prestés par le personnel administratif ne sont pas multipliés par 1,2 étant donné qu'il s'agit d'une désignation supérieure à douze mois.

L'article 17 précise que la désignation du personnel administratif se termine d'office le 31 août.

L'article 39 adapte la formulation de la disposition de l'article 163 selon laquelle aucun membre remplissant les conditions de mise à la retraite ne peut être placé en non-activité de service.

L'article 42 fixe une disposition transitoire établissant que les membres restants du personnel de maîtrise, gens de métier et de service qui sont nommés à titre définitif seront soumis, à partir du 1^{er} avril 2019, aux mêmes dispositions que les membres du personnel de la catégorie du personnel administratif.

Les articles 50 à 53 remplacent les renvois à l'arrêté royal du 22 mars 1969 et les adaptent à son nouvel intitulé dans l'arrêté royal du 25 octobre 1971 concernant le statut des maîtres et professeurs de religion.

L'article 54 insère le nouvel intitulé de l'arrêté royal du 22 mars 1969 dans l'intitulé de l'arrêté royal du 20 décembre 1973.

L'article 55 abroge la phrase relative au calcul de l'ancienneté pendant le stage.

L'article 56 insère le nouvel intitulé de l'arrêté royal du 22 mars 1969 dans l'intitulé de l'arrêté royal du 15 janvier 1974.

L'article 57, 1^o, procède à la même adaptation dans l'article 1^{er} de l'arrêté royal du 15 janvier 1974 et établit que le régime de congé mentionné à l'article 1^{er} n'est pas d'application pour le personnel administratif.

L'article 58 insère un article 1.1 dans l'arrêté royal du 15 janvier 1974, dans lequel le congé annuel du personnel administratif est établi, comme il était prévu jusqu'à présent dans l'arrêté royal du 8 décembre 1967. En outre, il est précisé que le congé annuel est fixé au prorata en cas d'emplois à temps partiel et que les membres du personnel ont droit aux jours fériés légaux ainsi qu'au 15 novembre. Si ces jours coïncident avec un samedi ou un dimanche, les membres du personnel reçoivent un jour de compensation dont la date peut être fixée par le pouvoir organisateur.

Les articles 59, 60, 62, 63, 65 à 69 et 72 à 74 précisent les articles de l'arrêté royal du 15 janvier 1974 à la suite de la modification de l'article 1^{er} et de l'insertion du personnel administratif. Les articles apportent des modifications linguistiques sans modifier le régime des congés.

L'article 61 abroge l'article 12. Celui-ci comportait des congés pour présenter des examens requis par le statut. En vertu des dispositions du décret du 25 juin 2007, tous les membres du personnel ont droit à un congé pour présenter des examens qui sont utiles à l'enseignement.

L'article 75 insère le nouvel intitulé de l'arrêté royal du 22 mars 1969 dans l'intitulé de l'arrêté royal du 18 janvier 1974.

L'article 76 remplace l'article 1^{er} et précise que les règles de la mise en disponibilité s'appliquent à toutes les catégories de personnel. Jusqu'à présent, les règles de mise en disponibilité pour le personnel administratif étaient fixées dans l'arrêté royal du 20 octobre 1968, lequel est abrogé.

L'article 92 insère le nouvel intitulé de l'arrêté royal du 22 mars 1969 dans l'intitulé de l'arrêté royal du 4 septembre 1989.

L'article 110 insère la mission du personnel administratif dans le décret du 31 août 1998. Une mission générale est fixée pour toutes les fonctions du personnel administratif. Lors de l'évaluation, il est possible de déterminer, de décrire et d'évaluer le point fort dans le cadre de la mission générale définie, et ce, selon la fonction exercée par le membre du personnel évalué.

Les articles 112 et 114 insèrent le nouvel intitulé de l'arrêté royal du 22 mars 1969 dans le décret du 14 décembre 1998.

L'article 115 précise que, dans l'enseignement libre subventionné également, les jours de service prestés par le professeur-médiathécaire désigné jusqu'au 31 août ne sont pas multipliés par 1,2 pour calculer l'ancienneté.

Les articles 136 à 138 insèrent le nouvel intitulé de l'arrêté royal du 22 mars 1969 dans l'intitulé du décret du 30 juin 2003. Les articles adaptent la liste des textes réglementaires relatifs aux différents types de congé à l'intitulé de l'arrêté royal du 22 mars 1969 et suppriment les renvois aux textes réglementaires abrogés par l'article 214. La liste reprend le renvoi à tous les types de congé pour lesquels l'emploi occupé est déclaré vacant si le type de congé a été sollicité pour une période minimale de six années scolaires complètes.

Les articles 140 et 142 insèrent le nouvel intitulé de l'arrêté royal du 22 mars 1969 dans le décret du 29 mars 2004.

L'article 143, 1°, précise que, dans l'enseignement officiel subventionné également, les jours de service prestés par le professeur-médiathécaire désigné jusqu'au 31 août ne sont pas multipliés par 1,2 pour calculer l'ancienneté.

L'article 159 insère le nouvel intitulé de l'arrêté royal du 22 mars 1969 dans le décret du 6 juin 2005.

Les articles 185, 186, 1°, 187 et 188 adaptent, dans le décret du 26 juin 2006, l'intitulé de l'arrêté royal du 22 mars 1969 dans la liste des textes réglementaires relatifs aux divers types de congé, d'une part, et suppriment les renvois aux textes réglementaires qui n'existeront plus, d'autre part. La liste sert à uniformiser les modalités de demande pour divers types de congé.

L'article 191 insère le nouvel intitulé de l'arrêté royal du 22 mars 1969 dans le décret du 25 octobre 2010.

L'article 205 insère le nouvel intitulé de l'arrêté royal du 22 mars 1969 dans le décret du 25 juin 2012.

L'article 229 abroge des textes réglementaires en ce qui concerne le personnel administratif ainsi que d'autres textes qui sont aujourd'hui obsolètes.

3. Adaptation des conditions d'accès aux fonctions de secrétaire en chef et de secrétaire de direction (articles 4, 4°, 28, 29, 122 et 123)

Entrée en vigueur : 1^{er} septembre 2018, à l'exception de l'article 4, 4°, et de l'article 28, qui entrent en vigueur le jour de l'adoption.

Le « Sammeldekret 2018 » a redéfini les conditions d'accès aux fonctions de secrétaire en chef et de secrétaire de direction. Ainsi, le certificat d'enseignement secondaire général supérieur, complété par cinq ans d'expérience professionnelle utile, a entre autres été fixé comme titre requis pour ces fonctions. En revanche, un certificat de l'enseignement technique ne permet d'accéder à ces fonctions que s'il a été obtenu dans l'orientation d'études « secrétariat ». L'enseignement technique est désormais subdivisé en enseignement technique de transition et en enseignement technique de qualification. Étant donné que l'enseignement technique de transition présente de nombreux parallélismes avec l'enseignement général, et que le certificat y obtenu peut être, quant à son contenu, assimilé à un certificat obtenu dans l'enseignement général, le Gouvernement propose d'adapter la législation de manière à ce que non seulement tout certificat de l'enseignement général, mais aussi tout certificat de l'enseignement technique de transition donne accès à la fonction de secrétaire en chef ou, selon le cas, de secrétaire de direction, si le candidat peut justifier d'une expérience professionnelle utile d'au moins cinq ans dans le domaine du secrétariat.

En plus de cette adaptation dans le domaine des diplômes, quelques petites corrections de texte ont été apportées en ce qui concerne le statut du secrétaire de direction. En effet, le « Sammeldekret 2018 » a entre autres adapté les conditions de diplôme pour la fonction de secrétaire de direction et réglé le remplacement temporaire d'un secrétaire de direction en cas d'absence. Toutefois, ces deux modifications n'ont pas été apportées dans le statut de l'enseignement libre subventionné. Par la mesure prise, les adaptations seront rétroactivement inscrites dans le décret du 14 décembre 1998. En outre, une correction de texte relative au remplacement temporaire d'un secrétaire de direction est proposée dans le statut de l'enseignement communautaire.

L'article 4, 4^o, procède à cette correction en ce qui concerne le titre pour la fonction de secrétaire en chef.

L'article 28 procède à la correction en ce qui concerne le titre pour la fonction de secrétaire de direction dans le statut de l'enseignement communautaire.

L'article 29 procède à la correction en ce qui concerne le remplacement dans le statut de l'enseignement communautaire.

Les articles 122 et 123 procèdent aux modifications en ce qui concerne le statut de l'enseignement libre subventionné.

Le statut de l'enseignement officiel subventionné ne doit pas être modifié.

4. Coordinateur pédagogique et paramédical dans des écoles inclusives (articles 7, 2^o, 8, 29, 31, 40, 41, 57, 2^o et 3^o, 93, 107, 108, 124, 125, 132, 133, 146, 147 et 190)

Entrée en vigueur : 1^{er} septembre 2019

Depuis quelques années, le centre de pédagogie de soutien organise une école inclusive en collaboration avec la commune de Butgenbach. Dans cette école fondamentale commune de Butgenbach, des cours sont dispensés à la fois à des enfants de l'enseignement ordinaire et à des enfants nécessitant un soutien pédagogique spécialisé. Les cours sont donnés sous la forme d'un enseignement par équipe. En outre, du

personnel paramédical est mis à la disposition de l'école pour l'encadrement et le soutien lors de thérapies individuelles.

L'école fondamentale commune est dirigée par une directrice d'école fondamentale issue du personnel de l'enseignement communal. Elle est soutenue par une coordinatrice pédagogique (0,75 ETP) et par une coordinatrice paramédicale (0,5 ETP), appartenant toutes deux au personnel du centre de pédagogie de soutien.

Pour protéger statutairement les fonctions des deux coordinateurs, le Gouvernement propose de créer deux nouvelles fonctions, à savoir celle de coordinateur pédagogique dans des écoles inclusives, d'une part, et celle de coordinateur paramédical dans des écoles inclusives, d'autre part. Il s'agit de fonctions de sélection, étant entendu que le poste de coordinateur pédagogique relève de la catégorie du personnel enseignant et le poste de coordinateur paramédical, de la catégorie du personnel paramédical.

Les missions du coordinateur pédagogique ou, selon le cas, paramédical, sont les suivantes.

- La mission du coordinateur pédagogique dans des écoles inclusives comprend surtout les tâches suivantes :
 - le développement de concepts pédagogiques dans des écoles inclusives, en concertation avec la direction de l'école spécialisée;
 - l'organisation et le suivi de l'enseignement dans les écoles inclusives;
 - le soutien du directeur de l'école spécialisée en ce qui concerne la direction et l'encadrement du personnel enseignant, auxiliaire d'éducation et sociopsychologique de l'école spécialisée impliqué dans des écoles inclusives;
 - l'organisation des surveillances;
 - l'organisation et la direction de conseils de classe et d'entretiens de situation;
 - l'organisation et l'encadrement des stages d'observation;
 - la coordination de la transition des élèves de l'école primaire vers l'école secondaire;
 - la participation à des réunions de personnel, à des conseils de classe et à des réunions de coordination;
 - la collaboration avec les membres du personnel, le conseil pédagogique et les autres organes de représentation au sein de l'école;
 - les conseils aux élèves et les personnes chargées de leur éducation;
 - la coopération avec les partenaires externes, notamment le centre pour le développement sain des enfants et des jeunes;
 - la participation personnelle à des recyclages et formations continuées;
 - les tâches qui contribuent à la réalisation du projet d'établissement.
- La mission du coordinateur paramédical pour les écoles inclusives comprend surtout les tâches suivantes :
 - la coordination de mesures de soutien dans des écoles inclusives;
 - le développement de concepts paramédicaux dans des écoles inclusives, en concertation avec la direction de l'école spécialisée;
 - l'organisation et l'encadrement de la pédagogie assistée par l'animal au sein des écoles inclusives;
 - le soutien du chef d'établissement de l'école spécialisée dans la direction et l'encadrement du personnel paramédical de ladite école spécialisée qui intervient dans les écoles inclusives;
 - l'organisation des surveillances;
 - l'organisation et la direction de conseils de classe et d'entretiens de situation;
 - l'organisation et l'encadrement des stages d'observation;

- la coordination de la transition des élèves de l'école primaire vers l'école secondaire;
- la participation à des réunions de personnel, à des conseils de classe et à des réunions de coordination;
- la collaboration avec les membres du personnel, le conseil pédagogique et les autres organes de représentation au sein de l'école;
- les conseils aux élèves et les personnes chargées de leur éducation;
- la coopération avec les partenaires externes, notamment le centre pour le développement sain des enfants et des jeunes;
- la participation personnelle à des recyclages et formations continuées;
- les tâches qui contribuent à la réalisation du projet d'école.

Les dispositions statutaires définies pour les deux fonctions sont conformes à celles qui s'appliquent déjà au coordinateur d'une structure d'accrochage scolaire, à savoir :

- sont admises les personnes qui ont au moins un diplôme de l'enseignement supérieur du premier degré et qui ont une connaissance approfondie de la langue allemande. Un plan stratégique et d'action doit être présenté dans le cadre de la procédure de candidature. Une qualification pédagogique ou paramédicale, selon le cas, constitue un atout. La désignation dans cette fonction s'opère pour une durée indéterminée. Une nomination est possible si le membre du personnel a au moins 50 ans, s'il justifie d'une ancienneté de fonction d'au moins cinq ans, et que son dernier bulletin de signalement porte en conclusion au moins la mention « suffisant ».
- Les possibilités de congés sont limitées pour cette fonction. Seuls les congés suivants peuvent être sollicités :
 - o le congé annuel;
 - o le congé de circonstance;
 - o le congé exceptionnel pour cas de force majeure;
 - o le congé de maternité;
 - o le congé pour adoption ou tutelle officielle;
 - o le congé pour cause de maladie ou d'infirmité;
 - o le congé à temps plein pour mission;
 - o la mise en disponibilité pour cause de maladie ou d'infirmité;
 - o la retraite anticipée à temps plein;
 - o le congé médical à mi-temps;
 - o le congé pour des motifs impérieux d'ordre familial;
 - o la mise en disponibilité pour convenances personnelles;
 - o l'interruption de carrière complète;
 - o les interruptions de carrière thématiques (à mi-temps ou à temps plein).
- Régime pécuniaire : le membre du personnel est rémunéré sur la base de son diplôme. Il reçoit en sus une indemnité (environ 300 € bruts indexés/mois).
- Le coordinateur est évalué au moins une fois tous les cinq ans par le chef d'établissement.
- Le temps de travail est de 38 heures de 60 minutes par semaine en moyenne pour un temps plein. Cette moyenne est calculée sur une période de référence de quatre mois.
- Les congés annuels : les mêmes règles que pour les chefs d'établissement, sous-directeurs, cadres intermédiaires, etc. s'appliquent (réduction des vacances d'été de treize jours ouvrables).

Les articles 7, 2°, et 8° insèrent, dans l'arrêté royal du 2 octobre 1968, la fonction de sélection de coordinateur pédagogique dans des écoles inclusives et la fonction de sélection de coordinateur paramédical dans des écoles inclusives.

Les dispositions statutaires sont ancrées dans le statut des enseignants de l'enseignement communautaire par les articles 29 et 31. Les articles 124 et 125 et les articles 146 et 147, selon le cas, ancrent les mêmes dispositions respectivement dans le statut des enseignants de l'enseignement libre subventionné et de l'enseignement officiel subventionné.

Les articles 40, 41, 132 et 133 établissent une dérogation à la procédure de recrutement définie pour le coordinateur pédagogique ou paramédical, selon le cas. Cette disposition dérogatoire garantit que les deux membres du personnel qui, durant les années scolaires 2017-2018 et 2018-2019, ont accompli dans une école inclusive en Communauté germanophone des tâches de coordination pédagogique ou paramédicale, selon le cas, ainsi que, dans ce contexte, des tâches qui – par le présent chapitre – sont définies dans le décret organique du 31 août 1998 pour le coordinateur pédagogique ou paramédical, selon le cas, sont, au 1^{er} septembre 2019, désignés à durée indéterminée dans la fonction correspondante de coordinateur pédagogique ou paramédical dans des écoles inclusives. Une attestation rédigée par le chef d'établissement peut être présentée comme preuve au pouvoir organisateur, attestation précisant les missions assurées par le membre du personnel.

L'article 57, 2° et 3°, modifie l'arrêté royal du 15 janvier 1974. Cet arrêté régit le congé annuel du coordinateur pédagogique ou paramédical, selon le cas.

Les normes pour la création de deux fonctions sont réglées comme suit par l'article 93 dans le décret du 27 juin 1990 :

- coordinateur pédagogique : si une école spécialisée compte au moins 150 élèves le dernier jour d'école du mois de septembre de l'année scolaire en cours, 0,75 emploi peut être organisé ou subventionné dans la fonction de coordinateur pédagogique dans des écoles inclusives, si ladite école spécialisée organise, conjointement avec une école ordinaire, une école inclusive;
- coordinateur paramédical : si une école spécialisée compte au moins 150 élèves le dernier jour d'école du mois de septembre de l'année scolaire en cours, un demi-emploi du capital périodes général de l'école spécialisée peut être transformé en un demi-emploi pour un coordinateur paramédical dans des écoles inclusives, si ladite école spécialisée organise, conjointement avec une école ordinaire, une école inclusive.

Les articles 107 et 108 insèrent les tâches du coordinateur pédagogique ou paramédical, selon le cas, dans le décret organique du 31 août 1998.

L'article 190 modifie le décret du 21 avril 2008 portant valorisation du métier d'enseignant afin de garantir la rémunération du coordinateur pédagogique ou paramédical, selon le cas, sur la base du diplôme.

5. Modification des dispositions concernant les chefs d'atelier (articles 7, 1°, 3° et 4°, 23, 27, 94, 97, 117 à 121, 144 et 145)

Entrée en vigueur : 1^{er} septembre 2019

Le Gouvernement propose certaines modifications en ce qui concerne la fonction de chef d'atelier. Les écoles qui organisent un enseignement technique et professionnel ont droit à un ou plusieurs emplois dans la fonction de chef d'atelier lorsqu'elles atteignent

certaines normes. Si l'école n'organise pas de cycle dans le degré supérieur, l'emploi de chef d'atelier est implanté dans l'inférieur. Si, en revanche, l'école organise bien un cycle dans le degré supérieur, le premier emploi est implanté dans le degré supérieur et le deuxième dans l'inférieur, sur la base d'un protocole de concertation datant de 1975; le chef d'atelier implanté dans le degré inférieur est rémunéré selon un barème inférieur à celui du chef d'atelier dans le supérieur.

Cette distinction entre un chef d'atelier de l'inférieur et un du supérieur est aujourd'hui obsolète. En Communauté germanophone, le RSI Eupen est la seule école qui a droit à deux emplois dans la fonction de chef d'atelier. Les domaines de compétence de ces deux chefs d'atelier ne sont cependant pas définis en fonction des niveaux inférieur ou supérieur, mais plutôt sur la base des orientations d'études organisées. Ainsi, un chef d'atelier est occupé dans le secteur industriel et un autre, dans le secteur des services. Par conséquent, le Gouvernement propose de supprimer dans la législation la distinction entre chef d'atelier de l'inférieur, d'une part, et chef d'atelier du supérieur, d'autre part. Dans ce contexte, il est également proposé que la rémunération d'un chef d'atelier s'opère à l'avenir sur la base du barème qui, jusqu'à présent, était attribué aux chefs d'atelier du degré supérieur.

En outre, il est proposé que les emplois dans la fonction de chef d'atelier puissent, à l'avenir, être répartis entre plusieurs personnes, étant entendu que les personnes concernées seront, dans ce cas, engagées comme chef d'atelier à mi-temps. Une école qui, par exemple, a droit à deux emplois dans la fonction de chef d'atelier peut les répartir entre maximum quatre membres du personnel ayant chacun un demi-horaire de chef d'atelier. Cette proposition s'appuie sur le modèle qui, depuis quelques années, est appliqué dans le domaine de la gestion intermédiaire (*middle management* en allemand) et a trouvé un fort écho tant auprès des directions d'écoles qu'auprès des membres du personnel. Les cadres intermédiaires n'occupent pas non plus un emploi à temps plein, mais bien un emploi à mi-temps. En outre, ils restent occupés en tant qu'enseignants dans leur école respective. Cette adaptation vise avant tout à rendre la fonction de chef d'atelier plus attractive.

En outre, il est proposé que, par analogie au statut du cadre intermédiaire, la désignation ou, selon le cas, l'engagement du chef d'atelier ne s'opère plus désormais dès le départ pour une durée indéterminée. Le candidat sélectionné par le pouvoir organisateur dans le cadre de l'appel à candidatures est désigné pour la durée d'une année scolaire. Sur présentation d'un rapport d'évaluation établi par le chef d'établissement portant au moins en conclusion la mention « bien », l'engagement sera prolongé d'une année scolaire au terme de l'année scolaire. Si, au terme de la deuxième désignation ou, selon le cas, du deuxième engagement, le rapport d'évaluation établi par le chef d'établissement porte au moins en conclusion la mention « bien », le troisième engagement sera à durée indéterminée. Une sorte de période d'essai est ainsi instaurée pour cette fonction. Cela présente un double avantage: d'une part, le chef d'établissement peut observer si le membre du personnel est fondamentalement apte à remplir la fonction de chef d'atelier et, d'autre part, le membre du personnel a l'opportunité de découvrir par lui-même s'il peut s'identifier au champ d'activité du chef d'atelier avant d'être désigné à durée indéterminée.

Enfin, les dispositions statutaires applicables aux chefs d'atelier sont complétées en ce qui concerne le temps de travail hebdomadaire. Il est à noter qu'un chef d'atelier à plein temps preste en moyenne 38 heures de 60 minutes. Cette moyenne est calculée sur une période de référence de quatre mois.

L'article 7, 1°, 3° et 4°, adapte l'arrêté royal du 2 octobre 1968 et crée la fonction de chef d'atelier au niveau de l'enseignement secondaire.

Les articles 23 à 27 procèdent aux adaptations statutaires relatives à la désignation, à la rémunération et au temps de travail hebdomadaire des chefs d'atelier dans le statut des enseignants de l'enseignement communautaire.

L'article 97 modifie l'arrêté de l'exécutif du 13 janvier 1993 et prévoit que les emplois dans la fonction de chef d'atelier peuvent être répartis entre plusieurs personnes dans les écoles secondaires techniques et professionnelles. Si un chef d'établissement fait usage de cette faculté, les personnes concernées sont occupées à mi-temps dans la fonction de chef d'atelier. L'article 94 procède à cette modification dans le décret du 27 juin 1990 pour les écoles secondaires spécialisées.

Les articles 117 à 121 procèdent aux adaptations statutaires relatives à la désignation, à la rémunération et au temps de travail hebdomadaire des chefs d'atelier dans le statut des enseignants de l'enseignement libre subventionné.

Les articles 144 et 145 procèdent aux adaptations statutaires dans le statut des enseignants de l'enseignement officiel subventionné.

6. Adaptation des dispositions statutaires relatives aux chargés de recherche et évaluateurs externes (articles 7, 5° et 6°, 98, 157, 166 et 169 à 185)

Entrée en vigueur : 1^{er} septembre 2019

Au sein de la haute école autonome, outre les fonctions de chargés de cours, il y a aussi, entre autres, la fonction de chargé de recherche et celle d'évaluateur externe. Les deux fonctions sont actuellement, à l'instar de la fonction de chargé de cours, des fonctions de recrutement relevant de la catégorie du personnel enseignant. Le fait qu'il s'agisse de fonctions de recrutement ne permet pas, lors du recrutement de personnel, d'avoir la flexibilité nécessaire pour pouvoir engager des membres du personnel qui, compte tenu de leur expérience et de leur aptitude particulière, répondent aux exigences qui vont de pair avec la fonction de chargé de recherche ou d'évaluateur externe.

Par conséquent, le Gouvernement propose de définir la fonction de chargé de recherche et celle d'évaluateur externe en tant que fonction de sélection parce que c'est la seule manière de garantir la nécessaire flexibilité lors du recrutement, et ce, grâce à une description de fonction détaillée. Sur la base des exigences minimales déjà fixées légalement (en l'occurrence, un diplôme de l'enseignement supérieur du second degré, dans le cas du chargé de recherche, ou un diplôme de l'enseignement supérieur du premier degré, complété par une expérience professionnelle d'au moins dix ans dans l'enseignement fondamental ou secondaire, dans le cas de l'évaluateur externe), ces fonctions peuvent être occupées en tant que fonctions de sélection par le biais d'une procédure de recrutement et de sélection dans le cadre de laquelle le conseil d'administration examine tant le diplôme et l'expérience que la motivation et la personnalité et classe les candidats pertinents.

Les chargés de recherche ou évaluateurs externes, selon le cas, ne sont pas, comme jusqu'à présent, désignés à durée déterminée, mais directement à durée indéterminée. Le chargé de recherche ou, selon le cas, l'évaluateur externe est évalué au moins une fois tous les cinq ans par le directeur. Ils établissent au préalable un rapport dans lequel ils

dressent un bilan de leur activité au cours des dernières années et formulent des propositions pour le futur développement de la haute école. Ce rapport servira de base à l'entretien. Une nomination dans un emploi vacant est possible avec une ancienneté de fonction de cinq ans et sur présentation d'un rapport d'évaluation portant au moins en conclusion la mention « bien ». Le pouvoir organisateur déclare les emplois vacants et classe les candidats après une procédure de sélection. Il se base entre autres sur un ou plusieurs entretiens, l'expérience professionnelle, le profil d'aptitude et le bulletin de signalement. Un nombre minimal d'heures n'est fixé que pour la nomination initiale. La rémunération de chargé de recherche ou, selon le cas, de l'évaluateur externe s'effectue selon les dispositions jusqu'à présent en vigueur.

L'article 7, 5° et 6°, classe, dans l'arrêté royal du 2 octobre 1968, la fonction de chargé de recherche et celle d'évaluateur externe parmi les fonctions de sélection relevant de la catégorie du personnel enseignant.

L'article 98 détermine que le chargé de recherche ou, selon le cas, l'évaluateur externe peut solliciter l'octroi d'une interruption de carrière à raison d'un cinquième ou d'un quart de sa charge.

L'article 157 détermine que le chargé de recherche ou, selon le cas, l'évaluateur externe a droit à une indemnité de déplacement s'il effectue des trajets entre les différents établissements pendant sa journée de travail, à l'exclusion du chemin du travail.

Les articles 166 et 169 à 183 procèdent aux adaptations nécessaires dans le décret du 27 juin 2005 portant création d'une haute école autonome. Dans ce contexte, un chapitre contenant des dispositions particulières pour la fonction de chargé de recherche et celle d'évaluateur externe est inséré dans le statut de la haute école autonome. Ce chapitre contient notamment les dispositions concernant les conditions d'accès à la fonction, la procédure de recrutement et de désignation, la durée et la fin de la désignation, les conditions et la procédure de nomination, le remplacement temporaire, l'évaluation et la possibilité de recours, ainsi que la rémunération.

Les articles 184 et 185 insèrent des dispositions transitoires dans le décret du 27 juin 2005; elles concernent la reprise de membres du personnel qui remplissent les conditions d'accès à la fonction de chargé de recherche ou, selon le cas, d'évaluateur externe et ont déjà occupé cette fonction durant les années scolaires 2017-2018 et 2018-2019 dans le cadre d'un contrat à durée déterminée. Ces membres du personnel sont désignés à durée indéterminée dans la fonction concernée au 1^{er} septembre 2019. Il est également déterminé que la réglementation relative au traitement est conservée pour les évaluateurs externes engagés avant le 1^{er} septembre 2014.

7. Prise en compte de services prestés en tant qu'instituteur primaire pour les membres du personnel porteurs d'un diplôme d'instituteur maternel (articles 19, 2°, et 143, 2°)

Entrée en vigueur : 1^{er} janvier 2020

En raison de la pénurie aigüe d'instituteurs primaires, davantage d'instituteurs maternels ont été affectés dans le primaire ces dernières années. Étant donné toutefois que les instituteurs maternels ne sont pas porteurs des titres requis pour la fonction d'instituteur primaire, ces membres du personnel n'accumulent pas de jours de service au cours de cette période, ce qui leur est préjudiciable d'un point de vue statutaire lors d'une

procédure de recrutement ultérieure. En effet, que ce soit dans l'enseignement communautaire ou dans l'enseignement officiel subventionné, tous les candidats sont classés selon leurs titres et mérites dans le cadre de la procédure de recrutement. Pour établir ce classement, des points sont attribués, entre autres, pour l'ancienneté ce qui, dans le cas d'un instituteur maternel occupé dans l'enseignement primaire est moins favorable que pour des instituteurs maternels occupés dans le maternel. Cette situation conduit aujourd'hui à ce que des instituteurs maternels refusent délibérément des emplois qui leur sont proposés dans l'enseignement primaire en raison de la pénurie d'instituteurs, ce qui ne fait qu'aggraver le problème.

En vue de remédier à cette situation et de ne pas pénaliser les porteurs d'un diplôme d'instituteur maternel qui suppléent temporairement dans l'enseignement primaire, le Gouvernement propose que les services prestés dans la fonction d'instituteur primaire soient pris en compte lors de la comparaison des titres et mérites dans le cadre de la procédure de recrutement et dans l'établissement du classement requis pour la fonction d'instituteur maternel. Les services, bien que mentionnés, ne sont pas pris en considération pour déterminer les 720 jours de service qui sont nécessaires pour bénéficier de la priorité ou être nommé dans la fonction d'instituteur maternel. À l'avenir aussi, un instituteur maternel ne pourra être désigné à durée indéterminée ou nommé dans la fonction d'instituteur maternel que s'il a presté au moins 720 jours de service dans ladite fonction. En outre, l'instituteur maternel n'acquiert aucun droit pour la fonction d'instituteur primaire. Un engagement dans cette fonction ne reste possible qu'en cas de pénurie d'instituteurs.

L'article 19, 2°, procède à cette adaptation dans le statut des enseignants de l'enseignement communautaire.

L'article 143, 2°, procède à cette adaptation dans le statut des enseignants de l'enseignement officiel subventionné.

8. Précision des dispositions en matière de congé pour les membres du personnel occupant des fonctions de sélection et de promotion (articles 22, 37, 116, 128, 148, 151, 167, 168, 212, 2°, et 229)

Entrée en vigueur : 1^{er} septembre 2019

Le Gouvernement propose que le texte concernant les possibilités de congé soit précisé pour les membres du personnel occupant une fonction de sélection ou de promotion.

Depuis la réforme des fonctions de sélection ou de promotion, les membres du personnel qui occupent un poste de direction dans le cadre d'une telle fonction n'ont, dans la plupart des cas, aucune forme de travail à temps partiel à leur disposition. Les formes thématiques d'interruption de carrière et le congé pour prestations réduites en cas de maladie ou d'infirmité constituent la seule exception. Ceci est justifié par le fait qu'une exécution correcte de la fonction en question ne peut être garantie que si le membre du personnel exerce la fonction dans le cadre du volume de charge prévu pour ce poste.

Pour l'instant, la législation dans ce domaine prévoit cependant que le membre du personnel peut obtenir un congé pour mission dans l'intérêt de l'enseignement. Étant donné que la formulation actuelle pourrait donner l'impression qu'il est possible de bénéficier d'une mission à temps partiel, la législation est précisée de manière à ce que les

personnes intéressées ne puissent bénéficier que d'un congé à temps plein pour mission dans l'intérêt de l'enseignement.

Les articles 22 et 37 procèdent aux adaptations dans l'arrêté royal du 22 mars 1969 (statut de l'enseignement communautaire) pour la fonction de chef d'établissement, de chef de département d'une école secondaire spécialisée, de cadre intermédiaire d'une école secondaire ordinaire, de coordinateur d'un centre d'enseignement à horaire réduit, de sous-directeur/proviseur, de chef d'atelier, de coordinateur d'une structure d'accrochage scolaire, de coordinateur pédagogique pour les écoles inclusives et de coordinateur paramédical pour les écoles inclusives.

Les articles 116 et 128 procèdent aux adaptations dans le décret du 14 décembre 1998 (statut de l'enseignement libre subventionné) pour la fonction de chef d'établissement, de chef de département d'une école secondaire spécialisée, de cadre intermédiaire d'une école secondaire ordinaire, de coordinateur d'un centre d'enseignement à horaire réduit, de sous-directeur/proviseur, de chef d'atelier, de coordinateur d'une structure d'accrochage scolaire, de coordinateur pédagogique pour les écoles inclusives et de coordinateur paramédical pour les écoles inclusives.

Les articles 148 et 151 procèdent aux adaptations dans le décret du 29 mars 2004 (statut de l'enseignement officiel subventionné) pour la fonction de chef d'établissement et celle de directeur d'académie.

Les articles 167 et 168 procèdent aux adaptations dans le décret du 27 juin 2005 portant création d'une haute école autonome pour la fonction de directeur et celle de chef de département.

L'article 212, 2°, procède aux adaptations dans le décret du 25 juin 2012 relatif à l'inspection scolaire et à la guidance en développement scolaire pour la fonction de chef de l'inspection scolaire et de la guidance en développement scolaire, d'inspecteur scolaire et de conseiller en développement scolaire.

L'article 229 procède aux adaptations dans le décret du 31 mars 2014 relatif au centre pour le développement sain des enfants et des jeunes pour la fonction de directeur, de coordinateur et de chef d'antenne.

9. Économe (articles 33 à 36, 38, 2°, 126 à 128, 130, 2°, 149 à 151 et 153, 2°)

Entrée en vigueur : 1^{er} septembre 2019

La procédure actuelle de sélection des candidats à la fonction d'économe nécessite d'urgence une modernisation, et ce, pour plusieurs raisons.

- 1° À l'heure actuelle, le statut de l'enseignement communautaire ne prévoit pas de désignation à titre temporaire, mais simplement une nomination définitive dans cette fonction de promotion. Un membre du personnel souhaitant occuper la fonction d'économe doit par conséquent mettre un terme à sa nomination dans sa fonction d'origine. Il n'est pas possible de revêtir cette fonction dans le cadre d'un congé pour exercer une autre fonction.
- 2° Les conditions d'admission à cette fonction de promotion sont assez restrictives. La fonction d'économe est seulement accessible aux membres du personnel de l'enseignement communautaire nommés à titre définitif dans la fonction de surveillant-éducateur, secrétaire-bibliothécaire, secrétaire de direction ou

éducateur-économe. Contrairement à d'autres fonctions de sélection et de promotion, qui ont été réformées il y a quelques années, ni les personnes extérieures ni les personnes engagées dans d'autres fonctions ne peuvent revêtir cette fonction.

- 3° Le statut de l'enseignement communautaire prévoit que les candidats doivent présenter un examen devant une commission de promotion. Dans ce cadre, les questions portent cependant en priorité sur l'expertise statutaire. La motivation, les compétences sociales ou l'expérience professionnelle du candidat sont en revanche peu prises en compte lors de la sélection, voire pas du tout.

Il est donc proposé d'assouplir la procédure de sélection applicable aux économes, et ce, par analogie à la procédure appliquée au recrutement des chefs d'établissement.

La proposition prévoit que le candidat doit avoir au moins un diplôme de l'enseignement supérieur du premier degré et maîtriser de manière approfondie les langues allemande et française. Sont admissibles tant les membres du personnel occupés dans l'enseignement que les personnes extérieures. Le pouvoir organisateur décide quel candidat assumera la fonction. Il institue à cette fin une commission indépendante. Pour la sélection, la commission s'appuie entre autres sur le plan de stratégie et d'action présenté par le candidat, ses qualifications dans le domaine social ou des sciences humaines, un entretien de candidature ainsi que sur l'expérience professionnelle, notamment dans le domaine de la pédagogie de soutien et dans celui de la direction d'une équipe. La désignation ou l'engagement, selon le cas, s'opère pour une période indéterminée. Une nomination est possible dès l'âge de 50 ans si le membre du personnel a une ancienneté de fonction de minimum cinq ans et que le bulletin de signalement porte au moins en conclusion la mention « suffisant ».

Les articles 33 à 36 et 38, 2°, apportent ces modifications dans le statut des enseignants de l'enseignement communautaire.

Les articles 126 à 128 et 130, 2°, apportent ces modifications dans le statut de l'enseignement libre subventionné.

Les articles 149 à 151 et 153, 2°, apportent ces modifications dans le statut de l'enseignement officiel subventionné.

10. Rémunération d'un directeur d'école secondaire spécialisée (articles 38, 1°, 130, 1°, et 153, 1°)

Entrée en vigueur : 1^{er} septembre 2019

Le Gouvernement propose de valoriser la rémunération du directeur d'école secondaire spécialisée. En effet, les responsabilités et les défis auxquels le centre de pédagogie de soutien doit faire face ont augmenté de façon constante au cours des dernières années. Ainsi, le centre de pédagogie de soutien a, par exemple, été élargi par l'adjonction d'un centre d'excellence et d'une structure d'accrochage scolaire. En outre, le centre de pédagogie de soutien organise depuis un certain temps, conjointement avec une école ordinaire, une école inclusive. Tout ceci implique un important surcroît de travail et une responsabilité accrue pour le directeur de l'établissement.

Pour l'instant, le directeur d'une école secondaire spécialisée est rémunéré sur la base de l'échelle de traitement 270/I avec une ancienneté pécuniaire de 19 ans ou avec son ancienneté pécuniaire réelle si elle est supérieure. En plus de ce traitement, il perçoit une prime mensuelle de 428,48 euros bruts (non indexés). Il est proposé de porter le montant de cette prime à 800 euros bruts (non indexés).

L'article 38, 1°, procède à l'adaptation dans le statut des enseignants de l'enseignement communautaire pour le directeur d'une école secondaire spécialisée.

L'article 130, 1°, procède à cette adaptation dans le statut des enseignants de l'enseignement libre subventionné pour le directeur d'une école secondaire spécialisée.

L'article 153, 1°, procède à cette adaptation dans le statut des enseignants de l'enseignement officiel subventionné pour le directeur d'une école secondaire spécialisée.

11. Adaptation de l'expérience professionnelle pour le pédagogue de soutien dans l'enseignement fondamental ordinaire et le coordinateur en pédagogie de soutien (articles 43, 1°, et 46)

Entrée en vigueur : 1^{er} septembre 2018

Le titre requis pour la fonction de pédagogue de soutien dans l'enseignement fondamental ordinaire comprend plusieurs éléments. Ainsi, un candidat qui n'est pas porteur d'un master en pédagogie curative, orthopédagogie ou pédagogie de soutien doit disposer d'un diplôme d'instituteur primaire, avoir suivi une formation complémentaire représentant 15 ECTS dans le domaine de la pédagogie de soutien et justifier de deux ans d'expérience professionnelle en tant qu'instituteur primaire. L'expérience professionnelle est exigée parce qu'il s'agit d'une fonction consultative qui devrait être uniquement exercée avec un niveau minimal d'expérience professionnelle et non pas par de nouveaux venus dans la profession d'enseignant.

Il s'est avéré que des candidats ayant une expérience professionnelle dans d'autres domaines de l'éducation que dans l'enseignement primaire peuvent tout à fait entrer en ligne de compte pour la fonction et montrent de l'intérêt.

C'est pour cette raison qu'il est proposé d'élargir la condition d'expérience à une fonction relevant de la catégorie du personnel directeur et enseignant. Les autres conditions restent, signalons-le, inchangées. Eu égard au fait que, depuis l'introduction des emplois de pédagogue de soutien, seulement un peu plus de la moitié des postes ont été occupés et qu'un certain nombre de pouvoirs organisateurs n'ont même pas pu, jusqu'à présent, occuper un pédagogue de soutien, cette adaptation offre auxdits pouvoirs organisateurs la chance d'attirer dans la fonction de pédagogue de soutien des membres du personnel dont certains justifient d'une longue expérience professionnelle. C'est pour cette raison qu'il est également proposé que la disposition soit introduite avec effet rétroactif au 1^{er} septembre 2018, afin de protéger statutairement ces membres du personnel.

D'autre part, il n'était jusqu'à présent pas précisé comment calculer les deux ans d'expérience professionnelle. Il est donc proposé d'exiger deux années scolaires d'expérience professionnelle dans une fonction relevant de la catégorie du personnel directeur et enseignant, étant entendu que, pour déterminer cette période, les services à temps partiel seront pris en considération proportionnellement à un temps plein. Cette

méthode a déjà été fixée pour d'autres fonctions où l'expérience professionnelle est utile, par exemple, pour la fonction de secrétaire en chef.

Afin d'ancrer une réglementation uniforme pour toutes les fonctions pour lesquelles une expérience professionnelle est fixée en tant que condition d'accès, l'exigence de l'expérience professionnelle est également adaptée dans le titre de la fonction de coordinateur en pédagogie de soutien dans l'enseignement spécialisé – le pendant du pédagogue de soutien dans l'enseignement ordinaire.

L'article 43, 1°, apporte cette modification pour la fonction de pédagogue de soutien dans l'enseignement fondamental ordinaire.

L'article 46 apporte cette modification pour la fonction de coordinateur en pédagogie de soutien dans l'enseignement spécialisé.

12. Maître pour classes ou cours d'apprentissage linguistique (articles 43, 2° et 3°, et 44)

Entrée en vigueur : 1^{er} septembre 2019

Par cette mesure sont proposées deux adaptations concernant les titres requis des maîtres pour classes ou cours d'apprentissage linguistique et des professeurs pour classes d'apprentissage linguistique.

L'actuelle législation en matière de titres prévoit qu'un membre du personnel apporte la preuve du titre requis pour ces fonctions s'il est porteur des diplômes suivants :

- A) diplôme d'instituteur primaire OU
master ou bachelor en langues germaniques (avec l'allemand comme orientation principale) complété par un titre pédagogique d'au moins 30 points ECTS (agrégation ou CAP+). S'il s'agit de transmettre la langue française, il faut un master ou bachelor en langues romanes (avec le français comme orientation principale);
- B) attestation de réussite d'une formation complémentaire de minimum 10 points ECTS en « allemand langue seconde », lorsque la langue allemande est concernée ou en « français langue seconde », s'il s'agit de transmettre la langue française;
- C) certificat attestant que le membre du personnel satisfait au niveau de compétence C1 du cadre européen commun de référence pour les langues en ce qui concerne ladite langue OU
diplôme de l'enseignement secondaire supérieur établi dans la langue concernée.

Le Gouvernement propose d'adapter les dispositions linguistiques mentionnées au point C) de telle manière que non seulement le diplôme de l'enseignement secondaire supérieur, mais également un diplôme de l'enseignement supérieur de plein exercice de type court ou de type long ou un diplôme universitaire, délivré dans la langue correspondante, serve aussi de preuve linguistique.

Il est également proposé que le membre du personnel porteur du titre d'agrégé de l'enseignement secondaire inférieur (AESI) satisfasse à l'obligation d'être porteur d'un titre pédagogique visée au point A).

Les articles 43, 2° et 3°, et 44 apportent ces modifications dans l'arrêté royal du 22 avril 1969.

13. Instituteur primaire dans l'enseignement secondaire (articles 48 et 49)

Entrée en vigueur : 1^{er} septembre 2019

La législation relative aux titres a été modifiée il y a quelques années afin que le diplôme d'instituteur primaire soit valable comme titre requis dans l'enseignement professionnel pour dispenser des cours généraux dans le degré inférieur de l'enseignement secondaire ordinaire ou de l'enseignement secondaire spécialisé ainsi que pour dispenser des cours généraux ou techniques dans l'enseignement à horaire réduit. Dans l'attente d'une réforme fondamentale de la législation relative aux titres, cette mesure était valable jusqu'au 31 août 2019. Étant donné toutefois que la modification de la législation relative aux titres se fait encore attendre, le Gouvernement propose de prolonger provisoirement cette mesure jusqu'au 31 août 2024.

Les articles 48 et 49 apportent ces modifications dans l'arrêté royal du 22 avril 1969.

14. Unification des modalités de préavis pour certains types de congé (articles 64, 70, 71, 77, 82 et 85)

Entrée en vigueur : 1^{er} septembre 2019

Il est proposé d'harmoniser les modalités de préavis de différents types de congé. Sont concernés par l'adaptation le congé pour prestations réduites justifié par des raisons sociales ou familiales, le congé pour prestations réduites justifié par des raisons de convenances personnelles et la mise en disponibilité pour convenances personnelles.

Actuellement, dans le cadre des congés pour prestations réduites susmentionné, le membre du personnel peut mettre fin anticipativement au congé moyennant le respect d'un préavis d'au moins un mois et réintégrer sa fonction. Le préavis ne doit pas être motivé de manière détaillée. Une réduction de ce préavis est possible si le bon fonctionnement du service n'est pas affecté. Le membre du personnel peut à tout moment mettre prématurément fin à une mise en disponibilité pour convenances personnelles. Aucun délai n'est prescrit dans ce cas-là.

La réglementation actuelle présente l'inconvénient qu'un membre du personnel auquel l'un de ces congés a été accordé pour une longue période revienne, le cas échéant, de manière anticipée et que le membre du personnel le remplaçant perde sa place de manière inattendue sans que le pouvoir organisateur ou le chef d'établissement, selon le cas, ait la possibilité de mettre son veto. Dans ce contexte, il est proposé d'adapter le régime actuel et de l'aligner sur celui qui s'applique dans le cadre d'une interruption de carrière ou d'un congé pour prestations réduites accordé à un membre du personnel qui a deux enfants âgés de moins de 14 ans à charge ou a au moins 50 ans.

Le régime proposé prévoit qu'un membre du personnel auquel a été octroyé un congé pour prestations réduites justifié par des raisons sociales ou familiales, un congé pour prestations réduites justifié par des raisons de convenances personnelles ou une mise en

disponibilité pour convenances personnelles ne puisse, à l'avenir, être autorisé à y mettre un terme et à réintégrer anticipativement sa fonction que pour des raisons exceptionnelles et moyennant le respect d'un préavis d'au moins un mois. Le préavis peut, moyennant l'accord du chef d'établissement, être inférieur à un mois pour autant que cela n'affecte pas le bon fonctionnement du service. La demande motivée de préavis prématuré du congé est adressée par écrit, via le chef d'établissement, au ministre compétent pour l'enseignement, qui réserve une suite favorable ou non au préavis. Une reprise de la fonction après le 1^{er} mai de l'année scolaire en cours n'est pas autorisée.

L'article 64 adapte les dispositions relatives au congé pour prestations réduites justifié par des raisons sociales ou familiales dans l'arrêté royal du 15 janvier 1974, lequel s'applique au personnel directeur, enseignant, auxiliaire d'éducation, paramédical et sociopsychologique de l'enseignement communautaire.

Les articles 70 et 71 adaptent les dispositions relatives au congé pour prestations réduites justifié par des raisons de convenances personnelles dans l'arrêté royal du 15 janvier 1974, lequel s'applique au personnel directeur, enseignant, auxiliaire d'éducation, paramédical et sociopsychologique de l'enseignement communautaire.

L'article 77 adapte les dispositions relatives à la mise en disponibilité pour convenances personnelles dans l'arrêté royal du 18 janvier 1974, lequel s'applique au personnel directeur, enseignant, auxiliaire d'éducation, paramédical et sociopsychologique de l'enseignement communautaire.

L'article 82 adapte les dispositions relatives à la mise en disponibilité pour convenances personnelles dans l'arrêté royal du 8 juillet 1976, lequel s'applique aux maîtres et professeurs de religion de l'enseignement communautaire.

L'article 85 adapte les dispositions relatives au congé pour prestations réduites justifié par des raisons sociales ou familiales et au congé pour prestations réduites justifié par des raisons de convenances personnelles dans l'arrêté royal n° 94 du 28 septembre 1982 relatif aux congés pour prestations réduites justifiés par des raisons sociales ou familiales ou par des raisons de convenances personnelles, lequel s'applique aux membres du personnel subsidiés.

15. Échelles de traitement pour les inspecteurs scolaires, les conseillers en développement scolaire et les inspecteurs de religion (articles 78 et 79)

Entrée en vigueur : 1^{er} septembre 2019

Afin de rendre la fonction d'inspecteur scolaire et de conseiller en développement scolaire plus attractive pour les membres du personnel porteurs d'un master, le Gouvernement propose d'adapter les échelles de traitement. La rémunération des inspecteurs scolaires et conseillers en développement scolaire porteurs d'un master s'effectue actuellement sur la base de l'échelle 471. Le problème actuel en ce qui concerne la rémunération de ces personnes réside dans le fait que des membres du personnel porteurs d'un master et occupés au sein du ministère en tant que chargés de mission perçoivent, jusqu'à une ancienneté pécuniaire de 24 années incluse, un traitement plus élevé que les membres de l'inspection scolaire porteurs d'un master, ce qui décourage certains membres du personnel occupés au sein du ministère en tant que chargés de mission de poser leur candidature pour le poste d'inspecteur scolaire ou de conseiller en développement scolaire.

Pour remédier à ce déséquilibre, il est proposé d'accorder à l'avenir une nouvelle échelle (471/I) aux inspecteurs scolaires et conseillers en développement scolaire porteurs d'un master. Les valeurs de cette échelle correspondent, jusqu'à l'obtention de l'ancienneté de 24 ans de service incluse, aux valeurs de l'échelle sur base de laquelle les chargés de mission sont rémunérés au niveau I au sein du ministère. À partir de la 25^e année de service, l'actuelle valeur maximale de l'échelle 471 s'applique.

Parallèlement, dans l'échelle de traitement du chef de l'inspection scolaire et de la guidance en développement scolaire (475), les valeurs jusqu'à l'obtention de l'ancienneté de 24 ans de service incluse sont augmentées afin que l'écart actuel de 2 251,70 euros bruts par an soit maintenu par rapport à la nouvelle échelle des inspecteurs scolaires et conseillers en développement scolaire porteurs d'un master.

Étant donné que les inspecteurs de religion dans l'enseignement primaire, secondaire et supérieur non universitaire porteurs d'un master sont rémunérés selon la même échelle, la même adaptation interviendra ici aussi.

Les articles 78 et 79 apportent ces modifications dans l'arrêté royal du 27 juin 1974.

16. Législation linguistique (article 149)

Entrée en vigueur : 1^{er} septembre 2019

a) Preuve de la connaissance du français (article 155, 4° et 5°)

La législation linguistique dans l'enseignement prévoit que la connaissance suffisante de la langue française est entré autres prouvée par la présentation d'un certificat obtenu dans le cadre du programme DELF-DALF dont il ressort que le membre du personnel satisfait au moins au niveau de compétences B1 du cadre européen commun de référence pour les langues, à condition qu'il ait obtenu au moins 60 % pour chacune des épreuves en ce qui concerne le niveau de compétences B1.

Il en résulte que la possession d'un certificat B2, C1 ou C2 sert à prouver la connaissance suffisante de la langue concernée. Étant donné que cela ne garantit pas que le membre du personnel a une connaissance suffisante dans les quatre domaines testés, le Gouvernement propose de modifier l'article de manière à ce que le membre du personnel doive avoir obtenu au moins 50 % pour chacune des épreuves en ce qui concerne les niveaux de compétence B2, C1 ou C2.

L'article 155, 4° et 5°, procède à cette modification dans le décret du 19 avril 2004 relatif à la transmission des connaissances linguistiques et à l'emploi des langues dans l'enseignement.

b) Preuve de la connaissance de l'allemand (art. 155, 1° à 3° et 7° à 9°)

Il est proposé de retenir aussi à l'avenir, comme certificats concernant la connaissance de la langue allemande, les certificats Goethe dans le contexte où ceux-ci sont reconnus au niveau international et sont également délivrés sur la base du cadre européen commun de référence pour les langues, par analogie à ce qui se passe pour les certificats DELF/DALF en ce qui concerne la langue française.

Actuellement, la preuve de la connaissance approfondie de la langue allemande est apportée soit par un diplôme d'humanités, de l'enseignement supérieur ou de l'enseignement universitaire délivré en langue allemande, soit par une attestation délivrée par le jury d'examens linguistiques de la Communauté germanophone dont il ressort que le membre du personnel maîtrise la langue allemande de manière approfondie. Il est proposé, par analogie aux certificats concernant la langue française, de reconnaître aussi à l'avenir, comme preuve de la maîtrise approfondie de la langue allemande, un certificat Goethe dont il ressort que le membre du personnel satisfait au moins au niveau de compétence B2 du cadre européen commun de référence, à condition :

- qu'il ait obtenu, pour l'examen en question, au moins 60 % dans chacune des épreuves en ce qui concerne le niveau de compétences B2;
- qu'il ait obtenu, pour l'examen en question, au moins 50 % dans chacune des épreuves en ce qui concerne les niveaux de compétences C1 ou C2.

Il est proposé de reconnaître aussi à l'avenir, comme preuve de la connaissance suffisante de la langue allemande, un certificat Goethe dont il ressort que le membre du personnel satisfait au moins au niveau de compétence B1 du cadre européen commun de référence, à condition :

- qu'il ait obtenu, pour l'examen en question, au moins 60 % dans chacune des épreuves en ce qui concerne le niveau de compétences B1;
- qu'il ait obtenu, pour l'examen en question, au moins 50 % dans chacune des épreuves en ce qui concerne le niveau de compétences B2, C1 ou C2.

Il est proposé de reconnaître aussi à l'avenir, comme preuve de la connaissance élémentaire de la langue allemande, un certificat Goethe dont il ressort que le membre du personnel satisfait au moins au niveau de compétence A2 du cadre européen commun de référence.

L'article 155, 1° à 3°, et 7° à 9°, procède à cette modification dans le décret du 19 avril 2004 relatif à la transmission des connaissances linguistiques et à l'emploi des langues dans l'enseignement.

17. Adaptation du congé de circonstance (article 160)

Entrée en vigueur : 1^{er} septembre 2019

Si le conjoint, le compagnon ou un parent ou allié au 1^{er} degré du membre du personnel ou de son compagnon décède, le membre du personnel a droit à un congé de circonstance de quatre jours ouvrables. Les jours de congé doivent être pris dans la semaine du décès ou dans la semaine suivante. Il arrive cependant parfois que l'enterrement du défunt n'ait lieu qu'après cette période et que le membre du personnel ne puisse dès lors plus bénéficier du congé de circonstance ce jour-là.

Afin d'assurer que les membres du personnel puissent malgré tout, dans de tels cas, bénéficier du congé de circonstance prévu, il est proposé d'adapter la législation afin que les quatre jours de congé puissent être pris à partir de la semaine où le décès survient jusqu'au dernier jour de la semaine où l'enterrement a lieu.

L'article 160 procède à cette adaptation dans le décret du 6 juin 2005.

18. Création d'une guidance scolaire pour l'inclusion et l'intégration (articles 2, 10, 16, 20, 32, 78, 79, 95, 103, 113, 131, 135, 141, 154, 156, 161, 194 à 211, 212, 1^o et 3^o à 7^o, et 213 à 216)

Entrée en vigueur : 1^{er} septembre 2019

Sans préjudice des missions du centre de pédagogie de soutien, une guidance scolaire pour l'inclusion et l'intégration est créée dans l'enseignement. Celle-ci est ancrée dans le décret relatif à l'inspection scolaire et à la guidance en développement scolaire (SISEB en allemand) qui, à l'avenir, doit devenir un décret relatif à l'inspection scolaire, à la guidance en développement scolaire et à la guidance scolaire pour l'inclusion et l'intégration.

La guidance scolaire pour l'inclusion et l'intégration est placée sous la direction du chef de l'inspection scolaire et de la guidance en développement scolaire.

Dans la guidance scolaire pour l'inclusion et l'intégration, un emploi est créé dans la fonction d'adjoint pour l'inclusion et l'intégration. Il s'agit d'une fonction de promotion relevant de la catégorie du personnel d'inspection.

L'adjoint travaillerait en étroite collaboration avec le centre pour le développement sain des enfants et des jeunes, le service d'aide à la jeunesse, le service d'aide judiciaire à la jeunesse et d'autres établissements relevant souvent du domaine thérapeutique.

Si l'adjoint est soumis au secret professionnel, cela facilite les échanges de données relatifs aux cas, la gestion de ceux-ci, ainsi que la coopération à leur propos. De même, il faudrait que la transmission des données à caractère personnel de Kaleido à l'adjoint et à son supérieur hiérarchique soit rendue possible aux fins de l'établissement d'analyses des besoins.

La guidance scolaire pour l'inclusion et l'intégration à créer se démarque de la mission du centre de pédagogie de soutien (ZFP). Les personnes occupées auprès du ZFP conseillent en premier lieu les membres du personnel de l'enseignement fondamental et secondaire : il s'agit des pédagogues de soutien, du coordonnateur en pédagogie de soutien, des auxiliaires d'intégration scolaire et en pédagogie de soutien ainsi que des conseillers en pédagogie de soutien du centre de compétences.

L'adjoint, qui assure sa mission dans le domaine de la guidance scolaire pour l'inclusion et l'intégration, travaille complémentirement en deuxième ligne. Cela permet ainsi de s'assurer que l'adjoint pour l'inclusion et l'intégration n'intervient que si les conseils de première ligne n'ont pas rencontré le succès souhaité.

L'article 2 adapte le renvoi au décret du 25 juin 2012 dans le « Pacte scolaire ».

L'article 10 insère la fonction d'adjoint dans l'arrêté du 2 octobre 1968 relatif aux fonctions et adapte la fonction du chef à la nouvelle terminologie.

L'article 16 adapte le renvoi au décret du 25 juin 2012 dans l'article relatif à l'évaluation des membres du personnel temporaires dans l'enseignement communautaire.

L'article 20 adapte le renvoi au décret du 25 juin 2012 dans l'article relatif à l'évaluation des membres du personnel nommés à titre définitif dans l'enseignement communautaire.

L'article 32 adapte la composition de la commission de promotion dans l'enseignement communautaire à la nouvelle terminologie.

Les articles 78, 2° à 5°, et 79 adaptent l'arrêté du 17 juin 1974, qui fixe les échelles de traitement, à la nouvelle terminologie et fixent les échelles. La rémunération de l'adjoint s'effectue par analogie à celle des inspecteurs scolaires et conseillers en développement scolaire. Une nouvelle échelle est en outre créée pour les inspecteurs scolaires et conseillers en développement scolaire qui sont porteurs d'un master. Voir à cet égard le point 15 de l'exposé des motifs.

L'article 95 adapte le renvoi au décret du 25 juin 2012 dans le décret du 16 décembre 1991 relatif à la formation et la formation continue dans les Classes moyennes et les PME.

L'article 103 adapte le renvoi au décret du 25 juin 2012 dans le décret organique.

L'article 113 adapte le renvoi au décret du 25 juin 2012 dans l'article relatif à l'évaluation des membres du personnel temporaires dans l'enseignement libre subventionné.

L'article 131 adapte à la nouvelle terminologie le renvoi au décret du 25 juin 2012 dans l'article relatif à l'évaluation des membres du personnel engagés à titre définitif dans l'enseignement libre subventionné.

L'article 135 adapte le renvoi au décret du 25 juin 2012 dans le décret relatif à l'enseignement fondamental ordinaire.

L'article 141 adapte le renvoi au décret du 25 juin 2012 dans l'article relatif à l'évaluation des membres du personnel temporaires dans l'enseignement officiel subventionné.

L'article 154 adapte le renvoi au décret du 25 juin 2012 dans l'article relatif à l'évaluation des membres du personnel nommés à titre définitif dans l'enseignement officiel subventionné.

L'article 156 adapte le renvoi au décret du 25 juin 2012 dans le décret relatif à l'emploi des langues (*Sprachendekret* en allemand).

L'article 161 adapte le renvoi au décret du 25 juin 2012 dans le décret relatif à la haute école autonome.

L'article 194 modifie l'intitulé du décret du 25 juin 2012 relatif à l'inspection scolaire et la guidance en développement scolaire et y insère la guidance scolaire pour l'inclusion et l'intégration.

L'article 195 insère la guidance scolaire pour l'inclusion et l'intégration dans l'article relatif à la création de l'inspection scolaire et de la guidance en développement scolaire.

L'article 196 insère la guidance scolaire pour l'inclusion et l'intégration dans l'article concernant le nombre d'emplois dans l'inspection scolaire et la guidance en développement scolaire et crée un emploi d'adjoint pour l'inclusion et l'intégration, ci-après dénommé « adjoint ». Le chef de l'inspection scolaire et de la guidance en développement scolaire devient le chef de l'inspection scolaire, de la guidance en développement scolaire et de la guidance scolaire pour l'inclusion et l'intégration, et est dénommé ci-après « chef ».

L'article 197 adapte à la nouvelle terminologie l'intitulé du chapitre 2, section 1^{re}, en ce qui concerne le chef et ses missions.

L'article 198 adapte à la nouvelle terminologie l'article relatif à la direction et aux missions y liées. L'adjoint est subordonné au chef.

L'article 199 insère dans le chapitre 2 du décret une section 5 concernant les missions de la guidance scolaire pour l'inclusion et l'intégration.

L'article 200 insère un article 15.1 et fixe les missions de la guidance scolaire pour l'inclusion et l'intégration.

L'article 201 insère un article 15.2 et établit que les missions de la guidance scolaire pour l'inclusion et l'intégration peuvent être étendues à d'autres institutions pédagogiques.

L'article 202 insère un article 15.3 et fixe les moyens permettant de mettre en œuvre les missions de l'adjoint (examen des documents, interrogation des élèves, etc.)

L'article 203 insère dans le chapitre 2 du décret une section 6 concernant le secret professionnel.

L'article 204 insère un article 15.4 instaurant le secret professionnel pour les inspecteurs scolaires et les adjoints ainsi que leur chef; il est réglé comme auprès du centre pour le développement sain des enfants et des jeunes. Les inspecteurs scolaire et l'adjoint travaillent en étroite collaboration avec la structure d'accrochage scolaire, le centre pour le développement sain des enfants et des jeunes, le service d'aide à la jeunesse, le service d'aide judiciaire à la jeunesse et d'autres établissements relevant du domaine thérapeutique. Si l'adjoint et les inspecteurs scolaires sont soumis au secret professionnel, les échanges relatifs aux cas, la gestion de ceux-ci, ainsi que la coopération à leur propos sont assurés. Il faut permettre aux inspecteurs scolaires, aux adjoints et à leur chef de recevoir et de traiter les données de la part des écoles et de Kaleido, par exemple pour établir des analyses, en particulier pour les cas individuels.

Les données seraient, par exemple, les données à caractère personnel (comme la date de naissance, l'école, la classe, la section, le cursus scolaire, la nature des atteintes constatées par des experts belges et étrangers, telles que des troubles de performance partiels ou des difficultés d'apprentissage, le nombre d'heures d'inclusion obtenu, le plan de soutien), les données concernant le nombre de projets d'intégration au niveau de l'enseignement en Belgique de l'Est, etc.

Il faut aussi permettre des analyses de cas individuels et des analyses géographiques des besoins.

L'article 205 adapte à la nouvelle terminologie l'article relatif à l'application du statut.

L'adjoint est soumis au même statut que les inspecteurs scolaires et conseillers en développement scolaire, à savoir :

- La désignation dans cette fonction s'opère pour une durée indéterminée. Une nomination est possible si le membre du personnel a au moins 50 ans, s'il justifie d'une ancienneté de service d'au moins cinq ans, et que son dernier signalement porte en conclusion au moins la mention « bien ».
- L'adjoint est évalué au moins une fois tous les cinq ans par le chef.
- Les possibilités de congés sont limitées pour cette fonction. Seuls les congés suivants peuvent être sollicités :
 - o le congé annuel;
 - o le congé de circonstance;
 - o le congé exceptionnel pour cas de force majeure;
 - o le congé de maternité;

- o le congé pour adoption ou tutelle officielle;
 - o le congé pour cause de maladie ou d'infirmité;
 - o le congé pour mission;
 - o la mise en disponibilité pour cause de maladie ou d'infirmité
 - o la retraite anticipée à temps plein;
 - o le congé médical à mi-temps;
 - o le congé pour des motifs impérieux d'ordre familial;
 - o la mise en disponibilité pour convenances personnelles;
 - o l'interruption de carrière complète;
 - o les interruptions de carrière thématiques (à mi-temps ou à temps plein);
 - o le congé pour prestations réduites accordé aux membres du personnel âgés de 50 ans ou ayant deux enfants à charge de moins de 14 ans;
 - o le congé pour prestations réduites justifié par des raisons sociales ou familiales;
 - o le congé pour prestations réduites justifié par des raisons de convenances personnelles.
- Le congé de vacances annuelles s'élève à 26 jours par an. À partir de 45 ans, des jours de congé supplémentaires sont accordés.

L'article 206 adapte à la nouvelle terminologie l'article concernant les conditions d'accès et en fixe pour la fonction d'adjoint.

L'adjoint est porteur de l'un des diplômes suivants et dispose d'une expérience professionnelle utile de cinq ans :

1. licence ou master en pédagogie de soutien;
2. licence ou master en pédagogie curative;
3. licence ou master en orthopédagogie;
4. licence ou master en pédagogie (spécialisation en pédagogie de soutien);
5. licence ou master en psychopédagogie (spécialisation en pédagogie de soutien);
6. licence ou master en psychologie (spécialisation en pédagogie de soutien).

L'article 207 adapte à la nouvelle terminologie l'article concernant l'appel aux candidats et la candidature.

L'article 208 adapte à la nouvelle terminologie l'article relatif à la désignation.

L'article 209 adapte à la nouvelle terminologie l'article relatif à la durée et à la fin de la désignation ainsi qu'à la nomination.

L'article 210 adapte à la nouvelle terminologie l'article concernant le signalement précédant la nomination.

L'article 211 adapte à la nouvelle terminologie l'article relatif au temps de travail hebdomadaire.

L'article 212, 1° et 3° à 7°, adapte à la nouvelle terminologie l'article concernant les congés et mises en disponibilité.

L'article 213 adapte le congé annuel à la nouvelle terminologie.

L'article 214 adapte à la nouvelle terminologie l'article relatif au rapport d'évaluation.

L'article 215 fixe une disposition transitoire. Par dérogation à la procédure de recrutement définie par décret pour l'adjoint, il est prévu que le membre du personnel remplissant les conditions d'accès et ayant assuré, pendant les cinq années scolaires

précédentes, les tâches ou les attributions d'adjoint pour l'inclusion et l'intégration dans le cadre d'une mission dans l'intérêt de l'enseignement confiée par le ministre compétent en matière d'Enseignement sera, au 1^{er} septembre 2019, désigné à durée indéterminée dans la fonction d'adjoint pour l'inclusion et d'intégration.

L'article 216 établit que le chef de l'inspection scolaire et de la guidance en développement scolaire devient le chef de l'inspection scolaire, de la guidance en développement scolaire et de la guidance scolaire pour l'inclusion et l'intégration.

19. Contrôle de l'obligation scolaire (article 86)

Entrée en vigueur : 1^{er} septembre 2019

Les personnes chargées de l'éducation des mineurs soumis à l'obligation scolaire sont libres de choisir l'école ou l'établissement de formation où leur enfant sera scolarisé. L'obligation de scolarité est également remplie par la fréquentation d'une école ou d'un établissement de formation situé en dehors de la Communauté germanophone, par exemple en Communauté française, en Communauté flamande, voire à l'étranger. Dans ce cas, l'inspection scolaire n'a aucune information sur la scolarisation des mineurs soumis à l'obligation scolaire qui résident dans notre région linguistique.

Le gouvernement propose que, dans ce cas, les personnes chargées de l'éducation présentent une attestation dont il ressort que les mineurs soumis l'obligation scolaire sont inscrits dans une école ou un établissement de formation en dehors de la Communauté germanophone.

L'obligation pour les personnes chargées de l'éducation d'introduire chaque année une confirmation d'inscription actuelle permet de donner un aperçu global des mineurs soumis à l'obligation scolaire qui ne sont pas scolarisés et, par conséquent, une intervention plus rapide de la part de l'inspection scolaire.

L'introduction de l'attestation est supprimée si les mineurs soumis à l'obligation scolaire sont inscrits dans une école ou un établissement de formation dans une entité territoriale avec laquelle un accord relatif à l'échange d'informations en ce qui concerne le contrôle de l'obligation scolaire a été conclu.

Un élève domicilié en Communauté germanophone fréquente par exemple une école en Communauté française. Dans le cadre du contrôle de l'obligation scolaire, l'inspection scolaire reçoit de la part de la Communauté française un relevé des élèves qui ont leur domicile en Communauté germanophone et fréquentent une école en Communauté française. Par conséquent, le contrôle de l'obligation scolaire peut être réalisé, et les personnes chargées de l'éducation ne doivent pas introduire chaque année une nouvelle attestation.

L'article 86 procède à cette modification dans la loi relative à l'obligation scolaire.

20. Stimulation des élèves surdoués dans l'enseignement secondaire ordinaire (articles 87 à 89)

Entrée en vigueur : 1^{er} septembre 2019

La stimulation des élèves surdoués dans l'enseignement secondaire ordinaire est régie par le décret du 18 juin 2018 portant des mesures en matière d'enseignement et de formation – 2018. C'est une correction essentiellement technique de la définition du « haut potentiel » qui est proposée pour ce texte, visant ainsi une plus grande souplesse et praticabilité de cette réglementation.

Les articles 87 et 88 assouplissent la définition de la notion de « haut potentiel ». Les domaines où s'expriment le don restent pertinents puisqu'ils sont repris dans le profil d'intelligence, lequel doit faire partie intégrante de l'avis. Sera dorénavant considéré comme surdoué au sens du présent décret l'élève présentant un quotient intellectuel d'au moins 125.

L'article 89 prévoit que le profil d'intelligence fait partie de l'avis identifiant les points forts et les points faibles de l'individu dans les catégories testées. À côté du saut d'une année d'études complète, une accélération partielle est également possible.

21. Suppression de la condition de domicile au sein de la DG pour les membres du conseil d'administration de l'IAWM (article 96)

Entrée en vigueur : 1^{er} juin 2019

Cette disposition abroge la clause domiciliaire pour les membres du conseil d'administration de l'Institut pour la formation et la formation continue dans les classes moyennes et les PME. Cette disposition n'est plus actuelle.

22. Journée de conférence pédagogique (article 99)

Entrée en vigueur : 1^{er} septembre 2019

Jusqu'à présent, une quatrième journée de conférence pédagogique devait être organisée par le Gouvernement; celle-ci n'était possible que dans le cadre d'une journée de conférence supplémentaire soit par niveau, par école et/ou tous réseaux confondus pour l'enseignement en Communauté germanophone, à propos d'un thème qu'il aura fixé et pour une ou plusieurs catégories de personnel déterminées par lui.

Dans la pratique, il s'agissait le plus souvent de grandes manifestations dont l'efficacité et la durabilité n'étaient pas assurées.

Le Gouvernement propose dès lors d'accorder aux écoles la possibilité d'organiser une quatrième journée de conférence pédagogique qui leur soit propre, à propos d'un thème actuel et pertinent pour le développement de l'enseignement en Communauté germanophone.

Pour garantir cela, le gouvernement détermine le thème et approuve la demande sur la base d'un avis remis par l'inspection scolaire.

L'article 99 procède à cette modification dans le décret relatif aux journées de conférence pédagogique.

23. Durée des examens dans l'enseignement secondaire ordinaire (article 106)

Entrée en vigueur : 1^{er} septembre 2019

Le décret organique fixe la durée des examens dans l'enseignement secondaire ordinaire à huit jours ouvrables pour le degré inférieur et à douze jours ouvrables pour le degré supérieur.

Toutefois, certaines écoles secondaires accordent à leurs élèves des jours « libres » entre les examens, jours qui sont considérés comme des jours de congé scolaire. Toutefois, conformément à l'article 58 du décret organique, le nombre maximal de jours de congé scolaire est fixé à deux par année scolaire. Le Gouvernement fixe par arrêté le nombre exact de jours de congé scolaire.

Au cours des dernières années scolaires, il est apparu que certaines écoles secondaires ordinaires, en raison des jours « libres » supplémentaires en période d'examens, s'en tiennent certes au nombre de jours ouvrables pour organiser les examens, mais non au nombre de jours de congé scolaire, ce qui allonge de manière significative la période des examens. Cela ne correspond pas à la volonté du pouvoir décréteil.

Le Gouvernement propose de préciser la durée de la période d'examen par l'ajout du mot « consécutifs », de sorte qu'aucun jour de congé scolaire ne soit plus possible pendant la période d'examens. Ainsi, les examens commencent plus tard et les élèves ont plus de jours de cours et donc davantage de possibilités pour la préparation des contrôles en classe.

L'article 106 fixe la durée des examens à huit jours ouvrables consécutifs dans le degré inférieur et à douze jours ouvrables consécutifs dans le degré supérieur.

24. Durée de l'école primaire (article 134)

Entrée en vigueur : 1^{er} septembre 2019

Dans l'ensemble, toutes les études publiées jusqu'à présent attestent que doubler une année n'a aucun avantage sur le plan pédagogique pour l'élève. Toutefois, cela peut s'avérer nécessaire dans certains cas, par exemple si l'élève manque de maturité. C'est pourquoi le conseil de classe devrait, dans l'enseignement primaire, avoir la possibilité de prendre cette décision une fois en cours de scolarité primaire, si elle est suffisamment justifiée sur le plan pédagogique.

De plus, si c'est le souhait des parents à la fin de la scolarité primaire et que Kaleido a remis un avis positif motivé, le temps passé en primaire par l'élève peut être prolongé d'un an et donc porté à huit années. Cela n'a vraiment de sens que si l'élève a pu se développer de manière positive par le fait de répéter une classe et s'il peut encore, éventuellement, obtenir le certificat d'études de base en prolongeant sa scolarité primaire, ou s'il n'a pas encore la maturité nécessaire pour fréquenter l'enseignement secondaire.

L'actuel texte décréteil donne souvent lieu à une interprétation qui n'est pas défendable d'un point de vue pédagogique, interprétation selon laquelle, par exemple, les élèves peuvent répéter à plusieurs reprises une classe (par exemple, 3 fois la quatrième année scolaire) ou deux fois de suite (par exemple, les deuxième et troisième années scolaires).

De même, cela n'a pas de sens, comme mentionné dans le décret relatif à l'enseignement fondamental ordinaire, de parler de degrés, car le système de degrés n'est pas appliqué dans de nombreuses écoles primaires. En outre, il convient que la décision du conseil de classe soit contraignante pour toutes les écoles primaires et non pas seulement pour des écoles ayant le même système de degrés.

Aussi le Gouvernement propose-t-il de préciser en ce sens l'article du décret relatif à l'enseignement fondamental ordinaire.

L'article 134 modifie l'article 12 du décret relatif à l'enseignement fondamental ordinaire et précise qu'un élève peut doubler une fois une année scolaire et passer une huitième année au sein de l'école primaire à la fin de sa scolarité primaire. Il est en outre établi que la décision de doubler une année est contraignante pour toutes les écoles – indépendamment de leur structure.

25. Capital emplois (articles 9, 47, 83, 84, 90, 91, 100, 101, 102 et 109)

Entrée en vigueur : 1^{er} juillet 2019

Étant donné le recul constant du nombre d'élèves et les heures TCS supplémentaires investies dans le secondaire, aucune économie structurelle n'a pu être atteinte au niveau du capital périodes professoral dans l'enseignement secondaire de plein exercice de type I par le biais de l'article 3^{ter} du décret-programme du 20 mai 1997. Aussi le Gouvernement propose-t-il d'abroger cet article. À l'avenir, le calcul sera à nouveau effectué sur la base des articles 3 et 3^{bis} du décret-programme 1997 (article 101).

Dans le cadre de la réforme concernant les TCS, les emplois structurellement nécessaires sont repris dans le capital périodes régulier des écoles et donc protégés par décret, ce qui garantit une sécurité de planification aux écoles (article 100, 1^o et 2^o).

Actuellement, les mêmes coefficients sont appliqués pour les 2^e et 3^e degrés dans les orientations techniques et professionnelles. Étant donné que ce sont en particulier les élèves des orientations techniques et professionnelles du groupe B qui, au cours du 2^e degré, passent à une formation en entreprise, les conditions-cadres dans les 2^e et 3^e degrés diffèrent. Par conséquent, le coefficient applicable à partir du 21^e élève est porté de 3,3 à 3,6 (article 100, 3^o).

Le troisième degré de l'enseignement professionnel, l'année dite « préparatoire », a été instauré pour permettre aux élèves ayant terminé, en partie sans succès, le degré différencié d'acquérir des compétences de formation générale et de leur faciliter les choix professionnels par des stages et cours spéciaux ciblés. C'est pourquoi, dans l'enseignement professionnel du groupe B du deuxième degré, le capital périodes professoral est augmenté en alignant les coefficients sur ceux appliqués dans le 2^e degré de l'enseignement technique de transition ou de l'enseignement technique de qualification du groupe B (article 100, 4^o).

Actuellement, les emplois prévus au cadre dans la fonction de surveillant-éducateur sont organisés et subventionnés par tranche entamée de 80 élèves jusqu'à ce que le seuil de 160 élèves soit atteint. À partir de ce seuil, pour toute tranche entamée de 120 élèves, un emploi supplémentaire est organisé ou subventionné dans la fonction de surveillant-

éducateur, étant entendu qu'un emploi soit de secrétaire de direction soit de surveillant-éducateur est organisé ou subventionné dans le cas de 400 élèves.

La pratique et notamment les heures TCS approuvées au cours des dernières années montrent que les écoles utilisent une partie des heures supplémentaires pour des surveillants-éducateurs.

Dans le cadre de la réforme concernant les TCS, les emplois structurellement nécessaires sont repris dans le capital périodes régulier des écoles et donc protégés par décret, ce qui garantit une sécurité de planification aux écoles.

En conséquence, le capital périodes disponible est accru de manière structurelle afin que le pouvoir organisateur puisse au moins charger un surveillant-éducateur des missions imposées à tout employeur par la loi du 4 août 1996 concernant le bien-être au travail, telle que modifiée.

Considérant l'actuelle pénurie d'enseignants et compte tenu du fait qu'aucun titre pédagogique n'est nécessaire pour l'exécution des tâches définies dans la loi du 4 août 1996 relative au bien-être des travailleurs lors de l'exécution de leur travail, les personnes exerçant la fonction de surveillant-éducateur devraient, à l'avenir, être chargés des tâches ayant trait au service interne de prévention.

Il est donc proposé qu'un poste vacant soit mis à la disposition des écoles dans la fonction de surveillant-éducateur pour chaque tranche entamée de 80 élèves, et ce, jusqu'à ce que le seuil de 400 élèves soit atteint. Ce faisant, il convient de maintenir que le poste de secrétaire de direction, organisé ou subventionné à partir de 400 élèves, peut être utilisé pour un surveillant-éducateur.

Étant donné que l'encadrement des médiathèques scolaires n'est plus assuré par du personnel occupé dans la fonction de secrétaire-bibliothécaire, mais par un professeur-médiathécaire, les mots « secrétaire-bibliothécaire » sont supprimés à partir du seuil de 520 élèves. Les écoles doivent toutefois avoir la possibilité de transformer un emploi de surveillant-éducateur en un emploi relevant de la fonction de professeur-médiathécaire (article 84, 1^o et 2^o).

Il est établi que le capital emplois calculé conformément à l'arrêté royal du 15 avril 1977 est disponible pour les écoles à partir du 1^{er} septembre de l'année scolaire en cours (article 83).

En raison du besoin sans cesse croissant d'encadrement et de soutien psychosocial des élèves, notamment dans l'enseignement technique et professionnel, le Gouvernement propose de mettre à la disposition des écoles concernées des conseillers en psychologie scolaire qui travailleront en étroite collaboration avec le centre pour le développement sain des enfants et des jeunes (articles 9, 47 et 109).

Aussi est-il proposé d'organiser ou de subventionner, au 1^{er} septembre 2019, un emploi de conseiller en psychologie scolaire dans les écoles secondaires organisant l'enseignement technique et professionnel si au moins 70 % des élèves réguliers sont inscrits dans l'enseignement technique et/ou professionnel. Concrètement, cela signifie qu'un emploi de conseiller en psychologie scolaire pourra dorénavant être organisé à l'Institut Robert-Schuman et à l'Institut technique à Saint-Vith (article 84, 3^o).

Le capital périodes pour les surveillants d'internat est régi conformément à l'arrêté royal n° 456 du 10 septembre 1986 portant rationalisation et programmation des internats de l'enseignement organisé ou subventionné par l'État. L'article 14 établit une clé pour le surveillant d'internat de l'enseignement communautaire.

Les surveillants d'internat dans l'enseignement subventionnés ont été jusqu'à présent financés via les emplois TCS. Dans le cadre de la réforme concernant les TCS, les emplois structurellement nécessaires sont repris dans le capital périodes régulier des écoles et donc protégés par décret, ce qui garantit une sécurité de planification aux écoles.

Aussi l'arrêté royal n° 456 du 10 septembre 1986 portant rationalisation et programmation des internats de l'enseignement organisé ou subventionné par l'État est-il modifié.

La clé figurant au § 1^{er} est modifiée de telle sorte qu'elle soit à l'avenir applicable à tous les internats rattachés à des écoles fondamentales et secondaires ordinaires. Pour la première tranche de 21 élèves internes, un emploi de surveillant d'internat est toujours subventionné ou organisé. Pour toute nouvelle tranche de 21 élèves internes, un autre demi-emploi est mis à disposition (articles 90 et 91).

À la suite du décret du 26 juin 2017 visant la scolarisation des élèves primo-arrivants, le décret du 18 juin 2018 portant des mesures en matière d'enseignement et de formation – 2018 a abrogé le décret du 17 décembre 2001 et réglé autrement le capital périodes pour les élèves primo-arrivants. Le 15° peut donc être abrogé sans être remplacé (article 100, 5°).

Le jour de référence pour calculer le capital périodes professoral est le dernier jour d'école du mois de janvier de l'année scolaire précédente. Pour pouvoir tenir compte d'importantes augmentations ou baisses du nombre d'élèves, il est proposé de procéder à un nouveau calcul du capital périodes professoral le dernier jour d'école du mois de septembre. C'est pourquoi l'article 3, § 3, appliqué de l'année scolaire 2003-2004 à l'année scolaire 2006-2007 est remis en vigueur (article 102).

26. Types d'enseignement dans les écoles spécialisées (article 104)

Entrée en vigueur : 1^{er} septembre 2019

Les écoles secondaires ordinaires peuvent proposer une première année d'adaptation. Il s'agit de la première année de l'enseignement secondaire professionnel, qui est ouverte aux élèves qui ne peuvent pas présenter de certificat d'études de base.

L'utilisation du terme « adaptation » en relation avec les éventuels types d'enseignement dans l'enseignement spécialisé prête à confusion, car cela n'a rien à voir avec la première année d'adaptation dans l'enseignement secondaire ordinaire. Il est donc proposé, dans ce cas, de remplacer « adaptation » par « section ». Cette modification n'est par conséquent qu'une correction.

L'article 104 établit que, dans l'article 22.1 du décret organique, les mots « enseignement secondaire spécialisé d'adaptation sociale » et « enseignement secondaire spécialisé d'adaptation sociale et professionnelle » sont respectivement remplacés par les mots « enseignement secondaire spécialisé, section sociale » et « enseignement secondaire spécialisé, section sociale et professionnelle ».

27. Introduction de deux demi-jours de congé scolaire supplémentaires pour l'organisation du conseil de classe dans les écoles secondaires ordinaires (article 105)

Entrée en vigueur : 1^{er} septembre 2019

Le guide pour l'enseignement communautaire (GUW-Leitfaden) prévoit la possibilité, pour les écoles secondaires, de ne pas dispenser d'enseignement pendant deux demi-jours

par année scolaire en vue de la tenue des conseils de classe. L'introduction, par ce décret, de deux demi-jours supplémentaires dans le décret organique crée une base légale pour cette possibilité qui, d'ailleurs, vaut pour tous les réseaux scolaires.

Les écoles secondaires sont tenues d'encadrer tous les élèves qui passent néanmoins la demi-journée de congé scolaire à l'école.

28. Intervenants extérieurs dans l'enseignement artistique à horaire réduit (article 191)

Entrée en vigueur : 1^{er} septembre 2019

L'expérience des dernières années scolaires a montré que le pourcentage fixé par décret pour le recrutement d'intervenants extérieurs dans l'enseignement artistique à horaire réduit, à savoir 5 % du capital périodes octroyé, ne suffit pas. Le Gouvernement propose par conséquent de porter ce pourcentage à 10 %.

L'article 191 procède à cette modification dans le décret du 23 mars 2009 relatif à l'enseignement artistique à horaire réduit.

29. Volume de cours de didactique appliquée dans le cadre du CAP+ (article 193)

Entrée en vigueur : 1^{er} septembre 2019

Sur la base d'un contrat de coopération entre la « RWTH AACHEN », la haute école autonome et le Gouvernement de la Communauté germanophone, les personnes qui obtiennent un titre pédagogique à la haute école autonome peuvent fréquenter des cours de didactique appliquée auprès de la « RWTH AACHEN ».

L'ancien contrat a expiré le 30 septembre 2017. Le nouveau contrat prévoit, en raison des modifications des curricula à la « RWTH AACHEN », une modification en ce qui concerne les unités de crédit des cours de didactique appliquée.

L'ancien contrat prévoyait que les cours de didactique appliquée devaient avoir un volume de 6 points ECTS. À la suite des modifications apportées à la législation de la Rhénanie du Nord-Westphalie relative à la formation des enseignants, les cours proposés par la « RWTH AACHEN » représentent maintenant un volume de 4 à 7 points ECTS.

C'est pourquoi le Gouvernement propose d'adapter, dans le décret du 25 octobre 2010, les points d'études contenus dans le tableau fixant les éléments essentiels de la formation menant à l'obtention d'un titre pédagogique.

L'article 193 apporte cette modification dans l'annexe 3 « Fixation des éléments essentiels de la formation menant à l'obtention d'un titre pédagogique » du décret du 25 octobre 2010 et remplace les points d'études en ce qui concerne la didactique appliquée, ainsi que le total de ceux-ci.

30. Soutien financier par Kaleido (articles 222 à 228)

Entrée en vigueur : 1^{er} septembre 2018

Depuis de nombreuses années, Kaleido [ou son prédécesseur, le « Dienst für Kind und Familie (DKF) »] soutient avec succès les femmes enceintes et jeunes mères et pères qui se trouvent dans une situation précaire. L'objectif fondamental est de garantir autant que possible un déroulement harmonieux de la grossesse et un accouchement dans un contexte positif. L'on évite ainsi, par exemple, que la visite périodique d'un gynécologue soit annulée en raison d'une situation d'urgence financière.

Le Gouvernement propose que ce principe fondamental – conseils et assistance financière aux familles démunies – soit étendu à deux autres domaines importants : la nécessaire explication de diagnostics, d'une part, et le traitement des maladies contagieuses, d'autre part.

Ces formes de soutien correspondent à l'objectif de la Convention des droits de l'enfant adoptée par l'ONU et de l'article 3.1, 4^o, du décret du 31 mars 2014 relatif au centre pour le développement sain des enfants et des jeunes.

Pour qu'un enfant ou un jeune soit soutenu le mieux possible, il est entre autres nécessaire de donner des explications de diagnostics. Dans de nombreux cas, ces explications sont données par ou sur recommandation de Kaleido. Le centre pour le développement sain des enfants et des jeunes est ainsi notamment responsable pour constater la nécessité d'un soutien pédagogique spécialisé ou pour émettre un avis lors d'une demande de protection des notes. Les explications nécessaires en matière de diagnostic requièrent notamment l'intervention de (plusieurs) médecins spécialistes (par exemple, des neurologues) ou d'autres spécialistes. Pour les familles concernées, c'est en partie lié à des coûts considérables qui, à leur tour, représentent un gros problème pour les familles financièrement démunies. Dans l'optique de l'égalité des chances et de la participation générale à l'école et à la société, il faut éviter qu'un diagnostic ne soit pas expliqué en détails en raison de difficultés financières. C'est pourquoi Kaleido devrait à l'avenir avoir la possibilité de soutenir dans ce domaine des familles financièrement vulnérables. La garantie de qualité est assurée par le fait que la mesure soit recommandée et approuvée par Kaleido. Le Gouvernement part du principe que le coût de ce type de soutien est plusieurs fois inférieur à celui causé par l'absence d'examens diagnostiques due à des difficultés financières.

Le même principe devrait à l'avenir s'appliquer au traitement de maladies contagieuses (par exemple, la gale). À cet égard, les coûts sont parfois très élevés et peuvent rapidement atteindre 1 000 euros ou plus. Il est logique que cela représente, pour de nombreuses familles, une charge financière peu ou pas supportable. Si cela implique à son tour que le traitement n'est pas ou seulement insuffisamment suivi, le risque est grand que la maladie s'amplifie et que d'autres enfants et familles soient contaminés. En vue de la protection de la santé de l'individu et de l'ensemble de la population, cela doit en tout cas être évité. Lors de cette intervention, Kaleido accompagnera très étroitement les familles afin que des traitements parfois complexes puissent, si possible, se dérouler avec succès.

Les mesures de soutien visées ci-dessus sont liées à des critères d'approbation et éventuellement des obligations que Kaleido établit. Le rapport d'activité reprend une analyse détaillée et anonymisée.

Les articles 222 à 225 fixent les trois domaines dans lesquels Kaleido peut accorder un soutien financier :

- 1° la grossesse et l'accouchement,
- 2° l'explication de diagnostics,
- 3° les maladies contagieuses.

L'article 226 établit que le soutien financier est lié au respect de certaines obligations afin qu'il montre autant que possible le succès escompté.

L'article 227 établit que l'octroi d'un soutien financier s'opère sur la base de critères que Kaleido définit.

L'article 228 oblige le centre à rendre des comptes dans le rapport annuel sur l'utilisation des crédits budgétaires correspondants.

31. Chargé de cours pratiques dans le domaine pédagogique

Entrée en vigueur : 1^{er} avril 2019

Il est proposé d'adapter les conditions d'admission à la fonction de chargé de cours pratiques dans le domaine pédagogique. Pour l'instant, cette fonction existant au sein du département « Sciences pédagogiques » de la Haute école autonome est uniquement accessible aux personnes porteuses d'un diplôme d'instituteur primaire ou maternel qui sont nommés à titre définitif depuis au moins dix ans en tant qu'instituteur primaire ou maternel. Cette formulation est très restrictive puisqu'elle exclut dès le départ tous les membres du personnel temporaires. Pour élargir le cercle des éventuels « aspirants » à cette fonction, il est proposé de rendre flexible cette condition de titre de manière à ce que le diplôme d'instituteur primaire ou maternel doive être complété par une expérience professionnelle d'au moins dix ans en tant qu'instituteur primaire ou maternel, les services à temps partiel étant comptabilisés au prorata d'un emploi à temps plein.

32. Instauration d'un nouveau cursus dans le domaine « sciences administratives et gestion publique » (articles 162 à 165)

Entrée en vigueur : 1^{er} septembre 2019

Depuis plusieurs années déjà, le Gouvernement envisage de proposer une offre d'études ajustée afin de réagir à un manque criant de personnel qualifié dans les entreprises et les administrations publiques de la Communauté germanophone. A notamment été exprimé le souhait d'une assistance administrative polyvalente qualifiée ayant des compétences en comptabilité, gestion de personnel, informatique, marketing, gestion de projets, droit constitutionnel et langues étrangères. C'est notamment un stage en langues étrangères qui doit tenir compte de cet aspect.

Ainsi, cette nouvelle offre d'études ne peut pas seulement répondre à un besoin des entreprises et renforcer durablement la Belgique de l'Est en tant que lieu d'implantation économique, mais permet également de (re)lancer une offre d'études complète dans le domaine des sciences financières et administratives.

C'est possible en organisant une première année de formation commune pour les comptables, agents bancaires, courtiers en assurances et le bachelier en sciences administratives et gestion publique ainsi qu'une deuxième année commune pour les agents bancaires, courtiers en assurance et le bachelier en sciences administratives et

gestion publique; c'est seulement en troisième année que s'opère une distinction par domaine d'études : sciences administratives et gestion publique, banque et assurances, comptabilité.

C'est surtout dans le domaine de la comptabilité que le concept de la formation en alternance a fait ses preuves et s'est le mieux établi; tous les diplômés obtiennent directement un contrat de travail au terme de leurs études.

La mesure visant à adapter le décret du 27 juin 2005 portant création d'une haute école autonome est dès lors nécessaire pour faire avancer les travaux relatifs au nouveau programme d'études. Il faut fixer le contenu des études, établir des horaires et rédiger des descriptions de cours, chercher des chargés de cours, rendre publique et promouvoir la nouvelle offre afin de générer de nouvelles places de formation.

33. Vaccinations Kaleido et maladies contagieuses/infectieuses (articles 158, 217 à 221)

Entrée en vigueur : 1^{er} septembre 2019

En son article 1.1, alinéa 2, le décret du 31 mars 2014 relatif au centre pour le développement sain des enfants et des jeunes fixe le champ de compétence général de Kaleido, à savoir pour tous les enfants et jeunes ainsi que toutes les femmes enceintes, indépendamment de leur âge. En outre, l'article 3.2 prévoit que le centre mettra l'accent sur la continuité de l'offre en matière de prévention pour la tranche d'âge allant d'environ moins neuf mois à plus ou moins 20 ans.

Toutefois, en ce qui concerne les domaines sanitaires « vaccinations » et « maladies contagieuses », la délimitation des compétences du centre par rapport aux missions du Ministère de la Communauté germanophone n'est actuellement pas réglée de manière claire.

En ce qui concerne les vaccinations, l'article 3.20 ne précise pas que Kaleido est compétent pour les nourrissons et les jeunes enfants, à savoir les enfants qui n'ont pas encore atteint l'âge de la section maternelle. Actuellement, le décret prévoit seulement que le centre est compétent pour la vaccination des enfants dans le cadre de la médecine scolaire. Cela concerne les 3-20 ans.

L'ancien office « Dienst für Kind und Familie », alors implanté au sein du Ministère de la Communauté germanophone, a été intégré au centre en 2014, en même temps que les centres PMS, les centres de santé et l'hygiène bucco-dentaire dans les écoles. Aussi Kaleido poursuit-il, dans l'optique de cette continuité, la vaccination des enfants de 0 à 3 ans dans le cadre des dépistages, sans que cela soit expressément prévu par le décret.

Il faut à présent le préciser expressément dans l'article 3.20, particulièrement pour les motifs suivants :

- confirmer la compétence de Kaleido en matière de vaccination des jeunes enfants âgés de 0 à 3 ans, étant donné que le service assume déjà cette mission depuis 2014 dans le cadre des dépistages;
- assurer une manière de procéder uniforme dans tous les domaines, cohérente par rapport au spectre général des missions de Kaleido auprès des enfants de 0 à 20 ans.

En ce qui concerne les maladies contagieuses, l'article 3.22, alinéa 3, du décret ne prévoit pas actuellement que Kaleido est responsable pour les enfants de 0 à 3 ans. Pour

l'instant, c'est le département « Santé et Personnes âgées » du Ministère de la Communauté germanophone qui, en coopération avec les inspecteurs d'hygiène de l'Agence pour une Vie de Qualité (AViQ) de la Région wallonne, assure la coordination des mesures en cas de maladies contagieuses :

- pour les enfants de moins de 3 ans et dans le cadre de l'accueil d'enfants;
- pour les enfants et jeunes habitant en Belgique, mais scolarisés à l'étranger;
- pour les enfants de 3 à 20 ans « découverts » en dehors du cadre scolaire, par exemple lors d'activités culturelles, sportives et de loisirs.

En revanche, pour les enfants de 3 à 18 ans scolarisés en Communauté germanophone, Kaleido est le correspondant. Les conseillers de Kaleido sont directement présents dans les familles de par leurs visites à domicile auprès des jeunes familles avec nourrissons et jeunes enfants de 0 à 3 ans et par les dépistages auprès de ces enfants.

Étant donné que la compétence pour le groupe cible des 0-20 ans est de ce fait répartie entre le Ministère de la Communauté germanophone et Kaleido, cela porte à confusion chez les parents et les organisations. En outre, la plupart des familles ont des enfants de différentes classes d'âge (nourrissons et/ou jeunes enfants de moins de 3 ans et enfants scolarisés), de sorte qu'un encadrement général par un seul service serait plus cohérent et plus efficace. Ce faisant, le médecin responsable de Kaleido ne doit pas remplacer les missions du médecin-inspecteur d'hygiène, mais assurer la coordination des mesures de mise en œuvre en accord avec lui.

C'est pourquoi il est proposé d'adapter en ce sens le décret du 31 mars 2014 relatif au centre pour le développement sain des enfants et des jeunes. Par souci de clarté, un renvoi sera inséré dans le décret du 1^{er} juin 2004 relatif à la promotion de la santé et à la prévention médicale.

Le Ministre de l'Éducation
et de la Recherche scientifique

H. MOLLERS

AVANT-PROJET DE DECRET

Avant-projet de décret portant des mesures en matière d'enseignement – 2019

Chapitre 1^{er} – Modification de l'arrêté royal du 15 avril 1958 portant statut pécuniaire du personnel enseignant, scientifique et assimilé du Ministère de l'Instruction publique

Article 1^{er} – À l'article 17, § 4.1, de l'arrêté royal du 15 avril 1958 portant statut pécuniaire du personnel enseignant, scientifique et assimilé du Ministère de l'Instruction publique, inséré par le décret du 26 juin 2017, l'alinéa 1^{er} est complété par la phrase suivante :

« De la même manière, il est tenu compte des services effectifs prestés dans le secteur public d'un État non membre de l'Union européenne. »

Chapitre 2 – Modification de la loi du 29 mai 1959 modifiant certaines dispositions de la législation de l'enseignement

Art. 2 – Dans l'article 24, § 2, alinéa 2, 3°, de la loi du 29 mai 1959 modifiant certaines dispositions de la législation de l'enseignement, remplacé par le décret du 25 juin 2012, les mots « et à la guidance en développement scolaire » sont remplacés par les mots « , la guidance en développement scolaire et la guidance pour l'inclusion et l'intégration ».

Chapitre 3 – Modification de l'arrêté royal du 19 juin 1967 fixant les titres requis des candidats aux fonctions de recrutement du personnel administratif, du personnel de maîtrise, gens de métier et de service des établissements d'enseignement gardien, primaire, spécialisé, moyen, technique, artistique et normal de l'État

Art. 3 – Dans l'intitulé de l'arrêté royal du 19 juin 1967 fixant les titres requis des candidats aux fonctions de recrutement du personnel administratif, du personnel de maîtrise, gens de métier et de service des établissements d'enseignement gardien, primaire, spécialisé, moyen, technique, artistique et normal de l'État, modifié par le décret du 11 mai 2009, les mots « candidats aux fonctions de recrutement » sont remplacés par le mot « membres ».

Art. 4 – À l'article 1^{er} du même arrêté royal, modifié en dernier lieu par le décret du 18 juin 2018, les modifications suivantes sont apportées :

- 1° dans la phrase introductive de l'alinéa 1^{er}, les mots « candidats aux fonctions de recrutement que peuvent exercer les » sont abrogés;
- 2° dans l'alinéa 1^{er}, les 1° et 3° sont abrogés;
- 3° dans l'alinéa 1^{er}, 2°, les mots « ou de commis-sténodactylographe » sont abrogés;
- 4° dans l'alinéa 1^{er}, 2bis, c), remplacé par le décret du 18 juin 2018, les mots « ou technique de transition » sont insérés entre les mots « secondaire général supérieur » et les mots « , complété par »;
- 5° l'alinéa 2, inséré par l'arrêté du Gouvernement du 4 juin 1998 et modifié par l'arrêté du Gouvernement du 6 décembre 2007, est remplacé par ce qui suit :
« Les certificats d'études délivrés dans un État membre de l'Union européenne sont considérés comme des titres requis s'ils sont accompagnés d'un certificat d'équivalence ou d'une reconnaissance établis par le Gouvernement. »

- Art. 5** – À l'article 2 du même arrêté royal, les modifications suivantes sont apportées :
- 1° dans la phrase introductive de l'alinéa 1^{er}, les mots « candidats aux fonctions de recrutement que peuvent exercer les » sont abrogés;
 - 2° l'alinéa 2, inséré par l'arrêté du Gouvernement du 4 juin 1998 et modifié par l'arrêté du Gouvernement du 6 décembre 2007, est remplacé par ce qui suit :
« Les certificats d'études délivrés dans un État membre de l'Union européenne sont considérés comme des titres requis s'ils sont accompagnés d'un certificat d'équivalence ou d'une reconnaissance établis par le Gouvernement. »

Chapitre 4 – Modification de l'arrêté royal du 2 octobre 1968 déterminant et classant les fonctions des membres du personnel directeur et enseignant, du personnel auxiliaire d'éducation, du personnel paramédical et sociopsychologique des établissements d'enseignement gardien, primaire, spécialisé, moyen, technique, artistique et normal de l'État et les fonctions des membres du personnel du service d'inspection chargé de la surveillance de ces établissements

Art. 6 – Dans l'intitulé de l'arrêté royal du 2 octobre 1968 déterminant et classant les fonctions des membres du personnel directeur et enseignant, du personnel auxiliaire d'éducation, du personnel paramédical et socio-psychologique des établissements d'enseignement gardien, primaire, spécialisé, moyen, technique, artistique et normal de l'État et les fonctions des membres du personnel du service d'inspection chargé de la surveillance de ces établissements, modifié par le décret du 11 mai 2009, les mots « ainsi que du personnel administratif » sont insérés entre les mots « et socio-psychologique » et les mots « des établissements ».

Art. 7 – À l'article 6 du même arrêté royal, modifié en dernier lieu par le décret du 18 juin 2018, les modifications suivantes sont apportées :

- 1° dans le C), b), le 13° est abrogé;
- 2° le C), b), est complété par un 14^{ter} rédigé comme suit :
« 14^{ter} coordinateur pédagogique dans des écoles inclusives »;
- 3° dans le D), b), le 13° est abrogé;
- 4° dans le Dbis), b), 3°, le point est remplacé par un point-virgule et un 4°, rédigé comme suit, est inséré :
« 4° chef d'atelier. »;
- 5° dans le E), a), les 10^{ter} et 10^{quinq} sont abrogés;
- 6° dans le E), b), les 16° et 17°, abrogés par le décret du 27 juin 2005, sont rétablis dans la rédaction suivante :
« 16° chargé de recherche;
17° évaluateur externe. »

Art. 8 – À l'article 8, b), du même arrêté royal, les modifications suivantes sont apportées :

- 1° dans le 8°, le point en fin de phrase est remplacé par un point-virgule;
- 2° il est inséré un 9° rédigé comme suit :
« 9° coordinateur paramédical dans des écoles inclusives. »

Art. 9 – L'article 9.1, a), 3°, du même arrêté royal, inséré par le décret du 24 juin 2013 et abrogé par le décret du 31 mars 2014, est rétabli dans la rédaction suivante :
« 3° conseiller en psychologie scolaire. »

Art. 10 – À l'article 10, alinéa 1^{er}, du même arrêté royal, modifié par les décrets des 25 juin 2012 et 24 juin 2013, les modifications suivantes sont apportées :

- 1° le 1° est remplacé par ce qui suit :

« 1° chef de l'inspection scolaire, de la guidance en développement scolaire et de la guidance pour l'inclusion et l'intégration; »

2° l'article est complété par un *2quinquies* rédigé comme suit :

« *2quinquies* adjoint pour l'inclusion et l'intégration; ».

Art. 11 – Dans le même arrêté royal, modifié en dernier lieu par le décret du 25 juin 2018, il est inséré un chapitre III.1, comportant l'article 10.1, intitulé comme suit :

« Chapitre III.1 – Les fonctions du personnel administratif »

Art. 12 – Dans le chapitre III.1 du même arrêté royal, il est inséré un article 10.1 rédigé comme suit :

« Art. 10.1 – Les fonctions que peuvent exercer les membres du personnel administratif sont déterminées comme suit :

a) Fonctions de recrutement

1° commis;

2° commis-dactylographe;

3° correspondant-comptable;

4° secrétaire en chef;

5° secrétaire administratif;

6° adjoint;

7° technicien réseau;

b) Fonctions de sélection

8° secrétaire administratif en chef. »

Chapitre 5 – Modification de l'arrêté royal du 22 mars 1969 fixant le statut des membres du personnel directeur et enseignant, du personnel auxiliaire d'éducation, du personnel paramédical et sociopsychologique des établissements d'enseignement gardien, primaire, spécialisé, moyen, technique, artistique et normal de l'État, des internats dépendant de ces établissements et des membres du personnel du service d'inspection chargé de la surveillance de ces établissements

Art. 13 – L'intitulé de l'arrêté royal du 22 mars 1969 fixant le statut des membres du personnel directeur et enseignant, du personnel auxiliaire d'éducation, du personnel paramédical et sociopsychologique des établissements d'enseignement gardien, primaire, spécialisé, moyen, technique et artistique de l'État, des internats dépendant de ces établissements et des membres du personnel du service d'inspection chargé de la surveillance de ces établissements, modifié par le décret du 11 mai 2009, est remplacé par ce qui suit :

« Arrêté royal fixant le statut des membres du personnel de l'enseignement communautaire ».

Art. 14 – Dans l'article 1^{er}, alinéa 1^{er}, du même arrêté royal, remplacé par l'arrêté du Gouvernement du 2 mars 1995 et modifié par le décret du 11 mai 2009, les mots « ainsi que du personnel administratif » sont insérés entre les mots « et sociopsychologique » et les mots « des établissements ».

Art. 15 – L'article 19, § 2, du même arrêté royal, remplacé par le décret du 26 juin 2006, est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« Par dérogation à l'alinéa 2, la désignation dans la fonction de professeur-médiathécaire ou dans une fonction de la catégorie du personnel administratif prend fin au plus tard le 31 août de l'année de ladite désignation. »

Art. 16 – Dans l'article 24, § 1.1, alinéa 3, du même arrêté royal, inséré par le décret du 25 juin 2012, les mots « et à la guidance en développement scolaire » sont remplacés par les mots « , la guidance en développement scolaire et la guidance pour l'inclusion et l'intégration ».

Art. 17 – Dans l'article 25, alinéa 1^{er}, 4°, du même arrêté royal, remplacé par le décret du 26 juin 2006 et modifié par le décret du 25 mai 2009, les mots « et des membres du personnel administratif » sont insérés entre les mots « professeur-médiathécaire » et les mots « , qui se termine ».

Art. 18 – L'article 38, alinéa 2, du même arrêté royal, remplacé par le décret du 26 juin 2006 et modifié par le décret du 25 juin 2007, est complété par la phrase suivante :
« Cela ne vaut pas pour les fonctions de recrutement dans la catégorie du personnel administratif. »

Art. 19 – À l'article 40 du même arrêté royal, remplacé par le décret du 26 juin 2006 et modifié en dernier lieu par le décret du 23 juin 2008, les modifications suivantes sont apportées :

- 1° dans le 2°, la première phrase est complétée par les mots « , à l'exclusion du calcul de l'ancienneté du personnel administratif et du professeur-médiathécaire »;
- 2° l'article est complété par un alinéa rédigé comme suit :
« Sans préjudice de l'alinéa 1^{er}, les services prestés jusqu'au 30 avril dans la fonction d'instituteur primaire dans l'enseignement de la Communauté germanophone sont pris en compte pour l'application de l'article 20 à un membre du personnel porteur d'un diplôme d'instituteur maternel. Ces services sont calculés conformément aux modalités fixées dans l'alinéa 1^{er}. »

Art. 20 – Dans l'article 66, § 1.1, alinéa 2, du même arrêté royal, inséré par le décret du 25 juin 2012, les mots « et à la guidance en développement scolaire » sont remplacés par les mots « , la guidance en développement scolaire et la guidance pour l'inclusion et l'intégration ».

Art. 21 – Dans l'article 85, a), du même arrêté royal, remplacé par le décret du 26 juin 2006 et modifié par le décret du 23 juin 2008, la phrase est complétée par les mots « , à l'exclusion du calcul de l'ancienneté pour le personnel administratif et le professeur-médiathécaire ».

Art. 22 – Dans l'article 91*octies*, § 1^{er}, alinéa 2, 1°, g), du même arrêté royal, inséré par le décret du 11 mai 2009, les mots « à temps plein » sont insérés entre les mots « le congé » et les mots « pour mission ».

Art. 23 – Dans l'intitulé du chapitre VII*septies* du même arrêté royal, inséré par le décret du 20 juin 2016, les mots « des degrés inférieur et supérieur » sont abrogés.

Art. 24 – À l'article 91*triciester* du même arrêté royal, inséré par le décret du 20 juin 2016, les modifications suivantes sont apportées :

- 1° dans l'alinéa 1^{er}, les mots « dans l'enseignement secondaire inférieur ou supérieur, ci-après "chef d'atelier", » sont abrogés;
- 2° dans l'alinéa 2, les mots « 91*septies* » et « 91*terdecies* » sont respectivement remplacés par les mots « 91*septies*, §§ 2 et 3, » et « 91*terdecies* et 91*tricies* ».

Art. 25 – Dans l'article 91*triciesquinquies* du même arrêté royal, inséré par le décret du 20 juin 2016, l'alinéa 2 est complété par les mots « , ainsi que le volume des prestations ».

Art. 26 – L'article 91*tricessexies* du même arrêté royal, inséré par le décret du 20 juin 2016, est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« Le candidat est désigné pour une année scolaire. Au terme de cette année scolaire et en cas de rapport d'évaluation établi par le chef d'établissement portant au moins en conclusion la mention « bon », ladite désignation est prolongée d'une année scolaire. Si, au terme de la deuxième désignation, le rapport établi par le chef d'établissement porte au moins en conclusion la mention « bon », le candidat est désigné une troisième fois, et ce, pour une durée indéterminée. Conformément à l'article 91*undecies*, le chef d'établissement établit au moins un rapport d'évaluation par année scolaire pour le chef d'atelier, tant que celui-ci est désigné pour une durée indéterminée. »

Art. 27 – L'article 91*tricessepties*, § 1^{er}, du même arrêté royal, inséré par le décret du 18 juin 2018, est remplacé par ce qui suit :

« § 1^{er} – Durant l'exercice de la fonction de chef d'atelier, le membre du personnel perçoit un traitement calculé sur la base de l'échelle de traitement 231 figurant dans l'annexe de l'arrêté royal du 27 juin 1974 fixant au 1^{er} avril 1972 les échelles des fonctions des membres du personnel directeur et enseignant, auxiliaire d'éducation, paramédical et sociopsychologique des établissements d'enseignement de l'État, des membres du personnel du service d'inspection chargé de la surveillance de ces établissements et des membres du personnel du service d'inspection de l'enseignement par correspondance et de l'enseignement primaire subventionné et fixant les échelles des grades du personnel des centres psycho-médico-sociaux de l'État. »

Art. 28 – Dans l'article 91*quadrages*, alinéa 3, b), du même arrêté royal, inséré par le décret du 18 juin 2018, les mots « ou technique de transition » sont insérés entre les mots « secondaire général supérieur » et les mots « , complété par ».

Art. 29 – Dans l'article 91*quadragester*, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, du même arrêté royal, inséré par le décret du 18 juin 2018, la phrase est complétée par les mots « , et celles mentionnées à l'article 91*quadrages*, alinéa 3 ».

Art. 30 – Dans le même arrêté royal, modifié en dernier lieu par le décret du 18 juin 2018, il est inséré un chapitre VII*decies*, comportant l'article 91*quadragesquinquies*, intitulé comme suit :

« Chapitre VII*decies* – Dispositions spécifiques pour les coordinateurs pédagogiques et paramédicaux dans des écoles inclusives ».

Art. 31 – Dans le chapitre VII*decies* du même arrêté royal, il est inséré un article 91*quadragesquinquies* rédigé comme suit :

« Art. 91*quadragesquinquies* – Principe

Par dérogation au chapitre VII, les articles 91*quater* à 91*nonies*, 91*duodecies*, 91*terdecies*, 91*duodevicies*, 91*trices* et 91*tricessemel* s'appliquent à la fonction de coordinateur pédagogique dans des écoles inclusives ainsi qu'à celle de coordinateur paramédical dans des écoles inclusives ; la qualification pédagogique mentionnée à l'article 91*sexies* devant s'entendre, pour le cas du coordinateur paramédical dans des écoles inclusives, comme étant une "qualification paramédicale". »

Art. 32 – Dans l'article 114, alinéa 1^{er}, 3^o, du même arrêté royal, remplacé par le décret du 23 juin 2008 et modifié par le décret du 25 juin 2012, les mots « et à la guidance en développement scolaire » sont remplacés par les mots « , la guidance en développement scolaire et la guidance pour l'inclusion et l'intégration ».

Art. 33 – L'intitulé du chapitre VIII, section 6, du même arrêté royal, inséré par le décret du 25 juin 2007 et modifié par le décret du 28 juin 2010, est complété par les mots « ou les administrateurs ».

Art. 34 – Dans l'article 121bis du même arrêté royal, inséré par le décret du 25 juin 2007 et remplacé par le décret du 28 juin 2010, les mots « ou dans la fonction d'administrateur » sont insérés entre les mots « école fondamentale d'application » et les mots « , dénommés ci-après ».

Art. 35 – À l'article 121ter, alinéa 1^{er}, du même arrêté royal, inséré par le décret du 25 juin 2007, les modifications suivantes sont apportées :

1^o le 2^o, a), remplacé par le décret du 11 mai 2009 et modifié par le décret du 20 juin 2016, est remplacé par ce qui suit :

« a) disposer, pour la fonction de préfet des études, de directeur d'école secondaire ordinaire, de directeur d'école secondaire spécialisée ou d'administrateur, au moins d'un diplôme de l'enseignement supérieur du premier degré; »

2^o dans le 2^o, remplacé par le décret du 11 mai 2009, le b) est abrogé.

Art. 36 – L'article 121quinquies, alinéa 3, du même arrêté royal, inséré par le décret du 25 juin 2007, est complété par la phrase suivante :

« Toute qualification dans le domaine social ou des sciences humaines et l'expérience professionnelle, notamment dans le domaine de la pédagogie de soutien et de la direction d'équipe, constitue des critères de sélection pour la désignation dans la fonction d'administrateur. »

Art. 37 – Dans l'article 121septies, § 1^{er}, alinéa 2, 1^o, h), du même arrêté royal, inséré par le décret du 11 mai 2009, les mots « à temps plein » sont insérés entre les mots « le congé » et les mots « pour mission ».

Art. 38 – À l'article 121nonies, § 1^{er}, du même arrêté royal, inséré par le décret du 25 juin 2007 et modifié en dernier lieu par le décret du 18 juin 2018, les modifications suivantes sont apportées :

1^o dans l'alinéa 2, le nombre « 428,48 » est remplacé par le nombre « 800 »;

2^o le paragraphe est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« Durant l'exercice de la fonction, l'administrateur perçoit un traitement calculé sur la base de l'échelle de traitement 167 mentionnée à l'article 2, chapitre G, du même arrêté royal du 27 juin 1974. »

Art. 39 – L'article 163 du même arrêté royal, remplacé par l'arrêté de l'Exécutif du 17 juillet 1991, est remplacé par ce qui suit :

« Art. 163 – Aucun membre du personnel ne peut être mis ou maintenu en disponibilité s'il remplit les conditions requises pour être admis à la pension de retraite. »

Art. 40 – Dans le chapitre XIbis du même arrêté royal, inséré par le décret du 25 mai 2009 et modifié en dernier lieu par le décret du 18 juin 2018, il est inséré un article 169septiesdecies rédigé comme suit :

« Art. 169septiesdecies – Par dérogation aux articles 91quinquies et 91sexies, le pouvoir organisateur désigne, au 1^{er} septembre 2019, pour une durée indéterminée dans la fonction de coordinateur pédagogique dans des écoles inclusives, le membre du personnel qui a assuré, au cours des années scolaires 2017-2019, des tâches de coordination pédagogique dans une école inclusive en Communauté germanophone et les missions mentionnées à l'article 96.3 du décret du 31 août 1998 relatif aux missions confiées aux pouvoirs organisateurs et au personnel des écoles et portant des dispositions générales d'ordre pédagogique et organisationnel pour les écoles ordinaires et

spécialisées. Une attestation précisant les missions assurées par le membre du personnel, rédigée par le chef d'établissement, peut être présentée comme preuve au pouvoir organisateur. »

Art. 41 – Dans le même chapitre, il est inséré un article 169octiesdecies rédigé comme suit :

« Art. 169octiesdecies – Par dérogation aux articles 91quinquies et 91sexies, le pouvoir organisateur désigne, au 1^{er} septembre 2019, pour une durée indéterminée dans la fonction de coordinateur paramédical dans des écoles inclusives, le membre du personnel qui a assuré, au cours des années scolaires 2017-2019, des tâches de coordination paramédicale dans une école inclusive en Communauté germanophone et les missions mentionnées à l'article 98.1, § 4, du décret du 31 août 1998 relatif aux missions confiées aux pouvoirs organisateurs et au personnel des écoles et portant des dispositions générales d'ordre pédagogique et organisationnel pour les écoles ordinaires et spécialisées. Une attestation précisant les missions assurées par le membre du personnel, rédigée par le chef d'établissement, peut être présentée comme preuve au pouvoir organisateur. »

Art. 42 – Dans le même chapitre, il est inséré un article 169noviesdecies rédigé comme suit :

« Art. 169noviesdecies – Les membres du personnel de maîtrise, les gens de métier et de service occupés dans les établissements d'enseignement organisés par la Communauté germanophone et nommés à titre définitif au 30 mars 2019, sont soumis, à partir du 1^{er} avril 2019 et jusqu'à la cessation de leurs fonctions, aux mêmes conditions que celles applicables aux membres du personnel administratif occupés au sein de tels établissements. »

Chapitre 6 – Modification de l'arrêté royal du 22 avril 1969 fixant les titres requis des membres du personnel directeur et enseignant, du personnel auxiliaire d'éducation, du personnel paramédical et sociopsychologique des établissements d'enseignement gardien, primaire, spécialisé, moyen, technique, artistique et normal de l'État et des internats dépendant de ces établissements

Art. 43 – À l'article 7 de l'arrêté royal du 22 avril 1969 fixant les titres requis des membres du personnel directeur et enseignant, du personnel auxiliaire d'éducation, du personnel paramédical et sociopsychologique des établissements d'enseignement gardien, primaire, spécialisé, moyen, technique, artistique et normal de l'État et des internats dépendant de ces établissements, modifié en dernier lieu par le décret du 26 juin 2017, les modifications suivantes sont apportées :

- 1° dans le 8°, a), les mots « complété par deux années d'expérience professionnelle en tant qu'instituteur primaire » sont remplacés par les mots « complété par deux années scolaires d'expérience professionnelle dans une fonction de la catégorie du personnel directeur et enseignant – les services à temps partiel étant pris en considération proportionnellement à une occupation à temps plein –, »;
- 2° le 9.1.5. est complété par les mots « – la condition étant considérée comme remplie si le membre du personnel est porteur d'une agrégation pour l'enseignement secondaire inférieur »;
- 3° dans le 9.3, les mots « , d'un diplôme de l'enseignement supérieur de plein exercice de type court ou long ou d'un diplôme universitaire, » sont insérés entre les mots « secondaire supérieur » et le mot « établi ».

Art. 44 – À l'article 9quater du même arrêté royal, inséré par le décret du 26 juin 2017, les modifications suivantes sont apportées :

- 1° le 1°, e), est complété par les mots « – la condition étant considérée comme remplie si le membre du personnel est porteur d'une agréation pour l'enseignement secondaire inférieur »;
- 2° dans le 3°, les mots « , d'un diplôme de l'enseignement supérieur de plein exercice de type court ou long ou d'un diplôme universitaire, » sont insérés entre les mots « secondaire supérieur » et le mot « établi ».

Art. 45 – Dans l'article 10, 18bis, du même arrêté royal, inséré par le décret du 27 juin 2005, les mots « et être nommé à titre définitif dans la fonction en question depuis dix ans au moins » sont remplacés par les mots « , complété par une expérience professionnelle d'au moins dix ans comme instituteur maternelle ou primaire, les services à temps partiel étant pris en considération proportionnellement à une occupation à temps plein ».

Art. 46 – Dans l'article 14, 9.1.3., du même arrêté royal, inséré par le décret du 26 juin 2017, les mots « les années civiles et/ou scolaires où le membre du personnel était au moins occupé à mi-temps dans l'établissement concerné étant prises en considération pour déterminer les deux ans » sont remplacés par les mots « , les services à temps partiel étant pris en considération proportionnellement à une occupation à temps plein ».

Art. 47 – L'article 15.1, 3°, du même arrêté royal, inséré par le décret du 24 juin 2013 et abrogé par le décret du 31 mars 2014, est rétabli dans la rédaction suivante :

« 3° conseiller en psychologie scolaire :

- a) graduat, baccalauréat (bachelor), licence ou master en psychopédagogie;
- b) graduat, baccalauréat (bachelor), licence ou master en psychologie;
- c) graduat, baccalauréat (bachelor), licence ou master en sociopédagogie;
- d) graduat, baccalauréat (bachelor), licence ou master en sciences de la famille et sexologie;
- e) graduat, baccalauréat (bachelor), licence ou master en sciences de l'éducation;
- f) graduat, baccalauréat (bachelor), licence ou master en criminologie.

Vaut aussi comme titre requis tout diplôme sanctionnant une formation de l'enseignement supérieur du premier ou du deuxième degré dont les matières principales sont liées à la fonction de conseiller en psychologie scolaire. Dans ce cas, le Gouvernement décide, sur avis de l'inspection scolaire, si le diplôme qualifie la personne à exercer la fonction. »

Art. 48 – Dans l'article 17.1 du même arrêté royal, inséré par le décret du 5 mai 2014 et modifié par le décret du 26 juin 2017, l'année « 2019 » est remplacée par l'année « 2024 ».

Art. 49 – Dans l'article 17.2 du même arrêté royal, inséré par le décret du 29 juin 2015 et modifié par le décret du 26 juin 2017, l'année « 2019 » est remplacée par l'année « 2024 ».

Chapitre 7 – Modification de l'arrêté royal du 25 octobre 1971 fixant le statut des maîtres de religion, des professeurs de religion et des inspecteurs des religions catholique, protestante, israélite, orthodoxe, islamique et anglicane dans les établissements d'enseignement de la Communauté germanophone

Art. 50 – L'article 2 de l'arrêté royal du 25 octobre 1971 fixant le statut des maîtres de religion, des professeurs de religion et des inspecteurs des religions catholique, protestante, israélite, orthodoxe, islamique et anglicane dans les établissements d'enseignement de la Communauté germanophone, modifié par le décret du 11 mai 2009, est remplacé par ce qui suit :

« Les articles 5 à 14 de l'arrêté royal du 22 mars 1969 fixant le statut des membres du personnel de l'enseignement communautaire sont applicables aux membres du personnel visés à l'article 1^{er}. »

Art. 51 – L'article 7bis, § 3, du même arrêté royal, inséré par le décret du 21 avril 2008 et modifié par le décret du 11 mai 2009, est remplacé par ce qui suit :

« Le membre du personnel licencié en application de l'article 122, 6°, de l'arrêté royal du 22 mars 1969 fixant le statut des membres du personnel de l'enseignement communautaire, en rapport avec l'article 32 du présent arrêté royal, n'a pas droit à une désignation à titre temporaire pour une durée indéterminée sur la base des prestations fournies avant le licenciement. »

Art. 52 – L'article 32 du même arrêté royal, remplacé par le décret du 26 juin 2006 et modifié en dernier lieu par le décret du 11 mai 2009, est remplacé par ce qui suit :

« Les articles 121*quardecies* à 140 de l'arrêté royal du 22 mars 1969 fixant le statut des membres du personnel de l'enseignement communautaire sont d'application. »

Art. 53 – L'article 48 du même arrêté royal, remplacé par le décret du 23 juin 2008 et modifié par le décret du 11 mai 2009, est remplacé par ce qui suit :

« L'article 168, 1°, 2°, 3°, 4°, 7° et 8°, de l'arrêté royal du 22 mars 1969 fixant le statut des membres du personnel de l'enseignement communautaire est applicable aux membres du personnel visés à l'article 1^{er}. »

Chapitre 8 – Modification de l'arrêté royal du 20 décembre 1973 pris en application de l'article 161 de l'arrêté royal du 22 mars 1969 fixant le statut des membres du personnel directeur et enseignant, du personnel auxiliaire d'éducation, du personnel paramédical et sociopsychologique des établissements d'enseignement gardien, primaire, spécialisé, moyen, technique, artistique et normal de l'État, des internats dépendant de ces établissements et des membres du service d'inspection chargé de la surveillance de ces établissements

Art. 54 – L'intitulé de l'arrêté royal du 20 décembre 1973 pris en application de l'article 161 de l'arrêté royal du 22 mars 1969 fixant le statut des membres du personnel directeur et enseignant, du personnel auxiliaire d'éducation, du personnel paramédical et sociopsychologique des établissements d'enseignement gardien, primaire, spécialisé, moyen, technique et artistique de l'État, des internats dépendant de ces établissements et des membres du personnel du service d'inspection chargé de la surveillance de ces établissements, modifié par le décret du 11 mai 2009, est remplacé par ce qui suit :

« Arrêté royal pris en application de l'article 161 de l'arrêté royal du 22 mars 1969 fixant le statut des membres du personnel de l'enseignement communautaire ».

Art. 55 – À l'article 3 du même arrêté royal, la deuxième phrase est abrogée.

Chapitre 9 – Modification de l'arrêté royal du 15 janvier 1974 pris en application de l'article 160 de l'arrêté royal du 22 mars 1969 fixant le statut des membres du personnel directeur et enseignant, du personnel auxiliaire d'éducation, du personnel paramédical et sociopsychologique des établissements d'enseignement gardien, primaire, spécialisé, moyen, technique, artistique et normal de l'État, des internats dépendant de ces établissements et des membres du personnel du service d'inspection chargé de la surveillance de ces établissements

Art. 56 – L'intitulé de l'arrêté royal du 15 janvier 1974 pris en application de l'article 160 de l'arrêté royal du 22 mars 1969 fixant le statut des membres du personnel directeur et enseignant, du personnel auxiliaire d'éducation, du personnel paramédical et sociopsychologique des établissements d'enseignement gardien, primaire, spécialisé, moyen, technique et artistique de l'État, des internats dépendant de ces établissements et des membres du personnel du service d'inspection chargé de la surveillance de ces établissements, modifié par le décret du 11 mai 2009, est remplacé par ce qui suit :

« Arrêté royal pris en application de l'article 160 de l'arrêté royal du 22 mars 1969 fixant le statut des membres du personnel de l'enseignement communautaire ».

Art. 57 – À l'article 1^{er} du même arrêté royal, remplacé par l'arrêté de l'Exécutif du 1^{er} mars 1993 et modifié en dernier lieu par le décret du 18 juin 2018, les modifications suivantes sont apportées :

1° La phrase introductive est remplacée par ce qui suit :

« Les membres du personnel, à l'exception des membres du personnel administratif, en activité de service et soumis à l'arrêté royal du 22 mars 1969 fixant le statut des membres du personnel de l'enseignement communautaire, bénéficient du régime de congés de vacances annuelles défini ci-après. »

2° dans la phrase introductive du 1°, remplacé par le décret du 6 juin 2005 et modifié en dernier lieu par le décret du 18 juin 2018, les mots « des coordinateurs pédagogiques et paramédicaux dans des écoles inclusives » sont insérés entre les mots « structure d'accrochage scolaire, » et les mots « des coordinateurs d'un centre »;

3° dans le 2°, modifié en dernier lieu par le décret du 18 juin 2018, les mots « des coordinateurs pédagogiques et paramédicaux dans des écoles inclusives » sont insérés entre les mots « structure d'accrochage scolaire, » et les mots « des coordinateurs d'un centre ».

Art. 58 – Dans le chapitre I^{er} du même arrêté royal, modifié en dernier lieu par le décret du 18 juin 2018, il est inséré un article 1.1 rédigé comme suit :

« Art. 1.1. – § 1^{er} – Les membres du personnel administratif bénéficient d'un congé de vacances annuelles, à l'exclusion des samedis, fixé comme suit :

- 1° pour les membres du personnel âgés de moins de quarante-cinq ans : trente jours ouvrables;
- 2° pour les membres du personnel âgés de quarante-cinq à cinquante ans : trente-et-un jours ouvrables;
- 3° à partir de cinquante ans : trente-deux jours ouvrables.

À partir de l'année scolaire où le membre du personnel atteint l'âge de soixante ans, il bénéficie d'un jour de congé supplémentaire par année. L'âge que le membre du personnel atteint au cours de l'année scolaire concernée est déterminant pour calculer le nombre de jours de congés.

§ 2 – Chaque période d'activité de service donne droit à un congé annuel de vacances.

Dans les cas suivants, le congé annuel de vacances est diminué au prorata :

- 1° si un membre du personnel entre en service ou quitte celui-ci en cours d'année scolaire;
- 2° en cas d'absence pour convenances personnelles;
- 3° pour la période d'interruption de la carrière professionnelle;
- 4° en cas de prestations réduites;
- 5° au cas où il est fait usage d'une des possibilités de congés ou absences non rémunérés;
- 6° pour la période pendant laquelle le membre du personnel se trouve en non-activité de service.

Lors du calcul du nombre de jours de congé, les décimales sont arrondies au demi-jour supérieur.

Le calcul proportionnel n'est pas applicable aux jours de congé supplémentaires accordés à partir du 60^e anniversaire prévu au § 1^{er}, alinéa 2.

Si le membre du personnel, pour des raisons de service, n'a pas pu prendre son congé annuel avant de quitter définitivement le service, il perçoit, pour les jours de congé perdus, une indemnité compensatoire proportionnelle à son dernier traitement.

§ 3 – Le congé de vacances annuelles est pris pour une durée d'au moins quatre semaines pendant les vacances d'été. Les jours de congé restants sont autorisés, à la demande du membre du personnel administratif, par un membre du personnel de l'établissement d'enseignement occupant une fonction de promotion.

§ 4 – Les membres du personnel ont en outre droit à des congés tous les jours fériés légaux et le 15 novembre.

Si le jour férié légal ou le 15 novembre tombe un samedi ou un dimanche, les membres du personnel ont droit à un jour de compensation, que le pouvoir organisateur peut fixer à un jour précis. »

Art. 59 – À l'article 9 du même arrêté royal, modifié par l'arrêté royal du 13 janvier 1988, les modifications suivantes sont apportées :

1^o La phrase introductive est remplacée par ce qui suit :

« Le Gouvernement peut accorder aux membres du personnel nommés à titre définitif ou désignés pour une durée indéterminée les congés suivants : »;

2^o l'alinéa 3 est remplacé par ce qui suit :

« Par dérogation à l'alinéa 1^{er}, le type de congés mentionné à l'alinéa 1^{er}, a), peut aussi être accordé aux membres du personnel temporaires. »

Art. 60 – Dans l'article 10 du même arrêté royal, la phrase introductive, modifiée par l'arrêté royal du 13 janvier 1988, est remplacée par ce qui suit :

« Le Gouvernement peut accorder aux membres du personnel nommés à titre définitif ou désignés pour une durée indéterminée les congés suivants : ».

Art. 61 – L'article 12 du même arrêté royal est abrogé.

Art. 62 – L'article 13, alinéa 3, du même arrêté royal, est remplacé par ce qui suit :

« Par dérogation à l'alinéa 1^{er}, les membres du personnel administratif et les membres du personnel désignés pour une durée déterminée ne peuvent pas prendre de congé pour formation. »

Art. 63 – Dans l'article 23, alinéa 1^{er}, du même arrêté royal, modifié par l'arrêté royal du 13 janvier 1988 et par le décret du 21 avril 2008, les mots « Le membre du personnel visé à l'article 1^{er} » sont remplacés par les mots « Un membre du personnel nommé à titre définitif ou désigné pour une durée indéterminée ».

Art. 64 – L'article 26 du même arrêté royal, modifié par le décret du 24 juin 2013, est remplacé par ce qui suit :

« Art. 26 – Pour des raisons exceptionnelles et moyennant un préavis d'au moins un mois, le membre du personnel qui a réduit son temps de travail peut être autorisé à mettre fin prématurément à son congé et à reprendre ses fonctions.

Par dérogation à l'alinéa 1^{er}, le préavis peut, moyennant l'accord du chef d'établissement, être inférieur à un mois pour autant que cela n'affecte pas le bon fonctionnement du service.

La demande motivée de fin anticipée du congé doit être adressée par écrit au Gouvernement, et ce, par l'intermédiaire du chef d'établissement.

Les fonctions ne peuvent être reprises après le 1^{er} mai de l'année scolaire en cours. »

Art. 65 – Dans la phrase introductive de l'article 27, alinéa 1^{er}, du même arrêté royal, les mots « Les membres du personnel visés à l'article 1^{er} » sont remplacés par les mots « Les membres du personnel nommés à titre définitif ou désignés pour une durée indéterminée ».

Art. 66 – Dans l'article 28, alinéa 1^{er}, du même arrêté royal, les mots « Les membres du personnel visés à l'article 1^{er} » sont remplacés par les mots « Les membres du personnel nommés à titre définitif ou désignés pour une durée indéterminée ».

Art. 67 – Dans l'article 29, alinéa 1^{er}, du même arrêté royal, les mots « Les membres du personnel visés à l'article 1^{er} » sont remplacés par les mots « Les membres du personnel nommés à titre définitif ou désignés pour une durée indéterminée ».

Art. 68 – Dans l'article 29bis, alinéa 1^{er}, du même arrêté royal, inséré par l'arrêté royal du 30 mars 1981, les mots « Les agents visés à l'article 1^{er} » sont remplacés par les mots « Les membres du personnel nommés à titre définitif ou désignés pour une durée indéterminée, à l'exception des membres du personnel administratif, ».

Art. 69 – Dans l'article 30, alinéa 1^{er}, du même arrêté royal, modifié par le décret du 21 avril 2008, les mots « Le membre du personnel visé à l'article 1^{er} » sont remplacés par les mots « Un membre du personnel nommé à titre définitif ou désigné pour une durée indéterminée ».

Art. 70 – Dans l'article 31 du même arrêté royal, l'alinéa 2, modifié par le décret du 24 juin 2013, est abrogé.

Art. 71 – Dans le chapitre IX du même arrêté royal, inséré par l'arrêté royal n° 69 du 20 juillet 1982 et modifié en dernier lieu par le décret du 24 juin 2013, il est inséré un article 32ter rédigé comme suit :

« Art. 32ter – Pour des raisons exceptionnelles et moyennant un préavis d'au moins un mois, le membre du personnel qui a réduit son temps de travail peut être autorisé à mettre fin prématurément à son congé et à reprendre ses fonctions.

Par dérogation à l'alinéa 1^{er}, le préavis peut, moyennant l'accord du chef d'établissement, être inférieur à un mois pour autant que cela n'affecte pas le bon fonctionnement du service.

La demande motivée de fin anticipée du congé doit être adressée par écrit au Gouvernement, et ce, par l'intermédiaire du chef d'établissement.

Les fonctions ne peuvent être reprises après le 1^{er} mai de l'année scolaire en cours. »

Art. 72 – Dans l'article 33, alinéa 1^{er}, du même arrêté royal, inséré par l'arrêté royal du 27 mars 1985 et remplacé par l'arrêté de l'Exécutif du 30 juin 1993, les mots « Les

membres du personnel visés à l'article 1^{er} » sont remplacés par les mots « Les membres du personnel nommés à titre définitif ou désignés pour une durée indéterminée, à l'exception des membres du personnel administratif, ».

Art. 73 – Dans l'article 39 du même arrêté royal, inséré par l'arrêté royal du 27 mars 1985, les mots « membres du personnel, visés à l'article 1^{er}, » sont remplacés par les mots « membres du personnel nommés à titre définitif ou désignés pour une durée indéterminée, à l'exception des membres du personnel administratif, ».

Art. 74 – Dans l'article 40 du même arrêté royal, inséré par l'arrêté royal du 27 mars 1985, les mots « membres du personnel visés à l'article 1^{er} » sont remplacés par les mots « membres du personnel nommés à titre définitif ou désignés pour une durée indéterminée, à l'exception des membres du personnel administratif, ».

Chapitre 10 – Modification de l'arrêté royal du 18 janvier 1974 pris en application de l'article 164 de l'arrêté royal du 22 mars 1969 fixant le statut des membres du personnel directeur et enseignant, du personnel auxiliaire d'éducation, du personnel paramédical et sociopsychologique des établissements d'enseignement gardien, primaire, spécialisé, moyen, technique, artistique et normal de l'État, des internats dépendant de ces établissements et des membres du personnel du service d'inspection chargé de la surveillance de ces établissements

Art. 75 – L'intitulé de l'arrêté royal du 18 janvier 1974 pris en application de l'article 164 de l'arrêté royal du 22 mars 1969 fixant le statut des membres du personnel directeur et enseignant, du personnel auxiliaire d'éducation, du personnel paramédical et sociopsychologique des établissements d'enseignement gardien, primaire, spécialisé, moyen, technique et artistique de l'État, des internats dépendant de ces établissements et des membres du personnel du service d'inspection chargé de la surveillance de ces établissements, modifié par le décret du 11 mai 2009, est remplacé par ce qui suit :

« Arrêté royal pris en application de l'article 164 de l'arrêté royal du 22 mars 1969 fixant le statut des membres du personnel de l'enseignement communautaire ».

Art. 76 – L'article 1^{er} du même arrêté royal, modifié par le décret du 11 mai 2009, est remplacé par ce qui suit :

« Article 1^{er} – Les membres du personnel nommés à titre définitif et soumis à l'arrêté royal du 22 mars 1969 fixant le statut des membres du personnel de l'enseignement communautaire peuvent être mis en disponibilité par défaut d'emploi si le poste qu'ils occupent n'est plus organisé. »

Art. 77 – Dans le chapitre V du même arrêté royal, modifié en dernier lieu par le décret du 24 juin 2013, il est inséré un article 14^{ter} rédigé comme suit :

« Art. 14^{ter} – Pour des raisons exceptionnelles et moyennant un préavis d'au moins un mois, le membre du personnel qui a été mis en disponibilité pour convenances personnelles peut être autorisé à mettre fin prématurément à son congé et à reprendre ses fonctions.

Par dérogation à l'alinéa 1^{er}, le préavis peut, moyennant l'accord du chef d'établissement, être inférieur à un mois pour autant que cela n'affecte pas le bon fonctionnement du service.

La demande motivée de fin anticipée de la mise en disponibilité doit être adressée par écrit au Gouvernement, et ce, par l'intermédiaire du chef d'établissement.

Les fonctions ne peuvent être reprises après le 1^{er} mai de l'année scolaire en cours. »

Chapitre 11 – Modification de l'arrêté royal du 27 juin 1974 fixant au 1^{er} avril 1972 les échelles des fonctions des membres du personnel directeur et enseignant, du personnel auxiliaire d'éducation, du personnel paramédical et sociopsychologique des établissements d'enseignement de l'État, des membres du personnel du service d'inspection chargé de la surveillance de ces établissements, des membres du personnel du service d'inspection de l'enseignement par correspondance et de l'enseignement primaire subventionné et les échelles des grades du personnel des centres psycho-médico-sociaux de l'État

Art. 78 – À l'article 2, chapitre I, B., de l'arrêté royal du 27 juin 1974 fixant au 1^{er} avril 1972 les échelles des fonctions des membres du personnel directeur et enseignant, du personnel auxiliaire d'éducation et du personnel paramédical et sociopsychologique des établissements d'enseignement de l'État, des membres du personnel du service d'inspection chargé de la surveillance de ces établissements, des membres du personnel du service d'inspection de l'enseignement par correspondance et de l'enseignement primaire subventionné et les échelles des grades du personnel des centres psycho-médico-sociaux de l'État, les modifications suivantes sont apportées :

- 1° pour l'inspecteur de religion dans l'enseignement primaire qui dispose au moins d'un diplôme de l'enseignement supérieur du deuxième degré, l'échelle de traitement « 471 » est remplacée par l'échelle « 471/I »;
- 2° pour l'inspecteur de religion dans l'enseignement secondaire et dans l'enseignement supérieur non universitaire qui dispose au moins d'un diplôme de l'enseignement supérieur du deuxième degré, l'échelle de traitement « 471 » est remplacée par l'échelle « 471/I »;
- 3° pour l'inspecteur scolaire qui dispose au moins d'un diplôme de l'enseignement supérieur du deuxième degré, l'échelle de traitement « 471 » est remplacée par l'échelle « 471/I »;
- 4° pour le conseiller en développement scolaire qui dispose au moins d'un diplôme de l'enseignement supérieur du deuxième degré, l'échelle de traitement « 471 » est remplacée par l'échelle « 471/I »;
- 5° la ligne suivante est insérée :
« Adjoint pour l'inclusion et l'intégration 471/I ».

Art. 79 – À l'annexe du même arrêté royal, les modifications suivantes sont apportées :

- 1° l'échelle de traitement 475 est remplacée par ce qui suit :

« 475

33 172,71 – 46 929,01

03 (1) x 721,91

03 (2) x 1 443,83

07 (2) x 928,18

01 (2) x 761,82 »;

- 2° dans l'échelle de la classe d'âge (24 ans), l'échelle de traitement suivante est insérée :

« 471/I

30 921,01 – 44 677,31

03 (1) x 721,91

03 (2) x 1 443,83

07 (2) x 928,18

01 (2) x 761,82 ».

Chapitre 12 – Arrêté royal du 8 juillet 1976 pris en application de l'article 45 de l'arrêté royal du 25 octobre 1971 fixant le statut des maîtres de religion, des professeurs de religion et des inspecteurs des religions catholique et protestante des établissements d'enseignement primaire, spécial, moyen, technique, artistique et normal de l'État

Art. 80 – L'intitulé de l'arrêté royal du 8 juillet 1976 pris en application de l'article 45 de l'arrêté royal du 25 octobre 1971 fixant le statut des maîtres de religion, des professeurs de religion et des inspecteurs de religion des religions catholique et protestante des établissements d'enseignement primaire, spécial, moyen, technique, artistique et normal de l'État est remplacé par ce qui suit :

« Arrêté royal du 8 juillet 1976 pris en application de l'article 45 de l'arrêté royal du 25 octobre 1971 fixant le statut des maîtres de religion, des professeurs de religion et des inspecteurs de religion des religions catholique, protestante, israélite, orthodoxe, islamique et anglicane dans les établissements d'enseignement de la Communauté germanophone ».

Art. 81 – L'article 1^{er} du même arrêté royal, modifié par le décret du 21 avril 2008, est remplacé par ce qui suit :

« Article 1^{er} – Les membres du personnel nommés à titre définitif et ceux désignés à titre temporaire, soumis à l'arrêté royal du 25 octobre 1971 fixant le statut des maîtres de religion, des professeurs de religion et des inspecteurs des religions catholique, protestante, israélite, orthodoxe, islamique et anglicane dans les établissements d'enseignement de la Communauté germanophone, peuvent être placés en disponibilité par retrait d'emploi dans l'intérêt du service. »

Art. 82 – Dans le chapitre IV de l'arrêté royal du 8 juillet 1976 pris en application de l'article 45 de l'arrêté royal du 25 octobre 1971 fixant le statut des maîtres de religion, des professeurs de religion et des inspecteurs des religions catholique, protestante, israélite, orthodoxe, islamique et anglicane dans les établissements d'enseignement de la Communauté germanophone, modifié en dernier lieu par le décret du 24 juin 2013, il est inséré un article 11^{ter} rédigé comme suit :

« Art. 11^{ter} – Pour des raisons exceptionnelles et moyennant un préavis d'au moins un mois, le membre du personnel qui a été mis en disponibilité pour convenances personnelles peut être autorisé à mettre fin prématurément à son congé et à reprendre ses fonctions.

Par dérogation à l'alinéa 1^{er}, le préavis peut, moyennant l'accord du chef d'établissement, être inférieur à un mois pour autant que cela n'affecte pas le bon fonctionnement du service.

La demande motivée de fin anticipée de la mise en disponibilité doit être adressée par écrit au Gouvernement, et ce, par l'intermédiaire du chef d'établissement.

Les fonctions ne peuvent être reprises après le 1^{er} mai de l'année scolaire en cours. »

Chapitre 13 – Modification de l'arrêté royal du 15 avril 1977 fixant les règles et les conditions de calcul du nombre d'emplois dans certaines fonctions du personnel auxiliaire d'éducation, du personnel sociopsychologique et du personnel administratif des établissements d'enseignement secondaire et d'enseignement supérieur, à l'exception de l'enseignement universitaire

Art. 83 – L'article 2 de l'arrêté royal du 15 avril 1977 fixant les règles et les conditions de calcul du nombre d'emplois dans certaines fonctions du personnel auxiliaire d'éducation, du personnel sociopsychologique et du personnel administratif des établissements d'enseignement secondaire et d'enseignement supérieur, à l'exception de l'enseignement universitaire, modifié par l'arrêté royal n° 61 du 20 juillet 1982, est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« Le capital emplois calculé conformément au présent arrêté est disponible pour les écoles à partir du 1^{er} septembre pour l'année scolaire en cours. »

Art. 84 – À l'article 3 du même arrêté royal, remplacé par le décret du 29 juin 1998 et modifié en dernier lieu par le décret du 18 juin 2018, les modifications suivantes sont apportées :

- 1° dans le § 1^{er}, alinéa 1^{er}, le mot « commis-dactylographe » est remplacé par les mots « commis-dactylographe et 1 surveillant éducateur »; le nombre « 280 » est remplacé par le nombre « 320 »; les mots « 1 secrétaire de direction ou 1 surveillant éducateur » sont remplacés par les mots « 1 secrétaire de direction et 1 surveillant éducateur », et les mots « 1 secrétaire-bibliothécaire » sont abrogés.
- 2° l'alinéa 2 actuel formera l'alinéa 5;
- 3° dans le § 1^{er}, trois alinéas rédigés comme suit sont insérés entre les alinéas 1^{er} et 5;
« Un emploi dans la fonction de secrétaire de direction peut être transformé et organisé ou subventionné dans la fonction de surveillant éducateur.

Un emploi dans la fonction de surveillant éducateur peut être transformé et organisé ou subventionné dans la fonction de professeur-médiathécaire.

Dans le cadre du capital emplois disponible mentionné dans l'alinéa 1^{er}, tout pouvoir organisateur d'une école secondaire de plein exercice charge au moins un membre du personnel – quelle que soit sa catégorie –, qui a suivi avec fruit les formations prévues dans la loi du 4 août 1996 relative au bien-être des travailleurs lors de l'exécution de leur travail, des missions définies dans ladite loi. »;

- 4° le § 1.1, inséré par le décret du 24 juin 2013 et abrogé par le décret du 31 mars 2014, est rétabli dans la rédaction suivante :
« § 1.1 – Dans une école secondaire qui organise l'enseignement technique et professionnel, un emploi de conseiller en psychologie scolaire est organisé ou subventionné si au moins septante pour cent des élèves réguliers de l'établissement sont inscrits dans l'enseignement technique ou professionnel. »

Chapitre 14 – Modification de l'arrêté royal n° 94 du 28 septembre 1982 relatif aux congés pour prestations réduites justifiés par des raisons sociales ou familiales ou par des raisons de convenance personnelle

Art. 85 – L'article 5 de l'arrêté royal n° 94 du 28 septembre 1982 relatif aux congés pour prestations réduites justifiés par des raisons sociales ou familiales ou par des raisons de convenance personnelle est remplacé par ce qui suit :

« Art. 5 – Dans les établissements d'enseignement et les centres psycho-médico-sociaux subventionnés, le membre du personnel qui a réduit son temps de travail peut, pour des raisons exceptionnelles et moyennant un préavis d'au moins un mois, être autorisé à mettre fin prématurément à son congé et à reprendre ses fonctions.

Par dérogation à l'alinéa 1^{er}, le préavis peut, moyennant l'accord du pouvoir organisateur, être inférieur à un mois pour autant que cela n'affecte pas le bon fonctionnement du service.

La demande motivée de fin anticipée du congé doit être adressée par écrit au Gouvernement, et ce, par l'intermédiaire du pouvoir organisateur.

Les fonctions ne peuvent être reprises après le 1^{er} mai de l'année scolaire en cours. »

Chapitre 15 – Modification de la loi du 29 juin 1983 concernant l'obligation scolaire

Art. 86 – Dans l'article 3 de la loi du 29 juin 1983 concernant l'obligation scolaire, le § 2, abrogé par le décret du 31 août 1998, est rétabli dans la rédaction suivante :

« § 2 – Si le mineur soumis à l'obligation scolaire est inscrit dans une école ou un établissement de formation qui ne se trouve pas dans la région de langue allemande, les personnes chargées de l'éducation remettent à l'inspection scolaire, avant le 1^{er} octobre de chaque année scolaire, une confirmation d'inscription établie par ladite école ou ledit établissement de formation. Si le mineur soumis à l'obligation scolaire est inscrit après le 1^{er} octobre, la confirmation d'inscription doit être remise à l'inspection scolaire dans un délai de quatorze jours.

La confirmation mentionnée à l'alinéa 1^{er} ne doit pas être remise si le mineur soumis à l'obligation scolaire est inscrit dans une école ou un établissement de formation situé dans une entité territoriale avec laquelle il existe un accord sur l'échange de données concernant le contrôle de l'obligation scolaire. Le Gouvernement établit la liste de ces entités territoriales.

Le présent paragraphe s'applique sans préjudice de l'article 93.59 du décret du 31 août 1998 relatif aux missions confiées aux pouvoirs organisateurs et au personnel des écoles et portant des dispositions générales d'ordre pédagogique et organisationnel pour les écoles ordinaires et spécialisées et des articles 8 à 12 des lois coordonnées du 20 août 1957 sur l'enseignement primaire. »

Chapitre 16 – Modification de l'arrêté royal du 29 juin 1984 relatif à l'organisation de l'enseignement secondaire

Art. 87 – À l'article 61.1, alinéa 2, de l'arrêté royal du 29 juin 1984 relatif à l'organisation de l'enseignement secondaire, inséré par le décret du 18 juin 2018, les modifications suivantes sont apportées :

1° le 1° est remplacé par ce qui suit :

« 1° élèves surdoués : les élèves qui ont un quotient intellectuel de 125 au moins; »

2° le 2° est remplacé par ce qui suit :

« 2° profil d'intelligence : profil individuel qui atteste, dans les disciplines testées, des points forts et des points faibles qui peuvent se rapporter, par exemple, à des domaines tels que la compréhension de la parole, la pensée visuo-spatiale, la mémoire de travail, la vitesse de traitement et la capacité de déduction logique; ».

Art. 88 – À l'article 61.4 du même arrêté royal, inséré par le décret du 18 juin 2018, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans l'alinéa 2, 2°, les mots « 130 dans au moins trois domaines » sont remplacés par le nombre « 125 »;

2° à l'alinéa 3, le 4° est remplacé par ce qui suit :

« 4° le profil d'intelligence; »

3° dans l'alinéa 3, le 6° est remplacé par ce qui suit :

« 6° des recommandations quant au développement du potentiel si l'élève présente un quotient intellectuel d'au moins 125; ».

Art. 89 – Dans l'article 61.6, § 2, alinéa 1^{er}, du même arrêté royal, inséré par le décret du 18 juin 2018, le 1^o est complété par les mots suivants :

« s'il suit, dans une ou plusieurs matières, les cours d'une année d'études supérieure ainsi que ».

Chapitre 17 – Modification de l'arrêté royal n° 456 du 10 septembre 1986 portant rationalisation et programmation des internats de l'enseignement organisé ou subventionné par l'État

Art. 90 – Dans l'article 3, § 1^{er}, 1^o, de l'arrêté royal n° 456 du 10 septembre 1986 portant rationalisation et programmation des internats de l'enseignement organisé ou subventionné par l'État, les mots « ou bien être organisé comme internat autonome par une personne physique ou morale qui en assume toute la responsabilité, ou bien » sont abrogés.

Art. 91 – À l'article 14 du même arrêté royal, remplacé par le décret du 30 juin 2003, le § 1^{er} est remplacé par ce qui suit :

« § 1^{er} – Le nombre d'emplois d'éducateurs d'internat dans les internats rattachés à des écoles primaires ou secondaires ordinaires est déterminé comme suit :

1^o de 1 à 21 élèves internes : 1 éducateur d'internat;

2^o pour tout autre groupe entamé de 21 élèves internes : 0,5 éducateur d'internat équivalent temps plein. »

Chapitre 18 – Modification de l'arrêté royal du 4 septembre 1989 relatif aux congés pour prestations réduites accordés aux membres du personnel de l'enseignement de l'État et des centres psycho-médico-sociaux de l'État qui ont atteint l'âge de cinquante ans ou qui ont au moins deux enfants qui n'ont pas dépassé l'âge de quatorze ans et relatif à la mise en disponibilité pour convenance personnelle précédant la mise à la retraite

Art. 92 – Dans l'article 1^{er}, de l'arrêté royal du 4 septembre 1989 relatif aux congés pour prestations réduites accordés aux membres du personnel de l'enseignement de l'État et des centres psycho-médico-sociaux de l'État qui ont atteint l'âge de cinquante ans ou qui ont au moins deux enfants qui n'ont pas dépassé l'âge de quatorze ans et relatif à la mise en disponibilité pour convenance personnelle précédant la mise à la retraite, modifié par le décret du 11 mai 2009, le 1^o est remplacé par ce qui suit :

« 1^o aux membres du personnel visés par l'arrêté royal du 22 mars 1969 fixant le statut des membres du personnel de l'enseignement communautaire; ».

Chapitre 19 – Modification du décret du 27 juin 1990 fixant la façon de déterminer les fonctions du personnel dans l'enseignement spécialisé

Art. 93 – Dans le chapitre I^{er}, section 1^{re}, du décret du 27 juin 1990 fixant la façon de déterminer les fonctions du personnel dans l'enseignement spécialisé, modifié en dernier lieu par le décret du 18 juin 2018, il est inséré un article 5sexies rédigé comme suit :

„Art. 5sexies – Dans une école spécialisée qui compte, le dernier jour d'école du mois de septembre de l'année scolaire en cours, au moins cent-cinquante élèves, 0,75 emploi dans la fonction de coordinateur pédagogique dans des écoles inclusives peut être organisé ou subventionné si ladite école spécialisée organise, conjointement avec une école ordinaire, une école inclusive.

Une école spécialisée qui, le dernier jour d'école du mois de septembre de l'année scolaire en cours, compte au moins cent-cinquante élèves, peut transformer un demi-emploi du capital emplois octroyé conformément à l'article 5ter en un demi-emploi pour un coordinateur paramédical dans des écoles inclusives, si ladite école spécialisée organise, conjointement avec une école ordinaire, une école inclusive.

Par "école inclusive", il faut entendre une école qui est organisée via la coopération entre une école ordinaire et une école spécialisée et dans laquelle les enfants qui nécessitent ou non un soutien pédagogique spécialisé sont scolarisés au sein d'une même classe, dans des petits groupes ou individuellement, et ce, avec l'appui du personnel non enseignant de l'école spécialisée, comme par exemple le personnel paramédical et les infirmiers. »

Art. 94 – L'article 25 du même décret, remplacé par le décret du 25 mai 1999 et modifié par le décret du 11 mai 2009, est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« L'emploi de chef d'atelier peut être réparti entre deux membres du personnel. Dans ce cas, les membres du personnel concerné prestent la moitié d'un horaire complet dans la fonction de chef d'atelier. »

Chapitre 20 – Modification du décret du 16 décembre 1991 relatif à la formation et la formation continue dans les classes moyennes et les PME

Art. 95 – Dans l'article 7, § 6, alinéa 4, 1°, du décret du 16 décembre 1991 relatif à la formation et la formation continue dans les classes moyennes et les PME, inséré par le décret du 25 mai 2009 et remplacé par le décret du 25 juin 2012, les mots « et à la guidance en développement scolaire » sont remplacés par les mots « , la guidance en développement scolaire et la guidance pour l'inclusion et l'intégration ».

Art. 96 – Dans l'article 17, § 3, du même décret, les mots « être domiciliés en région de langue allemande et » sont abrogés.

Chapitre 21 – Modification de l'arrêté de l'Exécutif du 13 janvier 1993 fixant les conditions requises pour la création et le maintien des emplois de chef d'atelier et de chef de travaux d'atelier dans les établissements d'enseignement secondaire technique et professionnel

Art. 97 – L'article 1^{er} de l'arrêté de l'Exécutif du 13 janvier 1993 fixant les conditions requises pour la création et le maintien des emplois de chef d'atelier et de chef de travaux d'atelier dans les établissements d'enseignement secondaire technique et professionnel est complété par un paragraphe 4 rédigé comme suit :

« § 4 – Le nombre d'emplois de chef d'atelier calculé conformément aux §§ 1^{er} à 3 peut être réparti entre plusieurs membres du personnel. Dans ce cas, les membres du personnel concerné prestent la moitié d'un horaire complet dans la fonction de chef d'atelier. »

Chapitre 22 – Modification de l'arrêté du Gouvernement du 9 novembre 1994 relatif à l'interruption de la carrière professionnelle dans l'enseignement et les centres psycho-médico-sociaux

Art. 98 – À l'article 3bis, § 2, alinéa 2, de l'arrêté du Gouvernement du 9 novembre 1994 relatif à l'interruption de la carrière professionnelle dans l'enseignement

et les centres psycho-médico-sociaux, inséré par l'arrêté du Gouvernement du 30 août 2001 et modifié par le décret du 24 juin 2013 et du 20 juin 2016, les mots « la fonction de chargé de recherches ou d'évaluateur externe » sont insérés entre les mots « et secondaire » et les mots « ou celle ».

Chapitre 23 – Modification du décret du 25 juin 1996 relatif à la tenue de journées de conférence pédagogique

Art. 99 – Dans l'article 3, alinéa 2, du décret du 25 juin 1996 relatif à la tenue de journées de conférence pédagogique, inséré par le décret du 28 juin 2010, le mot « organiser » est remplacé par le mot « octroyer » et l'alinéa est complété par la phrase suivante : « À cet effet, le chef d'établissement introduit, au moins deux mois avant la tenue de la journée de conférence pédagogique prévue, une demande motivée auprès de l'inspection scolaire. Le Gouvernement décide d'accorder ou non la quatrième journée de conférence pédagogique sur la base de l'avis émis par l'inspection scolaire. »

Chapitre 24 – Modification du décret-programme 1997 du 20 mai 1997

Art. 100 – À l'article 3, § 2, du décret-programme 1997 du 20 mai 1997, modifié en dernier lieu par le décret du 17 décembre 2001, les modifications suivantes sont apportées :

- 1° dans le 1°, a), le nombre « 20 » est remplacé par le nombre « 21 »;
- 2° dans le 1°, b), le nombre « 0,4 » est remplacé par le nombre « 0,6 »;
- 3° dans le 7°, le nombre « 3,3 » est remplacé par le nombre « 3,6 »;
- 4° dans le 11°, les nombres « 4,1 » et « 3,3 » sont respectivement remplacés par les nombres « 4,2 » et « 3,6 »;
- 5° le 15°, inséré par le décret du 17 décembre 2001, est abrogé.

Art. 101 – L'article 3ter du même décret, inséré par le décret du 30 juin 2003 et modifié par le décret du 25 juin 2007, est abrogé.

Art. 102 – Dans l'article 31 du même décret, un alinéa rédigé comme suit est inséré entre les alinéas 2 et 3 :

« Par dérogation à l'alinéa 2, l'article 3, alinéa 3, entre en vigueur le 1^{er} juillet 2019.

Chapitre 25 – Modification du décret du 31 août 1998 relatif aux missions confiées aux pouvoirs organisateurs et au personnel des écoles et portant des dispositions générales d'ordre pédagogique et organisationnel pour les écoles ordinaires et spécialisées

Art. 103 – Dans l'article 4, 24°, du décret du 31 août 1998 relatif aux missions confiées aux pouvoirs organisateurs et au personnel des écoles et portant des dispositions générales d'ordre pédagogique et organisationnel pour les écoles ordinaires et spécialisées, inséré par le décret du 25 juin 2012, les mots « et à la guidance en développement scolaire » sont remplacés par les mots « , la guidance en développement scolaire et la guidance pour l'inclusion et l'intégration ».

Art. 104 – Dans l'article 22.1, § 4, 1° et 2°, du même décret, inséré par le décret du 11 mai 2009, le mot « d'adaptation » est à chaque fois remplacé par le mot « , section ».

Art. 105 – L'article 58, alinéa 1^{er}, du même décret, modifié par le décret du 5 mai 2014, est complété par les phrases suivantes :

« En outre, les écoles secondaires disposent de deux demi-journées de congé par année scolaire pour organiser les conseils de classe. Elles assurent un encadrement pour les élèves qui passent ces deux demi-journées de congé à l'école. »

Art. 106– Dans l'article 59, § 2, alinéa 2, du même décret, modifié par le décret du 26 juin 2006, les mots « huit jours ouvrables » et « douze jours ouvrables » sont respectivement remplacés par les mots « huit jours ouvrables consécutifs » et « douze jours ouvrables consécutifs ».

Art. 107 – Dans le chapitre IX du même décret, modifié en dernier lieu par le décret du 18 juin 2018, il est inséré un article 96.3 rédigé comme suit :

« Art. 96.3 – *Coordinateur pédagogique dans des écoles inclusives*

La mission du coordinateur pédagogique dans des écoles inclusives comprend surtout les tâches suivantes :

- 1° en concertation avec la direction de l'école spécialisée, développer des concepts pédagogiques destinés aux écoles inclusives;
- 2° organiser et encadrer l'enseignement au sein des écoles inclusives;
- 3° soutenir le chef d'établissement de l'école spécialisée dans la direction et l'encadrement du personnel enseignant, auxiliaire d'éducation et sociopsychologique de ladite école spécialisée qui intervient dans les écoles inclusives;
- 4° organiser les surveillances;
- 5° organiser et diriger les conseils de classe et les entretiens de situation;
- 6° organiser et encadrer les stages d'observation;
- 7° coordonner la transition des élèves de l'école primaire vers l'école secondaire;
- 8° participer à des réunions de personnel, à des conférences pédagogiques et à des réunions de coordination;
- 9° collaborer avec les membres du personnel, le conseil pédagogique et les autres organes de représentation au sein de l'école;
- 10° conseiller les élèves et les personnes chargées de leur éducation;
- 11° coopérer avec les partenaires externes, notamment le centre pour le développement sain des enfants et des jeunes;
- 12° participer personnellement à des recyclages et formations continuées;
- 13° assurer les tâches qui contribuent à la réalisation du projet d'école. »

Art. 108 – L'article 98.1 du même décret, inséré par le décret du 11 mai 2009, est complété par un paragraphe 4 rédigé comme suit :

« § 4 – La mission du coordinateur paramédical dans des écoles inclusives comprend surtout les tâches suivantes :

- 1° la coordination de mesures de soutien dans des écoles inclusives;
- 2° en concertation avec la direction de l'école spécialisée, le développement de concepts pédagogiques destinés aux écoles inclusives;
- 3° l'organisation et l'encadrement de la pédagogie assistée par l'animal au sein des écoles inclusives;
- 4° le soutien du chef d'établissement de l'école spécialisée dans la direction et l'encadrement du personnel paramédical de ladite école spécialisée qui intervient dans les écoles inclusives;
- 5° l'organisation des surveillances;
- 6° l'organisation et la direction des conseils de classe et des entretiens de situation;
- 7° l'organisation et l'encadrement des stages d'observation;

- 8° la coordination de la transition des élèves de l'école primaire vers l'école secondaire;
- 9° la participation à des réunions de personnel, à des conférences pédagogiques et à des réunions de coordination;
- 10° la collaboration avec les membres du personnel, le conseil pédagogique et les autres organes de représentation au sein de l'école;
- 11° les conseils aux élèves et aux personnes chargées de leur éducation;
- 12° la coopération avec les partenaires externes, notamment le centre pour le développement sain des enfants et des jeunes;
- 13° la participation personnelle à des recyclages et formations continuées;
- 14° les tâches qui contribuent à la réalisation du projet d'école. »

Art. 109 – À l'article 98.2 du même décret, inséré par le décret du 11 mai 2009, il est inséré un paragraphe 3 rédigé comme suit :

« § 3 – La mission du conseiller en psychologie scolaire comprend avant tout les tâches suivantes :

- 1° les conseils, le soutien et l'encadrement psychosocial et psychopédagogique des élèves qui présentent des troubles émotionnels et comportementaux;
- 2° le conseil et la médiation dans des situations de crise;
- 3° le conseil et l'assistance aux membres du personnel afin de gérer des situations éducatives difficiles;
- 4° la mission éducative, à savoir la guidance et l'encadrement réguliers et personnels de l'élève, le développement et la promotion de ses compétences personnelles et sociales, par le développement de son sens des responsabilités;
- 5° la planification, la coordination, la mise en œuvre et l'évaluation de mesures préventives ainsi que les interventions au sein des groupes et des classes;
- 6° la participation régulière à des formations continues;
- 7° la participation à des conférences pédagogiques;
- 8° la participation à des réunions de personnel, à des réunions des conseils de classe et à des réunions de coordination;
- 9° l'organisation de contacts avec les parents, la participation aux réunions de parents ainsi que la coopération avec les personnes chargées de l'éducation;
- 10° la collaboration à l'évaluation interne et externe de l'école ainsi qu'à l'élaboration de concepts;
- 11° la collaboration avec le centre pour le développement sain des enfants et des jeunes ainsi qu'avec d'autres services de guidance, notamment aussi dans le domaine de l'intégration professionnelle;
- 12° les tâches qui contribuent à la réalisation du projet d'établissement. »

Art. 110 – Dans le chapitre IX du même décret, modifié en dernier lieu par le décret du 18 juin 2018, il est inséré un article 98.3 rédigé comme suit :

« Art. 98.3 – *Personnel administratif*

La mission des membres du personnel administratif comprend avant tout les tâches suivantes :

- 1° le soutien administratif, logistique et technique de la direction de l'école;
- 2° l'organisation et la réalisation des tâches administratives et de secrétariat;
- 3° l'organisation et la tenue à jour de la comptabilité;
- 4° la planification, l'organisation et l'assistance dans le cadre de réunions et conférences;
- 5° la participation à des réunions du personnel;
- 6° la participation personnelle à des recyclages et formations continuées;
- 7° l'accomplissement de tâches qui contribuent à la réalisation du projet d'établissement. »

Chapitre 26 – Modification du décret du 14 décembre 1998 fixant le statut des membres du personnel subsidiés de l'enseignement libre subventionné et du centre PMS libre subventionné

Art. 111 – Dans l'article 1^{er}, § 1^{er}, 1^o, du décret du 14 décembre 1998 fixant le statut des membres du personnel subsidiés de l'enseignement libre subventionné et du centre PMS libre subventionné, modifié par le décret du 23 mars 2009, les mots « et des internats dépendant de ces établissements ainsi que des établissements de l'enseignement libre subventionné, » sont insérés entre les mots « de type court » et les mots « et pour l'enseignement artistique ».

Art. 112 – À l'article 33, alinéa 2, du même décret, inséré par le décret du 16 juillet 2012, le 1^o est remplacé par ce qui suit :

« 1^o l'article 19, § 2, de l'arrêté royal du 22 mars 1969 fixant le statut des membres du personnel de l'enseignement communautaire; ».

Art. 113 – Dans l'article 39bis, § 1.1, alinéa 4, du même décret, inséré par le décret du 25 juin 2012, les mots « et à la guidance en développement scolaire » sont remplacés par les mots « , la guidance en développement scolaire et la guidance pour l'inclusion et l'intégration ».

Art. 114 – À l'article 49, § 1^{er}, alinéa 2, du même décret, inséré par le décret du 20 juin 2016, le 1^o est remplacé par ce qui suit :

« 1^o l'article 19, § 2, de l'arrêté royal du 22 mars 1969 fixant le statut des membres du personnel de l'enseignement communautaire; ».

Art. 115 – Dans l'article 55, § 1^{er}, 2^o, du même décret, remplacé par le décret du 27 juin 2011, les mots « , du professeur-médiathécaire » sont insérés entre les mots « des centres P.M.S. » et les mots « et du personnel administratif ».

Art. 116 – Dans l'article 62.7, § 1^{er}, alinéa 2, 1^o, g), du même décret, inséré par le décret du 11 mai 2009, les mots « à temps plein » sont insérés entre les mots « le congé » et les mots « pour mission ».

Art. 117 – Dans l'intitulé du chapitre IVsepties du même décret, inséré par le décret du 20 juin 2016, les mots « des degrés inférieur et supérieur » sont abrogés.

Art. 118 – À l'article 62.31 du même décret, inséré par le décret du 20 juin 2016, les modifications suivantes sont apportées :

- 1^o dans l'alinéa 1^{er}, les mots « dans l'enseignement secondaire inférieur ou supérieur (ci-après "chef d'atelier") » sont abrogés;
- 2^o dans l'alinéa 2, les nombres « 62.6 » et « 62.12 » sont respectivement remplacés par les nombres « « 62.6, §§ 2 et 3 » et « 62.12 et 62.28 ».

Art. 119 – Dans l'article 62.33 du même décret, inséré par le décret du 20 juin 2016, l'alinéa 2 est complété par les mots « , ainsi que le volume des prestations ».

Art. 120 – L'article 62.34 du même décret, inséré par le décret du 20 juin 2016, est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« Le candidat est engagé pour une année scolaire. Au terme de cette année scolaire et si le rapport d'évaluation établi par le chef d'établissement porte au moins en conclusion la mention "bon", l'engagement est prolongé d'une année scolaire. Si, au terme de ce

deuxième engagement, le rapport établi par le chef d'établissement porte au moins en conclusion la mention "bon", le candidat est désigné une troisième fois, et ce, pour une durée indéterminée. Tant que le cadre intermédiaire est engagé pour une durée déterminée, le chef d'établissement établit pour lui au moins un rapport d'évaluation par année scolaire, conformément à l'article 62.10. »

Art. 121 – À l'article 62.35 du même décret, inséré par le décret du 18 juin 2018, le § 1^{er} est remplacé par ce qui suit :

« § 1^{er} – Durant l'exercice de la fonction de chef d'atelier, le membre du personnel perçoit un traitement calculé sur la base de l'échelle de traitement 231, figurant dans l'annexe de l'arrêté royal du 27 juin 1974 fixant au 1^{er} avril 1972 les échelles des fonctions des membres du personnel directeur et enseignant, auxiliaire d'éducation, paramédical et sociopsychologique des établissements d'enseignement de l'État, des membres du personnel du service d'inspection chargé de la surveillance de ces établissements et des membres du personnel du service d'inspection de l'enseignement par correspondance et de l'enseignement primaire subventionné et fixant les échelles des grades du personnel des centres psycho-médico-sociaux de l'État. »

Art. 122 – L'article 62.38 du même décret, inséré par le décret du 18 juin 2018, est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« Pour l'application des alinéas 1^{er} et 2, la condition mentionnée à l'article 62.3, 2^o, est également considérée comme satisfaite si le membre du personnel est porteur de l'un des titres suivants :

- a) un certificat d'enseignement secondaire supérieur obtenu dans la section "Secrétariat", complété par une expérience professionnelle utile de cinq ans, acquise dans le cadre d'une activité professionnelle liée à la fonction de secrétaire de direction, les services à temps partiel étant pris en considération proportionnellement à une occupation à temps plein;
- b) un certificat d'enseignement secondaire général supérieur ou technique de transition, complété par une expérience professionnelle utile de cinq ans, acquise dans le cadre d'une activité professionnelle liée à la fonction de secrétaire de direction, les services à temps partiel étant pris en considération proportionnellement à une occupation à temps plein;
- c) tout diplôme sanctionnant une formation de l'enseignement secondaire technique ou professionnel supérieur, et dont les matières principales sont liées à la fonction de secrétaire de direction, complété par une expérience professionnelle utile de cinq ans, acquise dans le cadre d'une activité professionnelle liée à ladite fonction, les services à temps partiel étant pris en considération proportionnellement à une occupation à temps plein. Dans ce cas, le Gouvernement décide, sur avis de l'inspection scolaire, si le diplôme qualifie la personne à exercer la fonction. »

Art. 123 – À l'article 62.41, § 1^{er}, du même décret, inséré par le décret du 18 juin 2018, les modifications suivantes sont apportées :

- 1^o les mots « à temps plein » sont insérés entre les mots « temporairement absent » et les mots « en raison », et la phrase est complétée par les mots « , ainsi que celles mentionnées à l'article 62.38, alinéa 3 »;
- 2^o l'article est complété par un alinéa rédigé comme suit :
« Si, en raison d'un des types de congés, le secrétaire de direction est temporairement absent, dans le cadre d'un temps partiel, le pouvoir organisateur peut le remplacer par une personne remplissant les conditions mentionnées à l'article 62.3, à l'exception du 3^o, ainsi que celles mentionnées à l'article 62.38, alinéa 3. »

Art. 124 – Dans le titre I^{er} du même décret, modifié en dernier lieu par le décret du 18 juin 2018, il est inséré un chapitre IV^{decies}, comportant l'article 62.43, rédigé comme suit :

« Chapitre IV^{decies} – Dispositions spécifiques pour les coordinateurs pédagogiques et paramédicaux dans des écoles inclusives ».

Art. 125 – Dans le chapitre IV^{decies} du même décret, il est inséré un article 62.43 rédigé comme suit :

« Art. 62.43 – Principe

Par dérogation au chapitre IV, les articles 62.3 à 62.8, 62.11, 62.12, 62.17, 62.28 et 62.29 s'appliquent à la fonction de coordinateur pédagogique dans des écoles inclusives ainsi qu'à celle de coordinateur paramédical dans des écoles inclusives. La qualification pédagogique mentionnée à l'article 62.5 s'entend, pour le cas du coordinateur paramédical dans des écoles inclusives, comme étant une « qualification paramédicale ».

Art. 126 – Dans le chapitre V^{bis}, du même décret, inséré par le décret du 25 juin 2007 et remplacé par le décret du 28 juin 2010, l'intitulé du Titre I^{er} est complété par les mots « ou les administrateurs ».

Art. 127 – Dans l'article 69.1 du même arrêté royal, inséré par le décret du 25 juin 2007 et remplacé par le décret du 28 juin 2010, les mots « ou dans la fonction d'administrateur » sont insérés entre les mots « école fondamentale d'application » et les mots « , dénommés ci-après ».

Art. 128 – À l'article 69.2, alinéa 1^{er}, du même décret, inséré par le décret du 25 juin 2007, les modifications suivantes sont apportées :

1^o le 2^o, a), remplacé par le décret du 11 mai 2009 et modifié par le décret du 20 juin 2016, est remplacé par ce qui suit :

« a) disposer, pour la fonction de préfet des études, de directeur d'école secondaire ordinaire, de directeur d'école secondaire spécialisée ou d'administrateur, au moins d'un diplôme de l'enseignement supérieur du premier degré; »

2^o dans le 2^o, remplacé par le décret du 11 mai 2009, le b) est abrogé.

Art. 129 – Dans l'article 69.6, § 1^{er}, alinéa 2, 1^o, g), du même décret, inséré par le décret du 11 mai 2009, les mots « à temps plein » sont insérés entre les mots « le congé » et les mots « pour mission ».

Art. 130 – À l'article 69.8, § 1^{er}, du même décret, inséré par le décret du 11 mai 2009 et modifié en dernier lieu par le décret du 18 juin 2018, les modifications suivantes sont apportées :

1^o dans l'alinéa 2, le nombre « 428,48 » est remplacé par le nombre « 800 ».

2^o le paragraphe est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« Durant l'exercice de la fonction, l'administrateur perçoit un traitement calculé sur la base de l'échelle de traitement 167 mentionnée à l'article 2, chapitre G, du même arrêté royal du 27 juin 1974. »

Art. 131 – Dans la phrase introductive de l'article 69.14, § 1.1, alinéa 2, du même décret, inséré par le décret du 25 juin 2012, les mots « et à la guidance en développement scolaire » sont remplacés par les mots « , la guidance en développement scolaire et la guidance pour l'inclusion et l'intégration ».

Art. 132 – Dans le titre IV du même décret, modifié en dernier lieu par le décret du 18 juin 2018, il est inséré un article 119.17 rédigé comme suit :

« Art. 169 septiesdecies – Par dérogation aux articles 62.4 et 62.5, le pouvoir organisateur désigne, au 1^{er} septembre 2019, pour une durée indéterminée dans la fonction de coordinateur pédagogique dans des écoles inclusives, le membre du personnel qui a assuré, au cours des années scolaires 2017-2019, des tâches de coordination pédagogique dans une école inclusive en Communauté germanophone et les missions mentionnées à l'article 96.3 du décret du 31 août 1998 relatif aux missions confiées aux pouvoirs organisateurs et au personnel des écoles et portant des dispositions générales d'ordre pédagogique et organisationnel pour les écoles ordinaires et spécialisées. Une attestation, rédigée par le chef d'établissement et précisant les missions assurées par le membre du personnel, peut être présentée comme preuve au pouvoir organisateur. »

Art. 133 – Dans le même titre, il est inséré un article 119.18 rédigé comme suit :

« Art. 119.18 – Par dérogation aux articles 62.4 et 62.5, le pouvoir organisateur désigne, au 1^{er} septembre 2019, pour une durée indéterminée dans la fonction de coordinateur paramédical dans des écoles inclusives, le membre du personnel qui a assuré, au cours des années scolaires 2017-2019, des tâches de coordination paramédicale dans une école inclusive en Communauté germanophone et les missions mentionnées à l'article 98.1, § 4, du décret du 31 août 1998 relatif aux missions confiées aux pouvoirs organisateurs et au personnel des écoles et portant des dispositions générales d'ordre pédagogique et organisationnel pour les écoles ordinaires et spécialisées. Une attestation, rédigée par le chef d'établissement et précisant les missions assurées par le membre du personnel, peut être présentée comme preuve au pouvoir organisateur. »

Chapitre 27 – Modification du décret du 26 avril 1999 relatif à l'enseignement fondamental ordinaire

Art. 134 – À l'article 12 du décret du 26 avril 1999 relatif à l'enseignement fondamental ordinaire, les modifications suivantes sont apportées :

1° l'alinéa 1^{er} est remplacé par ce qui suit :

« Par dérogation à l'article 11, le conseil de classe peut décider que l'élève, durant ses études primaires, recommencera une année d'études. En cas de changement d'école, cette décision est contraignante pour toutes les écoles. »;

2° dans l'alinéa 2, les mots « à la fin de la scolarité primaire » sont insérés entre les mots « leur enfant » et les mots « passera une 8^{ème} année ».

Art. 135 – Dans l'article 23, 11°, du même décret, inséré par le décret du 24 mars 2003 et remplacé par le décret du 25 juin 2012, les mots « et à la guidance en développement scolaire » sont remplacés par les mots « , la guidance en développement scolaire et la guidance pour l'inclusion et l'intégration ».

Chapitre 28 – Modification du décret du 30 juin 2003 portant des mesures urgentes en matière d'enseignement 2003

Art. 136 – À l'article 2, § 1^{er}, alinéa 2, du décret du 30 juin 2003 portant des mesures urgentes en matière d'enseignement 2003, modifié par le décret du 18 juin 2018, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le 1°, a), le 2°, b), le 3°, b), le 4°, a), et le 6°, b), les mots « directeur et enseignant, du personnel auxiliaire d'éducation, du personnel paramédical des établissements d'enseignement gardien, primaire, spécial, moyen, technique, artistique et normal de l'État, des internats dépendant de ces établissements et des membres du personnel du service d'inspection chargé de la surveillance de ces

établissements » sont chaque fois remplacés par les mots « de l'enseignement communautaire »;

2° dans les 2° et 3°, les a) sont à chaque fois abrogés.

Art. 137 – À l'article 11.1 du même décret, inséré par le décret du 16 juillet 2012 et modifié par le décret du 29 juin 2015, les modifications suivantes sont apportées :

1° le 1° est abrogé;

2° le 2° est remplacé par ce qui suit :

« l'arrêté royal du 22 mars 1969 fixant le statut des membres du personnel de l'enseignement communautaire »;

Art. 138 – Dans l'article 11.17, § 1^{er}, alinéa 2, du même décret, inséré par le décret du 16 juillet 2012, le b) est remplacé par ce qui suit :

« b) l'article 42 de l'arrêté royal pris en application de l'article 160 de l'arrêté royal du 22 mars 1969 fixant le statut des membres du personnel de l'enseignement communautaire; ».

Chapitre 29 – Modification du décret du 29 mars 2004 fixant le statut des membres du personnel subsidié de l'enseignement officiel subventionné et des centres psycho-médico-sociaux officiels subventionnés

Art. 139 – Dans l'article 1^{er}, alinéa 1^{er}, 1°, du décret du 29 mars 2004 fixant le statut des membres du personnel subsidié de l'enseignement officiel subventionné et des centres psycho-médico-sociaux officiels subventionnés, modifié par le décret du 23 mars 2009, les mots « et des internats dépendant de ces établissements ainsi que des établissements de l'enseignement libre subventionné, » sont insérés entre les mots « de type court » et les mots « et l'enseignement artistique ».

Art. 140 – Dans l'article 20, § 1^{er}, alinéa 2, du même décret, inséré par le décret du 20 juin 2016, le 1° est remplacé par ce qui suit :

« 1° l'article 19, § 2, de l'arrêté royal du 22 mars 1969 fixant le statut des membres du personnel de l'enseignement communautaire; ».

Art. 141 – Dans l'article 28, § 1.1, alinéa 4, du même décret, inséré par le décret du 25 juin 2012, les mots « et à la guidance en développement scolaire » sont remplacés par les mots « , la guidance en développement scolaire et la guidance pour l'inclusion et l'intégration ».

Art. 142 – À l'article 37, alinéa 2, du même décret, inséré par le décret du 16 juillet 2012, le 1° est remplacé par ce qui suit :

« 1° l'article 19, § 2, de l'arrêté royal du 22 mars 1969 fixant le statut des membres du personnel de l'enseignement communautaire; ».

Art. 143 – À l'article 48, § 1^{er}, du même décret, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans l'alinéa 1^{er}, 2°, remplacé par le décret du 27 juin 2011, les mots « , du professeur-médiathécaire » sont insérés entre les mots « des centres P.M.S. » et les mots « et du personnel administratif »;

2° le paragraphe est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« Sans préjudice des alinéas 1^{er} et 2, les services prestés jusqu'au 30 avril dans la fonction d'instituteur primaire sont pris en compte pour l'application de l'article 23 à un membre du personnel porteur d'un diplôme d'instituteur maternel. Ces services sont calculés conformément aux modalités fixées dans les alinéas précédents. »

Art. 144 – Dans l'intitulé du chapitre IVocties du même décret, inséré par le décret du 20 juin 2016, les mots « des degrés inférieur et supérieur » sont abrogés.

Art. 145 – Dans l'article 56.17 du même décret, inséré par le décret du 20 juin 2016, les mots « dans les degrés inférieur et supérieur » sont abrogés.

Art. 146 – Dans le même décret, modifié par le décret du 18 juin 2018, il est inséré un chapitre IVundecies, comportant l'article 56.20, rédigé comme suit :

« Chapitre IVundecies – Dispositions spécifiques pour les coordinateurs pédagogiques et paramédicaux dans des écoles inclusives ».

Art. 147 – Dans le chapitre IVundecies du même décret, il est inséré un article 56.20 rédigé comme suit :

« Art. 56.20 – Par dérogation au chapitre IV, les fonctions de coordinateur pédagogique et paramédical dans des écoles inclusives sont attribuées sous la forme d'une désignation à durée indéterminée et d'une nomination à titre définitif, conformément aux dispositions valables dans l'enseignement libre subventionné. »

Art. 148 – Dans l'article 64.6, § 1^{er}, alinéa 2, 1^o, h), du même décret, inséré par le décret du 27 juin 2011, les mots « à temps plein » sont insérés entre les mots « le congé » et les mots « pour mission ».

Art. 149 – L'intitulé du chapitre Vter du même décret, inséré par le décret du 11 mai 2009 et modifié par le décret du 28 juin 2010, est complété par les mots « ou les administrateurs ».

Art. 150 – Dans l'article 64.12 du même décret, inséré par le décret du 11 mai 2009 et remplacé par le décret du 28 juin 2010, les mots « ou dans la fonction d'administrateur » sont insérés entre les mots « école fondamentale d'application » et les mots « , dénommés ci-après ».

Art. 151 – À l'article 64.13, alinéa 1^{er}, du même décret, inséré par le décret du 28 juin 2010, les modifications suivantes sont apportées :

1^o dans le 2^o, le a), remplacé par le décret du 20 juin 2016, est remplacé par ce qui suit :

« a) disposer, pour la fonction de préfet des études, de directeur d'école secondaire ordinaire, de directeur d'école secondaire spécialisée ou d'administrateur, au moins d'un diplôme de l'enseignement supérieur du premier degré; »

2^o dans le 2^o, le b) abrogé.

Art. 152 – Dans l'article 64.17, § 1^{er}, alinéa 2, 1^o, h), du même décret, inséré par le décret du 28 juin 2010, les mots « à temps plein » sont insérés entre les mots « le congé » et les mots « pour cause ».

Art. 153 – À l'article 64.19, § 1^{er}, du même décret, inséré par le décret du 28 juin 2010 et modifié en dernier lieu par le décret du 18 juin 2018, les modifications suivantes sont apportées :

1^o dans l'alinéa 2, les mots « 428,48 EUR » sont remplacés par les mots « 800 euros »;

2^o le paragraphe est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« Durant l'exercice de la fonction, l'administrateur perçoit un traitement calculé sur la base de l'échelle de traitement 167 mentionnée à l'article 2, chapitre G, du même arrêté royal du 27 juin 1974. »

Art. 154 – Dans la phrase introductive de l'article 65, § 1.1, alinéa 2, du même décret, inséré par le décret du 25 juin 2012, les mots « et à la guidance en développement scolaire » sont remplacés par les mots « , la guidance en développement scolaire et la guidance pour l'inclusion et l'intégration ».

Chapitre 30 – Modification du décret du 19 avril 2004 relatif à la transmission des connaissances linguistiques et à l'emploi des langues dans l'enseignement

Art. 155 – À l'article 26 du décret du 19 avril 2004 relatif à la transmission des connaissances linguistiques et à l'emploi des langues dans l'enseignement, modifié en dernier lieu par le décret du 24 juin 2013, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 1^{er}, le 4° est remplacé comme suit :

« 4° en ce qui concerne l'allemand :

4.1. un diplôme délivré par le jury visé au titre VII et dont il ressort que le membre du personnel a une connaissance approfondie de cette langue;

4.2. un certificat Goethe dont il ressort que le membre du personnel satisfait au moins au niveau de compétences B2 du cadre européen commun de référence pour les langues, à condition :

a) qu'il ait obtenu, pour l'examen en question, au moins 60 % dans chacune des épreuves en ce qui concerne le niveau de compétences B2;

b) qu'il ait obtenu, pour l'examen en question, au moins 50 % dans chacune des épreuves en ce qui concerne le niveau de compétences C1 ou C2. »;

2° le § 1^{er} est complété par un 6° rédigé comme suit :

« 6° en ce qui concerne la langue néerlandaise : un diplôme délivré par le jury visé au titre VII et dont il ressort que le membre du personnel a une connaissance approfondie de cette langue. »;

3° dans le § 2, le 5° est remplacé par ce qui suit :

« 5° en ce qui concerne l'allemand :

5.1. un diplôme délivré par le jury visé au titre VII et dont il ressort que le membre du personnel a une connaissance suffisante de cette langue;

5.2. un certificat Goethe dont il ressort que le membre du personnel satisfait au moins au niveau de compétences B1 du cadre européen commun de référence pour les langues, à condition :

a) qu'il ait obtenu, pour l'examen en question, au moins 60 % dans chacune des épreuves en ce qui concerne le niveau de compétences B1;

b) qu'il ait obtenu, pour l'examen en question, au moins 50 % dans chacune des épreuves en ce qui concerne le niveau de compétences B2, C1 ou C2. »;

4° dans le § 2, 6°, le premier tiret devient le 6.1. et les mots « à condition qu'il ait obtenu au moins 60 % pour chacune des épreuves en ce qui concerne le niveau de compétences B1 » sont remplacés par ce qui suit : « à condition :

6.1.1. qu'il ait obtenu au moins 60 % dans chacune des épreuves en ce qui concerne le niveau de compétences B1;

6.1.2. qu'il ait obtenu au moins 50 % dans chacune des épreuves en ce qui concerne le niveau de compétences B2, C1 ou C2, ou »;

5° dans le § 2, 6°, le deuxième tiret devient le 6.2.;

6° dans le § 2, 6°, le troisième tiret devient le 6.3.;

7° le § 2 est complété par un 7° rédigé comme suit :

« 7° en ce qui concerne la langue néerlandaise : un diplôme délivré par le jury visé au titre VII et dont il ressort que le membre du personnel a une connaissance suffisante de cette langue. »;

8° dans le § 3, le 1° est remplacé par ce qui suit :

« 1° en ce qui concerne l'allemand :

1.1. une attestation délivrée par le jury mentionné au titre VII, dont il ressort que le membre du personnel a une connaissance élémentaire de cette langue;

1.2. un certificat Goethe dont il ressort que le membre du personnel satisfait au moins au niveau de compétences A2 du cadre européen commun de référence pour les langues. »;

9° le § 3 est complété par un 3° rédigé comme suit :

« 3° en ce qui concerne la langue néerlandaise : une attestation délivrée par le jury mentionné au titre VII, dont il ressort que le membre du personnel a une connaissance élémentaire de cette langue. »

Art. 156 – Dans l'article 28, § 1^{er}, alinéa 2, du même décret, inséré par le décret du 24 juin 2013, les mots « et de la guidance en développement scolaire » sont remplacés par les mots « , de la guidance en développement scolaire et du conseil scolaire pour l'inclusion et l'intégration ».

Chapitre 31 – Modification du décret du 17 mai 2004 portant des mesures en matière d'enseignement, de formation et d'infrastructure – 2004

Art. 157– Dans l'article 20 du décret du 17 mai 2004 portant des mesures en matière d'enseignement, de formation et d'infrastructure – 2004, l'alinéa 3, inséré par le décret du 20 juin 2016, est complété par les mots « ainsi qu'aux fonctions de chargé de recherches et d'évaluateur externe ».

Chapitre 32 – Modification du décret du 1^{er} juin 2004 relatif à la promotion de la santé et à la prévention médicale

Art. 158 – Dans l'article 10.3 du décret du 1^{er} juin 2004 relatif à la promotion de la santé et à la prévention médicale, inséré par le décret du 20 février 2017, les mots « et, le cas échéant, avec le médecin responsable mentionné aux articles 3.22 à 3.23.1 du décret du 31 mars 2014 relatif au centre pour le développement sain des enfants et des jeunes » sont insérés entre les mots « avec les médecins traitants » et les mots « , le médecin-inspecteur ».

Chapitre 33 – Modification du décret du 6 juin 2005 portant des mesures en matière d'enseignement 2005

Art. 159 – Dans l'article 18 du décret du 6 juin 2005 portant des mesures en matière d'enseignement 2005, les mots « directeur et enseignant, du personnel auxiliaire d'éducation, du personnel paramédical des établissements d'enseignement gardien, primaire, spécial, moyen, technique, artistique et normal de l'État, des internats dépendant de ces établissements et des membres du personnel du service d'inspection chargé de la surveillance de ces établissements » sont remplacés par les mots « de l'enseignement communautaire ».

Art. 160 – À l'article 23, alinéa 1^{er}, 5°, du même décret, le b) est remplacé par ce qui suit :

« b) période : à partir de la semaine au cours de laquelle le décès a lieu jusqu'au dernier jour de la semaine au cours de laquelle l'enterrement a lieu ».

Chapitre 34 – Modification du décret du 27 juin 2005 portant création d'une haute école autonome

Art. 161 – Dans l'article 1.3, 12.1, du décret du 27 juin 2005 portant création d'une haute école autonome, inséré par le décret du 25 juin 2012, les mots « et à la guidance en développement scolaire » sont remplacés par les mots « , la guidance en développement scolaire et la guidance pour l'inclusion et l'intégration ».

Art. 162 – Dans l'article 2.6, alinéa 4, du même décret, inséré par le décret du 24 octobre 2011, la première phrase est complétée par les mots « ainsi que "sciences administratives et gestion publique" » et la seconde phrase, par les mots « ou, selon le cas, de bachelor en sciences financières et administratives section "sciences administratives et gestion publique" ».

Art. 163 – Dans le titre II, sous-titre 3, chapitre 2, du même décret, modifié en dernier lieu par le décret du 20 juin 2016, il est inséré un article 2.8.4 rédigé comme suit :

« Art. 2.8.4. – *Compétences dans la section "Sciences administratives et gestion publique"* »

§ 1^{er} – La formation initiale est organisée de façon à permettre à l'étudiant de développer au moins les compétences suivantes :

- 1° collecter, traiter et interpréter des chiffres et des données;
- 2° préparer les services comptables dans les règles de l'art et, le cas échéant, les organiser;
- 3° utiliser des stratégies d'organisation et de gestion d'entreprise;
- 4° planifier, mener et évaluer des projets;
- 5° mettre en œuvre, dans les règles de l'art, les programmes de traitement de texte et de tableur; utiliser les technologies de l'information et de la communication;
- 6° tenir compte des bases juridiques dans son environnement de travail quotidien;
- 7° développer des compétences fondamentales en gestion de personnel;
- 8° développer des compétences d'autoapprentissage et ainsi participer activement au processus d'apprentissage tout au long de la vie.

§ 2 – Les activités de formation nécessaires à l'acquisition de ces compétences reposent, dans le cadre de la formation initiale, sur les domaines de formation suivants :

- 1° comptabilité;
- 2° mathématiques financières;
- 3° droit;
- 4° statistiques;
- 5° fiscalité;
- 6° informatique;
- 7° organisation et gestion d'entreprise;
- 8° pédagogie d'entreprise et de travail;
- 9° langues. »

Art. 164 – À l'article 3.2.1. du même décret, inséré par le décret du 24 octobre 2011, les modifications suivantes sont apportées :

- 1° dans l'intitulé, les mots « et assurances » sont remplacés par les mots « , assurances ainsi que sciences administratives et gestion publique »;
- 2° dans la phrase introductive, les mots « et assurances : » sont remplacés par les mots « , assurances ainsi que sciences administratives et gestion publique : ».

Art. 165 – À l'article 3.18 du même décret, inséré par le décret du 24 octobre 2011, les modifications suivantes sont apportées :

- 1° dans l'alinéa 1^{er}, les mots « et assurances » sont remplacés par les mots « , assurances ainsi que sciences administratives et gestion publique »;
- 2° dans l'alinéa 2, les mots « et 2.8.3. » sont remplacés par les mots « , 2.8.3. et 2.8.4. ».

Art. 166 – Dans l'article 5.13 du même décret, les mots « toutes les fonctions » sont remplacés par les mots « toutes les autres fonctions ainsi que celles mentionnées à l'article 5.105 ».

Art. 167 – Dans l'article 5.92, 1°, h), du même décret, remplacé par le décret du 27 juin 2011, les mots « à temps plein » sont insérés entre les mots « le congé » et les mots « pour mission ».

Art. 168 – À l'article 5.98, alinéa 3, 1°, h), du même décret, remplacé par le décret du 27 juin 2011, les mots « à temps plein » sont insérés entre les mots « le congé » et les mots « pour mission ».

Art. 169 – L'intitulé du titre V, sous-titre 18, du même décret, inséré par le décret du 25 octobre 2010, est remplacé par ce qui suit :

« Sous-titre 18 – Dispositions particulières pour les fonctions de chargé de recherches et d'évaluateur externe ».

Art. 170 – L'article 5.105 du même décret, inséré par le décret du 25 octobre 2010 et modifié par le décret du 29 juin 2015, est remplacé par ce qui suit :

« Art. 5.105 – *Principe*

Le présent sous-titre s'applique aux fonctions suivantes :

- 1° la fonction de chargé de recherches;
- 2° la fonction d'évaluateur externe. »

Art. 171 – Dans le titre V, sous-titre 18, du même décret, inséré par le décret du 25 octobre 2010, il est inséré un article 5.105.1 rédigé comme suit :

« Art. 5.105.1 – *Conditions d'admission*

Toute personne peut exercer l'une des fonctions mentionnées à l'article 5.105 si :

- 1° elle remplit les conditions énumérées à l'article 5.15, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, à l'exception du 5°;
- 2° elle est porteuse de l'un des titres requis, correspondant à la fonction, fixés à l'article 10, 18^{quater} ou 18^{sexies}, de l'arrêté royal du 22 avril 1969 fixant les titres requis des membres du personnel directeur et enseignant, du personnel auxiliaire d'éducation, du personnel paramédical et sociopsychologique des établissements d'enseignement gardien, primaire, spécialisé, moyen, technique, artistique et normal de l'État et des internats dépendant de ces établissements;
- 3° elle a obtenu au moins la mention "bon" dans le dernier rapport d'évaluation ou bulletin de signalement, dans la mesure où une telle structure d'évaluation/de signalement existe;
- 4° elle a introduit sa candidature dans le respect des formes et des délais fixés dans l'appel aux candidats. »

Art. 172 – Dans le même sous-titre, il est inséré un article 5.105.2 rédigé comme suit :

« Art. 5.105.2 – *Appel aux candidats et candidature*

L'appel aux candidats pour les fonctions mentionnées à l'article 5.105 est publié par le conseil d'administration dans la presse, dans les écoles par affichage et sous toute autre forme appropriée.

L'appel aux candidats mentionne le profil requis pour la fonction à pourvoir.

La candidature est introduite par recommandé. Le candidat y joint au moins une copie des diplômes requis, un extrait du casier judiciaire tel que visé à l'article 596, alinéa 2, du Code de procédure pénale et datant de moins de six mois, ainsi qu'un curriculum vitae et une lettre de motivation. »

Art. 173 – Dans le même sous-titre, il est inséré un article 5.105.3 rédigé comme suit :
« *Art. 5.105.3 – Désignation*

Le conseil d'administration décide quel candidat sera désigné.

Il se base entre autres sur la lettre de motivation introduite par le candidat, un ou plusieurs entretiens de candidature ainsi que sur l'expérience professionnelle et le profil d'aptitude. »

Art. 174 – Dans le même sous-titre, il est inséré un article 5.105.4 rédigé comme suit :
« *Art. 5.105.4 – Durée et fin de la désignation*

§ 1^{er} – La désignation est à durée indéterminée.

§ 2 – La désignation prend fin dans les cas suivants :

- 1° suspension préventive de plus de six mois;
- 2° mise en disponibilité par retrait d'emploi dans l'intérêt du service de plus de six mois;
- 3° prononcé des peines disciplinaires suivantes :
 - a) une suspension disciplinaire;
 - b) une mise en non-activité par mesure disciplinaire;
 - c) un licenciement pour faute grave;
- 4° démission volontaire, s'il s'agit d'un membre du personnel nommé à titre définitif;
- 5° renonciation volontaire à la désignation;
- 6° résiliation unilatérale par le conseil d'administration;
- 7° rapport d'évaluation portant la mention "insuffisant".

Le conseil d'administration peut mettre fin à la désignation en cas de congé ou de mise en disponibilité pour cause de maladie ou d'infirmité pour une période ininterrompue de plus de six mois.

Dans les cas prévus à l'alinéa 1^{er}, 4° et 5°, le chargé de recherches ou l'évaluateur externe, selon le cas, doit respecter un délai de préavis de soixante jours.

Dans le cas prévu à l'alinéa 1^{er}, 6°, le délai de préavis est de trois mois si l'ancienneté de fonction en tant que chargé de recherches ou évaluateur externe, selon le cas, est inférieure ou égale à cinq ans; la durée de préavis est prolongée de trois autres mois pour chaque période entamée de cinq ans.

Le délai de préavis visé aux alinéas 3 et 4 peut être raccourci moyennant l'accord du conseil d'administration. Le congé est donné par recommandé indiquant la durée du préavis et son début. Le recommandé produit ses effets le troisième jour ouvrable suivant la date de son expédition. »

Art. 175 – Dans le même sous-titre, il est inséré un article 5.105.5 rédigé comme suit :
« Article 5.105.5 – Conditions de nomination

Un chargé de recherches ou un évaluateur externe est nommé à titre définitif si :

- 1° il remplit les conditions mentionnées à l'article 5.105.1;
- 2° il justifie une ancienneté de fonction de cinq ans minimum, calculée conformément à l'article 5.38;
- 3° son dernier rapport d'évaluation porte au moins en conclusion la mention "bon". »

Art. 176 – Dans le même sous-titre, il est inséré un article 5.105.6 rédigé comme suit :
« Art. 5.105.6 – Appel aux candidats et candidature à la nomination

Le pouvoir organisateur fixe les emplois définitivement vacants pouvant être libérés pour une nomination.

Au cours de la deuxième quinzaine du mois de février de chaque année, le pouvoir organisateur lance un appel aux candidats à une nomination définitive. Cet appel est affiché dans l'école et publié sous toute autre forme jugée adéquate par le pouvoir organisateur. Cet appel est transmis pour information au Gouvernement.

L'appel contient une liste des emplois qui seront probablement vacants au 1^{er} octobre et qui ont été libérés pour une nomination. Il contient des indications sur la nature et le volume des emplois à pourvoir, les conditions requises dans le chef des candidats ainsi que la forme et le délai dans lesquels les candidatures doivent être introduites. »

Art. 177 – Dans le même sous-titre, il est inséré un article 5.105.7 rédigé comme suit :
« Art. 5.105.7 – Nomination

Les nominations à titre définitif interviennent le 1^{er} octobre dans les emplois visés à l'article 5.105.6, alinéa 3, qui sont encore vacants à cette date.

Lors d'une première nomination à une fonction, le nombre minimal d'heures correspond à un quart du nombre d'heures requis pour un emploi à temps plein.

Une nomination à titre définitif s'opère pour des heures complètes.

Pour sélectionner un candidat à la nomination, le pouvoir organisateur se base entre autres sur un ou plusieurs entretiens, l'expérience professionnelle, le profil d'aptitude et le rapport d'évaluation. »

Art. 178 – Dans le même sous-titre, il est inséré un article 5.105.8 rédigé comme suit :
« Art. 5.105.8 – Statut

Durant l'exercice de la fonction, le chargé de recherches ou l'évaluateur externe, selon le cas, est soumis au présent statut, à l'exception des articles 5.17 à 5.38 et 5.77. »

Art. 179 – Dans le même sous-titre, il est inséré un article 5.105.9 rédigé comme suit :
« Art. 5.105.9 – Remplacement temporaire

§ 1^{er} – Si le chargé de recherches ou l'évaluateur externe démissionne de sa fonction ou est temporairement absent en raison d'un des types de congé ou de mise en disponibilité, le conseil d'administration peut le remplacer jusqu'à la fin de l'année scolaire suivante par

une autre personne remplissant les conditions mentionnées à l'article 5.105.1, à l'exception du 3°.

§ 2 – Pendant le remplacement temporaire, les articles 5.105.8 et 5.105.11 à 5.105.13 s'appliquent au remplaçant. »

Art. 180 – Dans le même sous-titre, il est inséré un article 5.105.10 rédigé comme suit :
« Art. 5.105.10 – *Rapport d'évaluation et possibilité de recours*

§ 1^{er} – Le directeur établit au moins un rapport d'évaluation par période de cinq années scolaires pour les chargés de recherches et évaluateurs externes. À cette fin, il procède à un entretien d'évaluation.

Le chargé de recherches ou l'évaluateur externe, selon le cas, peut demander une telle évaluation par écrit auprès du directeur. Le moment de la demande tient compte du respect du délai mentionné à l'article 5.39, § 3, alinéa 1^{er}, première phrase.

§ 2 – Le chargé de recherche ou l'évaluateur externe, selon le cas, établit au préalable un rapport dans lequel il dresse un bilan de son activité au cours des dernières années et formule des propositions pour le futur développement de la haute école. Ce rapport servira de base à l'entretien d'évaluation.

Le rapport d'évaluation porte en conclusion l'une des mentions suivantes : "très bon", "bon", "suffisant", "insatisfaisant" ou "insuffisant".

§ 3 – La procédure énoncée à l'article 5.39, §§ 3 et 4, est d'application. »

Art. 181 – Dans le même sous-titre, il est inséré un article 5.105.11 rédigé comme suit :
« Art. 5.105.11 – *Traitement et prime*

§ 1^{er} – Durant l'exercice de la fonction, le chargé de recherches perçoit un traitement en application des titres II à II.2 du décret du 21 avril 2008 portant valorisation du métier d'enseignant.

Durant l'exercice de la fonction de chef d'atelier, l'évaluateur externe perçoit un traitement calculé sur la base de l'échelle de traitement suivante, figurant dans l'annexe de l'arrêté royal du 27 juin 1974 fixant au 1^{er} avril 1972 les échelles des fonctions des membres du personnel directeur et enseignant, auxiliaire d'éducation, paramédical et sociopsychologique des établissements d'enseignement de l'État, des membres du personnel du service d'inspection chargé de la surveillance de ces établissements et des membres du personnel du service d'inspection de l'enseignement par correspondance et de l'enseignement primaire subventionné et fixant les échelles des grades du personnel des centres psycho-médico-sociaux de l'État :

- 1° évaluateur externe qui dispose au moins d'un diplôme de l'enseignement supérieur du deuxième degré 471;
- 2° évaluateur externe qui ne dispose pas au moins d'un diplôme de l'enseignement supérieur du deuxième degré 270.

§ 2 – Si un membre du personnel, désigné pour une durée indéterminée ou nommé à titre définitif dans une autre fonction dans l'enseignement organisé ou subventionné par la Communauté germanophone, est désigné évaluateur externe, elle continue, par dérogation au § 1^{er}, alinéa 2 ou 3, selon le cas, à percevoir son traitement et bénéficie d'une prime mensuelle compensatoire calculée comme suit :

$$P = X - M$$

P = la prime

X = le traitement visé au § 1^{er}, alinéa 2 ou 3, selon le cas

M = le traitement mensuel brut du membre du personnel

La prime est liquidée en même temps que le traitement mensuel et aux mêmes conditions.

Lors d'un congé pour cause de maladie ou d'infirmité ainsi que lors d'un congé de maternité ou d'une des absences liées à la maternité mentionnées dans les articles 42 à 43bis de la loi sur le travail du 16 mars 1971, la prime continue à être versée pour autant que l'évaluateur externe ne soit pas à la charge de la mutualité.

§ 3 – Si une personne, qui n'est pas désignée pour une durée indéterminée ou nommée à titre définitif dans une autre fonction dans l'enseignement organisé ou subventionné par la Communauté germanophone, est engagée comme évaluateur externe, elle perçoit le pécule de vacances et une prime de fin d'année conformément aux dispositions valables dans l'enseignement, le montant mentionné au § 1^{er}, alinéa 2 ou 3, selon le cas, servant de base pour le calcul.

§ 4 – Le montant calculé en application des §§ 1^{er} à 3 est soumis aux fluctuations de l'indice des prix à la consommation conformément à la loi du 1^{er} mars 1977 organisant un régime de liaison à l'indice des prix à la consommation du Royaume de certaines dépenses dans le secteur public, modifié par les arrêtés royaux n° 178 du 30 décembre 1982 et du 24 décembre 1993 et les lois des 2 janvier 2001 et 19 juillet 2001. »

Art. 182 – Dans le même sous-titre, il est inséré un article 5.105.12 rédigé comme suit :
« Art. 5.105.12 – *Retour*

Au terme de la désignation, le membre du personnel retrouve sa fonction antérieure pour autant qu'il s'agisse d'un membre du personnel de la haute école nommé à titre définitif, sauf dans les cas énoncés à l'article 5.105.4, § 2, 3°, c), et 4°. »

Art. 183 – Dans le même sous-titre, il est inséré un article 5.105.13 rédigé comme suit :
« Art. 5.105.13 – *Prise en compte des services prestés*

Les services prestés par le membre du personnel pendant l'exercice d'une des fonctions mentionnées à l'article 5.105 sont pris en considération pour calculer l'ancienneté de service, l'ancienneté de fonction et l'ancienneté pécuniaire. »

Art. 184 – Dans le titre IX du même décret, modifié en dernier lieu par le décret du 18 juin 2018, il est inséré un article 9.11octies rédigé comme suit :

« Art. 9.11octies – Par dérogation aux articles 5.105.1. à 5.105.3., le pouvoir organisateur désigne, au 1^{er} septembre 2019, en tant que chargés de recherches ou d'évaluateurs externes, selon le cas, les membres du personnel qui remplissent les conditions d'admission mentionnées à l'article 5.105.1., 1° et 2°, et qui ont déjà exercé la fonction correspondante pendant quinze semaines au cours des années scolaires 2017-2018 et 2018-2019.

Art. 185 – Dans le même titre, il est inséré un article 9.11novies rédigé comme suit :

« Art. 9.11novies – Par dérogation à l'article 5.105.11, § 1^{er}, alinéa 2, l'évaluateur externe qui a été engagé dans cette fonction avant le 1^{er} septembre 2014 perçoit un traitement calculé sur la base de l'échelle de traitement 475, figurant dans l'annexe de l'arrêté royal du 27 juin 1974 mentionné à l'alinéa 2.

Chapitre 35 – Modification du décret du 26 juin 2006 portant des mesures en matière d'enseignement 2006

Art. 186 – À l'article 113, alinéa 2, du décret du 26 juin 2006 portant des mesures en matière d'enseignement 2006, modifié par le décret du 11 mai 2009, les modifications suivantes sont apportées :

- 1° dans le 1°, b), le 2°, b), le 4°, b), le 5°, b), le 8°, b), le 9°, a), le 10°, a), le 11°, b), et le 12°, a), les mots « directeur et enseignant, du personnel auxiliaire d'éducation, du personnel paramédical des établissements d'enseignement gardien, primaire, spécial, moyen, technique, artistique et normal de l'État, des internats dépendant de ces établissements et des membres du personnel du service d'inspection chargé de la surveillance de ces établissements » sont chaque fois remplacés par les mots « de l'enseignement communautaire »;
- 2° dans les 1°, 2°, 4°, 5°, 8° et 11°, les a) sont à chaque fois abrogés.

Art. 187 – À l'article 114, alinéa 2, du même décret, les modifications suivantes sont apportées :

- 1° le 1° est abrogé;
- 2° le 2° est remplacé par ce qui suit :
« 2° à l'article 9 de l'arrêté royal du 15 janvier 1974 pris en application de l'article 160 de l'arrêté royal du 22 mars 1969 fixant le statut des membres du personnel de l'enseignement communautaire; ».

Art. 188 – L'article 115 du même décret, modifié par le décret du 11 mai 2009, est abrogé.

Art. 189 – L'article 115.1 du même décret, inséré par le décret du 5 mai 2014, est abrogé.

Chapitre 36 – Modification du décret du 21 avril 2008 portant valorisation du métier d'enseignant

Art. 190 – À l'article 103 du décret du 21 avril 2008 portant valorisation du métier d'enseignant, modifié en dernier lieu par le décret du 18 juin 2018, les modifications suivantes sont apportées :

- 1° dans le 8°, le point en fin de phrase est remplacé par un point-virgule;
- 2° l'article est complété par les 9° et 10° rédigés comme suit :
« 9° aux membres du personnel occupant la fonction de sélection de coordinateur pédagogique dans des écoles inclusives;
10° aux membres du personnel occupant la fonction de sélection de coordinateur paramédical dans des écoles inclusives. »

Chapitre 37 – Modification du décret du 23 mars 2009 portant organisation de l'enseignement artistique à horaire réduit

Art. 191 – Dans l'article 70 du décret du 23 mars 2009 portant organisation de l'enseignement artistique à horaire réduit, le nombre « 5 % » est remplacé par le nombre « 10 % ».

Chapitre 38 – Modification du décret du 25 octobre 2010 portant des nouveautés pédagogiques et administratives dans l'enseignement

Art. 192 – Dans l'article 1^{er}, § 1^{er}, du décret du 25 octobre 2010 portant des nouveautés pédagogiques et administratives dans l'enseignement, le 1^o est remplacé par ce qui suit :

« 1^o à l'article 16, alinéa 1^{er}, 5^o, d), et à l'article 39, alinéa 1^{er}, 5^o, d), de l'arrêté royal du 22 mars 1969 fixant le statut des membres du personnel de l'enseignement communautaire; ».

Art. 193 – À l'annexe 3 du même décret, les modifications suivantes sont apportées :

- 1^o dans la colonne « Unités de valeur » de la ligne consacrée à la « Didactique disciplinaire », le nombre « 6 » est remplacé par les mots « 4 à 7 »;
- 2^o dans la colonne « Unités de valeur » de la ligne consacrée au « Total », le nombre « 30 » est remplacé par les mots « 28 à 31 ».

Chapitre 39 – Modification du décret du 25 juin 2012 relatif à l'inspection scolaire et à la guidance en développement scolaire

Art. 194 – Dans l'intitulé du décret du 25 juin 2012 relatif à l'inspection scolaire et à la guidance en développement scolaire, les mots « et à la guidance en développement scolaire » sont remplacés par les mots « , la guidance en développement scolaire et la guidance pour l'inclusion et l'intégration ».

Art. 195 – L'article 3 du même décret est remplacé par ce qui suit :

« Une inspection scolaire, une guidance en développement scolaire ainsi qu'une guidance pour l'inclusion et l'intégration sont créées. »

Art. 196 – À l'article 4 du même décret, les modifications suivantes sont apportées :

- 1^o l'alinéa 1^{er} est remplacé par ce qui suit :

« Un emploi à temps plein est créé pour le chef de l'inspection scolaire, de la guidance en développement scolaire et de la guidance pour l'inclusion et l'intégration, ci-après dénommés "chef", »;

- 2^o l'article est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« Un emploi à temps plein est créé pour l'adjoint pour l'inclusion et l'intégration, ci-après dénommé "adjoint". »;

Art. 197 – Dans le chapitre 2 du même décret, l'intitulé de la section 1^{re} est remplacé par ce qui suit :

« Section 1^{re} – Chef de l'inspection scolaire, de la guidance en développement scolaire et de la guidance pour l'inclusion et l'intégration ».

Art. 198 – À l'article 5 du même décret, les modifications suivantes sont apportées :

- 1^o dans l'alinéa 1^{er}, les mots « Le chef de l'inspection scolaire et de la guidance en développement scolaire » et les mots « et des conseillers en développement scolaire » sont respectivement remplacés par les mots « Le chef » et les mots « , des conseillers en développement scolaire et de l'adjoint »;
- 2^o dans l'alinéa 2, les mots « Le chef de l'inspection scolaire et de la guidance en développement scolaire » sont remplacés par les mots « Le chef » et la phrase est complétée par les mots « et de l'adjoint »;
- 3^o l'alinéa 3 est remplacé par ce qui suit :

« Après consultation des inspecteurs scolaires, des conseillers en développement scolaire et de l'adjoint, le chef fixe leur plan annuel de formation continuée, afin de garantir et d'élargir les compétences disciplinaires et transversales. »

Art. 199 – Dans le chapitre 2 du même décret, il est inséré une section 5, comportant les articles 15.1 à 15.4, rédigée comme suit :

« Section 5 – Guidance pour l'inclusion et l'intégration ».

Art. 200 – Dans le chapitre 2, section 5, du même décret, il est inséré un article 15.1 rédigé comme suit :

« Art. 15.1 – Missions

La guidance pour l'inclusion et l'intégration veille à garantir et développer la qualité de la pédagogie de soutien dans l'enseignement et, à la demande du chef d'établissement ou du pouvoir organisateur, assure les missions suivantes en ce qui concerne l'enseignement fondamental et secondaire organisé, subventionné et reconnu par la Communauté germanophone :

- 1° elle rend des avis au Gouvernement dans le domaine de la pédagogie de soutien, notamment concernant les mesures sollicitées en matière d'intégration et d'inclusion;
- 2° elle développe, élabore et évalue, en collaboration avec les pouvoirs organisateurs, les écoles et d'autres établissements concernés, des concepts et des projets en matière de pédagogie de soutien;
- 3° elle rend des avis pédagogiques;
- 4° elle prodigue des conseils en pédagogie de soutien;
- 5° elle appuie l'intégration et l'inclusion d'élèves dans l'enseignement par la gestion de cas pour des problèmes complexes;
- 6° elle appuie la guidance en développement scolaire en assurant les missions qui relèvent du développement scolaire inclusif;
- 7° elle appuie l'inspection scolaire en assurant les missions qui relèvent de la médiation en pédagogie de soutien. »

Art. 201 – Dans la même section, il est inséré un article 15.2 rédigé comme suit :

« Art. 15.2 – Extension

Sur ordre du Gouvernement, elle conseille d'autres institutions pédagogiques, moyennant leur accord. »

Art. 202 – Dans la même section, il est inséré un article 15.3 rédigé comme suit :

« Art. 15.3 – Mise en œuvre des missions

Pour exercer les missions mentionnées à l'article 15.1, l'adjoint a le droit :

- 1° d'assister aux cours, après consultation du chef d'établissement ou – s'il est absent – de son représentant, et de mener un large dialogue avec les membres de la communauté scolaire;
- 2° de consulter tous les documents utiles, pertinents et opportuns pour l'accomplissement des missions. »

Art. 203 – Dans le même chapitre, il est inséré une section 6 intitulée comme suit :

« Section 6 – Secret professionnel ».

Art. 204 – Dans le même chapitre, section 6, il est inséré un article 15.4 rédigé comme suit :

« Art. 15.4 – Secret professionnel

Dans le cadre de l'exercice de leurs activités, le chef, les inspecteurs scolaires et l'adjoint sont tenus au secret professionnel. Les articles 4.11 et 4.12 du décret du 31 mars 2014 relatif au centre pour le développement sain des enfants et des jeunes sont d'application; "les personnes occupées par le centre" devant s'entendre comme désignant "le chef, les inspecteurs scolaires et l'adjoint". »

Art. 205 – L'article 16 du même décret est remplacé par ce qui suit :

« L'arrêté royal du 22 mars 1969 fixant le statut des membres du personnel de l'enseignement communautaire est applicable au chef, aux inspecteurs scolaires, aux conseillers en développement scolaire et à l'adjoint, à l'exception du chef, des inspecteurs scolaires, des conseillers en développement scolaire et de l'adjoint qui exercent ladite fonction dans le cadre d'un congé en vue de l'exercice d'une autre fonction conformément aux articles 4 à 9 du décret du 30 juin 2003 portant des mesures urgentes en matière d'enseignement 2003. »

Art. 206 – À l'article 17, alinéa 1^{er}, modifié par le décret du 24 juin 2013, les modifications suivantes sont apportées :

1° la phrase introductive est remplacée par ce qui suit :

« Pour pouvoir revêtir la fonction de chef, d'inspecteur scolaire, de conseiller en développement scolaire ou d'adjoint, le candidat doit : »;

2° le 2° est remplacé par ce qui suit :

« 2° être porteur au moins d'un diplôme de l'enseignement supérieur du premier degré;

a) à l'exception du chef, qui doit être porteur au moins d'un diplôme de l'enseignement supérieur du deuxième degré;

b) à l'exception de l'adjoint qui doit être porteur de l'un des titres d'études mentionnés à l'article 14, 8°, à l'exception du g), de l'arrêté royal du 22 avril 1969 fixant les titres requis des membres du personnel directeur et enseignant, du personnel auxiliaire d'éducation, du personnel paramédical et sociopsychologique des établissements d'enseignement gardien, primaire, spécialisé, moyen, technique, artistique et normal de l'État et des internats dépendant de ces établissements; »

3° dans le 3°, les a), b) et c) sont à chaque fois complétés par les mots « , les services à temps partiel étant pris en considération proportionnellement à une occupation à temps plein »;

4° le 3° est complété par un d) rédigé comme suit :

« d) pour la fonction d'adjoint : une expérience professionnelle utile d'au moins cinq ans dans le domaine de la pédagogie de soutien, les services à temps partiel étant pris en considération proportionnellement à une occupation à temps plein; ».

Art. 207 – À l'article 18 du même décret, les modifications suivantes sont apportées :

1° l'alinéa 1^{er} est remplacé par ce qui suit :

« L'appel aux candidats pour la fonction de chef, d'inspecteur scolaire, de conseiller en développement scolaire provenant de l'enseignement fondamental ou de l'enseignement secondaire, supérieur ou universitaire ainsi que d'adjoint est publié dans la presse, dans les écoles par affichage et sous toute autre forme appropriée;

2° dans l'alinéa 4, les mots « chef de l'inspection scolaire et de la guidance en développement scolaire » sont remplacés par le mot « chef ».

Art. 208 – Dans l'article 19 du même décret, le § 1^{er} est remplacé par ce qui suit :

« Le Gouvernement installe une commission indépendante chargée de mener la procédure en vue de la désignation aux fonctions de chef, d'inspecteur scolaire, de conseiller en développement scolaire et d'adjoint. »

Art. 209 – À l'article 20 du même décret, les modifications suivantes sont apportées :

- 1° dans le § 1^{er}, les mots « chef de l'inspection scolaire et de la guidance en développement scolaire » sont remplacés par le mot « chef », le mot « ou » est remplacé par une virgule et les mots « ou d'adjoint » sont insérés entre les mots « ou universitaire » et les mots « est à durée indéterminée »;
- 2° dans le § 2, l'alinéa 3 est remplacé par ce qui suit :
« Dans les cas prévus à l'alinéa 1^{er}, 4° et 5°, le chef, l'inspecteur scolaire, le conseiller en développement scolaire ou l'adjoint respectent un délai de préavis de soixante jours. »;
- 3° dans le § 2, alinéa 4, les mots « lorsque le chef de l'inspection scolaire et de la guidance en développement scolaire, l'inspecteur scolaire ou le conseiller en développement scolaire » sont remplacés par les mots « si le chef, l'inspecteur scolaire, le conseiller en développement scolaire ou l'adjoint »;
- 4° dans le § 3, alinéa 1^{er}, les mots « chef de l'inspection scolaire et de la guidance en développement scolaire » sont remplacés par le mot « chef »;
- 5° le § 4 est remplacé par ce qui suit :
« Tout chef, inspecteur scolaire, conseiller en développement scolaire ou adjoint âgé d'au moins 50 ans est nommé à titre définitif s'il a : ».

Art. 210 – À l'article 21 du même décret, les modifications suivantes sont apportées :

- 1° dans l'alinéa 1^{er}, les mots « chef de l'inspection scolaire et de la guidance en développement scolaire » sont remplacés par le mot « chef »;
- 2° l'alinéa 2 est remplacé par ce qui suit :
« Avant leur nomination, l'inspecteur scolaire, le conseiller en développement scolaire et l'adjoint font l'objet d'un signalement par le chef. »

Art. 211 – Dans l'article 21.1, alinéa 1^{er}, du même décret, inséré par le décret du 24 juin 2013, les mots « le chef de l'inspection scolaire et de la guidance en développement scolaire, les inspecteurs scolaires et les conseillers en développement scolaire » sont remplacés par les mots « le chef, les inspecteurs scolaires, les conseillers en développement scolaire et l'adjoint ».

Art. 212 – À l'article 22 du même décret, modifié par le décret du 24 juin 2013, les modifications suivantes sont apportées :

- 1° dans l'alinéa 1^{er}, les mots « Les inspecteurs scolaires et les conseillers en développement scolaire » sont remplacés par les mots « Les inspecteurs scolaires, les conseillers en développement scolaire et l'adjoint »;
- 2° dans l'alinéa 1^{er}, 8°, les mots « à temps plein » sont insérés entre les mots « le congé » et les mots « pour mission »;
- 3° dans l'alinéa 2, les mots « chef de l'inspection scolaire et de la guidance en développement scolaire » sont remplacés par le mot « chef »;
- 4° dans l'alinéa 3, les mots « chef de l'inspection scolaire et de la guidance en développement scolaire » sont remplacés par le mot « chef »;
- 5° dans l'alinéa 4, les mots « Les inspecteurs scolaires et les conseillers en développement scolaire » sont remplacés par les mots « Les inspecteurs scolaires, les conseillers en développement scolaire et l'adjoint »;
- 6° dans l'alinéa 5, les mots « chef de l'inspection scolaire et de la guidance en développement scolaire » sont remplacés par le mot « chef »;
- 7° dans l'alinéa 7, inséré par le décret du 20 juin 2016, les mots « le chef de l'inspection scolaire et de la guidance en développement scolaire, l'inspecteur ou le conseiller en développement scolaire » sont remplacés par les mots « le chef, l'inspecteur scolaire, le conseiller en développement scolaire ou l'adjoint ».

Art. 213 – À l'article 23 du même décret, les modifications suivantes sont apportées :

- 1° dans le § 1^{er}, l'alinéa 1^{er} est remplacé par ce qui suit :

« Le chef, les inspecteurs scolaires, les conseillers en développement scolaire et l'adjoint ont droit à des congés annuels. »;

2° dans le § 1^{er}, l'alinéa 2 est remplacé par ce qui suit :

« Les congés annuels des inspecteurs scolaires, des conseillers en développement scolaire et de l'adjoint sont accordés par le chef. »;

3° dans le § 2, alinéa 2, les mots « Le chef de l'inspection scolaire et de la guidance en développement scolaire, l'inspecteur scolaire et le conseiller en développement scolaire » sont remplacés par les mots « Le chef, les inspecteurs scolaires, les conseillers en développement scolaire et l'adjoint »;

4° dans le § 3, les mots « chef de l'inspection scolaire et de la guidance en développement scolaire » sont remplacés par le mot « chef ».

Art. 214 – À l'article 24 du même décret, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 1^{er}, alinéa 1^{er}, les mots « chef de l'inspection scolaire et de la guidance en développement scolaire » sont remplacés par le mot « chef », le mot « ou » est remplacé par une virgule et la première phrase est complétée par les mots « ou un adjoint »;

2° dans le § 1^{er}, alinéa 2, les mots « ou l'inspecteur scolaire » sont remplacés par les mots « , l'inspecteur scolaire ou l'adjoint » et les mots « chef de l'inspection scolaire et de la guidance en développement scolaire », par le mot « chef »;

3° dans le § 2, alinéa 1^{er}, les mots « ou l'inspecteur scolaire » sont remplacés par les mots « , l'inspecteur scolaire ou l'adjoint »;

4° dans le § 3, alinéa 1^{er}, les mots « chef de l'inspection scolaire et de la guidance en développement scolaire » sont remplacés par le mot « chef », les mots « ou à l'inspecteur scolaire », par les mots « , à l'inspecteur scolaire ou à l'adjoint », et les mots « ou l'inspecteur scolaire » sont chaque fois remplacés par les mots « , l'inspecteur scolaire ou l'adjoint »;

5° dans le § 3, alinéa 2, les mots « ou l'inspecteur scolaire » sont remplacés par les mots « , l'inspecteur scolaire ou l'adjoint » et les mots « chef de l'inspection scolaire et de la guidance en développement scolaire », par le mot « chef »;

6° dans le § 3, alinéa 3, les mots « chef de l'inspection scolaire et de la guidance en développement scolaire » sont remplacés par le mot « chef »;

7° dans le § 3, alinéa 4, les mots « ou le conseiller en développement scolaire » sont remplacés par les mots « , le conseiller scolaire ou l'adjoint »;

8° dans le § 3, alinéa 5, les mots « ou l'inspecteur scolaire » sont remplacés par les mots « , l'inspecteur scolaire ou l'adjoint »;

9° dans le § 4, alinéa 1^{er}, les mots « ou l'inspecteur scolaire » sont remplacés par les mots « , l'inspecteur scolaire ou l'adjoint » et les mots « chef de l'inspection scolaire et de la guidance en développement scolaire », par le mot « chef »;

10° dans le § 4, alinéa 2, les mots « ou l'inspecteur scolaire » sont remplacés par les mots « , l'inspecteur scolaire ou l'adjoint »;

11° dans le § 4, alinéa 3, les mots « chef de l'inspection scolaire et de la guidance en développement scolaire » sont remplacés par le mot « chef »;

12° dans le § 5, les mots « chef de l'inspection scolaire et de la guidance en développement scolaire » sont remplacés par le mot « chef ».

Art. 215 – Dans le chapitre 5 du même décret, il est inséré un article 67.1, rédigé comme suit :

« Art. 67.1 – Par dérogation aux articles 18, 19 et 20, le Gouvernement désigne, au 1^{er} septembre 2019, pour une durée indéterminée dans la fonction d'adjoint pour l'inclusion et l'intégration, toute personne qui remplit les conditions d'admission énumérées à l'article 17, à l'exception de l'alinéa 1^{er}, 5°, et qui a assuré, au cours des cinq dernières années scolaires, les missions reprises dans l'article 15.1 dans le cadre d'une mission dans l'intérêt de l'enseignement. »

Art. 216 – Dans le chapitre 5 du même décret, il est inséré un article 67.2, rédigé comme suit :

« Art. 67.2 – Le membre du personnel qui, au 31 août 2019, est nommé à titre définitif dans la fonction de chef de l'inspection scolaire et de la guidance en développement scolaire, est considéré, au 1^{er} septembre 2019, comme étant nommé à titre définitif dans la fonction de chef de l'inspection scolaire, de la guidance en développement scolaire et de la guidance pour l'inclusion et l'intégration. »

Chapitre 40 – Modification du décret du 31 mars 2014 relatif au centre pour le développement sain des enfants et des jeunes

Art. 217 – Dans l'article 3.10 du décret du 31 mars 2014 relatif au centre pour le développement sain des enfants et des jeunes, les mots « de la section 5 » sont remplacés par les mots « des sections 4 et 5 ».

Art. 218 – Dans l'article 3.20, § 1^{er}, du même décret, l'alinéa 1^{er} est remplacé par ce qui suit :

« Le centre propose des vaccinations :

1^o pour tous les nourrissons et jeunes enfants dans le cadre des examens de dépistage mentionnés à l'article 3.3, 2^o;

2^o pour tous les enfants et les jeunes inscrits comme élèves dans l'enseignement ordinaire ou spécialisé dans le cadre de l'inspection médicale scolaire mentionnée dans la section 3. »

Art. 219 – Dans l'article 3.22 du même décret, l'intitulé est complété par les mots « en milieu scolaire ».

Art. 220 – À l'article 3.23 du même décret, les mots « dans la présente section » sont remplacés par les mots « dans l'article 3.22 ».

Art. 221 – Dans le titre 3, sous-titre 3, chapitre 1^{er}, section 5, du même décret, il est inséré un article 3.23.1 rédigé comme suit :

« Art. 3.23.1 – *Maladies contagieuses en dehors du milieu scolaire*

En concertation avec le médecin traitant, le médecin responsable du centre prend, pour tous les enfants et les jeunes jusqu'à l'âge de vingt ans, toutes les mesures de mise en œuvre que le médecin-inspecteur d'hygiène mentionné à l'article 10.2, § 3, du décret du 1^{er} juin 2004 relatif à la promotion de la santé et à la prévention médicale a décrétées pour éviter la propagation de maladies contagieuses en dehors de l'environnement scolaire a prescrites.

Art. 222 – Dans le titre 3, sous-titre 3, du même décret, l'intitulé du chapitre 3 est remplacé par ce qui suit :

« Chapitre 3 – Conseils et soutien accordés aux femmes enceintes et aux familles dans le besoin ».

Art. 223 – L'article 3.27 du même décret est remplacé par ce qui suit :

« Art. 3.27 – *Conseils et soutien accordés aux femmes enceintes*

La consultation prénatale s'adresse aux femmes et aux couples. Elle comporte des conseils médicaux, sociaux et psychologiques ainsi qu'un soutien.

Les conseils dépendent des besoins rencontrés par les femmes et les familles.

Les moyens financiers prévus dans le budget sont utilisés par le centre pour accorder une aide directe ou des subsides, remboursables ou non, à des femmes enceintes, à des mères et à des pères dans le besoin qui habitent en région de langue allemande. »

Art. 224 – Dans le titre 3, sous-titre 3, chapitre 3, il est inséré un article 3.28 rédigé comme suit :

« *Art. 3.28 – Soutien financier en cas d'investigations diagnostiques*

Dans le cadre d'investigations diagnostiques effectuées à la suite des recommandations du centre ou ne pouvant être réalisées par le personnel du centre en raison d'un manque d'expertise ou de ressources, les familles dans le besoin sont soutenues dans la limite des crédits budgétaires prévus à cet effet. Le centre assume en tout ou partie les frais liés aux investigations diagnostiques précitées. »

Art. 225 – Dans le même chapitre, il est inséré un article 3.29 rédigé comme suit :

« *Art. 3.29 – Soutien financier en cas de maladies contagieuses*

Dans la limite des crédits budgétaires prévus à cet effet, le centre soutient financièrement les familles dans le besoin lors du traitement de maladies contagieuses. Le centre assume en tout ou partie les frais liés aux médicaments et consultations médicales dans ce cadre. »

Art. 226 – Dans le même chapitre, il est inséré un article 3.30 rédigé comme suit :

« *Art. 3.30 – Conditions*

Le centre peut conditionner la prise en charge des aides ou frais visés aux articles 3.27 à 3.29. »

Art. 227 – Dans le même chapitre, il est inséré un article 3.31 rédigé comme suit :

« *Art. 3.31 – Critères*

Le centre fixe des critères d'autorisation pour les mesures de soutien mentionnées aux articles 3.27 à 3.29. »

Art. 228 – Dans le même chapitre, il est inséré un article 3.32 rédigé comme suit :

« *Art. 3.32 – Rapports*

Dans le rapport d'activités mentionné à l'article 12 du décret spécial, le centre fait rapport des conseils et de l'aide financière apportés conformément au présent chapitre; l'anonymat des intéressés est garanti. »

Art. 229 – Dans l'article 6.84, § 2, alinéa 1^{er}, 7^o, du même décret, les mots « à temps plein » sont insérés entre les mots « le congé » et les mots « pour mission ».

Chapitre 41 – Dispositions finales

Art. 230 – Sont abrogés :

- 1^o l'arrêté royal du 29 août 1966 fixant le statut des membres du personnel administratif, du personnel de maîtrise, gens de métier et de service des établissements d'enseignement gardien, primaire, spécial, moyen, technique, artistique et normal de l'État, modifié en dernier lieu par le décret du 24 juin 2013;

- 2° l'arrêté royal du 29 août 1966 déterminant et classant les fonctions du personnel administratif des établissements d'enseignement gardien, primaire, spécialisé, moyen, technique, artistique et normal de l'État, modifié en dernier lieu par le décret du 18 juin 2018;
- 3° l'arrêté ministériel du 24 octobre 1966 fixant le modèle du rapport final de stage des membres du personnel administratif, personnel de maîtrise, gens de métier et de service des établissements d'enseignement gardien, primaire, spécial, moyen, normal, technique et artistique de l'État;
- 4° l'arrêté royal du 28 février 1967 déterminant les positions administratives du personnel administratif, du personnel de maîtrise, gens de métier et de service des établissements d'enseignement gardien, primaire, spécialisé, moyen, technique, artistique et normal de l'État, modifié en dernier lieu par le décret du 11 mai 2009;
- 5° l'arrêté royal du 12 avril 1967 fixant le modèle du bulletin de signalement et le modèle de la fiche individuelle des membres du personnel administratif, personnel de maîtrise, gens de métier et de service des établissements d'enseignement gardien, primaire, spécial, moyen, normal, technique et artistique de l'État;
- 6° l'arrêté royal du 21 septembre 1967 pris en application de l'article 4 de l'arrêté royal du 28 février 1967 déterminant les positions administratives du personnel administratif, du personnel de maîtrise, gens de métier et de service des établissements d'enseignement gardien, primaire, spécial, moyen, technique, artistique et normal de l'État, modifié par l'arrêté royal du 25 novembre 1976;
- 7° l'arrêté royal du 8 décembre 1967 pris en application de l'article 3 de l'arrêté royal du 28 février 1967 déterminant les positions administratives du personnel administratif, du personnel de maîtrise, gens de métier et de service des établissements d'enseignement gardien, primaire, spécial, moyen, technique, artistique et normal de l'État, modifié en dernier lieu par le décret du 24 juin 2013;
- 8° l'arrêté royal du 21 octobre 1968 pris en application de l'article 7 de l'arrêté royal du 28 février 1967 déterminant les positions administratives du personnel administratif, du personnel de maîtrise, gens de métier et de service des établissements d'enseignement gardien, primaire, spécial, moyen, techniques, artistique et normal de l'État, modifié en dernier lieu par le décret du 24 juin 2013;
- 9° l'arrêté ministériel du 29 novembre 1968 pris en exécution de l'article 46 de l'arrêté royal du 29 août 1966 fixant le statut des membres du personnel administratif, du personnel de maîtrise, gens de métier et de service des établissements d'enseignement gardien, primaire, spécial, moyen, normal, technique et artistique de l'État;
- 10° l'arrêté ministériel du 29 novembre 1968 pris en exécution de l'article 52 de l'arrêté royal du 29 août 1966 fixant le statut des membres du personnel administratif, du personnel de maîtrise, gens de métier et de service des établissements d'enseignement gardien, primaire, spécial, moyen, normal, technique et artistique de l'État;
- 11° l'arrêté royal du 28 février 1969 pris en exécution de l'article 14 de l'arrêté royal du 29 août 1966 fixant le statut des membres du personnel administratif, du personnel de maîtrise, gens de métier et de service des établissements d'enseignement de l'État;
- 12° l'arrêté royal du 22 avril 1969 fixant les aptitudes physiques requises des membres du personnel directeur et enseignant, du personnel auxiliaire d'éducation, du personnel paramédical des établissements d'enseignement gardien, primaire, spécialisé, moyen, technique, artistique, de promotion sociale et normal de l'État et des internats dépendant de ces établissements;
- 13° l'arrêté royal du 31 juillet 1969 fixant le titre requis pour la nomination à la fonction d'inspecteur ou d'inspectrice de cours techniques et de pratique professionnelle;
- 14° l'arrêté royal du 31 juillet 1969 déterminant les fonctions de recrutement et les fonctions de sélection dont doivent être titulaires les membres du personnel de l'enseignement de l'État pour pouvoir être nommés aux fonctions de promotion de la catégorie du personnel directeur et enseignant des établissements d'enseignement de

l'État, modifié par les arrêtés du Gouvernement des 1^{er} septembre 1993 et 31 août 2000;

- 15° l'arrêté royal du 22 septembre 1969 déterminant les fonctions dont doivent être titulaires les membres du personnel de l'enseignement de l'État pour pouvoir être nommés à la fonction d'inspecteur général;
- 16° l'arrêté ministériel du 30 septembre 1969 fixant le modèle du rapport sur la manière dont les membres du personnel temporaire se sont acquittés de leur tâche, prévu à l'article 30 de l'arrêté royal du 22 mars 1969 fixant le statut des membres du personnel directeur et enseignant, du personnel auxiliaire d'éducation, du personnel paramédical des établissements d'enseignement gardien, primaire, spécial, moyen, technique, artistique et normal de l'État, des internats dépendant de ces établissements et des membres du personnel du service d'inspection chargé de la surveillance de ces établissements;
- 17° l'arrêté ministériel du 30 septembre 1969 fixant le modèle du rapport sur la manière de servir des stagiaires prévu à l'article 48 de l'arrêté royal du 22 mars 1969, fixant le statut des membres du personnel directeur et enseignant, du personnel auxiliaire d'éducation, du personnel paramédical des établissements d'enseignement gardien, primaire, spécial, moyen, technique, artistique et normal de l'État, des internats dépendant de ces établissements et des membres du personnel du service d'inspection chargé de la surveillance de ces établissements;
- 18° l'arrêté ministériel du 30 septembre 1969 fixant les modèles du bulletin de signalement et de la fiche individuelle prévus à l'article 77 de l'arrêté royal du 22 mars 1969 fixant le statut des membres du personnel directeur et enseignant, du personnel auxiliaire d'éducation, du personnel paramédical des établissements d'enseignement gardien, primaire, spécial, moyen, technique, artistique et normal de l'État, des internats dépendant de ces établissements et des membres du personnel du service d'inspection chargé de la surveillance de ces établissements;
- 19° l'arrêté royal du 30 octobre 1971 pris en exécution de l'article 54 de l'arrêté royal du 29 août 1966 fixant le statut des membres du personnel administratif des établissements d'enseignement gardien, primaire, spécial, moyen, technique, artistique et normal de l'État;
- 20° l'arrêté ministériel du 22 mars 1974 fixant le modèle du rapport sur la manière dont le maître de religion temporaire ou le professeur de religion temporaire s'est acquitté de sa tâche, prévu à l'article 8 de l'arrêté royal du 25 octobre 1971 fixant le statut des maîtres de religion, des professeurs de religion et des inspecteurs de religion des religions catholique et protestante des établissements d'enseignement primaire, spécial, moyen, technique, artistique et normal de l'État;
- 21° l'arrêté ministériel du 22 mars 1974 fixant le modèle du rapport sur la manière de servir des maîtres de religion et professeurs de religion stagiaires prévu à l'article 21 de l'arrêté royal du 25 octobre 1971 fixant le statut des maîtres de religion, des professeurs de religion et des inspecteurs de religion des religions catholique et protestante des établissements d'enseignement primaire, spécial, moyen, technique, artistique et normal de l'État;
- 22° l'arrêté ministériel du 22 mars 1974 fixant les modèles du bulletin de signalement et de la fiche individuelle prévus à l'article 29 de l'arrêté royal du 25 octobre 1971 fixant le statut des maîtres de religion, des professeurs de religion et des inspecteurs de religion des religions catholique et protestante des établissements d'enseignement primaire, spécial, moyen, technique, artistique et normal de l'État;
- 23° l'arrêté royal du 20 décembre 1976 relatif aux absences de longue durée justifiées par des raisons familiales;
- 24° l'arrêté ministériel du 23 mai 1977 fixant le modèle du rapport d'inspection concernant les maîtres de religion et les professeurs de religion des religions catholique et protestante temporaire prévu à l'article 7 de l'arrêté royal du 25 octobre 1971 fixant le statut des maîtres de religion, des professeurs de religion et des inspecteurs de

- religion des religions catholique et protestante des établissements d'enseignement primaire, spécial, moyen, technique, artistique et normal de l'État;
- 25° l'arrêté ministériel du 23 mai 1977 fixant le modèle du rapport d'inspection concernant les maîtres de religion et les professeurs de religion des religions catholique et protestante stagiaires prévu à l'article 17 de l'arrêté royal du 25 octobre 1971 fixant le statut des maîtres de religion, des professeurs de religion et des inspecteurs de religion des religions catholique et protestante des établissements d'enseignement primaire, spécial, moyen, technique, artistique et normal de l'État;
- 26° l'arrêté ministériel du 23 mai 1977 fixant le modèle du rapport d'inspection concernant les maîtres de religion et les professeurs de religion des religions catholique et protestante nommés à titre définitif prévu à l'article 30 de l'arrêté royal du 25 octobre 1971 fixant le statut des maîtres de religion, des professeurs de religion et des inspecteurs de religion des religions catholique et protestante des établissements d'enseignement primaire, spécial, moyen, technique, artistique et normal de l'État;
- 27° l'arrêté de l'Exécutif de la Communauté germanophone du 13 mars 1991 relatif au congé parental et au congé pour des motifs impérieux d'ordre familial accordé à certains membres définitifs et stagiaires du personnel des établissements de l'enseignement de la Communauté, modifié par l'arrêté du Gouvernement du 25 mai 1995 et le décret du 6 juin 2005;
- 28° l'arrêté de l'Exécutif de la Communauté germanophone du 21 août 1991 fixant le modèle du rapport d'inspection concernant les membres du personnel temporaire de l'enseignement de la Communauté;
- 29° l'arrêté de l'Exécutif de la Communauté germanophone du 21 août 1991 fixant le modèle du rapport d'inspection concernant les membres du personnel stagiaire de l'enseignement de la Communauté;
- 30° l'arrêté de l'Exécutif de la Communauté germanophone du 23 octobre 1991 fixant le modèle du rapport d'inspection concernant les membres du personnel nommés à titre définitif de l'enseignement de la Communauté germanophone;
- 31° l'arrêté de l'Exécutif de la Communauté germanophone du 29 janvier 1992 fixant les modèles du bulletin de signalement et de la fiche individuelle prévus à l'article 75 de l'arrêté royal du 22 mars 1969 fixant le statut des membres du personnel directeur et enseignant, du personnel auxiliaire d'éducation, du personnel paramédical des établissements d'enseignement gardien, primaire, spécial, moyen, technique, artistique et normal de l'État, des internats dépendant de ces établissements et des membres du personnel du service d'inspection chargé de la surveillance de ces établissements.

Art. 231 – Le présent décret entre en vigueur le 1^{er} septembre 2019, à l'exception

- 1° des articles 28, 29, 43, 1°, 45, 117 et 119, qui produisent leurs effets le 1^{er} septembre 2018;
- 2° des articles 4, 4°, et 28, qui entrent en vigueur le jour de l'adoption du décret;
- 3° des articles 11 à 15, 17, 18, 19, 1°, et 21, qui entrent en vigueur le 1^{er} avril 2019.
- 4° de l'article 93, qui entre en vigueur le 1^{er} juin 2019;
- 5° des articles 9, 46, 80, 81, 87, 88, 97, 98 et 99, qui entrent en vigueur le 1^{er} juillet 2019.
- 6° des articles 19, 2°, et 137, 2°, qui entrent en vigueur le 1^{er} janvier 2020.

Eupen, le

Pour le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Le Ministre-Président

O. PAASCH

Le Ministre de l'Éducation
et de la Recherche scientifique

H. MOLLERS